

Hg.: Tomasz Konicz, Florian Rötzer

AUFBRUCH INS UNGEWISSE

AUF DER SUCHE NACH ALTERNATIVEN ZUR KAPITALISTISCHEN DAUERKRISE

TELEPOLIS

Inhaltsverzeichnis

Titel

Vorwort

Tomasz Konicz

Wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst

Wie Deutschlands Medien und Ökonomen mit der Tatsache der säkularen Stagnation des spätkapitalistischen Weltsystems umgehen

Ludger Eversmann

Die Digitale Dinge-Allmende

Die materiellen Existenzbedingungen neuer höherer Produktionsverhältnisse werden gerade ausgebrütet im Schoß der alten Gesellschaft, man muss sie nur auch als solche erkennen

Michael Albert und Florian Zollmann

Parecon - Partizipatorische Ökonomie

Welche Institutionen können zivile Werte im Wirtschaftsalltag der Menschen verankern und eine Veränderung der Gesellschaft bewirken?

Jürgen Neumann

Welche Wege führen aus der Krise?

Hat der Kapitalismus noch eine Chance oder müssen wir uns auf die Suche nach Alternativen begeben?

Stefan Meretz

Grundrisse einer freien Gesellschaft

Andreas Exner

Es rettet uns keine höhere Technologie

Die Voraussetzung für eine neue Gesellschaft liegt in den "neuen" Menschen, die eine postkapitalistische Hochtechnologie nutzen

Ludger Eversmann

Schafft volkseigene "Infofakturen"!

Von einem neuen Paradigma der Produktion zu einem neuen Paradigma der Ökonomie

Richard Wolff

Demokratisierung der Unternehmen statt Staatsinterventionismus

Die Linke braucht neue Ansätze und Visionen, um erfolgreich in der gegenwärtigen Krise agieren zu können

Abdullah Öcalan

Demokratischer Konföderalismus

Das Projekt der "demokratischen Moderne" ist ein Gegenentwurf zur zentralistisch-bürokratischen Moderne

Elke Dangeleit

Das Modell Rojava

Die Erprobung einer direkten kommunalen Demokratie mit emanzipatorischen Zügen stellt die Systemfrage an die Staaten im Nahen Osten, daher rührt die Gegnerschaft

Ludger Eversmann

Total Eclipse

Dämmerung des Kapitalismus, atomare Katastrophe oder Morgendämmerung einer Neuen Zeit?

Tomasz Konicz

Die wunderbare Welt des Jeremy Rifkin

Wie der Mainstream den Postkapitalismus diskutiert, ohne auch nur eine Ahnung vom Begriff des Kapitals zu haben

Arno Klönne

Der Kapitalismus auf dem Rückzug?

Teilen und Kollaborieren statt Profitieren

Christian Siefkes

Peer Produktion

Wie im Internet eine neue Produktionsweise entsteht

Robert Kurz

Marxsche Theorie, Krise und Überwindung des Kapitalismus

Fragen und Antworten zur historischen Situation radikaler Gesellschaftskritik

W. Paul Cockshott, Allin Cottrell

Planungskonzepte für eine sozialistische Ökonomie

Grundzüge eines Systems, das Konsumentenwünsche erfüllen kann und gleichzeitig die Ökonomie zu sozialer Gerechtigkeit und Umweltverträglichkeit führt

Reinhard Jellen

"Do-It-Yourself-Urbanismus"

Hanno Rauterberg über neue Tendenzen des Stadtlebens

Lars Lange

Die Energiewende ist vollbracht

Jetzt brauchen wir die Entwicklung einer Postwachstumsstrategie

Elisabeth Voß

Die schöne neue Shareconomy und ihre Schattenseiten

Norbert Rost

Postwachstumsökonomie

Vom "Negativzins" in der Haben-Gesellschaft

Fußnoten

Autoren

Impressum

Vorwort

Das Einfache, das schwer zu machen ist

Dem Denken von Alternativen zur kapitalistischen Dauerkrise stellen sich ungeheure Hindernisse in den Weg. Die lückenlose Dichte kapitalistischer Vergesellschaftung, die längst zur Totalität geronnene Allgegenwart der Märkte, errichtet in einem jeden Insassen der globalen kapitalistischen Tretmühle ein regelrechtes Gedankengefängnis. Wenn es kein nicht-kapitalistisches "Außen" mehr gibt, wenn alle Gesellschaftsfelder und Nischen bis hin zur Subkultur von dem kapitalistischen Kosten-Nutzen-Kalkül okkupiert sind, dann gewinnt die vermittelte und subjektlose Kapitalherrschaft, der berüchtigte "stumme Zwang der Verhältnisse", den Anschein eines Naturverhältnisses.

Obwohl der Kapitalismus, menschheitsgeschichtlich betrachtet, nur über einen sehr kurzen Zeitraum seine zerstörerische Expansionsdynamik entfaltet, scheinen die gegenwärtigen Verhältnisse geschichtslos und in Stein gemeißelt. Die krisenbedingt eskalierenden inneren Widersprüche und Verwerfungen des Spätkapitalismus erscheinen als Naturereignisse, seine Strukturen gerinnen zu Axiomen jeglicher Denkbewegung. Wie schwer der Ausbruch aus diesem Gedankengefängnis ist, dessen Gitterstäbe gerade aus den alltäglichen Begriffen und Kategorien bestehen, beweisen gerade die Postkapitalismus-Debatten, die angesichts der eskalierenden Systemkrise nun auch den Mainstream der Massenmedien erfasst haben.

Angestoßen durch den Bestseller "Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft" des Wirtschaftsvisionärs Jeremy Rifkin, der ein Ende der kapitalistischen Wirtschaftsweise prognostiziert, schienen viele Massenmedien an einem öffentlichen Tabu zu rühren - allein durch den Umstand, dass sie über die Möglichkeit einer Systemtransformation und einer hieraus hervorgehenden postkapitalistischen Gesellschaft diskutierten. Das deprimierendste Moment an dieser öffentlichen Diskussion bestand in dem Rückfall in kapitalistische

Kategorien und Denkformen gerade derjenigen Beiträge und Akteure, die eine Systemtransformation für möglich oder notwendig erachteten. Von diesem unbewussten Rückfall sind auch die Visionen Jeremy Rifkins durchsetzt (siehe hierzu: "Die wunderbare Welt des Jeremy Rifkin") Wohin eine solch schiefe und unreflektierte Postkapitalismus -Debatte in der Praxis führen kann, schildert Elisabeth Voß in ihrem Beitrag "Die schöne neue Shareconomy und ihre Schattenseiten". Ein neuer Schub der Prekarisierung und des Lohndumpings, von dem die kommerziellen Anbieter der "Share-Economy" profitieren, wird mit dem Label einer alternativen Wirtschaftsweise versehen. Hier findet ein bloßes Rebranding des Spätkapitalismus statt.

Und dennoch ist eine ernsthafte und tief greifende öffentliche Diskussion von Systemalternativen zum krisengeplagten Spätkapitalismus schlicht überlebensnotwendig. Es waren ja gerade die sich immer offensichtlicher abzeichnenden inneren und äußeren Schranken der kapitalistischen Wirtschaftsweise, von der Krise der Arbeitsgesellschaft über allgegenwärtigen Staatszerfall bis zum drohenden Klimakollaps, die den postkapitalistischen Diskurs im Mainstream überhaupt erst angestoßen haben. Immer deutlicher tritt angesichts der eskalierenden Verwerfungen und Widersprüche offen zutage, dass die einzigen Zukunftsperspektiven, die der Spätkapitalismus noch bieten kann, aus den Dystopien oder Apokalypsen bestehen, die in den Produkten der Kulturindustrie - vom Film bis zum Computerspiel - inzwischen eine solch dominierende Stellung innehaben.

Dabei hat der Zerfall des kapitalistischen Weltsystems in dessen Peripherie längst eingesetzt. Der Staatszerfall in vielen Regionen Afrikas und das anomische Chaos, das weite Teile des arabischen Raums erfasst hat, sind ebenso Ausdruck des kapitalistischen Systemversagens wie der molekulare Bürgerkrieg in Mexiko und Mittelamerika, wo die Grenzen zwischen den in Korruption und Nepotismus versinkenden Staaten und den Maras und Kartellen zur Unkenntlichkeit verwischt sind. Der Aufstieg extremistischer Bewegungen und Parteien vom europäischen Rechtsextremismus bis zum arabischen Dschihadismum begleitet - ähnlich den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts - diesen tief greifenden wirtschaftlichen und

politischen Krisenprozess. Und auch auf geopolitischer Ebene sind Parallelen zu der Vorkriegszeit in den krisengeplagten 30er Jahren des 20. Jahrhunderts erkennbar: Die Staatsapparate der Großmächte reagieren auf die zunehmenden inneren Widersprüche mit einem verstärkten Drang zu äußerer Expansion, was sich in den gegenwärtig rapide zunehmenden Spannungen zwischen dem "Westen" (Europa und USA) und Russland und China äußert. Die Perspektive eines Großkrieges zwischen diesen Machtblöcken - die angesichts des akkumulierten Vernichtungspotenzials eine apokalyptische Dimension annimmt - rückt in den Bereich des Denkbaren und Möglichen. Über all dem hängt als Damoklesschwert die große Unbekannte der Folgen künftiger Klimaumbrüche, auf ein auf permanentes Wachstum, auf uferlose Expansion geeichtes System keine Antwort liefern kann.

Die Suche nach Alternativen zu dieser in Chaos, Krieg und monströser Barbarei versinkenden Gesellschaftsunordnung ist somit Ausdruck des schlichten Überlebenswillens, eines sublimierten Selbsterhaltungstriebes, dem klar geworden ist, dass die Rettung des Einzelnen nur durch die Erhaltung des Zivilisationsprozesses und die Transformation der Gesellschaft erreicht werden kann. Nicht die Suche nach Alternativen zum Kapitalismus ist extremistisch - das spätkapitalistische System verfällt in Extremismus, wie der alltägliche Massenmord und die zunehmenden Verwerfungen offenlegen. Wir leben in einer extremistischen Gesellschaft, die beständig irre Ideologien wie Rechtsextremismus oder Islamismus ausschwitzt. Als Extremisten können folglich diejenigen Apologeten kapitalistischer Herrschaft bezeichnet werden, die dieses zu einem Schlachthaus der Menschheit mutierende System immer noch als alternativlos und als die "beste aller möglichen Welten" bezeichnen. Die Suche nach einer Systemalternative stellt hingegen das einzig Vernünftige, Mittlere, Gemäßigte dar: Es ist ein Unterfangen, dem sich ein jeder Spießer zu verschreiben hätte, der sich Sorgen um die Zukunft seiner Kinder macht - und der erkannt hat, dass deren Abrichtung zu Mobbingmaschinen, wie sie jetzt in der Mittelklasse gang und gäbe ist, ihnen keine lebenswerten Zukunftsperspektiven eröffnen wird.

Nicht nur das Vernichtungspotenzial ist durch den Kapitalismus ins Unermessliche

gesteigert worden. Im Schoße dieser alten, sterbenden Gesellschaftsformation sind auch die materiellen Potenzen zu deren Überwindung und Transformation gereift. Die Absurdität der gegenwärtigen Systemkrise besteht ja gerade in dem Umstand, dass der Kapitalismus an seiner Hyperproduktivität zugrunde geht, er erstickt an den ganzen Warenbergen, die er hervorbringt. Die Systemalternative zu dieser gigantischen kapitalistischen Überproduktionskrise stellt somit etwas überaus Einfaches dar, das schwer zu machen ist, wie es schon Berthold Brecht formulierte. Der Krisentheoretiker Robert Kurz hat bereits im 1999 erschienenen Schwarzbuch Kapitalismus die Umrisse dieser Alternative skizziert:

» *Die Aufgaben, die gelöst werden müssen, sind von geradezu ergreifender Schlichtheit. Es geht erstens darum, die real und in überreichem Maße vorhandenen Ressourcen an Naturstoffen, Betriebsmitteln und nicht zuletzt menschlichen Fähigkeiten so einzusetzen, dass allen Menschen ein gutes, genussvolles Leben frei von Armut und Hunger gewährleistet wird. Unnötig der Hinweis, dass dies längst mit Leichtigkeit möglich wäre, würde die Organisationsform der Gesellschaft diesen elementaren Anspruch nicht systematisch verhindern. Zweitens gilt es, die katastrophale Fehlleitung der Ressourcen, soweit sie überhaupt kapitalistisch mobilisiert werden, in sinnlose Pyramidenprojekte und Zerstörungsproduktionen zu stoppen. Unnötig zu sagen, dass auch diese ebenso offensichtliche wie gemeingefährliche "Fehlallokation" durch nichts anderes als die herrschende Gesellschaftsordnung verursacht ist. Und drittens schließlich ist es erst recht von elementarem Interesse, den durch die Produktivkräfte der Mikroelektronik gewaltig angeschwollenen gesellschaftlichen Zeitfonds in eine ebenso große Muße für alle zu übersetzen statt in Massenarbeitslosigkeit einerseits und verschärfte Arbeitshetze andererseits.* «

Das Ziel mag von ergreifender Schlichtheit sein, die Wege dorthin sind aber ungeheuer schwierig und mühselig. Sie sind nur vermittels einer breiten egalitären Diskussion, eines öffentlichen Diskurses, ausfindig zu machen, in dem schon ein grundlegendes Merkmal einer postkapitalistischen Gesellschaft aufscheinen würde - die bewusste Verständigung aller Gesellschaftsmitglieder über den gesellschaftlichen Reproduktionsprozess.

Das vorliegende eBook soll einen bescheidenen Beitrag zur Vertiefung dieser überlebensnotwendigen und notwendig kontroversen Debatte leisten. Hierbei kann es sich nur um einen ersten Schritt handeln, der dem geneigten Leser die grundlegende Orientierung innerhalb der komplexen Thematik erleichtern, und eine erste Positionierung ermöglichen soll.

Michael Albert und Rick Wolff stellen alternative Konzepte und Ideen vor, die innerhalb der US-amerikanischen Linken diskutiert werden. Zum einen ist es Parecon, die von Albert entworfene Vision eines egalitären Mitbestimmungs-Wirtschaftssystems, in dem die Menschen an allen Entscheidungen beteilig werden sollen, die sie tangieren. Rick Wolff spricht sich für eine umfassende Demokratisierung der Ökonomie aus, mit der die "Diktatur des Kapitals in den Unternehmen" gebrochen würde. Auszüge aus dem Buch "Alternativen aus dem Rechner" von Paul Cockshott und Allin Cottrell ermöglichen einen Einblick in die Konzeption einer neuen, computergestützten Planwirtschaft, die von dem amerikanisch-schottischen Autorenduo favorisiert wird.

Elke Dangeleit und Abdullah Öcalan beschreiben hingegen in ihrem Texten den einzigartigen Versuch, in einer bürgerkriegszerrütteten Zusammenbruchsregion des Weltmarktes - in den kurdischen Autonomiegebieten Nordsyriens - den Aufbau einer alternativen Gesellschaftsformation unter schwierigsten Umständen in Angriff zu nehmen.

Der Krisentheoretiker Robert Kurz umriss in einem Interview die Grundzüge einer postkapitalistischen Gesellschaftsformation, wobei er sich von einem "abstrakten Anti-Industrialismus" und einer Rückkehr in die "Subsistenzwirtschaft" abgrenzte.

Andreas Exner geht in seinem Text den subjektiven Aspekten einer etwaigen Systemtransformation nach, indem er die provokante Frage nach dem postkapitalistischen "Neuen Menschen" neu stellt. Ludger Eversmann legt in seinen Beiträgen unter anderem die These dar, wonach die digitale Wissensalmende eine Keimform postkapitalistischer Dinge-Produktion darstelle. Norbert Rost setzt sich mit der Idee einer Postwachstumsökonomie auseinander, während Christian Siefkes das Konzept der Peer-Production erläutert. Stefan Meretz wiederum wagt

einen Ausblick auf eine alternative Gesellschaftsformation, die gerade auf diesen neuen Konzepten und den ihnen zugrunde liegenden Technologien beruhen würde.

Die Beiträge dieser Autoren machen somit klar, dass die Ideen des "Visionärs" Jermey Rifkin - wie auch die durch ihn angestoßene Diskussion - letztendlich auf der jahrelangen theoretischen Arbeit einer ganzen Generation von Aktivisten beruhen, die diese Ideen und Konzepte schon lange entworfen haben, bevor der Mainstream sich ihrer bemächtigte. Dieses eBook soll somit nicht nur der Vertiefung des Diskurses über Postkapitalismus dienen. Es geht auch darum, die hinter diesen massenmedialen Schlagworten stehenden Konzepte ernst zu nehmen, sie mit konkreter Begrifflichkeit auszufüllen, und so deren Missbrauch durch Marketingstrategen der kommerziellen "Share-Economy" vorzubeugen. Es gilt, Begriffe wie Share-Economy, Peer-Production, Degrowth, Postwachstumsökonomie oder Allmende dem Medienzirkus streitig zu machen, um ihre totale Aushöhlung und Entwertung zu verhindern.

Trotz all ihrer Unzulänglichkeiten und Oberflächlichkeiten hat nämlich die von Jeremy Rifkin initiierte massenmediale Debatte ein erstes Schlupfloch in das kapitalistische Gedankengefängnis geschlagen: Allein das Zulassen der Diskussion über Alternativen, die Aufgabe des Standpunktes, wonach der Kapitalismus einen nicht zu hinterfragbaren Naturzustand darstellt, stellt eine strategische Niederlage aller Kapitalismusapologeten dar.

Tomasz Konicz

Tomasz Konicz

Wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst

Wie Deutschlands Medien und Ökonomen mit der Tatsache der säkularen Stagnation des spätkapitalistischen Weltsystems umgehen

Der Glaube an ein ewig fortdauerndes Wirtschaftswachstum gehört zu den wichtigsten Dogmen des kapitalistischen Glaubensbekenntnisses (Das Schisma von 2013). Generationen von Wirtschaftswissenschaftlern und Publizisten haben ihrem Publikum eingetrichtert, dass der Kapitalismus all seine ungeheuren Widersprüche, all das massenhaft produzierte Elend durch die beständige Expansion der Wirtschaft überwinden werde.

Aus all dem werde man einfach "herauswachsen". Das Wirtschaftswachstum bildete die materielle Grundlage des fernen Glücksversprechens des Kapitalismus: Eines idealen Gesellschaftszustandes, der "das größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl von Menschen" (Jeremy Bentham) herbeiführen würde.

Und dennoch sehen sich derzeit Ökonomie und Publizistik mit der Notwendigkeit konfrontiert, die Öffentlichkeit mit der Tatsache eines langfristigen Erlahmens der Wachstumsdynamik, einer dauerhaften konjunkturellen Stagnation auf globaler Ebene, zu versöhnen. Trotz historischer Tiefststände bei den Zinsen, deren Niveau so niedrig sei, wie es "seit Jahrhunderten" nicht mehr der Fall gewesen wäre, "lahmt das Wachstum in vielen westlichen Ländern", klagte Henrik Müller, seines Zeichens Professor für wirtschaftspolitischen Journalismus an der Universität Dortmund, in einem Beitrag für Spiegel-Online.

Auch Deutschland müsse sich "auf Jahrzehnte mit Mini-Wachstum gefasst

machen," sekundierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

"Eine Ökonomie, die Blasen benötigt"

Die Einsicht in die evidenten Tendenzen zur Stagnation innerhalb des spätkapitalistischen Weltsystems ist nun beileibe nicht neu oder originell. Zumeist kaut die deutsche Publizistik mit mehrmonatiger Verspätung nur das wieder, was im angelsächsischen Raum längst in aller Munde war.

Ausgelöst wurde die Diskussion im vergangenen Februar durch einen Vortrag des ehemaligen US-Finanzministers Larry Summers, der eine lang anhaltende Periode der Stagnation (Secular Stagnation) im gegenwärtigen kapitalistischen Weltsystem konstatierte, die durch stockendes Wachstum, ein schwaches Beschäftigungsniveau und ein "problematisch niedriges Zinsniveau" geprägt sei (siehe hierzu: Aufwachen im Blasenland).

Einige der an der angelsächsischen "Stagnationsdebatte" beteiligten Akteure konnten tatsächlich eine Ahnung der tieferen Ursachen der kapitalistischen Systemkrise gewinnen. Der Ökonomie-Nobelpreisträger Paul Krugman erkannte immerhin, dass die kapitalistische Weltwirtschaft schon längst am Tropf der Finanzmärkte hängt und immer neue Finanzmarktblasen samt der dadurch generierten Verschuldung benötigt, um zumindest in deren Zentren "nahezu Vollbeschäftigung zu erzeugen".

Handelt es sich bei der derzeitigen Weltwirtschaft um "eine Ökonomie, die Blasen benötigt", fragte Krugman auf seinem Blog. Näher dran an der Tatsache, dass der Kapitalismus aufgrund eskalierender innerer Widersprüche nur noch auf Pump laufen kann, ist bislang kaum ein anderer bekannter Ökonom gekommen.

» *Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln*

derselben um. ... Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. «

Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, 1859, MEW 13, S. 9

"Deutschland schrumpft, Demographie bremst Wachstum"

Von solchen Einsichten ist die deutsche Debatte über die Grenzen des kapitalistischen Wachstums noch weit entfernt. Die FAZ verweist in ihrem Text unter Bezugnahme auf Studien der Commerzbank und der OECD auf die demografische Entwicklung in Deutschland - hier wirken wohl noch die Ideen des jüngst verstorbenen FAZ-Mitherausgebers Fank Schirrmacher nach, der in seinem Bestseller "Das Methusalem-Komplott" die Folgen der "Vergreisung" der deutschen Gesellschaft thematisierte. Die FAZ wirft hier munter die Tendenzen in der Bundesrepublik mit denen in der OECD zusammen:

» *"Deutschland schrumpft, Demographie bremst Wachstum", überschreiben die Volkswirte der Commerzbank ihre Langfristprognose. Mit dem sich abzeichnenden deutlichen Rückgang der arbeitenden Bevölkerung sei ein niedrigeres Wirtschaftswachstum programmiert. Nur wenige Tage zuvor hatte die Industriestaatenorganisation OECD gewarnt: "Das globale Wachstum wird in den kommenden Jahrzehnten sinken." Besonders betroffen sind Industrieländer wie Deutschland. Beide Langfristprognosen - die naturgemäß mit großen Unsicherheiten behaftet sind - attestieren Deutschland in den kommenden Jahrzehnten ein Mini-Wachstum um durchschnittlich weniger als 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr.* «

Dass diese Diagnose (kein Bevölkerungswachstum = kein Wirtschaftswachstum) offensichtlich falsch ist, wird allein an dem Umstand ersichtlich, dass in der OECD kein dermaßen ausgeprägter demografischer Schrumpfungsprozess stattfindet wie

in der Bundesrepublik, die überdies in den letzten Jahren aufgrund zunehmender Einwanderung ein Bevölkerungsplus verzeichnete. Die OECD geht davon aus, dass im OECD-Raum die Bevölkerung bis 2040 sogar leicht wachsen werde.

Hier werden in altbekannter Manier die deutschen Zustände einfach auf die globale Entwicklung projiziert. Vollends absurd wird dieses Argument, wenn berücksichtigt wird, dass die OECD-Warnungen vor einem Absinken des globalen Wachstums in den kommenden Dekaden gerade mit einem - wenn auch verlangsamten - Anstieg der Weltbevölkerung einhergehen sollen.

Wenn es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Wirtschaftswachstum geben sollte, dann müsste ja die Weltwirtschaft in einem ewigen Boom verfangen sein, wobei gerade die Länder mit dem stärksten Bevölkerungswachstum die beste Konjunkturentwicklung der vergangenen Jahrzehnte aufweisen müssten - das wären die Staaten des subsaharischen Afrika. Auch China bildet hier keine Ausnahme: Chinas kometenhafter Aufstieg zur Werkstatt der Welt ging ja mit der "Ein-Kind-Politik" einher, die von der chinesischen Führung durchgesetzt wurde.

Wie widerspruchsvoll der herrschende Krisendiskurs inzwischen ist, wird allein daran ersichtlich, dass bei anderer Gelegenheit die Welt als "überbevölkert" begriffen wird. Wenn es um die Rationalisierung der ökologischen Verehrung der kapitalistischen Produktionsweise geht, dann wird gerne auf die Thesen des britischen Pfarrers Thomas Robert Malthus zurückgegriffen, der schon im 18. Jahrhundert eine "Bevölkerungsexplosion" als Ursache allen Elends ausgemacht hat.

Wenn es also um die massenmediale Diskussion der ökologischen Krise des Kapitals geht (Die äußere Schranke des Kapitals), dann scheinen zu viele Menschen den Planeten Erde zu bevölkern, wenn die ökonomische Krise diskutiert wird, dann kann es anscheinend nicht genug Menschen geben. Diese Absurditäten markieren die finale Phase der ideologischen Verdinglichung gesellschaftlicher Widersprüche oder Prozesse in dem massenmedialen Diskurs, bei dem nur noch isolierte "Sachverhalte" betrachtet werden.

"Die Gesellschaften des Westens sind zu alt und haben keine Ideen mehr"

Während die FAZ das Ende der "fetten Jahre" hauptsächlich in der "demographischen Entwicklung" verortet, scheinen SPON-Autor Henrik Müller bei der Ursachensuche schlicht die Ideen ausgegangen zu sein. Das erlahmende Wachstum in vielen westlichen Ländern könnte womöglich damit zusammenhängen, "dass uns die Ideen ausgehen", spekulierte Müller:

» *Die innere Antriebsschwäche der Wirtschaft hat offenkundig tiefer liegende Gründe. Werden die Gesellschaften des Westens schlichtweg zu alt, um noch dynamisch wachsen zu können? Gibt es keine schöpferischen Unternehmer mehr? Fällt niemandem mehr etwas Sinnvolles ein, das den Fortschritt vorantreibt? Das mag alles sein. Schwerer aber wiegt, dass die Schulden der Unternehmen immer noch zu hoch und die Finanzierungsspielräume eng sind.* «

In dieser Projektionsleistung werden nicht mehr - wie bei der FAZ - die deutschen Zustände (demografische Entwicklung) auf die Weltwirtschaft projiziert, sondern die eigene Ideenlosigkeit zum Charaktermerkmal der spätkapitalistischen Ökonomie erklärt. Der Professor für wirtschaftspolitischen Journalismus an der Universität Dortmund - der noch vor wenigen Wochen davon sprach, dass die Lage der Weltwirtschaft womöglich besser sei, als wir glauben - sieht in den "Schuldenexzessen" der Vergangenheit die Ursache für die Wachstumsschwäche der Gegenwart.

Damit wiederholt Müller zum gefühlt millionsten Mal das tautologische Standardargument deutscher Neoliberaler: Die Schulden sind schuld an der Schuldenkrise. Selbst die Einsicht, dass es "tiefer liegende Gründe" für die "Antriebsschwäche der Wirtschaft" geben müsse, fördert nur die einschlägig bekannten Floskeln zutage. Nicht mal eine Ahnung dessen, dass die "Schuldenexzesse" der Vergangenheit maßgeblich die Konjunktur der Vergangenheit gestützt haben (wie von Krugman und Summer richtig erkannt), streift des Professoren hermetisch abgeschlossene Weltanschauung.

Angesichts der ungeheuten Umwälzungen, die mit der Dritten Industriellen Revolution der Mikroelektronik und Informationstechnik einhergehen, nimmt sich Müllers Spekulation über die "Ideenlosigkeit" der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlich deplatziert aus. Wenn man dem Kapitalismus etwas nicht vorwerfen kann, dann ist es der Mangel an Innovation. Um den Krisenursachen auf die Spur zu kommen, müssen wir Henrik Müller folglich vom Kopf auf die Füße stellen.

Immer neue Ideen für eine immer effizientere Warenproduktion

Das aussagenlogische Gegenteil dessen, worüber Müller spekuliert, bildet den Kern der Systemkrise des Spätkapitalismus - samt der Wachstumsschwäche, die nur ein Symptom ist. Gerade weil "schöpferischen Unternehmern" und Investoren immer wieder was Neues "einfällt", stößt das kapitalistische System an die "innere Schranke" (Robert Kurz) seiner Entwicklungsfähigkeit. Alle ökonomischen Akteure tun genau das, was das System von ihnen verlangt - und genau deswegen befindet es sich in der Krise.

Es ist gerade die Fähigkeit der einzelnen Marktteilnehmer, mit immer neuen "Ideen" die Warenproduktion immer effizienter zu gestalten und die Potenzen der Produktionsmittel zu steigern, die dem System auf gesamtgesellschaftlicher Ebene - auf der Ebene der Produktionsverhältnisse - das Genick bricht (Die Krise kurz erklärt).

Schon seit dem Beginn der Industrialisierung im 18. Jahrhundert sind Unternehmer bemüht, durch Innovationen ihre Produktivität zu steigern und so Vorteile - höhere Profite - bei der Marktkonkurrenz zu erzielen. Die Tendenz zu konkurrenzvermittelter Steigerung der Produktivität in etablierten Industriezweigen führt dazu, dass deren Beschäftigungsniveau mit der Zeit immer weiter absinkt. Der zentrale Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise besteht somit darin, dass das Kapital tendenziell danach strebt, die Lohnarbeit aus der Warenproduktion zu verdrängen, obwohl die Lohnarbeit die Substanz des Kapitals darstellt.

Die kapitalistische "Arbeitsgesellschaft" ist permanent durch Arbeitslosigkeit bedroht

Die kapitalistische "Arbeitsgesellschaft" ist folglich permanent durch Arbeitslosigkeit bedroht. Historisch betrachtet konnte dieser Selbstwiderspruch des Kapitalverhältnisses durch äußere wie innere Expansion und den industriellen Strukturwandel angemildert werden. Die Innovationen und wissenschaftlichen Entdeckungen führten ja auch zur Etablierung neuer Produktionszweige (Textil-, Schwer-, Elektroindustrie, Chemiebranche, Automobilbau, etc), die die freigewordenen Arbeitskräfte aus den "alten" Industriesektoren aufnehmen konnten. Schwere Krisen - wie etwa diejenige in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts - traten immer dann ein, wenn dieser Strukturwandel ins Stocken kam.

Mit dem Einsetzen der IT-Industrierevolution stößt aber das System an seine Grenzen. Die gesamtwirtschaftliche Anwendung der Innovationen dieser "neuen" Industriesektoren lässt weitaus mehr Arbeitsplätze in der gesamten Warenproduktion verschwinden, als in den neuen Industriesektoren entstehen. Der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus.

Dass der Strukturwandel der Industrie nicht mehr funktioniert und diese in eine Sackgasse geführt hat, wird inzwischen auch in Massenmedien wie der FAZ diskutiert, die in einem längeren Artikel eine "digitale Zukunft" beschrieb, in der eine "Ökonomie der Verachtung" die "menschliche Arbeitskraft" weitgehend überflüssig machen würde.

Doch hat diese strukturelle Krise schon seit den 1980er Jahren - mit zunehmender Intensität - eingesetzt. Die "Ökonomie der Verachtung", die immer mehr Menschen ökonomisch überflüssig macht, ist keine Zukunftsprognose, sondern längst blutige Realität - ein Blick in die Peripherie des kapitalistischen Weltsystems müsste da eigentlich genügen (Mad Max im Zweistromland).

Historische Krise des Kapitalverhältnisses

Und es war gerade das wilde und historisch absolut beispiellose Wachstum der Finanzmärkte und Schuldenberge in den vergangenen Jahrzehnten, das diese strukturelle Krise der Warenproduktion kompensierte - um den Preis wilder Blasenbildung und immer heftigerer Finanzmarktkrisen.

Deswegen klagen die Dirk Müllers dieser Welt nun über die "Schuldenexzesse" der Vergangenheit, ohne verstehen zu wollen, dass es gerade diese Schuldenmacherei ist, die die Existenz ihres heiß geliebten Kapitalismus überhaupt noch prolongiert.

Der Kapitalismus ist somit schon längst zu produktiv für sich selbst geworden. Und diese "Überproduktivität" kann nur durch die Generierung schuldenfinanzierter Nachfrage eine Zeit lang überbrückt werden. Wir sehen uns somit mit einer historischen Krise des Kapitalverhältnisses konfrontiert, wie sie Karl Marx vor rund 150 Jahren exakt prognostiziert hat: Die Produktivkräfte sprengen die Fesseln der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die eben auf der Verwertung menschlicher Arbeitskraft in der Warenproduktion beruhen.

Das Kapital ist nichts anders als vergangene, in der Warenproduktion geleistete Arbeit, die nach ihrer marktvermittelten Transformation in die Geldform in einer Eigendynamik nach uferloser, größtmöglicher Selbstvermehrung strebt. Der irrationale Selbstzweck der Veranstaltung Kapitalismus besteht somit darin, immer größere Massen toter Arbeit anzuhäufen, was angesichts der rationalisierungsbedingten Verdrängung lebendiger Arbeit aus dem Produktionsprozess sich immer schwieriger gestaltet und nur noch durch Simulation auf den Finanzmärkten notdürftig substituiert werden kann.

Der bürgerliche Ökonom wird diese marxsche Gleichsetzung von Kapital und wertbildender Arbeit sicherlich umgehend als "marxistische Ideologie" abtun. Dabei gibt gerade die jüngste deutsche Wirtschaftsgeschichte Marx eindeutig recht. Die Bundesrepublik kann nur deswegen als der bisherige "Krisengewinner" erscheinen, weil hier gerade die warenproduzierende Industrie erhalten blieb, während in Großbritannien, Südeuropa oder den USA die Finanzmärkte als Konjunkturmotoren wirkten.

Seit dem Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 ist eigentlich einem jeden Beobachter klar, dass Kapital dauerhaft nicht durch Blasenbildung auf den Finanzmärkten akkumuliert werden kann. Ähnlich verhält es sich mit dem vergangenen Bauboom in den USA oder Spanien, die bis Ausbruch der Finanzkrise als maßgebliche - eben durch die wuchernden Finanzmärkte beförderten - Konjunkturmotoren wirkten. Die warenproduzierende Arbeit bildet die Substanz des Kapitals. Die deutsche Wirtschaftspolitik liefert somit den impliziten Beweis für die Stichhaltigkeit der marxschen Werttheorie.

Dass diese Illusion einer heilen Arbeitsgesellschaft in der Bundesrepublik nur durch enorme Außenhandelsüberschüsse aufrechterhalten werden kann, und somit logischerweise auf den hierzulande allseits verhassten Auslandsschulden fußt (Der Exportüberschussweltmeister), werden deutsche Ökonomen wie Stammtischbrüder wohl nie zur Kenntnis nehmen wollen.

Die Folgen der Digitalisierung

Der deutsche Industrieboom - der durch Auslandsverschuldung finanziert wird und auf der Marktverdrängung der europäischen Konkurrenz beruht - bildet auch die materielle Grundlage dafür, dass der Krisen-Diskurs in Deutschland so sehr der entsprechenden Diskussion im angelsächsischen Raum hinterherhinkt. Hier scheint die kapitalistische Arbeitsgesellschaft noch "in Ordnung", sodass die Anreize zu einer ernsthaften, tiefer gehenden Ursachensuche nicht dermaßen stark wirken wie etwa in den USA, wo der finanzmarktgetriebene Kapitalismus und die damit einhergehenden Tendenzen zur Deindustrialisierung ihre volle Ausbildung erfahren haben.

Diese deutsche Denkfaulheit kommt auch bei der Diskussion der Folgen der Digitalisierung zum Ausdruck. Zum einen wird die Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft als ein drohendes Zukunftsszenario interpretiert, wie im besagten FAZ-Text "Eine Ökonomie der Verachtung".

Andererseits wird durchweg nicht wahrgenommen, dass die Folgen der "Digitalisierung" die gesamte Gesellschaft - und vor allem die Warenproduktion -

erfassen. Am 20. Juli führte etwa Henrik Müller zwar auch die Digitalisierung als eine Ursache für die Schwächephase der Weltwirtschaft an:

» *Dieser Punkt mag zunächst überraschen, denn die Steigerung der Computerkapazitäten und die zunehmende Vernetzung sollten eigentlich die Produktivität steigern. Inzwischen aber erfasst die Digitalisierung immer mehr Wirtschaftsbereiche - von Medien über Banken bis zu Mobilitätsdienstleistungen. Fast immer löst sie einen Preisverfall aus. Häufig verwandelt sie bislang relativ kostspielige Produkte in quasi freie Güter, die umsonst und überall verfügbar sind. So kostete etwa früher ein Lexikon Hunderte Euro, heute bekommen Sie eine ähnliche Leistung umsonst im Internet. Mit dem Effekt, dass solche nun freien Güter in den volkswirtschaftlichen Rechenwerken gar nicht mehr auftauchen.* «

In altbekannter angebotsorientierter Manier ist Professor Müller der Ansicht, die Erhöhung der Produktivität durch die "Steigerung der Computerkapazitäten" hätte "eigentlich" zur Konjunkturbelebung führen müssen. So argumentieren können nur neoliberale Ökonomen, die ganz außer Acht lassen, dass die ganzen Warenberge, die in immer kürzerer Zeit durch immer weniger Arbeitskräfte produziert werden können, auch von Irgendwem gekauft werden müssten.

Die konjunkturhemmenden Folgen der Digitalisierung sieht Müller hingegen nur in der Substitution "reaktiv kostspieliger Güter" durch "freie Güter", die dann in der Berechnung des BIP nicht berücksichtigt würden. Bei Müller scheinen nur die dem Markt durch die Einführung einer digitalen Allmende direkt entzogenen Produkte und Dienstleistungen von den Folgen der IT-Revolution betroffen, während die besagten Folgen der Digitalisierung auf die gesamte Warenproduktion nicht mal erwähnt werden.

Ähnlich argumentierte die FAZ, die aber aus dem Wachstum digitaler Gemeingüter oder kostenloser Dienstleistungen nur schlussfolgert, man müsse künftig auf das BIP-Wachstum nicht mehr so viel Wert legen:

» *Viele Angebote werde es nahezu kostenlos geben. Zum Beispiel zahlen Verbraucher*

heute kaum dafür, um Unmengen an Musik und Videos im Internet zu konsumieren oder per Skype von Berlin nach Beirut zu telefonieren. Uni-Vorlesungen gibt es kostenlos im Netz, Lexika wie Wikipedia sind frei für alle. ... Das BIP werde den Wohlstand immer weniger erfassen, das wirkliche Wachstum aber werde größer sein als das gemessene. «

Beiden Autoren fällt dabei nicht auf, dass sich in diesem digitalen Bereich der Nicht-Waren, die nun Allgemeingut sind, auch die Möglichkeit einer neuen Gesellschaftsformation andeutet. Selbstverständlich sind - gerade durch die ungeheure Erhöhung der Produktivität im Kapitalismus - die materiellen Grundlagen dafür gegeben, dass ein jeder Mensch künftig seine materiellen Grundbedürfnisse ebenso einfach befriedigen kann wie derzeit seinen Wissenshunger.

Die "materiellen Existenzbedingungen" der neuen Gesellschaft sind bereits "im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden", wie es Marx formulierte. In eben der avanciertesten Sphäre der kapitalistischen Warenproduktion, die mit ihren Produktivitätsfortschritten den Kapitalismus in den Kollaps treibt, finden sich auch Spurenelemente von etwas Neuem, Nicht-Kapitalistischem.

Die Wissensallmende stellt das Wetterleuchten einer postkapitalistischen Wirtschaftsweise dar, die aber gerade nicht nur auf den digitalen Bereich beschränkt bleiben darf: Sie muss in einem bewussten, transformatorischen Akt in die analoge Welt treten. Wir können ja nicht Wikipedia-Artikel essen.

Erschienen in Telepolis am 11.08.2014

Ludger Eversmann

Die Digitale Dinge-Allmende

Die materiellen Existenzbedingungen neuer höherer Produktionsverhältnisse werden gerade ausgebrütet im Schoß der alten Gesellschaft, man muss sie nur auch als solche erkennen

Die Grenzen des Wachstums werden immer drastischer und unmissverständlicher als "säkulare Stagnation" oder als Vorboten der Klimakatastrophe erkennbar. Dazu kommt nicht minder deutlich der dramatische Legitimationsverlust des westlichen Wohlstandsmodells, das kaum noch verhüllt glaubt, sich seinen Fortbestand mit kriegerischen Mitteln zusammenrauben zu dürfen oder zu sollen. Thomas Konicz beschreibt einmal mehr die Symptome des Endes des wirtschaftlichen Wachstums und einige seiner denkwürdigen publizistischen Begleiterscheinungen und entdeckt schließlich auch die "Spurenelemente von etwas Neuem, Nicht-Kapitalistischem" in der sich entwickelnden digitalen Wissensallmende (Wenn die Wirtschaft nicht mehr wächst). Während er aber glaubt, diese müsse "in einem bewussten, transformatorischen Akt in die analoge Welt treten", geht es darum, die digitale Wissensallmende aus dem Bereich der 2-dimensionalen Informationsproduktion in den der 3-dimensionalen Dingeproduktion zu erweitern. Dann kann man digital repräsentierte und von (überprivaten) Produktionssystemen digital hergestellte Dinge anfassen und benutzen - und unter Umständen sogar auch essen.

Wer heute die neu entstehende "Digitale Fabrikation" beschreibt, sieht sich gleich Fragen danach ausgesetzt, wie sich denn so etwa ein Thermostatregler für den Heizkörper herstellen lasse, der gerade kaputt gegangen ist, oder wie die Anforderungen des TÜV für die Betriebssicherheit von Haushaltsgeräten eingehalten werden könnten, wenn diese aus einer lokalen digitalen Fabrikationsmaschine stammen, die sich in einem privaten Haushalt befindet.

Richtig, so weit ist die Digitale Fabrikation noch nicht gediehen, und es wird voraussichtlich noch Jahre und Jahrzehnte intensiver und aufwändiger Forschung benötigen, bis der Prozess des "Ausbrütens der materiellen Existenzbedingungen" in vollem Umfang zur Reife gediehen sein wird. Leider gibt es die Zukunft nicht im Komplettangebot im Kaufhaus, so dass sie nur noch ausgewickelt, zusammengeschraubt und installiert werden müsste.

DIGINOVA

Von Digitaler Fabrikation sollte man vor allem eines wissen: Es handelt sich um ein extrem anspruchsvolles Forschungsprogramm unter Beteiligung mehrerer Disziplinen wie Informatik, Physik, Materialwissenschaften und Produktionswissenschaften. Das Interesse an ihren schlummernden Potenzialen ist inzwischen aber erwacht, auch in Europa. An einer Reihe von Universitäten (CEDIFA Würzburg, TU Darmstadt, IFM Univ. Cambridge, Fraunhofer Institute) werden entsprechende Institute eröffnet und Initiativen gestartet, und von Seiten der EU wurde im Rahmen des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms etwa ab 2011 das DIGINOVA-Projekt aufgelegt, mit der folgenden Beschreibung von Scope und Projektbeteiligten:

» *Diginova will establish the current status across material domains and application domains in Europe in order to identify the most promising technology and business propositions for Digital Fabrication. The project consortium, consisting of 4 large companies, 7 SMEs and 9 research institutes will identify and connect main stakeholders through establishment of innovative networks centered around concrete business cases to determine the added value and feasible routes to commercialization.* «

Kommerzielle Interessen stehen also durchaus im Vordergrund. Im April 2014 wurde das Projekt mit der Vorlage einer "Roadmap to Digital Fabrication abgeschlossen. Für die Produktion erwartet man nun erhebliche Auswirkungen und Umwälzungen:

- Manufacturing will change beyond recognition.

- Manufacturing will evolve towards a global distribution of digital design and specification files that will form the basis of local production.
- It can be envisioned that ultimately people will be able to order, define ore even (co-)create and locally manufacture their own products in materials of their choice and will not be bound by the mass-produced selection they can find in the stores of today .

Die Güterproduktion werde sich also in Richtung einer globalen Verteilung von digitalen Design- und Spezifikationsdateien entwickeln, die dann eine lokale, dezentralisierte Produktion steuern. Dies könne auch so weit gehen, dass Kunden und Konsumenten ihre eigenen Produkte aus Materialien ihrer Wahl kreieren und entwerfen, und sogar auch lokal produzieren, wodurch sie auf die Auswahl aus massenproduzierten Angeboten in den heutigen Ladengeschäften verzichten können. Die "ultimative Frucht" der Digitalen Fabrikation werde der "Molecular Assembler" sein, mit dessen Hilfe auf atomarer Ebene (fast) alles produziert werden könne, "von Nano-Robotern bis zu Schinkenbrötchen".

Während diese "ultimative" Vision der Digitalen Produktion aber nun auch als einfachster Laborentwurf oder Prototyp noch immer nicht existiert, ist das grundlegende Prinzip der digitalen Fabrikation, nämlich die Trennung von Fertigung und Design, auch auf dem heute verfügbaren Stand der Technologie bereits als Entwurfsprinzip für Fertigungsanlagen von praktischer Relevanz. So findet sich dies etwa auch wieder in der Konzeption der vielzitierten Industrie 4.0. Es geht hier um größtmögliche Flexibilität, also die schnelle Anpassung von Fertigungsanlagen auf unterschiedliche Produkte, bis hin zur Kapazität, nahezu beliebige Produkte auf ein und derselben Produktionsanlage - eben als Umsetzung beliebiger, weitgehend in digitaler Form vorliegender Designs - fertigen zu können:

» *So wird die traditionell starre Zuordnung von Produktionsanlagen zu Produkten künftig durch flexible Rekonfigurationsmöglichkeiten der Produktionsanlagen ersetzt werden. Werke werden nicht mehr für bestimmte Produktionstypen gebaut,*

sondern man stellt bestimmte Produktionstechnologien zur Verfügung, die nahezu beliebig auf unterschiedliche Produkte in kurzer Zeit umgerüstet werden können. Industriebetriebe werden so eher zu Dienstleistern, denn sie werden ihre Produktionstechnologien einem offenen Markt anbieten, der diese dann für die Produktion neuer Produkte, oder auch um Kapazitäten auszugleichen, kurzfristig nutzen kann. «

Scheer-Group

Die "Vision" der Digitalen Fabrikation bzw. der additiven Fertigung wird vom CEDIFA Würzburg entsprechend so beschrieben:

» *Auf der Ebene der gesamten Wertschöpfungskette ermöglicht additive Fertigung eine zunehmende Entkopplung von Design und Fertigung bzw. die Dezentralisierung der Produktion in Richtung des Kunden. Durch eine Produktion verschiedenster Güter "on demand" werden bei gleichzeitig höherer Lieferfähigkeit Lagerbestände reduziert. Physische Güterflüsse werden zunehmend durch digitale Informationsflüsse ersetzt.* «

Digitales Design und digitale Fertigung

Worin liegt aber nun die tieferreichende volkswirtschaftliche Bedeutung dieser neu entstehenden Trennung von Fertigung und Design?

Ein inzwischen weit bekanntes digitales additives Herstellungsverfahren ist ja der 3D-Druck, und hier ist dieses Prinzip unmittelbar ersichtlich: Der 3D-Drucker arbeitet die Produktionsvorschriften eines STL-Files ab, in welchem der herzustellende Gegenstand als Schichtmodell repräsentiert ist, dessen Schichten nun durch den 3D-Drucker sukzessive aufgebracht werden. Innerhalb der Kapazitätsgrenzen des jeweiligen 3D-Druckermodells können dann vor Ort, lokal, etwa auch im Haushalt des Benutzers, Anwenders oder Besitzers beliebige solcher digitalen Entwürfe realisiert werden.

Wäre nun eine solche lokale Fabrikationsmaschine in der Lage, weite Bereiche des

gewöhnlichen häuslichen persönlichen Bedarfs zu produzieren, also etwa Bekleidung, Mobiliar, Haushaltsgeräte, Unterhaltungselektronik, Hobby-Geräte, womöglich noch das ganze Haus des Haushaltes selber und auch seinen Nahrungsbedarf, so stünde nicht weiter in Frage, auf welche Weise sich "die materiellen Existenzbedingungen neuer höherer Produktionsverhältnisse" hier zur Vorstellung gebracht hätten. Es wäre eben genau das der Fall: Die Wissensallmende, hier also in Gestalt der - als Open Source frei verfügbaren - Design-Files, hätte sich erweitert in die Dinge-Allmende, die auf diese Weise direkt vor Ort, am Ort des Konsums, in den Haushalten der Anwender, zu "Null-Grenzkosten" (Jeremy Rifkin) verfügbar gemacht werden könnten, dies jedenfalls in einem fortgeschrittenen Reifestadium.

Als "Wetterleuchten einer postkapitalistischen Wirtschaftsweise" sollte das dann eigentlich genügen dürfen: Die Trennung von Kapital und Arbeit und von Produktion und Konsumation wäre aufgehoben, ebenso die Warenproduktion, die Industrieproduktion mit Konkurrenz und Wettbewerb und den inhärenten Zwängen zur Überproduktion. Die Grenzen des Wachstums hätten ihre Schrecken verloren. Es gäbe in diesem Sinne weder Wirtschaft noch Wirtschaftswachstum, erst recht keine Grenzen des Wachstums. Es gäbe einfach nur ein möglichst rationales, den Bedürfnissen der Konsumenten möglichst exakt entsprechendes endliches Produkt.

Aber nun ist die additive Fertigung durch 3D-Drucker, insbesondere in der Größenklasse für Privatanwender, im gegenwärtigen Reifestadium nur erst zur Verarbeitung weniger spezieller Materialien und zur Herstellung einfacher, eher wenig werthaltiger Produkte geeignet, auch wenn in hohem Tempo fast täglich Fortschritte vermeldet werden.

Wodurch könnte aber dieses Prinzip der Trennung von Fertigung und Design im Sinne der Hinführung und Etablierung einer postkapitalistischen Wirtschaftsweise dennoch schon in naher Zukunft nutzbar gemacht werden?

Collaborative Commons

Der Begriff der "Commons", als "Creative Commons", "Collaborative Commons" oder als "Common based Peer Production" hat seine Bedeutungswurzel in der Grundidee einer gemeinschaftlichen, grundsätzlich freiwilligen gemeinschaftlichen Nutzung von Produktionsmitteln zur Herstellung freier Güter, also ohne die Verfolgung kommerziellen Interesses. Das Grundmuster einer solchen Produktionsweise findet sich etwa in der Wissensproduktion der frei verfügbaren Wikipedia oder der Produktion freier Software, wie dem dafür prototypischen Linux. Auf diese und ähnliche Beispiele von Wissensallmende - wie die Wikipedia-Artikel, die man leider nicht essen kann - bezieht sich Konicz.

Der Begriff "Commons" ist nun im volkswirtschaftlichen Sinn nicht scharf definiert. Volkswirtschaftlich gibt es entweder privates oder öffentliches Eigentum. Die "Allmende", die mittelalterliche Gemeindewiese, war relativ zu den Bewohnern einer Gemeinde oder eines Dorfes Gemeingut, so dass diese die Wiese frei nutzen konnten, aber wohl nicht die Bewohner des Nachbardorfes. Insofern handelt es sich also um etwas volkswirtschaftlich Wohlbekanntes: nämlich um die Kategorie der Kollektivgüter.

Ein 3D-Drucker oder eben auch dessen ultimative Zukunfts- und Science-Fiction-Version als "Star-Trek-Replicator" bzw. als "Molecular Assembler" wäre nun vermutlich nicht Kollektivgut, sondern Privatbesitz. Er würde als solches auch sehr segensreiche Wirkung entfalten können; die Infrastruktur allerdings, ohne die auch die perfekteste Produktionsmaschine ihre Funktion nicht erfüllen könnte, also die Infrastruktur des Internet, und die (möglichst global verfügbaren) Steuerdaten, auf die diese Maschine zugreifen müsste, befänden sich offenbar - mit dem größerem Nutzen für die Allgemeinheit - in öffentlichem Besitz. (Dass darüber hinaus noch die Versorgung mit Energie und Rohstoffen zu bewerkstelligen sein müsste, sei der Einfachheit halber hier einmal außer Acht gelassen.)

Die Trennung von Design und Fertigung würde es darüber hinaus aber möglich machen, dass sich auch komplexere Fertigungssysteme wie etwa eben eine Industriefabrik der 4. Generation in überprivatem, öffentlichem Eigentum befinden. Der Sinn einer solchen Fertigungsanlage läge dann nicht darin, gewerbswirtschaftlich und mit Gewinnerzielungsabsicht betrieben zu werden,

sondern darin, eine möglichst große Vielfalt der Konsumwünsche der Mitglieder einer Kommune oder einer Stadt oder eines Stadtteils zu befriedigen, durch eben die Nutzung dieses Potenzials der "flexiblen Rekonfigurationsmöglichkeiten" einer Fertigungsanlage. Dies wäre natürlich auch möglich durch flexible, aber doch auf eine Produktart spezialisierte Systeme, die also sehr unterschiedliche und individuell gestaltbare Produkte einer Produktart wie etwa Schuhe, Möbel oder Bekleidung herstellen würden.

Eine Community-Fabrik, ein Stadt-Werk (FabLab - FabCity - CityFab - StadtWerk?), würde dann den Eigenbedarf ihrer Community abdecken und es entstünde ein Wirtschaftsmodell einer urbanen bzw. lokalen Subsistenz, zumindest als ergänzendes und/oder stabilisierendes Element des Wirtschaftslebens. Der Sinn läge darin, die entstehende maschinelle Produktionskapazität der Öffentlichkeit verfügbar zu machen, aber eben in Gestalt von Gebrauchswerten, zur Deckung des (kommunalen) Eigenbedarfs, und damit marktunabhängig und ohne eingebunden zu sein in die Imperative von Marktdynamik und Finanzmärkten.

Wäre das dann - auch im Rahmen des technisch heute oder schon in naher Zukunft Möglichen - genügend "Wetterleuchten einer postkapitalistischen Wirtschaftsweise"?

Erschienen in Telepolis am 07.09.2014

Michael Albert und Florian Zollmann

Parecon - Partizipatorische Ökonomie

Welche Institutionen können zivile Werte im Wirtschaftsalltag der Menschen verankern und eine Veränderung der Gesellschaft bewirken?

Ein guter erster Schritt, wenn man über ein neues Wirtschaftssystem nachdenkt, liegt darin, für die Gesellschaft wichtige ökonomische Wertvorstellungen zu bestimmen. Im Folgenden präsentieren wir eine Minimalliste an zivilisierten Werten, die, wenn sie für das Wirtschaftssystem gelten würden, große Auswirkungen hätten.

Selbstbestimmung

Alle Menschen sollten auf Entscheidungen Einfluss ausüben und zwar proportional in dem Maß, in dem sie von diesen Entscheidungen betroffen sind. Das ist hier unter Selbstbestimmung zu verstehen. Je nach spezifischer Situation sollten daher unterschiedliche Entscheidungsfindungsmechanismen wie Wahlmodi und Beratungsformen angewendet werden. Das ermöglicht Selbstbestimmung. Manchmal ist das Mehrheitswahlrecht angemessen. Manchmal sollte ein Konsens erreicht werden. In anderen Fällen sind mehr oder weniger umfangreiche Beratungen und Debatten am besten dazu geeignet, Selbstbestimmung zu erreichen. Bisweilen sollte eine einzelne Person ganz allein eine Entscheidung über einen Sachverhalt treffen. In anderen Fällen wiederum sollte eine spezifische Gruppe hauptsächlich entscheiden, allerdings im Kontext von übergeordneten Entscheidungen, die von größeren Gruppierungen getragen werden.

Die wesentliche Logik der Selbstbestimmung besteht darin, dass keine Person mehr Mitsprache verdient auf Grund ihres Geschlechts, ihrer wirtschaftlichen Stellung, ihrer kulturellen Zugehörigkeit und so weiter. Selbstbestimmung bedeutet: Wir alle verdienen ein Mitspracherecht, das im Verhältnis dazu steht, wie sich eine Entscheidung auf uns jeweils auswirkt.

Die klassische Kritik an der Selbstbestimmung liegt in der Annahme, dass manche Menschen bessere Entscheidungen treffen können, weil sie Expertenwissen haben. Warum sollten wir also auf das Wissen von Experten verzichten, in dem wir ihren Einfluss limitieren?

Zunächst einmal ignoriert diese Kritik, dass Selbstbestimmung soziale und personenbezogene Vorteile hat. Zu diesen zählen zum Beispiel, dass durch Selbstbestimmung gegenseitiger Respekt, Solidarität und Partizipation gewährleistet bleiben. Diese Vorteile bestehen sogar in Fällen, wo auf Selbstbestimmung basierende Entscheidungen den Menschen vielleicht weniger aufschlussreiche Auswahlmöglichkeiten bieten würden, als auf Expertenwissen basierende Entscheidungen.

Darüber hinaus ignoriert die oben genannte Kritik, dass jeder von uns ein führender Experte in Sachen unserer eigenen Präferenzen ist. Wir sind daher schlichtweg berechtigt, über unsere eigenen Präferenzen zu entscheiden, weil wir alle am besten wissen, was wir wollen, wobei Selbstbestimmung gar nicht die Berücksichtigung von Expertenwissen ausschließt. Das zeigt ein einfaches Beispiel: In der Selbstbestimmung entscheiden wir, ob wir uns medizinisch behandeln lassen wollen, nachdem uns ein Arzt über die Notwendigkeiten und Auswirkungen eines Eingriffs aufgeklärt hat. Die Expertise des Arztes sollte unsere Entscheidung anregen, aber der Arzt sollte nicht für uns entscheiden. Unsere Präferenzen sind wichtig. Und das gilt auch bei Entscheidungen, die die Wirtschaft betreffen. Die Institutionen des Wirtschaftssystems sollten daher die Selbstbestimmung berücksichtigen und fördern.

Gerechtigkeit

Was ist gerecht in Bezug auf die Verteilung gesellschaftlicher Leistungen und Kosten? Philosophen debattieren über dieses Thema und Wählerschichten sind unterschiedlicher Auffassung darüber. Wir wissen, dass die Gesellschaft Leistungen erzeugt, die Arbeitsaufwand verlangen und zugleich Vorteile mit sich bringen. Unsere Wertfrage lautet: Wie sollen Leistungen und Kosten in der Gesellschaft verteilt werden?

Angenommen, wir berechnen alle Leistungen und Kosten, die für jeden einzelnen Menschen unserer Gesellschaft durch seinen individuellen Arbeitsaufwand und Konsum entstehen, dann stellen sich folgende Fragen: Warum sollte ein Mensch eine bessere Kombination aus Leistungen und Kosten beziehen, als ein anderer Mensch? Warum sollten nicht alle Menschen einen gleich gerechten Anteil an Leistungen beziehen und dafür einen gleich gerechten Anteil an Kosten tragen müssen?

Im Hinblick auf unsere Arbeitstätigkeit bedeutet Gerechtigkeit, dass jeder Mensch einen Anteil am Sozialprodukt erhält, der im Verhältnis zur Dauer, Intensität und Belastung seiner ausgeführten Arbeit steht. Bei der Arbeitstätigkeit muss es sich um gesellschaftlich anerkannte Arbeit handeln. Sollten Menschen aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage sein zu arbeiten, dann versteht sich aus rein menschlicher Sicht, dass uns auf jeden Fall ein volles Gehalt und medizinische Versorgung zustehen.

Diese Herangehensweise behandelt jeden Menschen in gerechter Weise. Falls ein Mensch länger, härter oder unter schlechteren Bedingungen arbeitet als ein anderer, erhält dieser einen größeren Anteil an Leistungen. Falls ein Mensch weniger lang, weniger hart oder unter besseren Bedingungen arbeitet als ein anderer, erhält dieser einen kleineren Anteil an Leistungen.

Jeder Mensch geht einer Kombination aus Arbeitstätigkeiten nach, die dazu beitragen, soziale Leistungen zu erwirtschaften. Im Gegenzug erhält jeder Mensch für die erbrachte Arbeit Anteile am Sozialprodukt, die für den Konsum verbraucht werden können. Zusammengenommen ist die von allen Menschen erbrachte Arbeit und die dafür erhaltene Leistung vergleichbar belohnend. Das ist hier mit

Gerechtigkeit gemeint.

Gegen unser Prinzip der Gerechtigkeit könnte angeführt werden, dass ökonomische Ungleichheit bei den Menschen Motivation erzeugt, sich besonders hervorzutun. In diesem Sinne könnte Ungleichheit einen Anreiz bieten, der sich positiv auf die Arbeitsmoral und damit auch auf das Sozialprodukt auswirkt. Dieses Argument ist absurd. Vernünftige Leistungsanreize ziehen keinen Nutzen aus Ungleichheit. Wir brauchen Leistungsanreize, um lang, hart oder unter schlechten Bedingungen zu arbeiten, und genau deshalb ist die Vergütung nach unserem Prinzip der Gerechtigkeit gerecht. Denn nach eben diesem Prinzip kann ein Mensch nur für die Durchführung von längerer, härterer oder beschwerlicherer Arbeit auch mehr Arbeitslohn erhalten.

Menschen können dagegen nicht mehr Vergütung erhalten, weil sie genetisch besser ausgestattet sind als andere, oder weil sie in der Lage sind, etwas Wertvolleres zu produzieren, oder weil sie besseres Arbeitsequipment verwenden oder Eigentum besitzen. Die Institutionen des Wirtschaftssystems sollten Gerechtigkeit hervorbringen.

Solidarität

Ein weiterer Wert ist, dass die Menschen Solidarität fühlen sollten, nicht nur in ihren Familien, sondern auch innerhalb der Gemeinden. Die gesellschaftlichen Umstände sollten keinen erbarmungslosen Wettkampf fördern, bei dem die Niederlage eines nahen oder fernen Nachbarn unseren Sieg bedeutet. Stattdessen sollten "unser" und "euer" Wohlergehen verknüpft sein, so dass wir alle zusammen von der Gesellschaft profitieren und die Vorteile gegenseitiger Empathie und Hilfe genießen können. Wer würde stattdessen Asozialität als einen Wert bevorzugen? Die Institutionen des Wirtschaftssystems sollten Solidarität begünstigen.

Vielfalt

Ein weiterer unumstrittener Wert ist die Vielfalt. Wir sollten nicht alle Eier in einen Korb legen. Wir sind in unserem Leben nur in der Lage, eine bestimmte Anzahl

von Dingen zu unternehmen. Darum sollte es eindeutig sein, dass wir alle indirekt nur davon profitieren können, wenn verschiedene Menschen einer großen Anzahl verschiedener Aktivitäten nachgehen. Vielfalt ist die Würze des Lebens. Wer würde soziale Homogenität gegenüber Verschiedenheit bevorzugen? Die Institutionen des Wirtschaftssystems sollten Vielfalt erzeugen und bewahren.

Ökologische Klugheit

Als einen letzten Wert sollten wir natürlich ökologische Klugheit anstreben, weil wir einen Lebenswandel führen wollen, der unsere Welt nicht verschmutzt und das weitere Überleben der Menschheit gefährdet. Wenn wir ökonomisches Handeln beurteilen, dann müssen auch etwaige Auswirkungen für die Umwelt und für das Leben heute und in der Zukunft mitberücksichtigt werden. Wer würde stattdessen fehlende Nachhaltigkeit als einen Wert bevorzugen? Die Institutionen des Wirtschaftssystems sollten nicht die Zerstörung, sondern die Nachhaltigkeit der Umwelt begünstigen.

Zivilisierte Institutionen

Diese angeführten Werte haben wir nicht willkürlich ausgesucht. Sie reflektieren vielmehr die Werte, für die eine Vielzahl progressiver sozialer Bewegungen einstand und noch heute einsteht. Wenn wir annehmen, dass diese Werte erstrebenswert sind, dies allerdings unter Vorbehalt, dass Beweise, die uns eines noch Besseren belehren, auftreten könnten, dann stellt sich die Frage, welche Institutionen diese Werte im Wirtschaftsalltag der Menschen verankern könnten? Die nachfolgend beschriebene Partizipatorische Ökonomie behauptet für sich, diese Frage beantworten zu können:

1. Arbeiter/Innen und Verbraucher/Innen Räte

Damit alle Menschen, die im Wirtschaftssystem arbeiten und konsumieren, in der Lage sind, auf Entscheidungen in dem Ausmaß Einfluss zu nehmen, in dem sich diese Entscheidungen auf sie auswirken, benötigen wir einen Ort, an dem Entscheidungen sinnvoll getroffen werden können.

Am Arbeitsplatz soll dieser Ort der Arbeiter/Innen Rat sein, wobei es auf niedriger Ebene auch Arbeitsteams gibt, in denen ebenfalls Entscheidungen getroffen werden können, falls diese nur die Arbeiter/Innen des Teams betreffen. Für Entscheidungen größeren Ausmaßes, die auch Arbeiter anderer Arbeitsplätze betreffen, gibt es Industrieräte. Jeder Arbeiter/Innen Rat ist Teil eines Industrierates. Die Summe aller Industrieräte beinhaltet alle Arbeiter des Wirtschaftssystems.

Im Hinblick auf den Konsum verbraucht jeder Mensch Produkte als Individuum, meistens jedoch als Teil einer Familie, Wohngemeinschaft, Nachbarschaft, Region oder eines Landes. Für jede dieser Einheiten gibt es einen Verbraucher/Innen Rat.

Die Struktur und Funktionsweise aller Räte ist gleich. Akteure auf der jeweiligen Ebene eines Rates äußern Präferenzen, die dann weiter besprochen, abgewogen und diskutiert werden. Je nach Wahlmodus wird über Präferenzen im Sinne einer kollektiven und kooperativen Selbstbestimmung abgestimmt.

2. Ausgewogene Tätigkeiten und Lebensumstände

Als nächstes müssen Arbeitstätigkeiten organisiert und aufgeteilt werden. Wir wollen, dass Tätigkeiten am Arbeitsplatz für alle Menschen fair organisiert sind. Gleichzeitig sollen die Menschen einer Arbeit nachgehen, die ihren Fähigkeiten entspricht und deren Ausführung sich lohnt. Daraus ergibt sich ein subtiler aber zutiefst wichtiger Sachverhalt. Unsere Arbeit beeinflusst nicht nur die Entwicklung unserer Fähigkeiten, sondern auch die Frage, wie wir uns fühlen und wer wir sind.

Wenn wir einen Großteil unserer Zeit damit verbringen, Tätigkeiten auszuführen, die Selbstvertrauen, Wissen, Fertigkeiten, soziale Verbindungen und Zugang zu Entscheidungen vermitteln, dann werden wir dafür ausgestattet, kreativ und selbstbewusst zu handeln. Wenn wir im Gegensatz dazu einen Großteil unserer Zeit damit verbringen, Tätigkeiten auszuführen, die kaum Fertigkeiten vermitteln, die stumpf sind und uns langweilen und isolieren, dann wird das unserem Selbstbewusstsein schaden und uns nicht für kreative Arbeiten befähigen.

Wenn wir am Arbeitsplatz eine gewisse Anzahl stumpfer Tätigkeiten immer wieder ausführen müssen, dann werden wir auch zu nicht viel mehr in der Lage sein, als Befehle auszuführen. Wenn wir andrerseits am Arbeitsplatz Tätigkeiten nachgehen, die größtenteils befähigend, erfüllend und aufbauend sind, dann wird das unsere Entscheidungsfähigkeit stärken und uns befähigen, Initiative zu ergreifen.

Im Wirtschaftssystem nennen wir die Mitarbeiter, die hauptsächlich befähigende, erfüllende und aufbauende Tätigkeiten verüben, Koordinatoren und diejenigen, die fast ausschließlich abstumpfenden und entfremdenden Tätigkeiten nachgehen, die eigentlichen Arbeiter. Die Koordinatorenklasse wird nicht nur die Arbeiterklasse im Wirtschaftssystem dominieren - in dem sie wichtige Themen und Entscheidungsoptionen vorgibt -, die meisten Arbeiter werden darüber hinaus denken, dass diese Situation angemessen ist. Das ist durch zahlreiche Studien belegt. Koordinatoren erscheinen als vorbereitet, talentiert, fähig, selbstbewusst und initiierend. Arbeiter als unfähig, unsicher, zurückhaltend und gehorsam. Auch wird es als natürlich erscheinen, dass die Koordinatoren bestimmen und die Arbeiter gehorchen. Diese Rangordnung ist in Wirklichkeit ein Resultat gesellschaftlicher Beziehungen, die dazu führen, dass manche Menschen selbstbewusster und besser vorbereitet sind und andere Menschen unsicherer und schlechterer vorbereitet sind.

Diese Betrachtung zeigt außerdem, dass Klassenunterschiede im Wirtschaftssystem durch strikte Hierarchien etabliert und gerechtfertigt werden, die nicht nur von kapitalistischen Eigentumsstrukturen herrühren, sondern auch von der Zuteilung der Tätigkeiten, die wir an unserem Arbeitsplatz ausführen. Im kapitalistischen System erlaubt das Eigentum an Produktionsmitteln den Besitzern, über die Arbeiter/Innen zu entscheiden. Denn der Besitz von Produktionsmitteln etabliert Hierarchien am Arbeitsplatz, denen die Arbeiter/Innen Folge leisten müssen, nachdem sie eingestellt wurden. Die Monopolisierung von befähigenden Tätigkeiten am Arbeitsplatz durch eine Minderheit von Arbeiter/Innen, die im Gegensatz zur Mehrheit der Arbeiter/Innen stehen, die stumpfen und auf Gehorsam basierenden Aufgaben nachgehen müssen, etabliert nun ebenfalls Hierarchien. Diese Hierarchien basieren aber nicht, wie im Kapitalismus, auf

Eigentumsstrukturen, sondern auf einer ungleichen Verteilung von Tätigkeiten.

Im Wirtschaftssystem nennen wir die Lösung für diese Klassenteilung Tätigkeitsbündel. Am Arbeitsplatz sollen die Tätigkeiten zu ausgewogenen Bündeln zusammengefasst werden. Dadurch soll jeder Mensch einem vergleichbaren Bündel von erfüllenden und unangenehmen Tätigkeiten nachgehen und damit auch eine vergleichbare Arbeitsqualität haben.

Wir müssen allerdings auch anführen, dass bis zu dem Zeitpunkt, an dem wir Klassenlosigkeit wirklich erreichen, Kritiker sagen könnten, dass es als verrückt erscheint, die Arbeitsteilung zu ändern, um ausgewogene Tätigkeitsbündel zu institutionalisieren. Kritiker könnten sagen, manche Menschen verdienen es, beispielsweise als Ärzte und Anwälte Entscheidungsträger zu sein, wohingegen andere Menschen untergebene Arbeiter sein sollen, weil sie keine angemessenen Fähigkeiten haben und darum nicht in der Lage sind, Entscheidungen zu treffen. Man würde sie sogar unterdrücken, wenn man dies von ihnen verlangen würde.

Natürlich erinnert diese Kritik an Sexisten und Rassisten, die im vergangenen Jahrhundert ähnliche Argumente vorbrachten, als Frauen und Minderheiten für gleiche Rechte eintraten. Diejenigen, die sich in dominanten Gesellschaftspositionen befinden, behaupten in der Regel, dass diejenigen, die von ihnen dominiert werden, sich in dieser Position befinden, weil sie untergeben und minderwertig sind. Sie machen aus Selbstsucht den Fehler, das Resultat unterdrückerischer Strukturen als die Ursache für diese Strukturen zu verklären. Kurz gesagt, wenn Kritiker behaupten, dass ausgewogene Tätigkeitsbündel gegen die Natur des Menschen sind, dann sollten sie beschämt über ihr Klassendenken sein.

Natürlich kann nicht jede/r Arbeiter/In alle Tätigkeiten an einem Arbeitsplatz ausführen. Allerdings können wir alle - bis auf wenige Ausnahmen - einen gerechten Anteil von befähigenden und kreativen Tätigkeiten ausüben. Wenn wir eine klassenlose Gesellschaft anstreben, und wer möchte zugeben, dagegen zu sein, dann sind ausgewogene Tätigkeitsbündel unverzichtbar. Die Alternative, unausgewogene Arbeitsteilung, wird unausweichlich dafür sorgen, dass diejenigen,

die strukturell befähigt sind, auch herrschen werden. Die Institutionen des Wirtschaftssystems sollten ausgewogene Tätigkeitsbündel anstreben und erhalten.

3. Gerechte Verteilung von Arbeitslohn und Kosten

Wenn der schon angeführte Wert der Gerechtigkeit in die Institutionen verankert wird, dann beinhaltet dies, dass die Gesellschaft die Verantwortungen und Nutzen so aufteilt, dass jeder Mensch ein faires Gesamtpacket erhält.

Für das Wirtschaftssystem bedeutet dies, dass wir einen Arbeitslohn erhalten sollten, der im Verhältnis zur Dauer und Intensität als auch Beschwerlichkeit unserer von der Gesellschaft anerkannten Arbeit steht.

Kritiker könnten behaupten, diese Herangehensweise würde der Leistung schaden. Wer würde noch gern als Arzt arbeiten, wenn es keine herausragende Entlohnung mehr für diesen Beruf geben würde? Denn in einer Partizipatorischen Ökonomie würde man für die Tätigkeit eines Arztes wohl weniger verdienen als für die Tätigkeit eines/r Fabrikarbeiter/In, weil letztere eine beschwerlichere und intensivere Arbeit darstellt. Würde es also in einer Partizipatorischen Gesellschaft keine Anreize mehr für den Arztberuf geben?

Schauen wir uns dieses Argument etwas genauer an und fragen wir: Würde ernsthaft jemand in Erwägung ziehen, auf die Universität, die Facharztausbildung und den Arztberuf zu verzichten (das gleiche zählt für ähnliche befähigende Berufe), um stattdessen direkt nach der Schulausbildung im Einzelhandel, in einer Fabrik oder bei McDonald's zu arbeiten, weil die Vergütung ja höher wäre? So argumentieren nämlich die Kritiker, die für Ungleichheit sind. Diese sind der Auffassung, Berufe, die zu großen Teilen befähigende Tätigkeiten beinhalten, müssten höher entlohnt werden. Nach dieser Logik würde man es vorziehen, in der Hamburgerküche zu arbeiten, anstatt eine vielversprechende Karriere als Arzt zu beginnen, wenn man nicht für vierzig Jahre zwanzig, dreißig oder sogar fünfzig Mal so viel Geld verdient.

Würde man sich also wirklich für eine stumpfe Arbeit entscheiden, anstatt für

einen befähigenden Job, der einem liegt, wenn der Arbeitslohn für die langweilige Stelle nur die Hälfte (anstatt eines minimalen Teiles) des Gehaltes von einem befähigenden Job beinhalten würde? Was wäre, wenn das Gehalt für beide Tätigkeiten sogar gleich wäre? Was wäre, wenn das Gehalt für die stumpfe Arbeit höher wäre?

Die Wahrheit ist, und man kann Studierende danach fragen: Wenn man einem Arzt ein gutes Gehalt zahlt, dann würde kaum ein Mensch stattdessen einer stupiden Arbeit nachgehen, selbst wenn diese wesentlich höher vergütet würde als der Beruf des Arztes, Anwalts, Ingenieurs, etc.

Bitte stellt Euch vor, dass die eben dargestellte Situation mit den von uns vorgeschlagenen Institutionen gar nicht entstehen würde. Jeder Mensch hat einen Arbeitsplatz, der einem ausgewogenen Bündel aus befähigenden und erschwerenden Tätigkeiten gleicht und dafür ein faires Gehalt für diese Kombination erhält. Dieses Arrangement bietet jedem Menschen den Anreiz, einer kompetenten, nützlichen und guten Arbeit nachzugehen, so lange wie nötig für das individuelle Wohlergehen. Lediglich die Dauer und Intensität der Arbeit sind ausschlaggebend für den Arbeitslohn. Die Institutionen des Wirtschaftssystems sollten daher Entlohnungen und Kosten gerecht aufteilen.

4. Partizipatorische Planung und generelle Selbstbestimmung

Die Idee hinter der vierten hier vorgeschlagenen institutionellen Innovation, die ein ziviles Wirtschaftssystem untermauert, ist, dass über die Verteilung von Energien, Ressourcen und Arbeit sowie über den Nutzen, der durch deren Verwendung entsteht, beständig durch kollektive und kooperative Selbstbestimmung und auf eine Art und Weise, die verständnisvoll ist und auf den Bedarf und die Wünsche der Menschen eingeht, entschieden wird.

In derzeitigen Wirtschaftssystemen des "Real existierenden Kapitalismus" und des "Real existierenden Sozialismus" funktioniert die Verteilung durch Märkte oder Zentralplanung. Diese Institutionen sind jedoch extrem fehlerhafte Instrumente, selbst wenn kein Privateigentum an Produktionsmitteln vorhanden ist.

Gnadenloser und irrationaler Wettbewerb, Autoritarismus, Ökologische Desaster, Fiskalkrisen, asoziale persönliche Anreize, und Klassenteilung werden immanent von diesen Institutionen gefördert. Märkte und Zentralplanung werden trotz dieser Fehler verwendet, weil sie den Mächtigsten und Wohlhabendsten einen Nutzen versprechen. Für die Werte, für die wir uns entschieden haben, werden neue Verteilungsmechanismen benötigt, genauso wie neue Formen der Entscheidungsfindung, Entlohnung und Arbeitsteilung. In der Tat würden Märkte und Zentralplanung durch ihre individuelle Handlungslogik die von uns bisher dargestellten Institutionen und Werte unterminieren.

Wir haben Arbeiter/Innen und Verbraucher/Innen Räte skizziert. Arbeit findet statt. Verbrauch findet statt. Die Aufgabe für die Verteilung ist es, dass jeder Arbeitsplatz ein Programm aufstellen muss, in dem Güter von Zulieferbetrieben, Arbeit, und die gefertigten Produktionsgüter miteinbezogen sind, die die Verbraucher benötigen. Ebenso müssen individuelle Verbraucher/Innen, Nachbarschaften, Städte, Länder, etc. eine Agenda erstellen für die Güter, die sie erhalten möchten, und die andere produzieren und liefern.

Natürlich gibt es für diesen Prozess ein paar Grundvoraussetzungen. Die Entscheidungen von jedem partizipierenden Arbeitsplatz und jedem/r individuellen Verbraucher/In und von kollektiven Verbrauchern muss vernünftig zusammenpassen, um Mängel oder Überschüsse zu minimieren. Außerdem sollten wirtschaftliche Entscheidungen persönliche, gesellschaftliche und ökologische Kosten und Nutzen miteinbeziehen, so dass wir insgesamt Optionen, die sich positiv auswirken, bevorzugen und Optionen, die sich negativ auswirken, vermeiden. Schließlich ist eine Voraussetzung für die Verteilung, dass sie Werte und Beziehungen, die wir befürworten, fördert und nicht unterwandert.

Wir sprechen von Millionen von Teilnehmern/Innen, die die Verteilung einer enormen Anzahl von Gütern und Diensten aushandeln, so dass wir es mit einem enorm komplexen Problem zu tun haben. Also was tun? Die übliche Antwort ist: Lasst uns Märkte oder Zentralplanung oder eine Kombination beider Mechanismen verwenden. Das Problem ist, dass Märkte und Zentralplanung in jedem Fall Kosten und Nutzen falsch berechnen, Verhalten pervertieren,

Klassenteilung hervorrufen, Gerechtigkeit zerstören und gegen die Selbstbestimmung verstoßen.

Wir schlagen stattdessen die partizipatorische Planung vor. Jeder Arbeiterrat (und jede Ansammlung höherer Räte), und jede/r individuelle und kollektive Verbraucher/In berücksichtigt den Verbrauch des vergangenen Jahres als auch den prognostizierten Verbrauch des kommenden Jahres, um dann seine/ihre individuell bevorzugten Wirtschaftsaktivitäten vorzuschlagen. Arbeiter/Innen und Verbraucher/Innen erhalten daraufhin auf jeder Ebene Informationen über die Reaktionen anderer sowie über die von jenen eingebrachten Vorschläge und modifizieren daraufhin ihre ersten Versionen. Es wird nicht der Fall sein, dass die Vorschläge von Arbeiterräten und Verbrauchern/Innen direkt aufeinander abgestimmt sind. Es handelt sich hier um einen Prozess, bei dem alle Räte die Vorschläge anderer Teilnehmer und Verbraucher/Innen mitberücksichtigen und die Implikationen für Kosten und Nutzen angleichen und im Licht von neuen Präferenzen modifizieren. Dies ist ein Prozess, der mehrmals unter Verwendung technischer Hilfsmittel wiederholt werden kann. Es handelt sich um einen kooperativen Prozess. Akteure bearbeiten ihre Anfragen und Angebote im Licht ihrer eigenen Wünsche und denen anderer als auch den angezeigten sozialen und ökologischen Kosten und Nutzen für die Gesellschaft.

Wir lassen hier weitere Details beiseite. Die Partizipatorische Ökonomie behauptet, dass die hier skizzierte Planung machbar ist, ohne Wettbewerb und ohne autoritäre Zentralgewalt, und dass ein zweckmäßiger Plan aufgestellt werden kann, der kollektive Präferenzen widerspiegelt. Darüber hinaus sind die nötigen Schritte und Aktionen der partizipatorischen Planung im Einklang mit der ausgewogenen Arbeitsteilung, gerechten Belohnung und auf Selbstbestimmung basierenden Räten.

Schlussbemerkung über zivilisierte Werte und Institutionen

Man sollte diesen Text nicht lesen und antworten: Super, mir gefallen die Werte, ich möchte eine klassenlose Gesellschaft und daher bin ich für die Partizipatorische Ökonomie. Man sollte stattdessen vielleicht denken, wenn diese Behauptungen

wahr sind, dann sollte ich für diese Vision sein. Und daher muss ich mir diese Vision und ihre Logik und Merkmale noch genauer anschauen, bevor ich mich entscheide. Bis dahin können wir uns weitere Auswirkungen der Partizipativen Ökonomie vergegenwärtigen.

Krisen beenden

Warum würde die angeführte bescheidene Liste an Institutionen - auf Selbstbestimmung basierende Räte, ausgeglichene Tätigkeitsbündel, gerechte Entlohnung, partizipatorische Planung - die gegenwärtig vorherrschenden Krisen beseitigen?

Die kurze Antwort lautet: Weil diese Institutionen nicht an sich, als Teil ihrer institutionellen Logik, gesellschaftsschädigende Resultate produzieren. Das ist leicht zu sagen, aber was ist mit Seuchen, Drogenepidemien, ungezügelten Immigrationsproblemen, Kriegen, globaler Erwärmung, ökologischen Desastern, industrieller Über- und Unterproduktion und anderen Situationen, durch die unsere Werte kollabieren?

Eine Partizipatorische Ökonomie schließt nicht aus, dass sich eine seltene Krankheit entwickelt und in der Gesellschaft ausbreitet. Eine Partizipatorische Ökonomie würde allerdings sicherstellen, dass sich Beurteilungen darüber, wie ein gesellschaftliches Problem gehandhabt wird, dramatisch ändern. Anstatt intellektuelle Energien dafür aufzubringen, medizinische Aufgaben dem Profit unterzuordnen, werden diese - wie alle Entscheidungen - von bestmöglichen Einschätzungen über die Auswirkungen von Entscheidungen auf das menschliche Wohlergehen und die gesellschaftliche Entwicklung geleitet.

Fehlentscheidungen werden natürlich auch dann möglich sein, aber systematische Verstöße gegen das gesellschaftliche Wohlergehen, um Profite zu machen - wie wir sie zurzeit überall auf der Welt vorfinden -, wird es nicht geben.

Was die Gesundheit im weiteren Sinne betrifft, so wird es in einem zivilisierten Wirtschaftssystem keinen Anreiz mehr dafür geben, Profite für eine Minderheit zu

generieren, während gleichzeitig schlimme Zustände am Arbeitsplatz herrschen oder die Umweltverschmutzung ignoriert oder sogar vorangetrieben wird. Und was vielleicht noch wichtiger ist: Es würde keine schwächende Armut, schreckliche Unterernährung und weitgehende Hungertode, etc. mehr geben.

Ebenso wird eine nach der Partizipatorischen Ökonomie gestaltete Gesellschaft den Anreiz abschaffen, süchtig machende Drogen oder Lebensmittel zu produzieren, indem es unmöglich gemacht wird, damit Wohlstand zu erlangen und zu genießen. In einer Partizipatorischen Ökonomie ist Einkommen abhängig von Dauer, Intensität und der Beschwerlichkeit der durchgeführten Arbeit. Darüber hinaus wird diese Arbeit über einen Arbeiter/Innen Rat innerhalb eines Industriezweiges gestaltet und basiert auf einem Plan, der die Wünsche der Verbraucher/Innen mitreflektiert.

Nehmen wir nun an, dass ein Kartell oder ein Konzern entscheidet, Reichtum anzuhäufen, indem versucht wird, einen gigantischen Markt für süchtig machende Drogen wie Zigaretten, Diätpillen, Lifestyle-Drogen oder was auch immer zu kreieren, wie würden die daran beteiligten Menschen etwas verdienen? Zum einen würde solch eine Aktivität keine Ressourcen über den partizipatorischen Planungsprozess erhalten. Denn dort bestimmen Arbeiter/Innen und Verbraucher/Innen Räte anhand von allen erhältlichen Informationen über die Produktion und Verteilung von Ressourcen. Warum sollten diese sich plötzlich für die Produktion von schädlichen Produkten aussprechen?

Aber selbst, wenn einfallsreiche Händler in der Lage wären, dem Hindernis der partizipatorischen Planung zu entgehen und temporär große Erträge anzuhäufen, wie sollten sie ihr großes Einkommen genießen? Jede große Anhäufung von Reichtum in der Hand eines Individuums muss in einer Partizipatorischen Ökonomie das Resultat von Schummelei oder Diebstahl sein. Denn niemand kann lang oder hart genug arbeiten, um in legitimer Art und Weise übermäßigen Reichtum anzuhäufen. Überdies würde es Strafen für kriminelle Aktivitäten in einer Partizipatorischen Ökonomie geben.

Weil jeder Mensch sowieso ein gerechtes Einkommen erhält, existieren auch keine

Anreize, zu betrügen, stehlen, Drogen zu verkaufen oder einfach nur so viel wie möglich von einem Produkt zu verkaufen aus irgendeinem anderen Grund, als einfach nur die Wünsche der Verbraucher/Innen zu erfüllen. Ein Drogenhändler wäre nicht in der Lage, die enormen Erträge von Drogenverkäufen zu genießen, außer diese im Keller zu verstecken. Denn in einer zivilisierten Gesellschaft mangelt es an großen Einkommensunterschieden, so dass sichtbarer übermäßiger Reichtum wohl einen möglichen Betrug nahelegen würde.

Potentielle Immigrationsprobleme könnten bestehen bleiben, bis gerechte Verhältnisse auf einem internationalen Level bestehen - ab diesem Zeitpunkt gäbe es keine Gründe mehr für Massenmigrationen. Das gibt jeder Partizipatorischen Gesellschaft sehr gute Gründe, daran mitzuwirken, partizipatorische Strukturen international zu fördern. Nimm den Handel. Handel müsste in einer Art und Weise stattfinden, die schwächeren und ärmeren Parteien mehr nutzt als wohlhabenden Parteien, damit Wohlstandsunterschiede reduziert werden. Handel sollte nicht den mächtigeren und reicheren Parteien mehr nutzen, so dass sich Wohlstandunterschiede noch vergrößern. Aber genauso ist es heute.

Dass der Handel Wohlstandunterschiede verringert, wäre allerdings nicht in den Institutionen einer in einem Land bestehenden Partizipatorischen Ökonomie verankert, sondern würde vielmehr von den zukünftigen Vorgehensweisen der am Handel beteiligten Länder abhängen. Denn eine länderübergreifende Verringerung von Wohlstandsunterschieden benötigt das Mitwirken verschiedener Staaten. Dennoch kann man sagen, dass Menschen, die in einer Partizipatorischen Ökonomie leben, sich in einer Umgebung befinden würden, wo kein asozialer Druck herrscht, sondern wo Solidarität betont wird und Sicherheit vorherrscht. Daher erscheint es begründet davon auszugehen, dass eine partizipatorische Gesellschaft positive Handelspolitik gegenüber ärmeren Nationen bevorzugen würde.

Kriege um Öl oder Stahl oder für imperialen Einfluss über Handelsrouten oder Kriege, um Konzerne zu beschützen, politische Eliten zu stützen oder Bevölkerungen zu bestrafen, würden verschwinden, genauso wie deren ursächliche Dynamiken, falls die neuen Institutionen auf einem internationalen Level etabliert

werden würden.

Typischerweise geht es beim Krieg und sogar auch bei Kolonialismus nicht darum, dass ganze Bevölkerungen Nutznießer zugunsten anderer Bevölkerungen sind. Stattdessen sind es oftmals Eliten in einem Land, die auf Kosten ihrer eigenen Bevölkerung und auf Kosten der Bevölkerungen anderer Länder Nutznießer von Kriegen sind.

Das kann an einem einfachen Beispiel verdeutlicht werden. Nehmen wir an, Großbritannien kolonisierte Indien, wie es ja tatsächlich in der Vergangenheit geschehen ist. Es würde die indischen Ressourcen entwenden, die Bevölkerung unterdrücken, etc. So würde die indische Bevölkerung sicherlich leiden. Aber wer gewinnt? Großbritannien? Nicht so schnell. Großbritannien ist eine abstrakte Größe. Was von Indien genommen werden würde, ginge größtenteils in den Schoß der Konzerneliten in London. Die Rechnung für diesen Gewinnzuwachs würde jedoch von der britischen Bevölkerung durch ihre Steuern bezahlt und natürlich von der indischen Bevölkerung. Das könnte sogar bedeuten, dass für jede zwei Dollar, die Großbritannien veräußern würde, um sein Imperium aufrechtzuerhalten, nur ein Dollar aus gestohlenen Profiten zurückfließen würde. Und dennoch würde das Imperium fortbestehen. Warum? Weil die Bevölkerung die zwei Dollar bezahlen würde und die Konzerneliten den einen Dollar einheimsen würden. Es stellt sich heraus, dass Krieg nicht nur andere beklaut, sondern auch zu Hause den Wohlstand umverteilt.

Betrachtet man Kriege wie in Indochina (Vietnam) oder im Mittleren Osten (Irak), die durchgeführt wurden, um die geostrategischen und ökonomischen Interessen des US-Imperiums zu bewahren, dann stellt sich die Frage: Wer hat in diesen Kriegen den Großteil bezahlt? Jedes Land, das ins Visier genommen wurde und jede/r Bürger/In, die/der Steuern in den imperialen Ländern abgab, hat für diese Kriege mitbezahlt. Und wer hat von diesen Kriegen profitiert? Eliten in den imperialen Ländern profitieren in materieller und politischer Hinsicht, und Kollaborateure in den angegriffenen Ländern haben durch ihre Zusammenarbeit mit den imperialen Eliten ebenfalls profitiert.

Warum verschwindet all das, wenn wir es erreichen, Gesellschaften nach zivilisierten Werten zu strukturieren? Weil es in solchen Gesellschaften und deren Wirtschaftssystemen keine Eliten gibt, die von Krieg profitieren können und weil die Bevölkerungen solcher Länder gut informiert und kompetent sind, niemals solche sadistischen Machtprojektionen von wenigen zu sanktionieren. In einer klassenlosen Gesellschaft gibt es weder einen institutionell begünstigten Drang nach Krieg, noch eine gefügige Bevölkerung, die Kriege akzeptieren würde.

Was ist mit dem, was Menschen üblicherweise als ökonomische Krisen bezeichnen? Wenn Wirtschaftseinheiten überproduzieren, so dass es reichlich Abfall gibt, der einfach weggeworfen wird, was ein endemischer Zustand derzeitiger Wirtschaftssysteme ist, dann stellt das eine Krise für die Ressourcen, Arbeitsverteilung und die Umwelt dar. Für Eliten stellt dieser Zustand allerdings nur dann eine Krise dar, wenn er den Profiten schadet.

Wenn Wirtschaftseinheiten unterproduzieren, so dass es Knappheit gibt und diese außer Kontrolle gerät, dann verursacht ein geringerer Konsum Einschnitte in der Produktion. Produktionsrückgang verursacht wiederum weitere Einschnitte des Einkommens der Arbeitnehmer/Innen und damit einen weiteren Rückgang des Verbrauchs. Das stellt dann auch wiederum eine Krise für die Bevölkerung dar. Für die Eliten handelt es sich allerdings nur dann um eine Krise, wenn wiederum Profitmöglichkeiten tangiert sind.

Ein zivilisiertes Wirtschaftssystem würde all das vermeiden, weil die Produktion und der Verbrauch in einem engen Verhältnis stünden. Dies würde in einer Weise geschehen, die nicht die Ausdehnung der Macht weniger begünstigt und die Minderheit Befehle der Mehrheit befolgen müsste. Vielmehr würde der Bedarf aller gleichermaßen und im Licht der unter der Selbstbestimmung geäußerten Präferenzen aller berücksichtigt. Aber dafür braucht es partizipatorische Planung plus gerechte Entlohnung und ausgeglichene Tätigkeitsbündel. Denn innerhalb dieser Institutionen entsteht für die Wirtschaftseinheiten einfach kein anderer Antrieb, als die von der Gesellschaft vereinbarten Szenarien so gut wie möglich umzusetzen. Es gibt keine Möglichkeit für Individuen oder Gruppen eine höheres Einkommen dadurch zu erwirtschaften, dass mehr oder weniger produziert wird als

es erstrebenswert ist. Es existiert auch nicht die Möglichkeit, ein höheres Einkommen durch trügerische Werbung oder andere Formen der Täuschung zu erzielen, weil ein darauf basierender Verbrauch nicht den wirklichen Bedarf abdecken und auch nicht den Arbeitslohn erhöhen würde.

Ebenso würde in einem zivilisierten Wirtschaftssystem jedes Projekt, das die Ökologie destabilisiert, keinen Sinn machen. Es würde vielleicht Nutzen für manche Branchen geben, zum Beispiel wenn Öl weiterhin verwendet werden würde. Gleichzeitig würde dies allerdings für viele Menschen einen sofortigen oder sicherlich baldigen Schaden bedeuten, weil die globale Erwärmung Millionen bedroht.

Wenn das Verteilungssystem der Wirtschaft (wie im Falle von Märkten und der Zentralplanung) nur wenigen Menschen nutzt oder nur auf kurzfristige Entwicklungen ausgelegt ist oder nicht die Umwelt in angemessener Weise berücksichtigt, dann werden unerfreuliche Verstöße passieren, wie in derzeitigen Gesellschaften. Wenn aber ein Verteilungssystem in angemessener Weise die ökologischen als auch sozialen und persönlichen Implikationen von Wirtschaftshandlungen berücksichtigt und die Auswirkungen für alle abwägt dann werden diese Verstöße verschwinden. Informierte und selbstbewusste Bevölkerungen werden niemals mit Vorgehensweisen übereinstimmen, die wenige bereichern und vielen schaden.

Schließlich liegt der wahre Vorteil einer Partizipatorischen Ökonomie und Partizipatorischen Gesellschaft nicht darin, dass diese die derzeitigen Tendenzen in Richtung Krisen beenden würden, so wichtig das ist. Der Vorteil liegt darin, dass der dauerhafte Zustand einer permanenten Krise, ausgedrückt durch das derzeitige Niveau der Ungleichheit, Autoritarismus, Entfremdung, ökologische Auflösungserscheinungen, etc., abgeschafft würde. Der Vorteil liegt darin, Selbstbestimmung, Gerechtigkeit, Solidarität, Vielfalt, ökologische Nachhaltigkeit, Klassenlosigkeit und Freiheit zu erreichen und diese Momente auch über das Wirtschaftssystem hinaus auf andere Sphären der Gesellschaft zu übertragen.

Natürlich sollten weitere Fragen aufkommen. Auch sind weitere Beurteilungen

nötig. In dieser kurzen Präsentation behaupten wir nur, dass die hier gemachten Ausführungen, die sehr knapp gehalten sind, eine Motivation für weitere Erkundigungen und Gedankengänge bietet.

Derzeitige Entscheidungen und Wege hin zu einer Partizipatorische Ökonomie

Was würde eine Vision wie die oben beschriebene, die Partizipatorische Ökonomie genannt wird, für unser heutiges Handeln bedeuten?

Eine logische Konsequenz wäre, dass wir keine ungewollten alten Strukturen untermauern oder neue Strukturen kreieren wollen, die sich nicht mit unserem Ziel im Einklang befinden. Umgekehrt sollten wir ungewollte alte Strukturen schwächen und gleichzeitig neue Strukturen entwickeln, die mit unseren Zielen harmonieren. Der vertraute Slogan lautet: "Pflanze die Samen der Zukunft in der Gegenwart."

Mit dieser Haltung sollten wir Veränderungen gewinnen wollen, die die Situation vieler leidender Menschen verbessern. Wir sollten solche Veränderungen aber auf eine Art und Weise herbeiführen, die ein Bewusstsein, Engagement und Verlangen entwickelt, dass dafür geeignet ist, immer mehr gesellschaftliche Fortschritte in Richtung unseres eigentlichen Zieles zu erreichen. Wir sollten neue Institutionen aufbauen wollen, die dazu beitragen, unser Bewusstsein und Engagement, als auch unser Verlangen nach immer weiteren gesellschaftlichen Fortschritten im Sinne der Partizipatorische Ökonomie zu erhöhen. Diese neuen Institutionen, das sind die Samen, die wir in der Gegenwart pflanzen, sollten mit denen der neuen Gesellschaft der Zukunft, die wir erreichen wollen, kompatibel sein.

Mit welchen politischen Mitteln können wir diese neue Gesellschaft erreichen? Ein paar Beispiele: Nehmen wir an, wir würden gern die Einkommen ärmerer Bevölkerungsschichten, wie Mindestlohnarbeiter, verbessern. Natürlich würden wir verlangen und auch versuchen, höhere Löhne zu erreichen, das wäre eine Facette der Kampagne. Aber wenn wir die hier vorgeschlagene Vorgehensweise wählten, dann würde unser Handeln nicht nur auf die unmittelbare Forderung,

höhere Löhne zu erreichen, ausgerichtet sein. Vielmehr würden wir einem weiteren grundlegenden Ziel nachgehen, nämlich dem der gerechten Verteilung von Arbeitslohn. Bei dieser Kampagne würde es also auch darum gehen, ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, was gerechte Verteilung bedeutet und beinhaltet, was wir machen müssten, um gerechte Verteilung zu erreichen, und wie die derzeitige Kampagne für höhere Löhne für Mindestlohnarbeiter Teil einer weit längeren Kampagne sein könnte, die gerechte Verteilung von Einkommen für alle zum Ziel hat. Wir würden uns also auf eine Art und Weise organisieren, die unsere Anhängerschaft nicht nur umfassender und besser informiert, mit dem Verlangen nach weiteren Gesellschaftlichen Fortschritten, sondern auch noch stärker macht und uns dazu befähigt kontinuierlich an einer neuen Gesellschaft zu arbeiten.

Befassen wir uns mit dem Beispiel Verteidigungsausgaben. Wieder würden wir in unserer derzeitigen Gesellschaft eine Forderung nach einem kurzfristigen Ziel stellen, zum Beispiel einer Kürzung der Militärausgaben. Darüber hinaus würden wir aber als weiteren Teil der Kampagne grundlegende Forderungen stellen, zum Beispiel nach einem neuen Verteilungssystem für alle Ausgaben, die unsere Gesellschaft betreffen. Dabei würden wir außerdem versuchen, neue Strukturen dauerhaft aufzubauen, bis wir schließlich ein neues Verteilungssystem erreicht haben.

Hier handelt sich um einen Ansatz, der grundsätzlich "nicht-reformistisch" ist, weil wir eine Vision für eine neue Gesellschaft in unsere Kampagnen miteinbeziehen. Gleichzeitig ist unser Ansatz aber auch vorrübergehend "reformistisch", weil er versucht, kurzfristige Reformen zu erreichen, die den schwächsten Schichten der Gesellschaft zugutekommen.

Unser Ansatz orientiert sich in Richtung gesellschaftlicher Veränderungen, ist im Kern revolutionär und unterscheidet sich daher von Versuchen, gegenwärtige Krisen lediglich durch Reformen zu lösen, die letztlich nicht wirklich den Status Quo verändern.

Menschen, die ernsthaft entschlossen sind und den Willen haben, eine bessere Gesellschaft zu erreichen, sollten daher den hier vorgeschlagenen reformistisch-

revolutionären Ansatz wählen.

Jürgen Neumann

Welche Wege führen aus der Krise?

Hat der Kapitalismus noch eine Chance oder müssen wir uns auf die Suche nach Alternativen begeben?

Die Einschläge kommen näher. Mussten bisher vor allem Länder der Peripherie der Europäischen Union - wie etwa Ungarn, Rumänien oder Lettland - mittels milliardenschwerer Hilfspakete des IWF, der Weltbank und der EU vor dem Staatsbankrott bewahrt werden, so droht erstmals mit Griechenland einem Land der Eurozone die Zahlungsunfähigkeit. Als weitere Pleitekandidaten werden inzwischen die Euroländer Portugal und Spanien gehandelt. Auch Kernländer des kapitalistischen Systems stöhnen unter einer ungeheuren Schuldenlast und verschulden sich in einem aberwitzigen Tempo. Die Staatsverschuldung Japans, der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt, beträgt längst mehr als 200 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Großbritannien (Staat, Wirtschaft und Verbraucher) hat bereits einen Schuldenberg von nahezu 500 % seines BIP angehäuft. Die staatliche US-Schuldenaufnahme soll in diesem Jahr mit 1,6 Billionen US-Dollar einen neuen Allzeitrekord aufstellen. Es ist absolut offensichtlich, dass diese rasant fortschreitende Verschuldungsorgie der meisten Industriestaaten nicht mehr lange aufrechterhalten werden kann. Inzwischen drohen Ratingagenturen damit, selbst den USA und Großbritannien ihre erstklassige Bonitätsbewertung abzuerkennen.

Als die - seit Jahrzehnten schwelende! - Krise mit der Pleite von Lehman Brothers manifest wurde, da taumelten die Finanzmärkte am Abgrund. Nun geraten etliche Industriestaaten in finanzielle Schieflage, gerade weil sie mittels umfangreicher Konjunkturprogramme und billionenschwerer Rettungsmaßnahmen für den Finanzsektor den wirtschaftlichen Totalabsturz in 2009 verhindern konnten. Wie kann dieser nun erneut an Dynamik gewinnende Krisenprozess verzögert oder gar aufgehalten und schließlich überwunden werden? Gibt es Auswege aus dieser

Krise? Können diese systemimmanent - also im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise - beschritten werden, oder müssen wir uns auf die Suche nach Alternativen begeben?

Um diesen Fragestellungen adäquat nachgehen zu können, ist ein klares Verständnis der gegenwärtigen Krise erforderlich. Erst dank einer bündigen und klaren "Krisendiagnose" könnten eventuelle Auswege aus der Krise diskutiert, aufgezeigt und beschritten werden.

Kurze Krisendiagnose: It's the economy, stupid

Die gegenwärtige Systemkrise des kapitalistischen Systems äußert sich vor allem als eine Schuldenkrise. Die wichtigsten Industriestaaten haben seit dem Zusammenbruch der US-Immobilienblase die Defizitkonjunktur verstaatlicht, die vormals durch eine ausartende private Verschuldung auf den wuchernden Finanzmärkten angeheizt wurde.

Seit Beginn der achtziger Jahre - also seit dem Sieg des Neoliberalismus - wuchsen die amerikanischen und später globalen Finanzmärkte explosionsartig an, zugleich beschleunigte sich vor allem in den USA die private Kreditaufnahme, die zu einer tragenden Säule des dortigen, konsumgetriebenen Wachstums wurde. Eine auf solcherart (staatlicher oder privater) Defizitbildung beruhende Konjunktur wird als Defizitkonjunktur bezeichnet.

Es scheint somit, dass der Kapitalismus seit einigen Jahrzehnten ohne Schuldenbildung nicht mehr funktionieren kann. Entweder vollzieht sich dieser Prozess über die Finanzmärkte, wodurch es zum Zusammenbruch der US-Immobilienblase kam, oder die Staaten müssen einspringen und Vermittels staatlicher Defizitbildung die notwendige Nachfrage generieren, wie es aktuell der Fall ist. Der Kapitalismus scheint somit zu einem unrentablen Zuschussgeschäft verkommen zu sein, dessen Reproduktion nur noch durch (staatliche oder private) Schuldenmacherei aufrechterhalten werden kann.

Der gegenwärtig zusammenbrechende finanzmarktgetriebene Kapitalismus

entstand als Reaktion auf die fundamentale Krise der siebziger Jahre, als der lange Nachkriegsboom in nahezu allen Industrieländern zum Erliegen kam und die Weltwirtschaft in eine lange Phase der Stagflation - einer ausartenden Inflation mitsamt ökonomischer Stagnation - eintrat. Die Deregulierung der Finanzmärkte seit den achtziger Jahren und deren beständiges Wachstum waren also eine Reaktion auf einen Krisenprozess der warenproduzierenden Industrie. Hiermit konnte tatsächlich neue - wenn auch nur kreditfinanzierte - Nachfrage geschaffen werden. Dieses gigantische Schneeballsystem, das zuletzt durch die Spekulation auf dem US-Immobilienmarkt angetrieben wurde, brach im Gefolge der Pleite von Lehman Brothers zusammen.

Was ließ also die Industriestaaten nach der langen Aufschwungsphase in dem Goldenen Zeitalter des Kapitalismus in die Krisenperiode der Stagflation eintreten? Salopp gesagt war es die dem Kapitalismus innewohnende, konkurrenzgetriebene Tendenz zur beständigen Produktivitätssteigerung. Der Kapitalismus ist schlicht zu produktiv für sich selbst geworden, weswegen wir uns seit Jahrzehnten mit der Krise unserer Arbeitsgesellschaft konfrontiert sehen, deren systemische Ursachen von der veröffentlichten Meinung verbissen ignoriert werden. Je offensichtlicher die ihre Produktionspotentiale beständig steigernde Wirtschaft nicht mehr in der Lage ist, auch nur annähernd Vollbeschäftigung herzustellen, desto verbissener hält die öffentliche Debatte am Ziel der Vollbeschäftigung fest - und sei es durch Billiglohn und Zwangsarbeit.

Um diesen Komplex zu verdeutlichen, lohnt ein näherer Blick auf die vom sowjetischen Ökonomen Nikolai Dmitrijewitsch Kondratjew begründete Theorie der "langen Konjunkturwellen", für die der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter 1938 den Begriff der Kondratjew-Zyklen formte. Hierbei handelt es sich um einen jahrzehntelangen konjunkturellen Metazyklus, der von neu entstandenen Schlüsselindustrien getragen wird, die neue Felder der Kapitalverwertung und Massenbeschäftigung kreieren. Einer Periode des Aufschwungs folgt eine Zeit des Abschwungs, in der Produktivitätssteigerungen und Marktsättigung die Profitrate und Massenbeschäftigung in diesen neuen Schlüsselindustrien wieder sinken lassen. Seit Anbeginn der Industrialisierung

hätten wir es also mit Metazyklen zu tun, die jeweils auf dem Ausbau der Textilindustrie und später der Schwerindustrie, der Elektrobranche oder der Chemieindustrie zurückzuführen sind. Sobald durch fortschreitende technische Entwicklung die Massenbeschäftigung in einem älteren Sektor nachließ, entstanden durch denselben wissenschaftlich-technischen Fortschritt neue Industriezweige, die die "überschüssige" Arbeitskraft aufnahmen.

Systemkrisen treten dann ein, wenn die von einem bestimmten Industriezweig generierte Massenbeschäftigung aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen abflaut, während sich noch keine neuen Beschäftigungsfelder in neuartigen Industrien aufgetan haben. Genau diese Entwicklung setzte seit den siebziger Jahren in allen Industrieländern ein, als die von der Massenmotorisierung getragene, sehr lange Konjunkturwelle der Nachkriegszeit abflaute und sich keine neuen Schlüsselindustrien für eine weitere lange Konjunkturwelle entwickelten.

Dieser Befund mag auf den ersten Blick stutzig machen, da in den achtziger Jahren mit der Mikroelektronik und der Informationstechnologie weitere Industriezweige entstanden, die selbstverständlich auch Arbeitsplätze generierten und Investitionsmöglichkeiten für das Kapital schufen. Dennoch fungieren diese Sektoren gerade nicht als "Schlüsselindustrien" im Sinne Kondratjews. Diese schaffen ja vor allem dadurch Investitions- und massenhafte Beschäftigungsmöglichkeiten, indem sie in Wechselwirkung mit anderen Industriezweigen treten und dort ebenfalls stimulierend und belebend werden. Sehr gut kann man das am Aufbau des Eisenbahnnetzes im späten 19. Jahrhundert oder an der Massenmotorisierung der Nachkriegszeit erkennen, die vielfältigste ökonomische Impulse zeitigten.

Auch die mikroelektronische Revolution der 1980er Jahre wirkte sich auf die gesamte Ökonomie aus, doch dies vor allem mittels massenhaften Abbaus von Arbeitsplätzen: Durch Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen werden große Teile der klassischen Industriearbeiterschaft schlicht überflüssig. Die Rechnung ging diesmal nicht auf. In den neuen Hightechbranchen entstehen weit weniger Arbeitsplätze, als in den "alten" Industrien obsolet werden. Dem Massenheer der Industriearbeiterschaft folgt keines aus Programmierern,

Informatikern oder Webdesignern. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt, der - konkrrenzvermittelt - durch den Kapitalismus befördert wird, untergräbt zugleich die kapitalistische Produktionsweise.

Für die betroffenen Industrieländer ergaben sich bei der Krisenbewältigung zwei Optionen: Entweder, sie setzten gnadenlos auf die Exportwirtschaft, wie Deutschland, China und Japan, oder sie bildeten eine Defizitkonjunktur aus, die über einen wuchernden Finanzsektor die massenhafte Kreditaufnahme und somit auch Nachfrage erzeugte (vor allem USA, aber auch Großbritannien, Spanien, Irland und weite Teile der osteuropäischen Peripherie der EU).

Das Fazit unserer Krisendiagnose lautet folglich: Es ist der stürmisch vom Kapitalismus vorangetriebene Fortschritt der Produktivkräfte, der die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise unterminiert. Die Krise hat ihre Ursache nicht im Finanzsektor, sondern in den Widersprüchen der warenproduzierenden Industrie. Gerade das exzessive Wuchern der Finanzmärkte hat die unter einer latenten Überproduktion leidende reale Wirtschaft durch schuldengenerierte Nachfrage am Leben gehalten. Nachdem diese ungefähr über 30 Jahre beständig wuchernde Spekulations- und Verschuldungsdynamik zusammenbrach, drohte die reale Wirtschaft, das von reaktionären Kapitalismuskritikern fetischisierte "schaffende Kapital", an seinen eigenen Widersprüchen zu kollabieren. Hier mussten die Staaten als ein letzter Trumpf der kapitalistischen Krisenpolitik einspringen und diese Defizitkonjunktur "verstaatlichen". Die kreditgenerierte Nachfrage würde sonst zusammenbrechen, und die ungeheuren Produktionskapazitäten der Industrie führen dann in einer verhängnisvollen Abwärtsspirale zu immer neuen Massenentlassungen, welche die Massennachfrage immer weiter reduzieren und erneute Entlassungswellen auslösten.

Der systemimmanente Therapieversuch: Eine neue Schlüsselindustrie muss her!

Wollte der Mensch tatsächlich in die Rolle des berühmten "Arztes am Krankenbett des Kapitalismus" schlüpfen, so hätte nur eine Therapie - wenn auch bescheidenste - Aussichten auf Erfolg. Nur das Aufkommen einer neuen Schlüsselindustrie, die

massenhaft Beschäftigung generiert und Möglichkeiten zur Kapitalverwertung eröffnet, könnte die derzeitige Krisendynamik durchbrechen und zur vorläufigen Stabilisierung der Reproduktion der avancierten kapitalistischen Gesellschaftsformationen beitragen. Die gesamtgesellschaftliche Anwendung dieser neuen Schlüsseltechnologie dürfte gerade nicht vermittels massiver Rationalisierungsschübe zum weiteren Abbau von Arbeitsplätzen führen, wie bei der Mikroelektronik und der Informationstechnologie, sondern sie müsste durch zusätzliche Nachfrage stimulierend auf andere Sektoren wirken. Dieser Zusammenhang wird - wenn auch ideologisch verzerrt - ebenfalls in den Massenmedien wahrgenommen:

» *Die US-Wirtschaft könnte sicher ein Next Big Thing gebrauchen. Etwas in den Ausmaßen der Eisenbahn, des Automobils oder des Internet - die Art von Durchbruch, der immer wieder auftaucht und Industrien schafft, Arbeitsplätze generiert und Vermögen schafft.* «

Innerhalb der amerikanischen Regierung gibt es auch zaghafte Pläne, ein solches "Großes Ding" ausgerechnet auf dem "Ground Zero" der im Abstieg befindlichen Automobilindustrie, in der ehemaligen Autostadt Detroit, zu initiieren:

» *Präsident Obama hat einen Plan: Die Krisengegend um Detroit, wo der Untergang der Auto-Riesen eine Trümmerlandschaft hinterlassen hat, soll zum Zentrum der alternativen Energiegewinnung werden. Fabriken, in denen einst Wagen vom Fließband rollten, sollen Windmühlenflügel und Solarzellen herstellen.* «

Neben der Entstehung massenhafter Arbeitsplätze bei der Kapitalverwertung und den belebenden gesamtwirtschaftlichen Effekten müsste ein solcher neuer Leitsektor der Ökonomie mit dem Aufbau einer gänzlich neuen Infrastruktur einhergehen. Dies ist auch einer der Gründe, wieso die Autoherstellung bis in die Siebzigerjahre hinein in nahezu allen Industrieländern die Rolle einer solchen Schlüsselposition in der Wirtschaft einnahm. Mit der Automobilmachung (Robert Kurz) unserer Gesellschaft ging ein umfassender infrastruktureller Umbau der

kapitalistischen Volkswirtschaften einher: vom Zupflastern ganzer Landstriche mit Autobahnen über den Aufbau eines Händler-, Werkstatt- und Tankstellennetzes bis hin zur Schaffung augedehnter Parkplatzwüsten in unseren Städten.

Die einzige derzeit in einem "embryonalen" Stadium befindliche Technologiegruppe, die als eine künftige Schlüsselindustrie zum Träger einer langen Konjunkturwelle im Sinne Kondratjews avancieren könnte, bilden die unterschiedlichen Formen alternativer und regenerativer Energiegewinnung. Bei einer forciert betriebenen konsequenten Umstellung der energetischen Basis der fortgeschrittenen kapitalistischen Gesellschaften würde tatsächlich ebenfalls ein umfassender Umbau und Aufbau einer neueren Infrastruktur im Energiesektor stattfinden, der - selbst bei dem derzeitigen Stand der Produktivität - ein enormes Beschäftigungspotenzial birgt.

Auf den ersten Blick scheinen sich also alle jene politischen Kräfte durchaus im recht zu befinden, die gerade im angelsächsischen Raum in Anlehnung an den New Deal des US-Präsidenten Roosevelt einen "Green New Deal" fordern, in dessen Rahmen mittels staatlicher Subventionen und Konjunkturprogramme die Herausbildung eines solchen neuen Industriesektors alternativer und regenerativer Energien gefördert werden soll.

Und hier liegt genau der Knackpunkt dieser Krisenstrategie des Green New Deal. Ein solcher Aufbau und Umbau der Infrastruktur des Energiesektors müsste größtenteils aus Steuermitteln gestartet werden, da dies nicht im Rahmen gewöhnlicher Kapitalakkumulation vonstatten gehen kann. Auch während des "Goldenen Zeitalters des Kapitalismus" in den 1950er und 1960er Jahren waren es die Staaten, die dank sprudelnder Einnahmen aus der boomenden Wirtschaft den infrastrukturellen Aufbau der Verkehrssysteme finanziell bewältigen konnten.

In der derzeitigen Krisensituation entschieden sich aber die meisten Regierungen dafür, die bereits bestehenden und aufgrund enormer Produktivitätssteigerungen und gesättigter Märkte in ihrer gesamtökonomischen Relevanz abnehmenden Industriezweige - hier vor allem die Automobilindustrie - zu subventionieren. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft stellte fest, dass die Weltwirtschaftskrise gerade

dazu diene, einen solchen grünen Strukturwandel der Ökonomie auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben:

» *Auch die in den weltweit aufgelegten Konjunkturpaketen enthaltenen Maßnahmen mit klimapolitischer Stoßrichtung tragen nicht nennenswert zur Senkung der Treibhausgasemissionen bei... Die Krise dient als Vorwand für den Verzicht auf einen "grünen" Strukturwandel und vermindert selbst in der EU die Zahlungsbereitschaft für einen globalen Klimafonds.* «

Die berüchtigte deutsche Abwrackprämie, bei der fahrtüchtige Fahrzeuge verschrottet wurden, um unter enormen Energieaufwand neue PKWs herstellen und subventioniert verkaufen zu können, wurde zu einem neuen deutschen Exportschlager, der in vielen weiteren Ländern zur Anwendung gelangte. Diese Industrie erstickt aber geradezu an gesättigten Märkten und beständig steigender Produktivität, wie Dietmar H. Lamparter am 16.10.2008 in der Zeit erläuterte:

» *Die Crux an der Situation: Selbst wenn die deutschen Hersteller die Verkäufe ihrer Fahrzeuge konstant halten können, wächst mit jedem neuen Modell der Druck auf die Arbeitsplätze. Die Produktivität beim Wechsel von Golf V auf Golf VI sei in Wolfsburg um mehr als 10 Prozent und in Zwickau sogar um mehr als 15 Prozent gestiegen, verriet ein stolzer VW-Chef Winterkorn bei der Präsentation der Neuauflage des wichtigsten Konzernfahrzeugs. Das bedeutet, dass für die Montage der gleichen Zahl von Autos 15 Prozent weniger Leute nötig sind. Wenn also vom Golf VI nicht entsprechend mehr abgesetzt wird, sind Jobs in Gefahr. Genauso läuft es bei neuen Modellen von BMW, Mercedes oder Opel. Teilweise werden dort Produktivitätssprünge von 20 Prozent erzielt.* «

Die Politik entschied sich für eine Subventionierung dieser bestehenden, im Niedergang befindlichen Industrien aus einem schlichten Grund: Die entsprechenden Konzerne und Unternehmen verfügen über genügend Einfluss, um ihre Interessen durch Lobbytätigkeit durchzusetzen. Es liegt in der "Natur" des kapitalistischen Politikbetriebs, dass Industriezweige, die erst im Entstehen sind, über solche Einflussmöglichkeiten auf die Politik nicht verfügen. Wie die um sich

greifende Krise der Staatsfinanzen unter Beweis stellt, haben die meisten Regierungen der Industrieländer ihr konjunkturelles Pulver bereits verschossen - die globale Neuverschuldung, die allein aufgrund der diversen Konjunkturpakete entstand, wird auf nahezu 5 % der globalen Wirtschaftsleistung veranschlagt.

Ein weiteres umfassendes Konjunkturprogramm können sich die meisten ohnehin finanziell in Schieflage geratenen Staaten schlicht nicht mehr leisten. Denkbar wäre höchstens eine massive Erhöhung von Vermögens- oder Reichensteuern, mittels derer weitere Finanzmittel mobilisiert werden könnten. Allein schon die Rücknahme der unter "Rot-Grün" an Unternehmen und Spitzenverdiener verteilten Steuergeschenke würde einen zweistelligen Milliardenbetrag jährlich zusätzlich in die Kassen von Bund und Ländern spülen. Doch diese Option wird in der veröffentlichten Meinung nicht mal ansatzweise diskutiert.

Nicht nur die machtpolitischen Konstellationen stehen aber einem "Green New Deal" im Wege. Es ist auch klar, dass bei der Produktion der alternativen Energiequellen niemals solch hohe Beschäftigungseffekte erzielt werden können, wie sie im Zuge der Automobilmachung des Kapitalismus in den Fünfzigern oder 60 Jahren erzielt werden konnten. Solarzellen und Windkrafträder werden effizient nicht in der Art und Weise produziert, wie Autos vor 40 Jahren, als Tausende von Proleten im Schweiße ihres Angesichts auf endlosen Montagebändern in genau festgelegten Zeitintervallen stupide Handgriffe tätigten, um nach Hunderten von Arbeitsschritten - die je ein Arbeiter ausführte - ein Fahrzeug herzustellen. Bei dem heutigen allgemeinen Stand der Automatisierung der Produktion gelten tendenziell auch für die Herstellung alternativer Energiequellen ähnliche Probleme der "Überproduktivität", wie sie oben von Dietmar H. Lamparter im Fall der Automobilindustrie geschildert wurden.

Der saubere Schnitt: Die Suche nach Systemalternativen

Ein "Green New Deal" könnte theoretisch durchaus zur Initiierung einer neuen langen Konjunkturwelle beitragen. Doch scheinen die Aussichten dieses Unterfangens aufgrund der desaströsen Finanzlage der meisten Industrieländer, der politischen Machtkonstellationen bei der Ausarbeitung der Konjunkturpakete und

des allgemeinen hohen Produktivitätsniveaus der spätkapitalistischen Gesellschaften kaum noch realisierbar. Aufgrund der weit vorangeschrittenen Krisendynamik scheint es schlicht zu spät, um noch einen "Green New Deal" systemimmanent - also nur unter kapitalistischen Rahmenbedingungen - zu initiieren. Erfolgversprechender scheint da der "saubere Schnitt", also die Suche nach Systemalternativen zu sein.

» *Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst.* «

Unter Berücksichtigung dieses berühmten Marx-Zitates müssen wir bei unserer Suche nach Alternativen zu bestehenden Gesellschaftunordnung zuerst bei uns selber ansetzen. Die Frage einer Gesellschaftsalternative ist zu allererst eine Bewusstseinsfrage: Welche gesellschaftlichen Phänomene nehmen wir als Teil der kapitalistischen Gesellschaftsformation wahr, welche Gesellschaftsstrukturen gelten hingegen als - angeblich unabänderliche - Äußerungen der menschlichen Natur? Wo fangen überhaupt Alternativen zum Kapitalismus an? Bei Konjunkturprogrammen, Verstaatlichung, Planwirtschaft?

Das Problem bei der Erörterung dieser Fragestellung besteht freilich darin, dass die kapitalistische Ideologie seit der Entstehung des Kapitalismus in der frühen Neuzeit den Anspruch erhebt, eine natürliche Gesellschaftsformationen zu legitimieren, die dem menschlichen Wesen entspricht. Dieser Grundgedanke der kapitalistischen Apologetik wird uns permanent durch das tausendfache mediale Dauerbombardement der Kulturindustrie eingetrichtert, bis den meisten Menschen selbst die Fähigkeit abhanden kommt, auch nur Alternativen zu denken. Der Kapitalismus nimmt für sich in Anspruch, einem Naturgesetz gleich zu sein - obwohl selbstverständlich der überwiegende Teil der menschlichen Geschichte sich in nichtkapitalistischen Gesellschaftsformationen vollzog. Die Verheerungen, die der Konkurrenzzwang und das allgegenwärtige Rattenrennen dem Bewusstsein der kapitalistischen Subjekte zufügt, werden in Umkehrung der kausalen Zusammenhänge als das "Wesen" schlechthin des Menschen dargestellt.

De facto sind die gesellschaftlichen Zustände zur stummen Voraussetzung, zum Fundament jedweder verkümmerten Denkbewegung geworden. Die grundlegenden Formen kapitalistischer Vergesellschaftung erlangen also den Anschein von eigenständigen Naturgesetzen, sodass der herrschenden Ideologie ein Gedanke an eine Alternative zum Kapitalismus ähnlich abstrus erscheint, wie die Idee einer alternativen Physik. Rezession, Aufschwung oder Börsenkrach erscheinen den verblendeten Menschen als ein ewiger Naturkreislauf, ähnlich Naturphänomenen wie Ebbe und Flut, Sonnenschein oder Gewitter. Dabei sind die über uns herrschenden gesellschaftlichen Strukturen, wie auch die hieraus resultierende Krisendynamik, selbstverständlich nur Produkte menschlicher Tätigkeit - und dennoch stehen sie uns als eine Fremde, quasi naturwüchsige und objektive Macht gegenüber, die unser aller Leben fremdbestimmt.

Bei der Lösung dieses Mysteriums hilft nur der besagte radikale Bewusstseinschnitt. Zuerst ist selbstverständlich der Fernseher aus dem Fenster zu befördern. Das sieht nicht nur toll aus, es macht auch den Kopf frei von all dem medialen Unrat, der in endloser Verdopplung der Oberfläche der Realität jeglichen Gedanken an ein anderes Leben abtötet. Hiernach gilt es, Distanz zu unserer Gesellschaftsformation zu gewinnen und diese gerade nicht als etwas Selbstverständliches wahrzunehmen. Bei einer solchen Entfremdung gegenüber der entfremdenden Gesellschaft, die gerade die gesamte medial vermittelte Ideologie bewusst ignoriert, kommt die Absurdität des spätkapitalistischen Systems voll zu Geltung. Dieser gedankliche "saubere Schnitt" hat nichts mit Ideologie zu tun. Es ist eigentlich die vernünftigste Vorgehensweise, angesichts einer kollabierenden kapitalistischen Gesellschaftsovation sich auf die Suche nach Systemalternativen zu begeben.

Ohne das mediale Trommelfeuer der Ideologie wirken die einfachsten Oberflächenerscheinungen unserer Gesellschaft keineswegs natürlich - sie blamieren sich hingegen an den eigenen, vom Kapitalismus aufgestellten, Rationalitätskriterien. Absurd ist schon der Charakter der derzeitigen Weltwirtschaftskrise. Hunger, Verelendung und soziale Marginalisierung nehmen nicht etwa deswegen zu, weil es zu wenig Lebensmittel oder sonstige Waren gäbe, wie es in den historischen Perioden vor der Durchsetzung des Kapitalismus war. Es

verhält sich gerade umgekehrt: Weil die Produktivität unserer Industrie in immer höhere Höhen getrieben wird, weil immer weniger Menschen in immer kürzerer Zeit immer mehr Güter und Waren herstellen können, steigt die Arbeitslosigkeit, explodieren Armut und Massenelend. Wir leben in einer Gesellschaftsformation, die auf der einen Seite riesige Halden an unverkäuflichen Gütern ausspeit, und auf der anderen Seite immer mehr Menschen marginalisiert und diese beiden extremen Phänomene - Massenelend und massenhafte Überproduktion - nicht in Übereinstimmung bringen kann.

Es geht noch abartiger: Beispielsweise erhielt die amerikanische Stadt Cleveland 41 Millionen US-Dollar aus dem US-Konjunkturpaket, um über 1000 "verlassene" Häuser abzureißen, deren ehemalige Besitzer die Reihen der US-Obdachlosen weiter anschwellen lassen. In der stummen "Naturalisierung" und Legitimierung dieser schlicht perversen, elementar widernatürlichen gesellschaftlichen Verhältnisse liegt vielleicht die größte Leistung der kapitalistischen Massenideologie. Diese lässt ja bekanntlich die gesamte menschliche Gesellschaft zu einem Anhängsel der Kapitalakkumulation verkommen. Jedwede ökonomische Tätigkeit hat der kapitalistischen Binnenlogik zufolge nur dann eine Berechtigung, wenn sie der Vermehrung des eingesetzten Kapitals gilt. Das gesamte Leben, ja die Welt als solche sinkt so zu einem lästigen Durchgangsstadium der endlosen Kapitalvermehrung herab.

Befreit von diesem ideologischen Ballast der vergangenen Jahrzehnten scheint eine vernünftige Organisierung unserer Gesellschaft jenseits der krisengeschüttelten Kapitalverwertung plötzlich sehr einfach. Bei dem gegebenen Produktionsniveau könnten alle Gesellschaftsmitglieder in einer sehr viel kürzeren Zeit die zur Reproduktion der Gesellschaft notwendige Arbeit vernichten. Die Arbeitszeit würde umso rascher sinken, je mehr der überflüssigen Wirtschaftssektoren wegfielen, die eigentlich nur dazu da sind, um von der Kulturindustrie künstlich erzeugte Bedürfnisse aufrecht zu erhalten und zu stimulieren, wie etwa die Werbewirtschaft. In einer Gesellschaft, die nicht mehr als bloßes Anhängsel dar Kapitalakkumulation ihr Dasein fristet, würde die derzeitige "Krise der Arbeitsgesellschaft" in eine massenhafte und weitgehende Verkürzung der

notwendigen Arbeitszeit transformiert. Der beständig vorangetriebene Fortschritt der Produktivkräfte würde nicht mehr Elend und Massenarbeitslosigkeit hervorbringen, sondern zu einer Ausweitung der freien Zeit aller Gesellschaftsmitglieder führen.

Dennoch scheint es sich hierbei um etwas Einfaches zu handeln, das sehr schwer zu machen ist. Der erste große Anlauf zur Errichtung einer alternativen Gesellschaft ist ja gescheitert. In der Tat müsste eine erneute Suche nach einer Alternative zum kapitalistischen System die Erfahrungen des bis 1989 "real existierenden" Sozialismus berücksichtigen. Auch hierbei liegt die Stoßrichtung auf der Hand: Es geht vor allem darum, die Fehler und Verwerfungen, die dieses System prägten, künftig zu vermeiden. Eine Alternative zum kapitalistischen System müsste im 21. Jahrhundert anders aussehen, als die von einer zentralistischen Planwirtschaft geprägte Sowjetunion. Im Endeffekt ist es wohl immer noch das Scheitern des autoritären, real existierenden Sozialismus, das viele Menschen davon abhält, Alternativen zum Kapitalismus zu denken. Tief in ihren Eingeweiden spüren wohl auch die fanatischsten Befürworter des Neoliberalismus, dass es so nicht mehr weitergehen kann - und dennoch verdeckt die Implosion des Ostblocks vor zwei Dekaden immer noch den Blick auf Systemalternativen.

Von Marx-Maschinen, Commons und einer Partizipativen Ökonomie

Es muss also etwas "Neues" her, das den Realitäten des frühen 21. Jahrhunderts gerecht wird. Interessant ist vielleicht ein Ansatz, der bereits in den avancierten Sektoren der kapitalistischen Ökonomie "Keimformen" einer neueren Gesellschaftsstruktur auszumachen versucht. Hierbei scheint eine Analogie zur historischen Durchsetzung des Kapitalismus auf, dessen privatwirtschaftliche Eigentumsverhältnisse ja zuerst in der feudal strukturierten englischen Gesellschaft im 17. und 18. Jahrhundert durch Bruch der Allmenderechte während der sogenannten Einhegungen konstituiert wurden. Möglich wurde diese unter Rechtsbruch durchgesetzte Kommerzialisierung der Landwirtschaft, die als Vorstufe der Industrialisierung fungierte, natürlich erst in Wechselwirkung mit vielfältigen technisch-wissenschaftlichen Fortschritten in der Produktion.

Könnte es nun sein, dass sich auch im Schoß unserer spätkapitalistischen Gesellschaft Formen und Momente einer - wie auch immer zu bezeichnenden - postkapitalistischen Gesellschaft konstituieren? Oekonux stellt sicherlich das älteste Projekt dar, das solche Ansätze einer neuen Gesellschaftsformation innerhalb der fortgeschrittenen kapitalistischen Wirtschaftszweige zu benennen versucht. Das 1999 aus der Taufe gehobener Netzwerk gab sich seinen Namen aus der Verschmelzung der Worte Ökonomie und GNU/Linux. Der Name ist hier Programm: die technischen Innovationen der mikroelektronischen und informationstechnologischen Revolution liefern die technische Grundlage, die Produktionsprinzipien der freien Software das neue Organisationsprinzip, nachdem der Kapitalismus dereinst von der Peer-Economy abgelöst werden soll. In einer solchen Wirtschaftsweise, die auf der freiwilligen Kooperation von und dem freien Tausch unter gleichrangigen Menschen (Peers) beruhen soll, würde die Produktionsweise von Open-Source-Projekten eine gesamtgesellschaftliche Verallgemeinerung erfahren. Stefan Merten, der Maintainer des Oekonux-Netzwerkes, fasste die zentrale These dieses Zusammenhangs folgendermaßen zusammen:

» *So wie die physikalischen Erkenntnisse und mechanischen Erfindungen der Aufklärung Voraussetzung für die Entwicklung des Kapitalismus waren, so ist die Entwicklung von Computern und universeller Fernkopiereinrichtungen - auch bekannt als Internet - Voraussetzung für Peer Production.* «

Stefan Merten

Die durch Mikroelektronik und Informationstechnologie spätestens seit den 1980ern ausgelöste Revolution der gesamten kapitalistischen Produktion würde demnach einen ambivalenten Charakter aufweisen: Einerseits befördern die immer weiter vorangetriebenen Innovationsschübe die Krise der Arbeitsgesellschaft, da aufgrund der Produktivitätssteigerungen innerhalb der Warenproduktion immer weniger Arbeitskräfte benötigt werden. Andererseits sind es genau diese den Kapitalismus tendenziell destabilisierenden Innovationswellen, die den Weg für gesellschaftliche Alternativen freimachen.

Dennoch bleibt der fundamentale Einwand berechtigt, dass die Prinzipien einer "Open-Source-Ökonomie" (Teilen statt Tauschen, Kontrolle über die Produktionsmittel statt Fremdbestimmung, freiwillige Kooperation statt Lohnarbeit) bislang nur bei der Produktion immaterieller Güter zur Anwendung gelangen konnten. Ob es nun Software (Firefox, Open Office) oder Wissen (Wikipedia) ist, stets sind die so hergestellten Güter sehr einfach zu teilen und zu distributieren, da deren Vervielfältigung kaum Kosten verursacht. Anders sieht es hingegen bei materiellen Gütern, bei reellen Gebrauchsgegenständen aus. Hier scheint das Open-Source-Prinzip an seine Grenzen zu stoßen, da mir beispielsweise die "quellenoffene" Bauanleitung eines Fahrzeugs oder Handys nichts nützt, wenn ich nicht in der Lage bin, diese selber herzustellen und mir die hierfür notwendigen Rohstoffe fehlen.

Die Ausweitung des Open-Source-Prinzips auf die reale Warenproduktion, die Etablierung der genannten Peer-Ökonomie, scheint also daran zu scheitern, dass uns die notwendigen Produktionsmittel fehlen, mittels derer wir die unter Open-Source-Prinzipien konzipierten Gebrauchsgegenstände in Eigenregie herstellen würden.

Wie überführt man die digitalen Baupläne für diverse Dinge in eine körperliche Form? Zukünftig könnte das durch persönliche Ding-Maschinen geschehen. Etliche Open-Source-Projekte haben sich die Weiterentwicklung von sogenannten 3D-Druckern zum Ziel gesetzt, die den Anwender in die Lage versetzen sollen, ohne große Vorkenntnisse Gebrauchsgegenstände herstellen zu können. Hierbei handelt es sich im Endeffekt um kleine Fabriken. Diese auch als Fabber bezeichneten Geräte sollen ähnlich unseren derzeitigen Druckern auf jedem Schreibtisch Platz haben und allerhand nützliche Dinge "ausdrucken". Dies geschieht durch einen in allen drei Raumachsen frei beweglichen Druckknopf, der dünne Schichten verschiedener Materialien herauspressen und anordnen kann. Zumeist operieren die von Projekten wie RepRap, Makerbot oder Fab@Home konzipierten Fabber mit geschmolzenen Plastik. Noch seien es vergleichsweise einfache Dinge, die von diesen Miniaturfabriken ausgedruckt werden können, bemerkte der "Elektronische Reporter" in äußerst sehenswerten Kurzreportage, doch sei es inzwischen Forschern

unter Laborbedingungen gelungen, auch "elektronische Schaltkreise, Touchscreens oder auch Solarzellen" auszudrucken.

Selbst auf den gegenwärtigen Stand der Fabber-Technik lassen sich aber schon solch tolle und nützliche Dinge wie beispielsweise Bananenschnecken, Salzstreuer oder Zahnpastatubenausdrücker herstellen. Auf der Internetpräsenz Thingiverse werden bereits die freien Baupläne für all jene Gebrauchsgegenstände zur Verfügung gestellt, die nicht mehr Waren sind. Diese "Marx-Maschinen" würden laut dem elektronischen Reporter eigentlich eine uralte Forderung der kommunistischen Bewegung erfüllen: "Produktionsmittel in die Hände des Volkes". Adrian Bowyer, der Initiator des RepRap Projekts, spekulierte bereits über die ökonomischen Auswirkungen einer breiten Durchsetzung von Fabbern:

» *Wenn RepRap Erfolgreich sein sollte, wird eine Reihe von Veränderungen in der Gesellschaft stattfinden. Die wichtigste Veränderung wird die Distribution betreffen. Im Moment ist es sinnvoll, Waren in Fabriken herzustellen und diese dann mittels eines komplizierten Transportsystems zu den Menschen zu befördern, die diese Waren haben möchten. Wenn RepRap durchstartet, seine Fähigkeiten dank Evolution erweitert und immer mehr Waren zuhause hergestellt werden können, dann werden die Menschen nicht mehr so sehr auf Fabriken angewiesen sein. Wenn sie etwas haben wollen, wird es eine Frage des Downloads aus dem Web sein, wie es heute bei Filmen und Musik der Fall ist. Und dieser Download wird sie in die Lage versetzen, das Objekt herzustellen.* «

Adrian Bowyer

Selbstverständlich kann nicht die gesamte Reproduktion unserer Gesellschaft vermittels solcher kleinen persönlichen Fabriken erfolgen. Die Rohstoffproduktion wie auch deren Distribution müssen gesamtgesellschaftlich, ja eventuell sogar global gestaltet werden. Einer näheren Beschäftigung dürften hier vor allem alternative Wirtschaftskonzepte wie die der Partizipativen Ökonomie wert sein, die auf eine grundlegende Demokratisierung der Wirtschaft abziehen. Michael Albert, einer der wichtigsten Förderer dieses auch als Parecon bezeichneten demokratischen Wirtschaftskonzepts, erläuterte dessen Grundgedanken auf einer Konferenz in

Helsinki im April 2009:

» *Partizipative Ökonomie will den Menschen die Kontrolle über ihr Leben geben. Sie will den Arbeitern auf der Arbeit und uns allen als Konsumenten Mitsprache geben in den ökonomischen Entscheidungen und Prozessen, die uns alle betreffen. Der Umfang unserer Mitsprache sollte proportional zu dem Ausmaß sein, mit dem wir von bestimmten Prozessen betroffen sind. Es sollte nicht so sein, dass irgendwelche Menschen einer Art Monopol auf Kontrolle haben und die meisten von uns nur Zuschauer unseres eigenen Lebens sind.* «
Michael Albert

Wir sollen also nicht mehr zu bloßen Objekten der Kapitalbewegung und blinder "Marktkräfte" degradiert werden, die schon mal bei Massenentlassungen tausendfach ihrer sozialen Existenz beraubt werden können, sondern unser aller Leben bewusst gestallten können - vor allem unsere Reproduktion, also die Wirtschaft. Letztendlich geht es darum, die weiter oben beschriebenen, blind ablaufenden Prozess der marktvermittelten Kapitalverwertung durch bewusste, demokratische Kontrolle zu ersetzen. Der Mensch würde seine Gesellschaft - wie auch sein persönliches Leben - nicht mehr als von blinden Kräften dominiert begreifen, sondern in die Lage versetzt, diese bewusst zu gestalten. Der ideologische Schleier, wonach die Gesellschaft ein naturwüchsiges Eigenleben besitzt (das sich in ökonomischen Erschütterungen wie beispielsweise Rezessionen manifestiert) und wir alle diesem ausgesetzt sind, würde verschwinden. Dies kann nur durch Teilnahme an den ökonomischen Entscheidungsprozessen und der Ausgestaltung der Wirtschaftsstrukturen, also durch Partizipation, erreicht werden.

Im Endeffekt ist ja gerade jedes Unternehmen im Kapitalismus eine kleine Diktatur, in der die Angestellten für acht Stunden schlicht zu Befehlsempfängern degradiert werden. Eine demokratische Umgestaltung der Entscheidungsprozesse auf betriebswirtschaftlicher bis volkswirtschaftlicher Ebene, gepaart mit einer radikalen Senkung der Arbeitszeit, würde auch die gesamte Standortdebatte obsolet machen, die derzeit immer wieder gegen Forderungen von Lohnabhängigen in Stellung gebracht wird. Ein unter demokratischer Kontrolle seiner Belegschaft stehender

Betrieb wird nicht nach China oder Mexiko verlagert werden. Die Teilung der Macht über die Produktionsmittel unter möglichst viele Menschen würde auch der Herausbildung einer neuen Kaste von Machtträgern entgegenwirken, wie sie beispielsweise im Real Existierenden Sozialismus mit der Nomenklatura bestand. Bei einer Demokratisierung der Wirtschaft würde im Endeffekt eine Verschiebung der Tätigkeitsfelder stattfinden: Die radikale Arbeitszeitverkürzung würde mit einem Mehraufwand für kollektive Planung, Diskussion und Koordinierung von Produktionsprozessen einhergehen.

Schließlich müssten auch die Ressourcen, Energieträger und Rohstoffe in eine Eigentumsordnung überführt werden, die einer nachhaltigen Wirtschaftsweise gerecht werden würde. Hier lohnt unter Umständen - ebenfalls in Unterschied zum bloßen Staatsbesitz - eine Wiederbelebung des Konzepts der öffentlich verwalteten Allgemeingüter einer eingehenden Diskussion. Im Endeffekt würde damit der Rechtsbruch rückgängig gemacht, der zur Konstituierung des Privateigentums an Grund und Boden zu Beginn der kapitalistischen Produktionsweise führte. Zum Thema wurden jüngst etliche Bücher, z.B. Silke Helfrich, Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Wem gehört die Welt Zur Wiederentdeckung der Gemeingüter!), veröffentlicht. Zudem hat der Nobelpreis für Ökonomie für die Commons-Forscherin Elinor Ostrom das Thema einer breiteren Öffentlichkeit vertraut gemacht. Der österreichische Standard bemerkt hierzu:

» *Ostroms Arbeiten fallen tatsächlich aus dem Rahmen. Die zentrale Frage, mit der sie sich beschäftigt, ist, wie Gemeinschaftsgüter, etwa Gewässer und Wälder, am effizientesten bewirtschaftet werden können. Originär ist dabei ihre Antwort: Weder der Staat noch der freie Markt sind die Lösung. Kleine, gut organisierte Gemeinschaften sind oft am produktivsten. Für diese Erkenntnis untersuchte Ostrom Fischereikollektive auf den Philippinen und die Waldbewirtschaftung in Kamerun. Doch bis dahin war es ein weiter Weg.* «

Der Standard

Es stellt sich natürlich die Frage, wieso nur Wälder und Gewässer und nicht auch Energieträger und Rohstoffe in Allgemeingüter überführt werden, die dann von

"gut organisierten Gemeinschaften" produktiver verwaltet werden.

Zu guter Letzt eröffnet uns der wissenschaftlich-technische Fortschritt neuartige Möglichkeiten, die Durchführbarkeit solcher Systemalternativen zu erforschen. Wie wäre es - statt in "Second Life" den öden Alltag nochmals mit erträumten Prestigeobjekten konformistisch nachzuspielen - mit der Simulation eines "Another Life", in der schon mal virtuell die Gangbarkeit der einen oder anderen Systemalternative zu ergründen wäre?

Ansätze und Ideen zu einem anderen Leben gibt es bereits viele (siehe z.B. W. Paul Cockshott/Allin Cottrell: Alternativen aus dem Rechner). Es dürfte mehr als einen Exit aus dem Kapitalismus geben, und vielleicht muss man sich auf Streifzüge durch die Alternativen einlassen, um diese in aller Ruhe zu ergründen. Und jeder, der einen vorgefertigten Weg, einen verordneten Plan, eine strikte Führung und eine Führungsperson hierbei für notwendig hält, hat sich bereits verlaufen.

Schließlich muss auch der anfangs aufgezeigte systeminterne Weg zur Überwindung der gegenwärtigen Systemkrise nicht im Kapitalismus verbleiben. Allein aufgrund einer stark dezentralisierten - eher demokratische Eigentumsverhältnisse begünstigenden - Produktionsstruktur in einem potentiellen, unter massivem Einsatz von Solar- und Windkraft zu errichtenden regenerativen Energiesektor könnte die Marktherrschaft einiger weniger, ein Oligopol bildender Konzerne kaum aufrechterhalten werden. Mit tausenden Windkraftanlagen und hunderttausenden Solarmodulen würde praktisch jeder, der über eine geeignete Fläche verfügt, zum Stromproduzenten. Genauso wie jeder, der über einen Fabber verfügt, sein eigener kleiner Fabrikant wäre.

Dies ist ja zumindest den Energiekonzernen durchaus bewusst. Alle von der Energiewirtschaft ins Spiel gebrachten Initiativen zum Aufbau regenerativer Energieerzeugung basieren auf großen und zentralisierten Projekten, wie Windparks in der Nordsee oder Sonnenkraftwerken in Nordafrika. Auch in der Energiebranche ist die Kontrolle über große, zentralisierte Portionskapazitäten gleichbedeutend mit einer Zentralisierung von Macht.

Was tun also? Kurzfristig ist sicherlich für eine radikale Absenkung der Arbeitszeit, ein garantiertes bedingungsloses Grundeinkommen und eine Demokratisierung der Ökonomie zumindest auf europäischer Ebene zu kämpfen. Vielleicht könnte hieraus eine breite emanzipatorische Bewegung erwachsen, wie sie schon der Sozialphilosoph André Gorz umriss:

» *Das Ziel einer Gesellschaft, in der ein(e) jede(r) weniger arbeitet, damit alle Arbeit finden und besser leben können, wird somit heute zu einem der wichtigsten Faktoren des Zusammenhalts der Gewerkschaft und der Erneuerung sozialer Freiheitsbewegungen.* «

Mensch darf sich aber auch keinen Illusionen hingeben, dass sich dieser Wandel selbstständig und ohne eine bewusste politische Bewegung - etwa durch den eigengesetzlichen "Gang der Dinge" - realisieren würde. Um eine Systemalternative muss gerungen, ja gekämpft werden. Sie muss gegen die Widerstände derjenigen Gruppen durchgesetzt werden, die am Status quo blendend verdienten und von ihrer Macht auch bei dessen Zusammenbruch nicht lassen wollen. Auch die Herrschenden nehmen inzwischen wahr, dass es so nicht mehr weitergehen kann. Der massive Druck und die Hetze auf die Ärmsten der Armen, ist eine Reaktion darauf und soll letztendlich zur Herausbildung einer Kaste von entrechteten und verarmten Tagelöhnern beitragen, die mittels Löhnen unter dem Existenzminimum de facto in Zwangsarbeit genötigt werden, um so erneut auf dem Weltmarkt bestehen zu können. Der renommierte Krisentheoretiker Robert Kurz zeichnete den logischen Endpunkt dieser Entwicklung vor:

» *Vorige Woche legte der Wirtschaftsweise Wolfgang Franz nach, indem er als Ergänzung eine forcierte kommunale Zwangsarbeit für die lästigen Überflüssigen ins Spiel brachte. Die Weisheit besteht offenbar darin, dass "Lohn und Brot" als gezielte Schaffung einer Kaste von Leibeigenen der Arbeitsverwaltung und der Halsabschneider-Klitschen verstanden wird. Wenn es im Knast besseres Essen gibt, als es sich Millionen von "arbeitenden Armen" leisten können, hofft man "gestärkt aus der Krise" hervorgegangen zu sein - falls der Weltmarkt nicht einen Strich durch die weisheitstriefende Rechnung macht.* «

Robert Kurz

Bei einem Kollaps der kapitalistischen Produktionsweise droht die "indirekte", durch den Arbeitsmarkt vermittelte Form der Ausbeutung (die Lohnarbeit) wieder durch direkte Abhängigkeits- und Zwangsverhältnisse ersetzt zu werden. Man könnte diesen Prozess als eine Art Refeudalisierung bezeichnen, in dessen Verlauf sich immer mehr Menschen, die aus dem Arbeitsmarkt herausfallen, in einer Klasse von Leibeigenen wiederfinden, deren physisches Überleben nur dann garantiert wird, wenn sie ihrer Arbeitspflicht nachkommen.

Nach einigen "mutigen Reformen" dieses Zwangsarbeitssystems - in denen die eine oder andere Privatisierung durchgeführt wird - könnten sich diese Zwangsarbeiter auch unter der Verfügungsgewalt privater Organisationen oder Personen wiederfinden. Sollte kein breiter Widerstand der Bevölkerung gegen solche Krisenlösungen seitens der Herrschenden zustande kommen, werden keine neuen Wege bei der Krisenbewältigung beschritten, dann würden sich mittelfristig solche Zwangsstrukturen durchsetzen. Sie sind schließlich nicht ohne historische Vorbilder.

Erschienen in Telepolis am 27.02.2010

Stefan Meretz

Grundrisse einer freien Gesellschaft

Viele Ansätze erdenken neue Gesellschaften, indem sie interessante aktuelle Entwicklungen prognostisch verlängern. Im Zentrum stehen meist neue Technologien – Jeremy Rifkin (2014) und Ludger Eversmann (2014) machen es vor. Ob die prognostizierte neue Gesellschaft wirklich "neu" oder doch nur eine modernisierte Variante des Gehabten ist, wird selten thematisiert. Doch was macht das Neue einer Gesellschaft aus? Was überhaupt ist eine Gesellschaft?

Gesellschaft ist der soziale Zusammenhang, in dem Menschen ihre Lebensbedingungen herstellen und den sie herstellen. Gesellschaft ist somit doppelt bestimmt. Sie ist Bedingung des Machens und Gemachtes. Als Vorfindliches ist sie Rahmen des Handelns, als Aktuelles ist sie Ergebnis des (all-)täglichen Handelns. Kapitalismus als derzeit dominante Weise der Herstellung der Lebensbedingungen ist keine Veranstaltung außerhalb von uns, sondern wir stellen die sozialen Formen, die den Kapitalismus ausmachen, her. Jeden Tag, mit Notwendigkeit.

Das Neue einer neuen Gesellschaft ist nun ebenso doppelt bestimmt. Neu ist eine Gesellschaft nur, wenn die Lebensbedingungen qualitativ auf andere Weise als zuvor hergestellt werden und der soziale Zusammenhang, in dem dies geschieht und den wir täglich erzeugen, eben jene neue Qualität hat, dies zu tun. Es geht damit um zwei Themen: Re-/Produktion und soziale Vermittlung.

Re-/Produktion

Wir stoßen sogleich auf das erste Problem: Die Herstellung der Lebensbedingungen erscheint uns als Produktion, der ein anderer Bereich, die Reproduktion, gegenüber steht. Diese Sphärenspaltung ist jedoch nicht naturgegeben, sondern nur Artefakt der gegenwärtigen Produktionsweise.

Tatsächlich umfasst das, was wir täglich brauchen und nutzen, Gebrauchsgüter, Dienste, Kommunikation, Zuwendung, Pflege, Erholung, Ernährung – alles: Produktion und Reproduktion, die wir machen. Genau besehen enthalten sich beide Aspekte: Keine Schöpfung von Neuem ohne Erhaltung von Bestehendem und umgekehrt. Dennoch stehen sich im Kapitalismus Produktion und Reproduktion als getrennte Sphären jeweils eigener Logik gegenüber.

Im Kapitalismus trägt der Sonderbereich "Produktion" den Namen Ökonomie. Diese Bezeichnung geht auf eine Zeit zurück, als Produktion und Reproduktion noch nicht gespalten waren: "Oikos" war der Haushalt, der beides umfasste. Heute bezeichnet die Ökonomie eine besondere Produktionsweise, die Warenproduktion. Waren – wir sprechen hier nur über solche in einer dominant Waren produzierenden Gesellschaft, nicht über Frühformen innerhalb anderer Produktionsweisen – sind eine historisch spezifische soziale Güterform. Es sind auf Grundlage des (individuellen oder kollektiven) Privateigentums getrennt produzierte Güter, die getauscht werden.

Der verallgemeinerte Tausch auf dem Markt ergibt im Mittel einen Wertvergleich der Waren, der den durchschnittlichen Aufwand zu ihrer Herstellung ausdrückt. Er wird auch Äquivalententausch genannt, weil sich durchschnittlich quantitativ Gleiches gegen Gleiches tauscht. Als operables Mittel des Wertverhältnisses, das sich im Tausch im Durchschnitt herstellt, dient das Geld. Aufgehäuft und in die Produktion investiert wird es Kapital, das unter produktivem Einsatz von Arbeitskraft mehr Geld abwerfen soll. Bei Strafe des Untergangs muss der Kapitalzyklus fortwährend erneuert werden. Die Kapitalverwertung ist selbstreferenziell und hat ihre innere Schranke dort, wo keine Arbeitskraft mehr zu verwerten ist, und ihre äußere Schranke dann, wenn Naturressourcen ausgehen. Die Annäherung an beide Schranken macht sich als systemische Krisen bemerkbar, die ihrerseits von "normalen" zyklischen Krisen überlagert sind. Kapitalismus in a Nutshell.

Kapitalismus loszuwerden impliziert, anders zu produzieren, und anders zu produzieren, erfordert eine doppelte Überschreitung: keine Warenform, keine Sphärenspaltung. Warum? Die Ware ist die "Elementarform" (Marx 1890, 49) der

kapitalistischen Handlungsstruktur. Es ist die soziale Form, in der wir produzieren und die wir reproduzieren. Es ist die soziale Mikroform, die die soziale Makroform – Kapitalismus – erzeugt und in ihr ihre Funktion erhält. Wer über den Kapitalismus hinaus will, muss eine andere Produktionsweise an die Stelle der Warenproduktion setzen.

"Kapitalismus abschaffen" im schlichten Sinne geht also nicht. Andererseits verbleibt bloß innerhalb der Änderungsreichweite des Kapitalismus, wer lediglich abgeleitete Formen – Geld, Gewinn, Zins, Kapital, Betriebsstruktur usw. – modifizieren will. Immanent spricht nichts gegen Genossenschaften, Karmakonsum, Gemeinwohlbetriebe, Arbeiten-ohne-Chef, Ethik und Moral usw., aber sie alle verbleiben innerhalb der Warenform und stellen diese her.

Das Fiese: Die Warenform strukturiert die Handlungsweise, die Exklusionslogik. Dabei geht das warenförmige Handeln des Einen stets auf Kosten eines Anderen: Käufer*in vs. Verkäufer*in, Arbeitsplatzbesitze*r vs. Arbeitslose*r, Markterobernde*r vs. Pleitier, Gewinner*in vs. Verlierer*in. Inklusionen sind keineswegs ausgeschlossen, im Gegenteil. Kooperationen haben die Funktion, die eigene Position in der universalen Konkurrenz zu verbessern. Sie sind der Exklusionslogik als struktureller Handlungsmatrix einverleibt und untergeordnet. Die Gegensätzlichkeit der "Metamorphose(n) der Waren, welche den gesellschaftlichen Stoffwechsel vermittelt" (Marx 1890, 119), spiegelt sich in den gesellschaftlichen Spaltungen, die sie entlang nahezu jeder sozialen Dimension (modern: "Sektion") erzeugt: Klasse, Geschlecht, sexuelle Präferenz, Hautfarbe, Alter, Bildung, Sprache etc. Es ist eine sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche durchziehende Logik des Drinnen und Draußen. Dem ist mit Ethik und Moral nur schwer beizukommen. Auch hier sei betont: Immanent spricht nichts gegen Interessenkämpfe, doch sie alle haben nur die Potenz zur immanenten Verschiebung von Kräfte- und Einflussgewichten, nicht zur Aufhebung der Exklusionslogik als Handlungsmatrix.

Eine besondere Form der gesellschaftlichen Spaltung ist die immer noch präsente geschlechtlich strukturierte Sphärenpolarität von Produktion und Reproduktion, von Ökonomie und Privathaushalt (vgl. Scholz 2000). Der Exklusionslogik von

Berechnung, Verwertung und Vernutzung steht die Inklusionslogik mit Intimität, Sorge und Liebe komplementär gegenüber. Was nicht verwertbar ist, aber benötigt wird, bleibt der abgespaltenen Privatheit überlassen; was als Gegenstand der Kommerzialisierung entdeckt wird, wird in berechenbarer Form der Verwertung einverleibt (Stichwort: Pflege).

Das Verrückte dieser Sphärenspaltung ist ihre quantitative Verteilung: Entgegen dem Augenschein werden nahezu zwei Drittel der gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten nicht in der Warenform (vulgo: bezahlt) erbracht, sondern jenseits dieser mehr oder minder freiwillig. Gleichwohl bestimmt die Warenlogik die gesellschaftliche Entwicklung umfassend, sie durchwirkt auch die sozialen Beziehungen im privaten Nahraum. Da in abhängiger Weise auf eine funktionierende Warensphäre bezogen, kann die abgespaltene Privatsphäre in ihrer grundsätzlich inklusiven Logik die Ökonomie dennoch nicht ersetzen. Obwohl gesellschaftlich unabdingbar fehlt ihr die produktive Potenz. Eine Alternative kann nur eine Weise der Herstellung aller erforderlichen Existenzbedingungen sein, in der produktive und reproduktive Aspekte nicht konträren Logiken folgen, sondern einander durchdringen und Momente des gleichen Prozesses werden.

Peer-Commons

Eine solche Alternative existiert, es sind die Commons. Sie bilden eine Alternative zur Ware, denn sie repräsentieren eine andere soziale Form die Lebensbedingungen herzustellen. Sie sind die Elementarform einer anderen, einer commonistischen Handlungsstruktur. Ein Commons (das "s" wird für Einzahl und Mehrzahl verwendet) ist der Prozess der Nutzung und Erhaltung von Ressourcen durch eine Gruppe von Menschen, die ihren sozialen Prozess, das Commoning, selbst organisieren und dabei die Regeln ihres Miteinanders festlegen. Die Resultate dieses Prozesses sind traditionell die Erhaltung der gegebenen Ressourcen (meistens Naturressourcen wie Wald, Boden, Wasser) oder in neuerer Form die Herstellung von neuen Produkten (etwa Wissen, Software, Hardware, Nahrungsmittel, Produktionsmittel). Peer verweist in diesem Zusammenhang auf die Gleichrangigkeit der Beteiligten, die die Grundlage der selbst organisierten, freien Kooperation bildet. Peer-Commons sind vernetzbar, die Resultate des einen

Commons können Ressource eines anderen sein. Damit ist ihre prinzipielle gesellschaftliche Integration und Verallgemeinerbarkeit gegeben. Doch in welcher Form können Schöpfung und Nutzung gesellschaftlich vermittelt werden, wie entsteht perspektivisch aus den vielen Mikroprojekten eine gesellschaftliche Makrokohärenz?

Vor der Beantwortung dieser Frage ist es sinnvoll, die unterschiedlichen Qualitäten der Elementarformen der Ware und der Peer-Commons zu verdeutlichen. Obwohl sich die realen Peer-Commons noch nicht auf ihrer eigenen Grundlage entfalten können, sondern sich als Keimformen in einer strukturell feindlichen Umgebung behaupten müssen, sind die Unterschiede in den Handlungslogiken dennoch bereits erkennbar.

Warenlogik und Commonslogik

Die Exklusionslogik als dynamisches Verhältnis von Inklusionen und Exklusionen wurde bereits als konstitutive Handlungsstruktur der Ware bestimmt. Voran kommt, wer sich auf Kosten anderer durchsetzt und dabei partielle Bündnisse eingeht. Dem steht die Inklusionslogik als bestimmendes Merkmal der Peer-Commons gegenüber. Hier geht es darum, möglichst viele und geeignete Mitstreiter*innen zu gewinnen, um die Projektziele zu erreichen. Die grundsätzliche Freiwilligkeit, dem auf Seiten der Ware der Zwang zur Verwertung gegenüber steht, ist die Grundlage dafür, dass die Strukturen integrativ und gewinnend gestaltet werden müssen. Die Entfaltung des Einzelnen wird hier zur Voraussetzung für die Entfaltung der anderen Beteiligten. Diese Beziehungsform kann als positive Reziprozität gefasst werden, der im Fall der Ware die strukturell exkludierende negative Reziprozität gegenüber steht. Während negativ-reziproke Beziehungen tendenziell strukturelle Vereinzelung erzeugen, ist das Resultat positiv-reziproker Inklusionsbeziehungen die strukturelle Gemeinschaftlichkeit.

Die Produktion der Güter ist bei der Ware durch fremde Zwecke bestimmt, nämlich die Verwertung des eingesetzten Kapitals. Bei den Commons geht es um die je eigenen Zwecke, um die Befriedigung der Bedürfnisse. Bedürfnisse zählen auf der anderen Seite bei der Ware nur, sofern sie zahlungsfähig sind –Ökonomen

nennen sie Bedarfe. Doch auch die Bedarfe sind nicht in ihrer vollen Bandbreite gemeint, sondern nur insoweit sie auf den Kauf der aus Sicht des Verkäufers jeweils eigenen Ware zielen. Alle anderen Bedürfnisse werden unberücksichtigt gelassen oder gar verletzt, sie werden externalisiert. Im Ergebnis erfolgt die Vermittlung der Bedürfnisse ex post über den Markt oder den Staat, also nachdem die Produktion bereits gelaufen ist und die Waren zu Markte getragen wurden.

Die Isolation der unterschiedlichen Bedürfnisse voneinander und ihre getrennte Befriedigung bringt die Individuen in eine Situation struktureller Verantwortungslosigkeit – ethisches Handeln wird so zur externen und ebenso fremden Anforderung, die zudem faktisch nicht einlösbar ist. Sie resultiert in struktureller Selbstfeindschaft ausgedrückt als das Gegeneinander unterschiedlicher Partialinteressen, die durch die Personen hindurch gehen: Mobilität gegen Straßenlärm, Arbeitsplätze gegen saubere Umwelt etc. Peer-Commons auf der anderen Seite tendieren dazu, die unterschiedlichen Bedürfnisse zu internalisieren und ex ante zu vermitteln, also bevor die Produktion beginnt.

Die Kommunikation findet nicht wie bei der Ware über den wertvermittelten Umweg des Marktes statt, wo sich nur die Bedürfnisse durchsetzen, die zahlungsfähig sind, sondern die Kommunikation bezieht sich unmittelbar auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen in ihrer vollen Bandbreite, die nun selbst und ohne die Möglichkeit des Einsatzes struktureller Gewalt (als die Geld wirkt) in struktureller Verantwortungsfähigkeit eine Vermittlung finden müssen. Dass dies auf der lokalen Ebene noch vorstellbar, auf regionalen oder überregionalen Ebenen schwierig wird, liegt auf der Hand (dazu gleich mehr). Dabei erscheint der vergrößerte Zeitaufwand für die direkte kommunikative Vermittlung unterschiedlicher Bedürfnisse nur vor dem Hintergrund der durch permanente Verbilligung der partialisierten Produktion erzwungenen Zeiteinsparung als "ineffizient".

Tatsächlich ist eine Ex-Ante-Vermittlung gesamtgesellschaftlich betrachtet nicht nur effizienter, da durch ihre Ausrichtung eher auf die Vorsorge, Erhaltung und Schadensvermeidung als auf Nachsorge, Verschleiss und Schadensbewältigung (wie bei der Ware) orientiert ist. Sie ist auch individuell befriedigender, da durch die

Freiwilligkeit der produktiven Tätigkeiten in der tatsächlichen Zeitverausgabung die Lebensqualität liegt und nicht in die abgespaltene Sphäre der Familie, Ehe, Freizeit, Urlaub etc. ausgelagert ist.

Gleichheit und Gerechtigkeit sind zentrale, positiv besetzte Begriffe in der bürgerlichen Gesellschaft, die gleichwohl historisch überhaupt erst mit der Warengesellschaft entstanden sind. Erst die Befreiung aus personaler Abhängigkeit schuf die Gleichheit der Individuen als Tauschsubjekte auf dem Markt. Erst die sich hinter dem Rücken durchschnittlich herstellende Äquivalenz des Tausches schuf jene Gedankenformen der Gerechtigkeit, die uns heute so selbstverständlich erscheinen. Gegen diese Formen abstrakter Gleichheit und formaler Gerechtigkeit der Ware setzen die Commons hingegen auf die konkrete Besonderheit und empfundene Fairness der beteiligten Menschen. Sie berücksichtigen die Tatsache, dass die Menschen nun einmal besondere Individuen sind, jede und jeder einzelne für sich.

Auch die neoliberale Ideologie setzt hier an, doch für sie ist die individuelle Besonderheit nur Faktor im Kampf aller gegen alle. Die Aufhebung der konkurrenzförmigen Entfaltung der Individualität ist jedoch nicht leere Gleichmachung, sondern die Entfaltung aller in ihrer jeweiligen Besonderheit in einer Weise, dass niemand unter die Räder kommt. Das ist in der exklusionslogischen Praxis nicht denk- und machbar. Hier ist die Freiheit des Anderen die Grenze der eigenen Freiheit. Inklusionslogisch begriffen ist hingegen die Entfaltung der konkreten Besonderheit des individuellen Menschen die Voraussetzung für die Entfaltung aller anderen Menschen. Diese positiv-reziproke Beziehung der Menschen zueinander fassten Marx und Engels (1848) als "Assoziation worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist". Die Elementarform der Peer-Commons weist in ihrer sozialen Handlungslogik genau diese Beziehungsweise auf – in Keimform (vgl. Meretz 2014a) und mit allen Widersprüchen behaftet, die sich einstellen müssen, wenn sich die Mikroform nicht auf ihrer eigenen Grundlage, sondern in strukturell feindlicher Umgebung behaupten und entwickeln muss.

Vermittlung

Damit kommen wir zu der Frage, wie denn jene Assoziation, deren inklusive Logik schon Marx und Engels auf den Begriff brachten, aussehen kann und wie ihre gesellschaftliche Vermittlung funktioniert. Es ist klar, dass die Ware als Elementarform, als Mikroform dieser Vermittlung ausscheidet – und damit auch alle warenproduzierenden "Übergangsgesellschaften" (etwa der Sozialismus welcher Prägung auch immer). Die neue soziale Form der Vermittlung muss vielmehr in der dominanten alten Form direkt entstehen und sich dort verbreiten und schließlich die alte Warenlogik ablösen (zu den widersprüchlichen Schritten der Transformation vgl. Meretz 2014b und 2015).

Gesetzt also, die Elementarform "commonistischer" Vergesellschaftung sind die Peer-Commons. Wie lässt sich eine gesamtgesellschaftliche Vermittlung auf dieser Grundlage entwickeln? Drei Elemente, die sich teils getrennt, teils in Verbindung miteinander real herausgebildet haben und weiter entwickeln, sollen hier erläutert werden: Soziale Netzwerke, polyzentrische Selbstorganisation und Stigmergie.

Soziale Netzwerke sind Systeme sozialer Interaktionen, die mit Hilfe der Netzwerktheorie beschrieben werden können. Soziale Netzwerke wachsen zunächst langsam und benötigen dafür externen Ressourcen-Input. Oberhalb einer bestimmten kritischen Schwelle wachsen große Netzwerke schnell und tragen sich selbst, indem sie die benötigten Ressourcen selbst erzeugen (Netzwerkeffekt). Teil des Wachstumsprozesses großer sozialer Netzwerke ist ihre interne Ausdifferenzierung durch Funktionsteilung und Clusterbildung. Es bilden sich Hubs (wichtige "Knoten") mit vielen Verbindungen ("Kanten").

In sehr großen sozialen Netzwerken folgt die Verteilung der Verbindungszahlen der Knoten dem Potenzgesetz: Von wenigen sehr großen Hubs mit sehr vielen Verbindungen bis hin zu sehr vielen Knoten mit wenigen Verbindungen sind alle Verbindungsdichten vertreten. Solche Netzwerke sind damit häufig skalenfrei, das heißt, Netzwerkausschnitte (fast) beliebiger Größe sind strukturell gleichartig (gleiche Verteilung der Verbindungsdichten). Sie sind damit entwicklungsoffen (flexibel restrukturierbar) und fehlertolerant, da im Extremfall des Ausfalls wichtiger Hubs die abgetrennten Teilnetze weiterhin ihre Funktion erfüllen können (etwa in Katastrophenfällen). Die commonistische gesamtgesellschaftliche

Vermittlung ist als soziales Makronetzwerk denkbar, das zwei Eigenschaften aufweist, die die beiden nächsten zu erläuternden Begriffe darstellen: polyzentrische Selbstorganisation (Qualität der "Knoten") und Stigmergie (Qualität der "Kanten").

Polyzentrische Selbstorganisation ist ein Begriff von Elinor Ostrom (2009), der die strukturelle Meta-Organisation in großen Commons-Systemen beschreibt. Anders als in hierarchischen Systemen mit einem Entscheidungszentrum an der Spitze bilden sich viele Zentren heraus, die unterschiedliche Funktionen wahrnehmen. Es sind die Hubs im Netzwerk, die sich durch die Selbstorganisation der Commons entwickeln.

In Anlehnung an Christian Siefkes (2008) sind vier Commons-Typen vorstellbar. Aufgabe der Projekt-Commons ist das Machen, sie setzen ihre selbst gesetzten Produktionsziele um. Die kapitalistische Analogie wäre der Betrieb. Rolle der Meta-Commons als eines der Polyzentumstypen ist die Koordination. Sie schaffen die Voraussetzungen für und die Koordination der Aktivitäten der Projekt-Commons. Die kapitalistische Analogie wären Management oder Planungsstäbe. Infrastruktur-Commons als weiterer Polyzentrumstyp schaffen die Infrastrukturen für die Vernetzung der Projekt- und Meta-Commons durch Organisation der Informations- und Stoffflüsse. Kapitalistische Analogie wäre das Netzmanagement (Strom, Gas, Bahn etc.). Commons-Institutionen sorgen für die Bereitstellung kontinuierlich benötigter gesellschaftlicher Dienste, wie wir sie heute von Gemeindeverwaltungen kennen. Diese hypothetische Skizze ist nur ein Beispiel, das dazu dient, die Vorstellung einer gesellschaftlichen Vermittlung jenseits der Geldlogik greifbar zu machen. Bei der Frage wie die Vermittlung zwischen den verschiedenen Commons organisiert ist, kommt die Stigmergie ins Spiel.

Stigmergie ist eine Form der indirekten Koordination von Aufgaben in großen sozialen Netzwerken mittels lokaler Informationen. Ursprünglich aus der Tierforschung stammend wurde das Konzept auf technische und soziale Systeme übertragen. Francis Heylighen (2007) hat die commonsbasierte Peer-Produktion als stigmergisches System beschrieben und Christian Siefkes (2013) hat den Ausdruck hinweisbasierte Aufgabenverteilung geprägt.

Aus individueller Sicht ist Stigmergie eine Form der Selbstauswahl, bei der sich Individuen einer Aufgabe verschreiben und sich dabei ggf. mit anderen koordinieren, die auch an dieser Aufgabe arbeiten (wollen). Im Gegensatz dazu ist die hierarchische Aufgabenverteilung fremdzuschreibend, da andere entscheiden, welche Aufgabe der Einzelne zu erledigen hat. Aber auch konsensbasierte Entscheidungen, die oft als Alternative zu hierarchischen Strukturen angesehen werden, haben ihre Nachteile. Sie skalieren nicht besonders gut (begrenzte Gruppengröße), tendieren zu ausufernden Diskussionen und sind anfällig für Provokateure. Konsens bedeutet nicht, dass alle Beteiligten einer Entscheidung zustimmen, sondern nur, dass es keine Gründe gibt, zu widersprechen und ein Veto einzulegen. Solche unter Umständen nur mäßige Akzeptanz führt zu unklaren Motivationen, eine Aufgabe nach einer Entscheidung auch tatsächlich mit Energie umzusetzen. Bei freiwilliger Selbstauswahl ist die Motivationslage hingegen eindeutig: Ich tue genau das, was mir entspricht und ich tun will. Anders als in hierarchischen oder konsensorientierten Systemen fallen Entscheidung und Umsetzung zusammen. Damit wird auch jene "knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit" überwunden, was Marx als Kennzeichen der "höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft" (1875) ansah.

Eine stigmergische Vermittlung der gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten wäre aus zwei Gründen sowohl effektiv (gesicherte Zielerreichung) wie auch effizient (minimaler Mitteleinsatz): wegen des bedürfnisbasierten, motivierten Handlungsantriebs und wegen des minimierten Transaktionsaufwands aufgrund der Selbstorganisation. Es bedarf keiner dritten Instanz, die die Koordination und Planung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene für andere übernimmt, und es bedarf auch keiner zusätzlichen Vermittlung etwa durch Geld. Das stofflich gesehen nutzlose Bewegen von Geld bindet menschliche Energie, die wesentlich sinnvoller für Tätigkeiten eingesetzt werden kann, die sowohl gesellschaftlich benötigt wie auch individuell befriedigend sind (zum Umgang mit unbeliebten Tätigkeiten vgl. Siefkes 2014). Gleichzeitig besteht auch eine funktionale Ähnlichkeit zum Geld als Signalgeber. Während jedoch die signalisierte Information beim Geld eindimensional und nur quantitativ ist ("Es rechnet sich – nicht"), ist sie bei der

Stigmergie multidimensional und qualitativ. Ihre Vermittlungspotenz ist also wesentlich umfassender, einzelne Vermittlungen können wesentlich spezifischer gestaltet werden.

Stigmergie folgt dem Netzwerkeffekt. Je mehr Menschen oder Projekte sich einer Aufgabe verschreiben, desto größer sind die Ressourcen und damit Möglichkeiten, das angestrebte Ziel auch zu erreichen. Diese positive Rückkopplung verstärkt sich selbst und führt zu einem exponentiellen Wachstum, was bereits heute in vielen Commons-Projekten zu beobachten ist. Nachteil des Netzwerkeffekts ist die kritische Masse die erreicht werden muss, um die Schwelle zu überschreiten, ab der das Projekt "wie von selbst" wächst und sich trägt.

Im Unterschied zu hierarchischen und besonders zu konsensorientierten Entscheidungsstrukturen skaliert Stigmergie besonders gut für sehr große und komplexe Systeme. Stigmergie braucht Vielfalt und eine große Zahl von Menschen, die sich für eine Aufgabe interessieren könnten. In Anlehnung an das Linus-Gesetz (sinngemäß: "Viele Augen sehen alle Fehler im Programmcode", vgl. Raymond 1999) lässt sich ein Stigmergisches Gesetz der gesellschaftlichen Vermittlung so formulieren: "Gibt es genug unterschiedliche Menschen, so findet sich für jede Aufgabe ein Nerd, der/die sich ihrer annimmt". Eine gesamte Gesellschaft erfüllt genau diese Anforderung.

Zusammenfassend: Jede Gesellschaft lässt sich als soziales Netzwerk fassen, auch der Kapitalismus. Die unterschiedlichen Qualitäten liegen in der Form der Knoten und ihrer Verbindungen, die die gesellschaftliche Vermittlung ausmachen. Im Kapitalismus haben wir es mit einem Doppelnetz zu tun. In einem Teilnetz sind die Knoten die Unternehmen (samt Lohnarbeiter*innen), deren Verbindungen ex post als gesellschaftlich gültige Austauschrelationen (worüber die Wertäquivalenz entscheidet) über Märkte realisiert werden. Diesem Netz ist eine zweite, abgespaltene Netzstruktur zugeordnet, deren interne Verbindungen über die konkreten Lebensbedürfnisse entstehen.

Die Struktur des gesamten Netzwerks und die Proportionalität der Gesamtheit der Verbindungen ergibt sich als Resultat eines unbewussten Prozesses "hinter dem

Rücken" (Marx 1890, 59) der Beteiligten. Die beiden Teilnetze funktionieren somit nach unterschiedlichen Logiken, die Verbindungen zwischen ihnen basieren auf gegensätzlichen Interessen und haben abstoßenden Charakter; gleichwohl bleiben es Verbindungen. Wie dargestellt resultiert diese widersprüchliche anziehend-abstoßende Wirkung aus dem Doppelcharakter der Ware, deren Exklusionslogik für das ganze Netz, also die gesellschaftliche Vermittlung insgesamt, bestimmend ist. Sie manifestiert sich im Konkreten in vielfältiger Weise entlang diverser willkürlich zu erzeugender menschlicher Unterscheidungsmerkmale und ist mit "Konkurrenz" viel zu undifferenziert beschrieben.

In der Skizze des Commonismus als freier Gesellschaft existiert nur ein Netz, das gleichwohl in sich hochgradig differenziert und polyzentrisch strukturiert ist. Die Sphärenspaltung ist aufgehoben. Die Knoten sind hier sowohl Peer-Commons (institutioneller wie informeller Art) wie auch Einzelpersonen, die je nach selbstbestimmter Zielsetzung eher mehr produktions- oder reproduktionsorientiert sind, was zudem beständig wechseln kann. Ihre Verbindungen untereinander entstehen aus ex ante bewusst eingerichteten oder im Prozess erzeugten stigmergisch vermittelten Beziehungen, die auf den Bedürfnissen der Beteiligten (Individuen oder Kollektive) beruhen. Planung wie Ausführung der gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten findet über das gesamte Netz verteilt statt und richtet sich permanent neu aus am Maßstab des Grades der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen. Die Bewusstheit ist dabei nicht bei einer Institution (etwa eine Planbehörde) oder gar einer Person repräsentiert (wie in der nordkoreanischen Juche-Ideologie), sondern im Sinne kollektiver Bewusstheit vom gesellschaftlichen Prozess über das ganze Netz verteilt. Statt fetischistischer Dingfixierung (Statussymbole etc.) liegt der Fokus auf der Gestaltung und Intensivierung der zwischenmenschlichen Beziehungen.

Perspektivenwechsel

Niemand kann die Organisation einer freien Gesellschaft voraussagen. Darum geht es auch nicht. Es geht darum, die Vermittlung jenseits der Warenform prinzipiell denkbar zu machen, um daraus Inspiration und konkrete Kriterien für die Gestaltung der realen Commons-Projekte zu entwickeln. So sollte eines dieser

Prinzipien deutlich geworden sein: Statt (fremder) Planung und Organisation der Produktionsprozesse geht es um die Selbstplanung (Meretz 1999) und Selbstorganisation (Schlemm 2006) durch die Produzent*innen. Statt für andere die Prozesse zu organisieren und zu planen, geht es darum, die Bedingungen und Infrastrukturen für die Organisation der Prozesse durch die Menschen selbst zu schaffen.

Die Frage ist also nicht, ob geplant wird, sondern wo, durch wen, für wen und orientiert an welchen Kriterien. Jede Gesellschaft ist in diesem Sinne eine Plangesellschaft. So aktivieren und fordern etwa Marktsysteme die Selbstplanung, dies jedoch unter den Bedingungen der Exklusionslogik auf volles eigenes Risiko und nicht auf Basis von Freiwilligkeit und Abgesichertheit. Fremdbestimmung und Existenzbedrohung schränken Kreativität und Motivation ein. Zentralplansysteme haben im Unterschied zu Marktsystemen die gesamtgesellschaftliche Proportionalität im Blick, können jedoch aufgrund ihrer unflexiblen hierarchischen Struktur nur zäh auf Veränderungen reagieren. Die Menschen sind zwar grundsätzlich abgesichert, in ihren schöpferischen Handlungsmöglichkeiten jedoch durch die Planvorgaben eingeschränkt.

Der Perspektivenwechsel besteht nun darin zu erkennen, dass die Menschen selbst am besten wissen, wie die konkreten Anforderungen vor Ort und an der Sache bewältigt werden. Sie brauchen dafür geeignete Entfaltungsvoraussetzungen, die unter warengesellschaftlichen Bedingungen – mit Markt oder Zentralplan oder Mischformen – nicht gegeben sind. Erst die Aufhebung der Warenform durch die Peer-Commons schafft die Voraussetzungen für eine gesellschaftliche Vermittlung durch stigmergische polyzentrische Selbstorganisation, die ihrerseits die Voraussetzungen für die allgemeine menschliche Selbstbestimmung und -entfaltung schafft.

Die neue Qualität liegt im Sozialen, in der neuen Art und Weise, die Lebensbedingungen und damit sich selbst als Mensch zu produzieren. Neue Technologien bieten hierbei wichtige Möglichkeiten – ohne das Internet keine vernetzten Peer-Commons, ohne neue Produktionsmittel keine relokalisierte Produktion. Sie allein erzeugen jedoch nicht den gesellschaftlichen Umbruch.

Umbrüche sind soziale Prozesse, das müssen wir schon selber tun.

Andreas Exner

Es rettet uns keine höhere Technologie

Die Voraussetzung für eine neue Gesellschaft liegt in den "neuen" Menschen, die eine postkapitalistische Hochtechnologie nutzen

Wer heutzutage vom "neuen Menschen" schreibt, verfällt dem Verdikt des Autoritarismus. Wollte zuletzt nicht ein reichlich altbackener "Kommunismus" den Menschen ummodeln? Ist das nicht auf ganzer Linie gescheitert? Und überhaupt: Wo sollte ein solcher Menschenversuch geschehen außer in Internierungslagern, Arbeitsbrigaden und öffentlichen Tribunalen? Was Wunder also. Wer heutzutage von der "neuen Gesellschaft" spricht und von deren "Keimformen", in denen postkapitalistische Wirtschaftsweisen bereits existieren, hält sich vom "neuen Menschen" in der Regel fern. Da klingt die Rede von den "neuen Technologien" schon weitaus cooler, hip und sexy.

Die vielseitig einsetzbaren fabber (Digital Fabricator, kurz fabber, ist ein Gerät, das 3-dimensionale Gegenstände aus auf Computern generierten CAD-Daten erzeugt) sind dazu nur ein Stichwort. Technik wirkt neutral, und eine "höhere Technologie" scheint sich daher harmonisch - und ganz sachlich - an den Gedanken einer "höheren Gesellschaft" anschließen zu lassen. Doch ergibt sich an dem Punkt sogleich noch eine bemerkenswerte Beobachtung.

Heutige fabber und ihre Vetter werden in hochgradig komplexen, global arbeitsteiligen Prozessen hergestellt, die eine fein abgestimmte und äußerst disziplinierte Just-in-time-Produktion voraussetzen, doch vergisst man beim Gedanken an die schönen neuen Technologien nur allzu leicht die Frage: Wie wird der fabber den eigentlich produziert? Und was ist mit PC & Co., nicht zu vergessen

dem Gerätepark der Küchen und so vielem mehr? Die Frage nach dem Plan, der eine fabber-Welt erst koordinieren würde, drängt sich auf. Doch ebenso wenig wie der "neue Mensch", den sich noch Che Guevara auf die Fahnen heften wollte, ist das Wort "Planwirtschaft" beliebt.

Dabei wäre auch die äußerst problematische Rohstoffbasis der heutigen, und insbesondere der neuen, metallintensiven Hochtechnologien zu erwähnen. Wie wird es möglich sein, an die für die fabber-Welt notwendigen Rohstoffe zu gelangen, wenn jene Menschen, die heute in den Minen schuften müssen, vielleicht anderes im Sinn haben? Oder jene künftigen Agrararbeiter, die eine "Biomasse" für Kunststoffprodukte - vielleicht auch Plastik-fabber - pflanzen, pflegen, ernten und verarbeiten sollen?

Das ist eine keineswegs triviale Frage. Sie lässt sich auch nicht mit der leichter Hand formulierten Antwort erledigen, wonach es immer Menschen geben wird, die ihre Freude daran finden, Tiefseekabel für die scheinbar virtuelle Kommunikation zwischen den Myriaden von Produktionsschritten zu verlegen, die (gerade) auch eine fabber-Welt unterstellt; die dafür notwendigen hochseetauglichen Riesenschiffe zu bauen, den dafür erforderten Stahl in heißen, höchst ungemütlichen Fabriken zu erzeugen oder aus Müllhalden mit Hilfe ebenso ungemütlicher Recyclingwerke wiederzugewinnen und erneut im Stahlwerk einzuschmelzen und so fort. Und hier ist, wohlgemerkt, erst von einem winzigen Teil derjenigen Prozesse die Rede, die auch eine fabber-Welt voraussetzt, die jedoch - dem Anspruch einer auf Commons [1] beruhenden Solidarischen Ökonomie genügend - auf emanzipatorische, befriedigende Art organisiert sein sollen.

Dabei kann man es nicht bei der ebenso leichterhand formulierten Antwort belassen, dass jene, die in den Minen, auf Riesenschiffen und in Fabriken heute schuften - oft weit weg von den Zentren zunächst auch einer fabber-Welt - ja eben nicht mehr schuften müssten. Und außerdem würden sie eben besser entlohnt. Denn eine ernsthafte Kapitalismuskritik muss gerade die Lohnarbeit in Frage stellen, und mit ihr den Markt, also Geldverhältnisse überhaupt. Der Abschied von diesem Schuften, so unverhandelbar er nämlich tatsächlich ist, bedeutet zugleich einen Abschied von jener Produktivität der Arbeit, die der Aussicht auf eine fabber-

Welt heute unterliegt.

Von den vielfältigen und schwerwiegenden ökologischen Problemen nicht nur des fossilen Energiesystems, sondern gerade auch eines Systems, das erneuerbare Energieträger nutzt - und daher metallintensiver ist als das heutige -, soll hier gar nicht erst gesprochen werden. Der Problemumfang ist deutlich genug.

Die Frage nach den Voraussetzungen der "neuen Gesellschaft" kann daher schwerlich ihre Antwort im Verweis auf neue Technologien finden. Erst verkürzt um die Fragen nach den "neuen Menschen" erscheint die Technologie als Hoffnungsträgerin. Doch wer genau will aus welchen Gründen eine postkapitalistische Hochtechnologie für welches "gute Leben"? Und wer genau will diese Hochtechnologie in weiterhin hochgradig komplexen, global arbeitsteiligen Prozessen herstellen? Die Betonung dieser Fragen liegt auf dem Wörtchen "will". Es geht nicht nur darum, dass Menschen dies wollen sollen, und keineswegs darum, dass sie es wollen müssen. In einer befreiten Gesellschaft wollen Menschen das, was sie machen. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Das heißt nicht, dass hier nicht mehr geschwitzt, geächzt und Schweres getan werden wird. Auch darin kann Befriedigung gefunden werden, auch das können Menschen wollen, wenn es ihnen um wichtige Güter geht, die solches erfordern. Es heißt jedoch, dass diese Menschen Bestimmtes wollen müssen, um in Minen, auf Riesenschiffen und in Stahlwerken zu schwitzen, zu ächzen und Schweres zu tun. Anders gesagt: Diese Menschen müssen *bestimmte* Menschen sein, wenn sie dies Bestimmte wollen sollen.

Fit, smart, effizient und leistungsorientiert

Und schon sind wir beim "neuen Menschen" in seiner vollen Statur angelangt. Doch ist mein Schluss auf einen "neuen Menschen", den die fabber-Welt verlangt, nicht etwas voreilig? Ist der heutige Mensch denn nicht fit, smart, effizient und leistungsorientiert genug, dass er sich Minen, Riesenschiffe und Stahlwerke antun wird, um dann in den Genuss des Bastelns in der fabber-Werkstatt oder des Chillens beim Video im Commons-Internet zu kommen?

Genau das ist der Punkt. Dass Menschen sich als fit, smart, effizient und leistungsorientiert vorstellen, ist eine historisch spezifische Form von Menschsein. Der antike Grieche war nicht fit, smart, effizient und leistungsorientiert, sondern übte sich in einer umfassenden Balance zwischen Leidenschaften und Selbstkontrolle, wie er dies sah. Er strebte Weisheit und eine auf Respektabilität gegründete soziale Anerkennung seines Maßhaltenkönnens an.

Aber blicken wir nicht gar so weit zurück. Auch "der Mensch" der einflussreichsten Gesellschaftsklassen des Fordismus der Nachkriegszeit war nicht fit, smart, effizient und leistungsorientiert. Der typische höhere Angestellte jener Zeit war sozial angepasst, technisch-rational, normorientiert.

Jener Mensch, den die fabber-Welt unsichtbar voraussetzt - eine Welt, in der die moderne Technologie ohne die Zwänge dieser Technologie existieren soll -, entspricht am ehesten dem fordistischen Menschen der unmittelbaren Nachkriegszeit. Dies war die Ära des planvollen Individuums in einem geplanten Leben, das sich an Plänen orientierte, Pläne ausführte, Pläne plante und diese kontrollierte. Verständlich also, dass die Vorstellungen einer Planwirtschaft vor allem auf jene Ära zurückgehen. Und klar ist damit auch, warum die historischen Planwirtschaften Inbegriff des Fordismus waren.

"Aber wir wollen doch gar keine Planwirtschaft", wird an dieser Stelle zu vernehmen sein. Wer heute für Commons und Solidarische Ökonomie, für eine auf fabbern und verwandten Gerätschaften basierende lokal-autonome Produktionsweise ohne Hierarchien und disziplinierende Kontrolle plädiert, der wähnt sich in einem anderen Territorium. Dort gibt es spontane, kreative Menschen, flexibel auch, aber zugleich verbindlich, die sich an Regeln halten, die sie sich selbst in Absprache geben. Sie genießen den Moment, entwickeln sich ständig weiter und sind emotional intelligent, was ihnen einen viel besseren Umgang mit Konflikten erlaubt als heute üblich.

Diese Menschen planen nicht, sondern sie koordinieren sich. Die Koordination ihrer vielfältigen, selbstbestimmten und freiwilligen Tätigkeiten erfolgt von unten. Vielleicht in selbstorganisierten Gremien, vielleicht in Gestalt von

Entwicklungspfaden, die sich wie von selbst ergeben, wenn Bedürfnisse artikuliert und Mittel zu ihrer Befriedigung kollektiv gefunden werden. Jedenfalls geschieht all dies ohne Markt und ohne Staat...

...wären da nicht die Parks.

Doch warum ausgerechnet Parks? - Marit Rosol hat sich für Parks in Berlin interessiert. Die dortige Stadtverwaltung möchte kaum mehr Mittel für die Erhaltung der öffentlichen Grünflächen ausgeben. Wie es der Zufall will, macht in Berlin eine aktive Szene von Gemeinschaftsgärten von sich reden, die Brachflächen in Besitz nehmen, Commons entwickeln, Schönes selbstorganisiert in die Stadt bringen. Und Arbeitslose gibt es ja auch. Was also läge näher, um das Interesse der Stadtverwaltung mit dem Interesse der Gärtnerinnen und der Gärtner zusammenzuführen und für einen öffentlichen Raum als Commons produktiv zu synthetisieren? So dachte die Stadtverwaltung. So denken nicht die Menschen in den Gärten. Die gärtnern gern - wenn's Spaß macht. Müll von Grünflächen zu sammeln, Rasen zu mähen und im Herbst Laub zu rechen, macht ihnen zufolge keinen Spaß. Ergo tun sie's nicht.

Nun sind Parks ein vielleicht durchaus verzichtbares Element einer Stadt. Niemanden möchte man dazu verdammen, tagein, tagaus Müll zu sammeln, Rasen zu mähen und im Herbst Laub zu rechen. Sollen die Parks verwildern, zuwachsen oder da und dort von Gemeinschaftsgärten und Ähnlichem belebt sein.

Aber diese Geschichte dient zur Illustration von etwas Anderem, noch Weiterreichendem. Wer mit einem offenen Blick und der Frage nach der fabber-Welt beispielsweise durch eine Stadt geht, dem wird vieles ins Auge fallen, das ebenso wenig (oder noch weniger) für Spaß geeignet scheint. Allein schon das U-Bahn-System in Wien führt tagtäglich ein Panoptikum von Bauteilen, Strukturen und Abläufen vor, die alle hergestellt, aufgebaut und eingerichtet, gewartet, repariert und ersetzt werden wollen.

Macht dies alles Spaß? - Soll dies alles Spaß machen? - Kann es das?

"Der Mensch" heute ist nicht mehr "der Mensch" von vor dreißig Jahren. Und fand der vor vielleicht fünfzig Jahren die "befreite Gesellschaft" zwanglos in Harmonie mit Arbeitsbrigaden, Stachanow und einem minutiösen Plan, gilt seit 1968 eher das Gegenteil. Die "befreite Gesellschaft" ist seither eine der Spontaneität, der Flexibilität, des beständigen Neuerfindens von sich selbst und unserer Umwelt, des Erkundens von Erfahrungen, des Lebens im Moment, der Überschreitung von Grenzen, des Experiments.

Kein Wunder, dass die Arbeitsprojekte der 1968er die Dimension von Kommunen, manchen Stadtteilen und der individuellen Selbsterfahrung kaum überschritten haben.

Also fehlte Disziplin? - Nein, keineswegs. Jedenfalls nicht in einem allgemeinen Sinn, wie "der Mensch" zu sein habe, nämlich beständig pünktlich, ordnungsliebend, stark konzentriert, vernünftig, an allgemeinen Interessen orientiert.

Doch gerade wenn man diese Ansicht teilt, wird es happig mit dem Plan. Da mag dieser heute noch so sehr auf Selbstorganisation beruhen sollen, auf freiwilliger Koordination auf Basis vernünftiger Einsicht in als legitim ausgehandelte Bedürfnisse. Faktum bleibt, dass in einer fabber-Welt umfangreiche Vereinbarungen nicht nur in Graswurzel-Manier formuliert sein müssen, noch dazu bedürfnisorientiert, sondern diese auch eingehalten werden sollen. Und zwar, wie oben schon skizziert, in einer unglaublich ausgreifenden, letztlich globalen Weise, von den Kupferminen in Sambia oder den Schrottlagern in Peking bis zu den Bedürfnissen nach fabbern, PCs, elektrischen Kabeln und allerlei anderem in Patagonien, Peking, Berlin, Wien und, nicht zu vergessen, Sambia. Das Problem, von dem hier die Rede ist, hat schon einige Zeit am Buckel.

"Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit kann nur als *umwälzende Praxis* gefaßt und rationell verstanden werden", schreibt Karl Marx in seinen *Thesen über Feuerbach*. Doch hat eine Praxis auch Akteure. Wo also kommen die neuen Akteure einer neuen Praxis her, ob mit fabbern oder ohne? Zwar wird das Henne-Ei-Problem in Marxens "umwälzender Praxis" zunächst

scheinbar aufgelöst: Weder geht eine Veränderung der Tätigkeit im Sinn eines Postkapitalismus dem Ändern der Umstände, die diese Tätigkeiten als kapitalistische prägen, voraus - noch können zuerst die Umstände und dann die Tätigkeiten verändert werden. Doch stehen wir am Beginn besagter Umwälzung erst einmal vor alten Hennen *und* vor alten Eiern. Die Bewegungen für Commons oder Solidarische Ökonomien aber wollen von beidem neues. Kaum scheint das Henne-Ei-Problem gelöst, entpuppt sich also noch ein weiteres.

Gedankenstrich.

Manch eine oder einer wird sich nun fragen: Was also ist von der "neuen Gesellschaft" dann zu halten? Sagt das ein advocatus diaboli des Postkapitalismus, auf eine fahrlässige Weise nachgerade? Soll es ewiglich so weitergehen, wie wir es kennen, mit Markt, Staat, Wachstum, Herrschaft und dem Leiden der Massen weltweit?

Die Frage ist rhetorisch.

Wo also kommen die neuen Akteure einer neuen Praxis her?

Es führt kein Weg an einer Ablösung von Markt, Staat, Wachstum, Herrschaft und den damit verbundenen vielen Leiden vorbei. Das freilich heißt noch lange nicht, dass dieser Weg auch genommen werden wird. Die Frage allerdings stellt sich, wie dieser Weg überhaupt genommen werden kann. Und wer ihn warum auf welche Weise nehmen *will*.

"Der Mensch" erneuert sich beständig. Wie die Keimformen an den heute vorfindlichen Menschen und Technologien anknüpfen, verändern Keimformen auch Mensch und Technologien. Nicht zuletzt, weil eine Keimform, die ihrem Anspruch gerecht werden kann, schon veränderte Bedürfnisse voraussetzt. Aber dies geschieht nicht in einem luftleeren Raum. Die Bedürfnisse von heute sind, wo sie mit dem Kapitalismus in einen tendenziellen Widerspruch treten, gerade jene Bedürfnisse nach Spontaneität, Kreativität, Selbstentfaltung in Beziehungen, nach Vielfalt, Abwechslung und zugleich Tiefgang - widersprüchlich, fürwahr -, die mit

den Erfordernissen der Marktgängigkeit kollidieren, sobald sie sich als unbezahlbar, unterfinanziert und nicht nachgefragt erweisen. Alles andere ist gut in die Kapitalverwertung heutigen Zuschnitts integriert.

Aus diesen Bedürfnissen, die der Soziologe Andreas Reckwitz als die eines "ästhetischen Subjekts" beschreibt, das sich wesentlich in den Gegenkulturen der 1960er und 1970er Jahren herausgebildet hat, ergibt sich *ein* Pol der postmodernen Identität. An ihm anzuknüpfen scheint weniger auf gesamtgesellschaftliche Koordination zu verweisen, die notwendig ein stark regelhaftes, langfristig orientiertes und diszipliniertes Verhalten voraussetzt. Das aber stößt sich an einem Plansubjekt. Nicht einmal im Kapitalismus indes, mit seiner scheinbaren "funktionalen Differenzierung" in so genannte Sphären der Arbeit, des Haushalts, des Konsums, Mediengebrauchs und der Intimität, spaltet sich der Einzelne soweit auf, dass er jeweils gänzlich anderen "Logiken" folgt. Vielmehr zeigen sich starke Parallelen. Etwa zwischen dem zunehmend flexiblen Arbeiten und Lieben.

Das "ästhetische Subjekt" im Allgemeinen und der ästhetische Pol des postmodernen, sonst an Marktgängigkeit orientierten Subjekts im Besonderen scheinen sich perspektivisch eher mit kleinteiligen Versuchen lokaler Autonomie verbinden und mit einer Entfaltung wenig technologieabhängiger Bedürfnisse nach Liebe, Sex, künstlerischem Ausdruck und anderen, vielfältigen Formen der sinnlichen Welterkundung verknüpfen zu lassen. Kein Zufall also, dass es 1973 hieß: "Klein ist fein!"

"Der Mensch" modelliert sich beständig selbst und immer wieder neu. Es ist daher nicht auszuschließen, dass sich aus dem hedonistischen, momentanistischen postmodernen Menschen ein ganz neuer Mensch entwickelt. Einer, der sich entlang der Respektabilität seiner Verantwortlichkeiten langfristig orientiert, auch an Regeln, vielleicht wieder an Moral, sogar an Disziplin. Dies könnte dann ein Mensch sein, der gut zur Vorstellung einer gesamtgesellschaftlichen Koordinierung passt. Ob die dann noch selbstorganisiert verlaufen kann oder für jene ganz neuen Menschen auch nur sollte, sei dahingestellt.

Doch man muss nicht auf einen "ganz neuen Menschen" setzen, sondern vielmehr

den Widerspruch weitertreiben, der das postmoderne Subjekt selbst durchzieht. Wird seine Marktorientierung und seine Ideologie der beständigen Wahl zwischen scheinbar unendlichen Optionen auf einem *sozialen Markt* gekappt, woran manche der Bewegungen für eine "neue Gesellschaft" sich auszurichten scheinen, dann stellt sich doch die Frage: Was ist wirklich so schlecht am "simpler way", den etwa Ted Trainer propagiert? An einem "simpler way" von großenteils subsistenten, eher kleinräumigen *communities*, in denen weniger eine Logik sozialer Disziplin des Just-in-Time und des globalen Managements von Stoffströmen wirkt, denn eine Orientierung an einer mehr bäuerlichen oder handwerklichen Logik eines "Was getan werden muss, wird schon getan werden".

Einen "simpler way" muss fabber keineswegs ausschließen. Zur Voraussetzung machen sollte er diese aber eher nicht. Was getan werden will, wird getan werden.

Ludger Eversmann

Schafft volkseigene "Infofakturen"!

Von einem neuen Paradigma der Produktion zu einem neuen Paradigma der Ökonomie

Die Produktion der DDR bestand zum großen Teil aus enteigneten und verstaatlichten "volkseigenen Betrieben", die sich ebenso verzweifelt wie erfolglos bemühten, etwas anderes als Waren zu produzieren. Derartiges - Produktion von Konsumgütern, die keine Waren mehr sind - könnte erst möglich werden durch eine Art von Produktionssystem, das es möglich macht, den Eigenbedarf eines kollektiven Subjekts "on demand" und zu Null Grenzkosten zu decken.

Der VEB "Fortschritt" Herrenbekleidung mit Sitz in Berlin-Lichtenberg war der größte Betrieb für Herrenkonfektion in der DDR. Hervorgegangen war er aus der Herrenbekleidungsfabrik "Beha GmbH", die 1945 von der sowjetischen Militärverwaltung beschlagnahmt wurde. Nachdem der Betrieb 1949 in Volkseigentum übergegangen war und nach einigen Umfirmierungen und Erweiterungen durch Übernahmen wie etwa den "VEB Formschön" 1955 oder den "VEB Mantelmoden Weißensee" 1963 beschäftigte er 1967 rund 3000 Mitarbeiter, und stellte etwa 25% aller Mäntel der DDR her. Ein bedeutender Teil der Produktion wurde auch exportiert.

Um nun den Bedarf an Herrenbekleidung kostengünstig zu decken, waren natürlich auch in einem staatlichen sozialistischen volkseigenen Betrieb die Gesetze der industriellen Massenproduktion unter den damaligen technischen Bedingungen zu beachten: Die "economies of scale" galten auch hier, und das bedeutete stark standardisierte Massenkonfektion in hohen Stückzahlen, mit relativ geringem Spielraum für Anpassungen an Geschmack oder Körperform des individuellen Trägers. Die Tatsache, dass ein einziger Betrieb einen so großen

Marktanteil an Herrenmänteln belieferte, der selber auf Grund der herrschenden technischen Produktionsbedingungen ein eingeschränktes Sortiment mit geringen Variationsmöglichkeiten anbieten konnte, belegt die enorme Einschränkung der Wahlfreiheit des Konsumenten in der DDR insgesamt. Berichte über "Mode im Sozialismus" klagen denn auch über Einschränkungen in der Qualität, die Einfallslosigkeit der Schnitte und die Schwerfälligkeit der Hersteller, wenn es darum ging, neuen Trends auf dem Modemarkt zu folgen.

Hinzu kommen die Widrigkeiten der Planproduktion und das Wirtschaften und Kalkulieren mit Planpreisen: das Produktionsprogramm eines so großen Betriebes wurde mit seinen Produktionsmengen zentral geplant und festgelegt, entsprechend mussten die Materialien, Rohstoffe und evtl. vorproduzierte Teile eingekauft und auf Lager gelegt sowie die Produktions- und Schichtpläne erstellt werden. All dies sind Faktoren, die die Flexibilität, die Varianz des Produktionsprogramms und die Fähigkeit auf äußere Einflüsse und Anforderungen schnell zu reagieren, stark einschränken. Die Kostenrechnung wiederum hatte Mühe mit der Errechnung eines echten aussagekräftigen Betriebsergebnisses, denn die Planpreise waren ja behördlich festgelegt und keine echten Knappheitsindikatoren, und damit auch ihrer Steuerungsfunktion im Sinne einer effizienten Allokation der Faktoren in die bestmögliche Verwendung beraubt.

Trotz dieser enormen Starrheit des gesamten Produktionsablaufes bedurfte es der vielfältigen "Skills" von ausgebildeten Facharbeitern und Ingenieuren in dieser großen Belegschaft, die alle ihre jeweiligen Spezialkenntnisse in den Produktionsprozess einbringen mussten, und deren Know-how und Berufserfahrung sich über Jahre bildete und ansammelte. Natürlich galt dies alles nun offensichtlich für die gesamte Konsumgüterindustrie, ja diese gesamte industrielle Produktion.

Im Zeichen des Überflusses und neuer Technologien

Mit anderen Worten: Die in diesem Sinne freie und nur durch die Steuerungsfunktion der Marktpreise gelenkte kapitalistische Marktwirtschaft war der sozialistischen Planwirtschaft haushoch überlegen, wenn es darum ging, unter

Bedingungen der Knappheit und des nachkriegszeitlichen Mangels schnellstmöglich bestehende Bedarfe zu decken. Die Wohlfahrtseffekte des Wirtschaftens unter Bedingungen des freien Marktes mit freier Preisbildung und ungehinderter unternehmerischer Initiative waren in den Wachstumsjahren der Nachkriegszeit unübersehbar und über jeden Zweifel erhaben.

Heute, ein gutes halbes Jahrhundert später, ist die herrschende Ausgangssituation aber eine gravierend andere. Es herrschen nicht mehr Bedingungen des Mangels, sondern des Überflusses. Die Märkte haben sich gewandelt von Verkäufermärkten zu Käufermärkten, in denen in der Regel nicht mehr der Anbieter des begehrten Gutes vom Käufer umworben ist, sondern der potentielle Käufer sieht sich umworben und umzingelt geradezu von ständigen mehr oder weniger sublimen bis aufdringlichen Werbebotschaften. Auf dem Computer, mit dem man im Web surft, sammeln sich unerkannt allerlei "Bots" und maschinelle Helfer, die im Verborgenen Informationen über Vorlieben und Konsumgewohnheiten einsammeln und so versuchen, die Werbebotschaften zu intensivieren und zielgenauer in die Wahrnehmung des Adressaten zu transportieren. Und nicht nur diese - und sehr viele andere - endogenen Grenzen des Wachstums sind erkennbar geworden, sondern auch und mit immer intensiverer Dringlichkeit die exogenen ökologischen Grenzen des Wachstums.

Vor allem aber die Technologien, die Produktionsmittel, haben sich grundlegend gewandelt, und dieser Wandel ist durchaus auch als Reaktion auf diese grundlegend veränderte Markt- bzw. Bedarfssituation zu verstehen. Diese Veränderungen betreffen die Prinzipien der industriellen Produktion allgemein und entwickeln sich in einzelnen Branchen mit unterschiedlichem Tempo. Wie weit die Textilproduktion hier schon betroffen ist - um das Beispiel der Produktion von Herrenmänteln hier fortzuführen - wäre gesondert zu betrachten. Andere Branchen wie etwa die Möbelproduktion sind auf diesem Weg wohl schon weiter fortgeschritten (wie hier FabLab - FabCity - CityFab - StadtWerk? bereits einmal ausgeführt).

Paradigmenwechsel der Produktion

Die neu entstehenden Möglichkeiten der digitalen Fabrikation lassen nun einen "Paradigmenwechsel in der Produktion" erwarten, und damit möglicherweise ein "Wetterleuchten einer postkapitalistischen Wirtschaftsweise".

Dieses neue Paradigma der Produktion ist wie folgt abzugrenzen vom bisherigen Paradigma der - auch unter sozialistischen Vorzeichen technisch erzwungenen - fordistischen Massenproduktion:

» *Heute werden die meisten Produkte hergestellt durch die Mittel der etablierten Infrastruktur der Massenproduktion. Dies beinhaltet traditionell umfangreiche Lagerhaltung, extensiven manuellen Arbeitseinsatz, große Kapitalinvestitionen, hohen Energieverbrauch, weite Transportwege, eine "Armee" von Beschäftigten und die Annahme einer bestehenden hinreichend großen, homogenen Konsumentenbasis.* «

DIGINOVA - Roadmap to Digital Fabrication

Offensichtlich gilt bzw. galt diese Beschreibung des Paradigmas der fordistischen Massenproduktion für "sozialistische" staatliche Betriebe unter Bedingungen der Planwirtschaft genauso wie unter marktwirtschaftlichen Bedingungen - es sind eben technische Restriktionen, die hier den Rahmen der Möglichkeiten beschränken, keine politischen.

Das neue Paradigma wird dagegen so aussehen:

» *Es ist vorstellbar, dass Menschen in der Lage sein werden, ihre eigenen Produkte zu bestellen, zu definieren oder zu kreieren und lokal, vor Ort herzustellen, aus Materialien ihrer Wahl.* «

DIGINOVA

Dies wird unter anderem vorstellbar und unterstützt durch die folgenden Charakteristika der Digitalen Fabrikation:

- keine Rüstzeiten für Produktionsmaschinen bei Änderung des Produkts

erforderlich

- (fast) keine Montage: Fertigung (möglichst) in einem Arbeitsgang
- keine qualifizierte menschliche Arbeit erforderlich
- präzise physikalische Replikation: digital implementierte und verfügbare Herstellungsprozesse sind präzise und verlustfrei replizierbar, und damit auch die durch sie repräsentierten physischen Objekte.

Es wird erwartet, dass additiv und dezentral herstellbare Produkte langfristig in Qualität und Kosten mit konventionell hergestellten Produkten vergleichbar sein werden. Eine Kostensenkung ist zu erwarten durch den Wegfall von Transportkosten für Halbfabrikate und Rohmaterialien, durch Einsparung von Rohmaterial im Fertigungsprozess, durch Wegfall von menschlicher Arbeit, von Marketing und den Kosten des Zwischen- und Endhandels. Letztlich wird es möglich sein, die Herstellungskosten auf Energiekosten, Materialkosten und Kosten der Information ("Designs") zu reduzieren, wobei diese unter Umständen als Open-Source-Software auch frei verfügbar sein könnte. Das würde dann eben für das einzelne Produkt Grenzkosten von Null bedeuten.

VEB "Fortschritt" Textilien als "Technofaktur"

Für den Bereich der Textilproduktion wäre dann - zugegeben in einer nicht unmittelbar bevorstehenden Zukunft - folgendes Szenario vorstellbar: ein Kleidungsstück, zum Beispiel obiger Herrenmantel, wird virtuell, im Netz und online, ausgewählt und anprobiert; das Design (der Schnitt) kann von einem Design-Anbieter gekauft oder als Open-Source-Design kostenlos geladen und gegebenenfalls nach Belieben angepasst und verändert werden. Das fertige Design wird dann elektronisch an eine lokale "Infofaktur" geschickt, wo es hergestellt wird.

Vergleicht man nun die Herstellung eines solchen Konsumgutes mit den in der damaligen DDR herrschenden Produktionsbedingungen, so wird deutlich: Durch eine möglichst weit gehende Trennung von Fertigung und Design wäre der

Konsument tendenziell keinerlei Beschränkung seiner Wahlmöglichkeiten unterworfen. Ihm stehen sämtliche im Netz angebotenen Designs zur freien Auswahl zur Verfügung. Diese lassen sich wiederum nach Belieben individuell anpassen und variieren bzw. gänzlich neu gestalten, im Rahmen der produktionstechnisch zu beachtenden Grenzen. Alles zur Produktion erforderliche Know-how ist im Wesentlichen maschinell implementiert und vor Ort im aktuellen Produktionsprozess nicht erforderlich.

Während es unter den damals gegebenen technischen Produktionsbedingungen absolut sinnlos und im Gegenteil kontraproduktiv war, derartige Betriebe zur Konsumgüterproduktion zu verstaatlichen, verhält es sich unter den so skizzierten technischen Voraussetzungen vollkommen anders. Hier wäre es offenbar wünschenswert und volkswirtschaftlich am effizientesten, wenn eine solche "Infofaktur" (oder auch "Technofaktur") in Zukunft als ein "VEB" betrieben würde, also als ein Betrieb, der sich in öffentlicher, vielleicht kommunaler, jedenfalls nicht privater Trägerschaft befindet, da er dann einen betrieblichen Gewinn zu erwirtschaften hätte und daher die Preise oberhalb der Grenzkosten angesetzt werden müssten.

Ferner beschäftigte dieser Betrieb dann natürlich nicht etwa 3.000 Menschen und belieferte ganz Deutschland und die halbe Welt, sondern beschäftigte nach Möglichkeit wenige Menschen, so wenige wie möglich, und belieferte im Prinzip einen begrenzten lokalen Abnehmerkreis, nämlich eigentlich genau seine "Besitzer", auch wenn diese etwa als Kommune nur die Sachwalter der wohlverstandenen Interessen der Benutzer einer solchen Technofaktur wären.

Im Wesentlichen wäre dieser "Betrieb" also eine komplexe systemische Maschine bzw. ein Ensemble von Maschinen, denn je weniger menschliche Arbeit in die Fertigung eines Kleidungsstücks einfließt, um so mehr können die Grenzkosten dieses Artikels sich gegen Null bewegen. Dieses Fertigungssystem arbeitet also auf Anforderung, on demand, seine Aufträge ab, die über das Internet eingehen. Es muss also in der Lage sein, diesen jeweiligen Auftragsbestand zu "managen", also etwa die Aufträge in eine Reihenfolge zu bringen, einzelne Tätigkeiten vielleicht zu separieren und zu priorisieren, und es muss in der Lage sein, für jeden eingehenden

Auftrag den geplanten Fertigstellungstermin zu nennen, und, natürlich, diesen auch einzuhalten.

"VEB Technofaktur" zusammengefasst: Wenn es technisch möglich geworden ist, dass so ein Fertigungssystem zuverlässig und in großem Umfang maschinell arbeiten kann, dann wird es seinen größten Wohlfahrtseffekt eben genau dann erzielen, wenn es sich in "Volkseigentum" befindet, also gewissermaßen im Eigentum derjenigen "Volksgenossen", die es benutzen wollen, und es dann "natürlich" zur Deckung ihres Eigenbedarfes benutzen - womit dieses System dann eben keine Waren mehr erzeugt. Und dies wäre tatsächlich nur so, und zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit, ohne gravierende Effizienzverluste gegenüber der hocharbeitsteiligen und spezialisierten Marktproduktion möglich. Natürlich ist es auch denkbar, dass so etwas in privater Initiative, als Verein, Interessengemeinschaft oder Eigentümergemeinschaft entsteht. Die größte volkswirtschaftliche Stabilität wird sich aber vermutlich dann einstellen, wenn so etwas auf überprivater Ebene, als volkswirtschaftlicher Regel- und Normalfall institutionalisiert und in Betrieb genommen und gehalten wird.

Stagnationsstabile Volkswirtschaft in der Postwachstumsgesellschaft

Das bedeutet natürlich auch Wegfall von Beschäftigung. Das wird aber so oder so nicht aufzuhalten sein. Eine Lösung kann nicht darin bestehen, künstlich Nachfrage nach Beschäftigung bzw. künstlich Konsumnachfrage zu schaffen. Volkswirtschaftlich gesehen besteht die Anforderung darin, eine bestehende Nachfrage bestmöglich ökonomisch und ressourcensparsam zu bedienen. Zu den knappen Ressourcen gehört auch die menschliche Arbeitskraft, die nicht verschwendet werden darf. Die in Zukunft zu erwartende Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen wird bei dem gegebenen Angebot an technischer Arbeitsunterstützung aller Voraussicht nach bei weitem nicht ausreichen, um eine allgemeine Vollzeitvollbeschäftigung für alle angebotene Arbeitskraft zu ermöglichen, vor allen Dingen nicht unter marktwirtschaftlichen Wettbewerbsbedingungen, in der die Gewinner tendenziell zu über 100 Prozent beschäftigt sind, während die Mehrheit der Verlierer ohne Einkommen und Beschäftigung außen vor bleibt und zu entwürdigender Untätigkeit verurteilt und

ohne existentielle Sicherheit zusehen muss.

Es wird also ohne eine starke, gut dosierte öffentliche politische und/oder gewerkschaftliche Regulierung des Arbeitsmarktes kaum möglich sein, befriedigende Zustände von Lebensqualität und existenzieller Sicherheit herzustellen.

Diese beiden Komponenten - digitaler Umbau der Konsumgüterproduktion im skizzierten Sinn und politische bzw. gewerkschaftliche Steuerung und Korrektur des verbleibenden Arbeitsmarktes - dürften die Bestandteile einer möglichen "Revolution gegen den Neoliberalismus" darstellen, deren Umsetzung und Realisierung ein Leben in Würde und Autonomie wieder vorstellbar werden lässt, ohne jeden noch so privaten Lebensbereich immer weiter und vollständiger der Käuflichkeit zu überantworten.

"Epochenbruch"

Die Debatte um einen Untergang oder eine "Dämmerung" ("Eclipse") des Kapitalismus flackert nun an vielerlei Orten auf. In den vorgetragenen Argumentationsfiguren lassen sich gewisse Kongruenzen ausmachen. Manfred Sohn verwendet den Marxschen Begriff der "Minen", die sich "im Schoße des Gesellschaftssystems" entwickeln und den Kapitalismus "in der Perspektive sprengen". Er denkt hier ähnlich wie etwa Jeremy Rifkin in seinem Entwurf der "Null-Grenzkosten-Gesellschaft" an eine auf der Grundlage von Open-Source, Wikinomics und 3D-Druck entstehende Vor-Ort-Produktion, die "dank der weltweit entwickelten Vernetzung geistiger Ressourcen zugreifen (kann) auf die besten Baupläne, die irgendwo auf der Welt entwickelt werden". Er beschreibt damit ein Grundprinzip der digitalen Fabrikation, das einer ihrer Pioniere, der Amerikaner Neil Gershenfeld, als "Think globally, fabricate locally" auf den Punkt gebracht hat.

Der Autor dieses Artikels hat ebenfalls eine ähnliche Argumentationsfigur in einer knappen Skizze Im Mai dieses Jahres vorgestellt ("Projekt Postkapitalismus"). Auf wenige Sätze zusammengefasst lautet die Argumentation so, dass die

marktwirtschaftlich verfasste, wettbewerbswirtschaftlich organisierte Ökonomie mit Erreichen säkularer Sättigungsgrenzen an unüberwindliche Entwicklungsbarrieren stößt, gleichzeitig aber "in ihrem Schoße" neue Mittel der materiellen Produktion hervorbringt, die eine gesellschaftlich-ökonomische Organisation auf einem höheren, den entstandenen Möglichkeiten und Erfordernissen angepassten Steuerungsniveau hervorbringen (statt zentralisierter, massenhafter und unendlicher Marktproduktion dezentrale, lokale, endliche Gebrauchswertproduktion).

"Exit" Kritik

Aus marxistischer Sicht sind diese Ansätze kürzlich - in Person des Mitglieds der Gruppe EXIT! Claus Peter Ortlieb - kritisiert worden ("Transformationskonzepte - wie sich der Kapitalismus nicht überwinden lässt"). Einer der Kritikpunkte setzt an an der zu wenig beleuchteten Fragestellung, wer denn das "revolutionäre Subjekt" dieser Entwicklungen sein werde, sein solle oder sein könne, das diese gewissermaßen "automatisch" entstehenden neuen technischen Möglichkeiten dann auch einer in diesem umfassenderen Sinne politisch sinnvollen und gewollten Nutzung zuführen werde. Diese Kritik ist sicher berechtigt.

Die Beobachtung, dass der Kapitalismus diese Art von "Minen" in der Gegenwart hervorbringt oder dass sie jedenfalls entstehen, ohne dass dies nun einer bewussten und gezielten politischen Initiative und Intention zu verdanken wäre, ist sicherlich zutreffend, bedeutet aber nicht, dass dies ganz automatisch auch zu einer solchen grundlegenden Transformation der zentralen gesellschaftlich-ökonomischen Prinzipien führen werde. Diese Transformation wird sich wohl nicht in der Weise vollziehen können, dass einfach abgewartet werden muss, bis die lokale "Factory@Home" eine solche fabrikative Kapazität erreicht hat, dass der Konsument auf den Kauf von Waren auf Märkten gänzlich verzichten kann und ihm die meisten seiner Konsumwünsche in der "Null-Grenzkosten-Gesellschaft" per Heim-Produktion zu (fast) null Kosten erfüllt werden können.

Investition in die Zukunft

Die Beantwortung der Frage, welche Möglichkeiten hier zu erwarten sind und welche möglicherweise durch gezielte Forschung und Investition noch gänzlich neu geschaffen werden müssten, wäre selbst schon Teil eines Klärungsprogrammes, das nun mit politischem Willen, politischer Zielsetzung und mit Mitteln aus dem politischen Willensbildungsprozess auf den Weg gebracht werden müsste. Dazu gehört zuallererst auch die Einsicht, dass das Modell der "sozialen Marktwirtschaft" über kurz oder lang eben keine Zukunft mehr hat. Zwar ist damit durchaus nicht die Notwendigkeit obsolet, den bestehenden Kapitalismus in seiner unglaublich energiereichen (weil unendlich finanzstarken) Spätphase nach Möglichkeit doch noch zu zügeln und zu kultivieren, dazu aber kommt diese gänzlich neue politische Aufgabenstellung, über Markt, Vollbeschäftigung und Wachstum hinauszudenken.

Die Mittel, einen solchen "Epochenbruch" herbeizuführen, um also den Richtungswechsel in fundamental neue ökonomische Zustände einzuleiten, sind eben im Kern selber nicht politische, sondern technische, die erzeugt, entwickelt und zur Reife gebracht werden müssen. Der politische Wille alleine - und stünden ihm auch die größten Geister der Kulturgeschichte zur Seite - könnte nicht mehr erreichen als das, was - im besten Falle - zu den sozialdemokratischen Glanzzeiten erreicht worden ist; dies wäre sicherlich durchaus nicht wenig wünschenswert, aber - es wäre eben keine neue Epoche.

Höheres Wesen - höhere Technologie

Die Möglichkeit, auf Tausch, Markt und Warenproduktion zu verzichten, kann nur eine "höhere" Technologie bereitstellen. Es sind dazu "universale" Produktionsmittel notwendig, Produktionssysteme, die nicht nur hochgradig produktiv arbeiten können, sondern gleichzeitig hochgradig flexibel.

Das (kaum jemals realisierbare) Ideal einer solchen "postkapitalistischen" Hochtechnologie ist der "Star-Trek-Replicator": eine Maschine für buchstäblich alles, sofort und "at home", anytime und anywhere, statt der hochspezialisierten massenhaften Fließband Produktion. Fordistische Massenproduktion machte die Produkte billig und den Arbeitstag für das Heer der Arbeiter am Fließband eintönig. Aber nur so war das Auto, das Ford-T-Modell als Massenware statt als

Luxusgut, möglich. Das ist ökonomisch von Nutzen, solange diese Bedarfe bei den Menschen noch vorhanden sind. Wenn aber die Märkte langsam gesättigt sind, die Produktivkräfte bei Vollbeschäftigung nicht mehr ausgelastet werden können, die Volkswirtschaften gegenseitig ihre Märkte mit Waren überschwemmen und gleichzeitig die natürlichen Ressourcen zur Neige gehen, dann kommen andere Gesetzmäßigkeiten ins Spiel - und eben auch neue Technologien.

Auf eine solche ideale Fabrikationsmaschine wird die Menschheit lange warten müssen, aber sie gibt das gedachte Prinzip vor, an dem eine zukunftsfähige, rationale, "höhere" Fabrikationstechnologie sich zu orientieren hat: Es geht um Fabrikationssysteme, die gleichzeitig hochproduktiv und hochflexibel sind und die das Prinzip der Trennung von Fertigung und Design realisieren. Dadurch wird eine Fabrik mehr und mehr zu einer abstrakten Produktionsmaschine, die eine homogene Leistung erzeugt, die dann zu individuellen Produkten konkretisiert werden kann. So ist es im Prinzip möglich, die Vermittlung des Marktes zu umgehen, ohne auf die Vielfalt des Angebotes verzichten zu müssen: think globally, fabricate locally.

Um auf den VEB Fortschritt Herrenbekleidung zurückzukommen: Es geht um Fabrikationssysteme, die beliebige Designs z. B. von Herrenmänteln realisieren können, oder von sonstiger Bekleidung, oder von sonstigen Gegenständen des persönlichen Bedarfs. Solche hochflexiblen und hochproduktiven Produktionssysteme können dann mit positiven Wohlfahrtseffekten als öffentliche, gemeinnützige "Betriebe" betrieben werden.

Neue Akteure einer neuen Praxis

Was ist neu, und was ist "höher" an der neuen Technologie? Die Möglichkeit, die Defizite und Irrationalitäten der Markt- und Preissteuerung zu umgehen. Natürlich wäre dies auch ohne neue Technologien möglich, durch Einzelfertigung, durch vielleicht handwerkliche individuelle Einzelproduktion. Weil dies aber die Dinge sehr teuer macht(e), ist die industrielle Massenproduktion entstanden, die die Dinge billig gemacht hat. Wenn nun Technologie entsteht, die auch die individuelle Einzelfertigung so billig macht wie die Massenproduktion, ist dies eine

Höherentwicklung. Und sie ermöglicht auch eine "höhere" Form der Koordination von Angebot und Nachfrage - nämlich Produktion on demand, auf Anforderung, vor Ort, am Ort des Konsums, und nicht etwa auf Lager, in Massen, in China oder Thailand.

Wer ist das Subjekt, wer sind die Akteure, was ist die neue Praxis? Worum es im Wesentlichen geht und was von der bisherigen privatwirtschaftlich-gewinngetriebenen Ökonomie prinzipiell nicht gelöst werden kann, ist die Schaffung von Möglichkeiten zur Nutzung großer maschineller Produktivkraft mit wohlfahrtsteigernder Wirkung. Bisher wurde dies erreicht durch fallende Preise für Konsumgüter. Die Märkte sind aber nicht unbegrenzt aufnahmefähig, und es entsteht ein dauerhafter Zustand von unausgelasteten Überkapazitäten. Neue Technologien lassen nun die Möglichkeit erkennbar werden, dass Produktivkraft am Ort des Konsums entsteht, wodurch die Trennung von Kapital und Arbeit prinzipiell aufgehoben werden kann. Dadurch entsteht die Möglichkeit der Nutzung hoher maschineller Produktivkraft zur Deckung des Eigenbedarfs von Konsumenten (bzw. "Prosumenten"), und dadurch schließlich prinzipiell auch die Möglichkeit, eine menschliche Praxis komplett jenseits der industriellen Produktion möglich werden zu lassen - Reichtum wird dann nicht in Geld, sondern in "disposable time" gemessen.

Wer sind die Akteure, die diesen Willen aufbringen und diese Gestaltungskraft entfalten können? Es geht um die Verantwortung für eine große, nachhaltige und durchaus auch großartige ökonomisch-gesellschaftliche Perspektive, die aber mit den kurz- bis mittelfristigen ökonomischen Interessen der gegenwärtigen Big Player sicherlich wenig in Einklang zu bringen sein dürfte; jedenfalls dürften Profitinteressen bei dieser anstehenden Transformation kaum die treibende Kraft sein können. Es müsste also wohl schon eine politische Kraft sein, eine politische Partei, die sich diese Perspektive ins Programmbuch schreibt, und diese gewaltigen Investitionen in die Zukunft auf den Weg bringt.

Es wird wohl keine Revolution im Sinne der Eroberung politischer Macht geben; es wird nicht um Zugriff auf betriebliche Entscheidungsmacht oder private Reichtümer gehen, und nicht um Räte und Komitees in Kommunen oder

Betrieben. Es wird darum gehen, die Möglichkeit zu schaffen, dass Menschen und Betriebe keine Waren mehr produzieren müssen, und das Kriterium, ob ein Ding eine Ware ist oder nicht, Tauschwert oder Gebrauchswert, liegt nicht im Kopf des Benutzers oder Betrachters. Kriterium ist, ob es produziert worden ist, um den eigenen Bedarfs des Produzenten zu decken. Und dies ist eben nur mit Hilfe sehr entwickelter Technik auf einem solchen Niveau möglich, dass es keinen Rückschritt in vorindustrielle Zustände bedeutete. Der Besitz auch der vollkommensten politischen Macht alleine kann keine neue Welt, keinen neuen Menschen und keine neue menschliche Lebenspraxis schaffen.

Q.e.d.: Schafft volkseigene "Technofakturen"!

Richard Wolff

Demokratisierung der Unternehmen statt Staatsinterventionismus

Die Linke braucht neue Ansätze und Visionen, um erfolgreich in der gegenwärtigen Krise agieren zu können

Traditionelle sozialistische Politik, die auf großflächigen Interventionen der Politik in die Wirtschaft beruht (durch Regulierung von Unternehmen und Märkten, Staatsbesitz und Unternehmenskontrolle, zentrale Planung etc.), findet inzwischen kaum noch Zuspruch. Wenn dies dennoch einmal der Fall zu sein scheint, wie etwa bei den letzten Präsidentschaftswahlen in Frankreich, dann begnügt sich der traditionelle Sozialismus mit magerer Rhetorik und reinem Symbolismus. Da es den französischen Sozialisten nicht gelang, eine gangbare Alternative zu dem zutiefst unpopulären Kapitalismus aufzuzeigen, ist ihre Unterstützung in der Bevölkerung rasch abgeschmolzen.

Adressaten linker Politik, denen traditionelle sozialistische Visionen angeboten werden, reagieren hierauf zumeist mit skeptischer Indifferenz, die sich in den Ausspruch "Das hatten wir doch schon alles!" zusammenfassen ließe. Viele Menschen sind zu der Auffassung gelangt, dass der traditionelle Sozialismus überall dort, wo er realisiert wurde, zu viele Fehlentwicklungen aufwies und nicht nachhaltig war. Provoziert durch die kapitalistische Krise seit 2008 geht ein rasch ansteigendes Interesse an gesellschaftlichen Alternativen zum Kapitalismus mit einem fallenden Zutrauen zu den Politikrezepten des traditionellen Sozialismus einher.

Die Frustrationen progressiver Kräfte, die mit der Erschöpfung der Anziehungskraft des traditionellen Sozialismus einhergehen, resultieren gerade

daraus, dass es keine Vision einer attraktiven Alternative zum Kapitalismus mehr gibt, die von weiten Teilen der Linken geteilt würde. Die Linke konnte dem Massenpublikum nicht das liefern, wonach es sich sehnte, während sie ihre Kritik des langfristigen Zerfalls und der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus vertiefte. Diese Situation führte in den vergangenen Jahren zu einer merkwürdigen Machtlosigkeit und Erstarrung innerhalb der gesamten Linken. Obwohl die globale kapitalistische Krise furchtbare soziale Kosten verursachte, sehen sich Linke oftmals nicht in der Lage, Massenbewegungen, Kampagnen oder neue politische Projekte zu starten, weil ein tief gehendes Gefühl vorherrscht, dass es keine Vision einer postkapitalistischen Gesellschaft gibt, für die man eintreten könnte.

Es ist deshalb wichtiger als jemals zuvor, die traditionellen sozialistischen Modelle und Visionen zu ändern, zu ergänzen oder mit etwas zu ersetzen, das sowohl bei den Massen Anklang finden, wie auch die Linke wachrütteln und zu effektiver politischer Aktion wie ideeller Auseinandersetzung führen kann. Hier kommt die Idee der Arbeiter-Kooperativen oder, präziser, wenn auch etwas sperriger, der Arbeiterselbstverwaltungs- Unternehmen (oder selbstverwalteten Arbeiterunternehmen) (workers self-directed enterprises - WSDEs) ins Spiel. Diese jahrhundertealte Idee wurde wiederbelebt, modifiziert und angepasst, um weit über die Vorstellungswelt des traditionellen Sozialismus hinauszureichen. Das Ergebnis ist eine neue Vision einer Alternative zum Kapitalismus, die dabei helfen könnte, eine Neue Linke zu mobilisieren.

WSDEs würden die hierarchischen, von oben nach unten organisierten Konzerne und Unternehmen, die durch Großaktionäre und Firmenvorstände geführt werden, mit einer demokratischen Entscheidungsstruktur ersetzen, an der alle Arbeiter beteiligt sind. Die Lohnabhängigen würden kollektiv und demokratisch alle Schlüsselentscheidungen über das Was, Wie und Wo der Produktion fällen. Am wichtigsten ist aber, dass die Arbeiterschaft darüber zu entscheiden hätte, wie die Nettoeinnahmen des Unternehmens verwendet werden sollen.

Die Abhängigkeit der Regierungen auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene von Unternehmenssteuern würde sich somit zu einer Abhängigkeit von der Bevölkerung und den Lohnabhängigen wandeln. Damit würde dem Lobbyismus

finanzkräftiger Gruppierungen ein Riegel vorgeschoben. Nie wieder könnten Einzelinteressen - die von einzelnen Kapitalisten oder Konzernen - ihre Steuern oder sonstigen Aufwendungen aus ihren Einnahmen dazu benutzen, die Regierungspolitik entgegen den Interessen der Lohnabhängigen oder der Bevölkerung zu formen. Die Entscheidungen der Unternehmen darüber, was, wo und wie produziert wird, würden ebenso nicht mehr den Willen des Kapitalisten wiedergeben, sondern die demokratischen Entscheidungen der Arbeiterschaft des betreffenden Unternehmens reflektieren.

Die Wichtigkeit einer solchen auf der Mikroebene ablaufenden Transformation der Unternehmen zu WSDEs kann nicht überschätzt werden – gerade vor dem Hintergrund der Fehlentwicklungen des traditionellen Sozialismus. Da er die entscheidenden wirtschaftlichen Schalthebel in den Händen des Staates konzentrierte (Regulierung oder Besitz von Unternehmen und zentrale Planung anstelle von Markttransaktionen), hat der traditionelle Sozialismus zu viele Machtmittel in den Händen des Staates oder der staatskontrollierten Unternehmen konzentriert. Viel zu wenig reale, institutionalisierte Gegenmacht lag in den Händen der Arbeiter in den Unternehmen. Im Endergebnis gab es weder Verantwortlichkeit und Transparenz im ökonomischen Leben noch wirtschaftliche Demokratie. Dies hat wiederum die Ausbildung realer politischer Demokratie unterminiert.

Die WSDEs könnten dieses Problem lösen. In Volkswirtschaften, in denen WSDEs dominieren würden, repräsentierten sie die wichtigsten finanziellen Ressourcen des Staates - seine Unternehmenssteuern oder Kredite von Unternehmen. Die Verteilung der Unternehmenseinkünfte würde von den Lohnabhängigen beschlossen werden. Genauso würde jeder Einsatz von Unternehmensgewinnen zur Finanzierung politischer Parteien, Politiker oder Think Tanks nur die demokratischen Entscheidungen der Arbeiter reflektieren. Ein entscheidendes Strukturmerkmal des Kapitalismus – die Diktatur des Kapitals in den Unternehmen – hat immer die Anreize und Ressourcen für die Kapitalisten geschaffen, die Regierungspolitik im Sinne des Kapitals und gegen die Interessen der Lohnabhängigen zu beeinflussen. Eine auf WSDEs basierende Ökonomie

würde im Gegenzug diese Diktatur abschaffen - und mit ihr die beschriebenen politischen Effekte.

Durch die Etablierung der Demokratie in Unternehmen machen die WSDEs die Regierungen verantwortlich und rechenschaftspflichtig gegenüber der Bevölkerung, die sich mehrheitlich aus LohnarbeiterInnen zusammensetzt. Politische Demokratie bleibt eine bloße Formalität, wenn die direkte Abhängigkeit der Regierung von der Bevölkerung als stimmberechtigte Bürger nicht übereinstimmt mit der Abhängigkeit von der Bevölkerung als Arbeiterschaft – bei der es sich ja größtenteils um dieselben Menschen handelt. Reale, tatsächlich politische Demokratie braucht eine integrierte Partnerschaft mit der wirtschaftlichen Demokratie, wie sie in den von WSDEs dominierten Ökonomien verwirklicht wird. Die dem traditionellen Sozialismus eigene Überbetonung von Unterschieden zum Kapitalismus auf der wirtschaftlichen Makro-Ebene (die Ersetzung von Privateigentum und Marktregulierung durch Staatseigentum und Staatsplanung), würde so radikal korrigiert durch die auf der Mikro-Ebene vollzogene Transformation von kapitalistischen Unternehmen zu WSDEs.

Natürlich müssten demokratisierte Unternehmen ihre Macht mit demokratischen politischen Strukturen auf allen Ebenen (kommunal, regional, national) teilen. Die politischen Konsequenzen von Unternehmensentscheidungen, genauso wie die wirtschaftlichen Konsequenzen politischer Entscheidungen, würden den Entscheidungsprozess auf beiden sozialen Polen (Unternehmen und Einwohnerschaft) interdependent gestalten. Die Unternehmens-Demokratie würde so gemeinsam mit der politischen Demokratie das volle Spektrum sozialer Entscheidungen determinieren, inklusive der Funktionen und Politik des Staatsapparates.

Die Transformation kapitalistischer Unternehmen in WSDEs würde in diesem Kontext zu einer radikalen Änderung der Arbeitsplätze und der Gemeinden (residential communities) führen und so das Alltagsleben von nahezu jedem Gesellschaftsmitglied verbessern. Der systemische Wechsel, den der traditionelle Sozialismus immer anstrebte und niemals erreichte, könnte so erreicht werden: eine gangbare und attraktive Alternative zum Kapitalismus. Diese Vision könnte der

Linken auch die Mittel in die Hand geben, um ihre Frustrationen zu überwinden und neue Bewegungen sowie Organisationen aufzubauen.

Übersetzung: Tomasz Konicz

Abdullah Öcalan

Demokratischer Konföderalismus

Das Projekt der "demokratischen Moderne" ist ein Gegenentwurf zur zentralistisch-bürokratischen Moderne

Seit mehr als dreißig Jahren kämpft die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) für die legitimen Rechte der Kurden. Durch unser Ringen, durch unseren Kampf um Befreiung wurde die kurdische Frage zu einer internationalen Angelegenheit, die den ganzen Mittleren Osten beeinflusste und eine Lösung der kurdischen Frage in Reichweite brachte.

Als die PKK in den 1970er Jahren gegründet wurde, war das internationale ideologische und politische Klima von der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges und dem Konflikt zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen Lager geprägt. Die PKK wurde damals vom weltweiten Aufstieg der nationalen Befreiungsbewegungen inspiriert. In diesem Zusammenhang versuchten wir in Übereinstimmung mit der besonderen Situation in unserer Heimat, unseren eigenen Weg zu finden.

Die PKK hat die kurdische Frage nie als ein bloßes Problem von Ethnizität oder nationaler Souveränität betrachtet. Vielmehr waren wir davon überzeugt, dass es das Projekt zur Befreiung und Demokratisierung der Gesellschaft war. Diese Ziele bestimmten zunehmend unser Handeln seit den 90er Jahren.

Wir erkannten genauso eine Verbindung zwischen der kurdischen Frage und der globalen Herrschaft des modernen kapitalistischen Systems. Im Hinblick auf tief in der Geschichte und den Grundlagen der Gesellschaft verankerte Fragen von Ethnizität und nationaler Souveränität wie im Falle der kurdischen Frage schien es bis dahin nur eine realistische Lösung zu geben: die Schaffung eines Nationalstaates

als Paradigma der damaligen kapitalistischen Moderne.

Wir glaubten allerdings nicht, dass es irgendwelche politischen Patententwürfe schaffen könnten, die Situation der Menschen im Mittleren Osten nachhaltig zu verbessern. Waren es nicht Nationalismus und Nationalstaaten gewesen, die so viele Probleme im Mittleren Osten verursachten?

1. Nationalstaat und Kapitalismus

Mit dem Aufkommen des Nationalstaates drängten Gewerbe, Handel und Geldwesen zur politischen Teilhabe und fügten ihre Macht den traditionellen staatlichen Strukturen hinzu. Zu Beginn der Industriellen Revolution vor mehr als zweihundert Jahren ging die Entwicklung des Nationalstaates Hand in Hand mit der unkontrollierten Kapitalakkumulation auf der einen Seite und der ungehinderten Ausbeutung der schnell wachsenden Bevölkerung auf der anderen Seite. Die neue Bourgeoisie, die aus dieser Revolution erwuchs, wollte sich an den politischen Entscheidungen und am Staatsaufbau beteiligen. Der Kapitalismus, ihr neues Wirtschaftssystem, wurde so zu einem natürlichen Bestandteil des neuen Nationalstaates.

Der Nationalstaat brauchte die Bourgeoisie und die Macht des Kapitals, um die auf Stammesstruktur und Erbrecht beruhende alte Feudalordnung und ihre Ideologie durch eine neue nationale Ideologie zu ersetzen, die alle Stämme und Sippen unter dem Dach der Nation vereinte. Auf diese Weise wurden Kapitalismus und Nationalstaat so eng miteinander verbunden, dass die Existenz des einen ohne den anderen unvorstellbar wurde. Infolgedessen wurde Ausbeutung vom Staat nicht nur erlaubt, sondern sogar erleichtert und gefördert. Vor allem jedoch muss der Nationalstaat als die Maximalform von Macht begriffen werden.

Ein genauerer Blick offenbart, dass Religion und Gottesvorstellungen historisch die ersten sozialen Identitäten mit sich brachten. Sie bildeten den ideologischen Klebstoff für viele Stämme und andere vorstaatliche Gemeinschaften und definierten deren Existenz als Gemeinwesen. Später, als staatliche Strukturen bereits entwickelt waren, begannen sich die traditionellen Beziehungen zwischen Staat,

Macht und Gesellschaft zu lockern. Der Staat und seine Macht beruhten auf göttlichem Willen und Gesetz und sein Herrscher wurde zum König von Gottes Gnaden. Sie repräsentierten Gottes Macht auf Erden.

Heutzutage bezeichnen sich die meisten modernen Staaten als säkular. Sie behaupten, dass die alten Bande zwischen Religion und Staat gekappt worden seien und die Religion nicht länger einen Teil des Staates bilde. Das ist wohl nur die halbe Wahrheit. Der Nationalstaat ist ein zentralisierter Staat mit gleichsam göttlichen Attributen, der die Gesellschaft völlig entwaffnet hat und den Gebrauch von Gewalt monopolisiert.

Wenn der Nationalstaat das Rückgrat der kapitalistischen Moderne ist, dann ist er sicherlich für die natürliche Gesellschaft ein Käfig. Seine Bürokratie sichert das reibungslose Funktionieren des Systems, sie sichert die Grundlagen der Warenproduktion und sie sichert die Profite für die wichtigen Wirtschaftsakteure sowohl im realsozialistischen als auch im unternehmerfreundlichen Nationalstaat. Der Nationalstaat zähmt die Gesellschaft im Namen des Kapitalismus und entfremdet das Gemeinwesen seinen natürlichen Grundlagen.

Der Nationalstaat hatte es ursprünglich auf die Monopolisierung aller gesellschaftlichen Prozesse abgesehen. Er beutet nicht nur die Ideen und das Arbeitspotenzial der Gesellschaft aus und kolonisiert die Köpfe der Menschen im Namen des Kapitalismus. Er assimiliert auch jegliche geistigen und intellektuellen Vorstellungen und Kulturen, um seine eigene Existenz zu erhalten. Er zielt ab auf die Schaffung einer einzigen nationalen Kultur, einer einzigen nationalen Identität und einer einzigen einheitlichen Religionsgemeinschaft. Dadurch wird eine homogene Bürgerschaft erzwungen. Der Bürgerbegriff resultiert aus der Suche nach einer solchen Homogenität. Die Bürgerschaft der Moderne bedeutet nichts anderes als den Übergang von privater zu staatlicher Sklaverei. Kapitalismus ohne solche modernen Sklavenarmeen kann keinen Profit erzielen. Die homogene nationale Gesellschaft ist die künstlichste aller je geschaffenen Gesellschaften und Ergebnis des Projekts des "social engineering".

Der Nationalstaat ist der nationale Statthalter des globalen kapitalistischen Systems,

ein Vasall der kapitalistischen Moderne, der viel tiefer in die vorherrschenden Strukturen des Kapitals verwickelt ist, als wir gemeinhin neigen anzunehmen: Er ist eine Kolonie des Kapitals. Es gibt keine andere Erklärung für die schrecklichen Verteilungskriege der kapitalistischen Moderne.

Kein Nationalstaat könnte ohne die Anerkennung durch andere Nationalstaaten überleben. Der Grund dafür liegt in der Logik des globalen kapitalistischen Systems. Nationalstaaten, die die geschlossene Phalanx des kapitalistischen Systems verlassen, werden entweder von demselben Schicksal ereilt, wie es das Regime Saddam Husseins im Irak erfahren hat, oder mit den Mitteln des Wirtschaftsembargos in die Knie gezwungen.

2. Ideologische Grundlagen des Nationalstaates

In der Vergangenheit wurde die Geschichte von Staaten oft mit der Geschichte ihrer Herrscher gleichgesetzt, was letzteren nahezu göttliche Qualitäten verlieh. Diese Praxis änderte sich mit dem Aufkommen des Nationalstaates. Nun wurde der Gesamtstaat idealisiert und auf eine göttliche Ebene erhoben.

Nationalstaat und Nationalismus weisen metaphysische Eigenschaften auf. In diesem Zusammenhang wirken kapitalistische Profit- und Kapitalakkumulation wie geheimnisumwobene Kategorien. Hinter diesen Bezeichnungen steht ein widersprüchliches, auf Macht und Ausbeutung basierendes Beziehungsgeflecht. In diesem Sinne erscheint Nationalismus wie eine quasi-religiöse Rechtfertigung.

Das Paradigma einer positivistischen oder beschreibenden Wissenschaft bildet eine weitere ideologische Säule des Nationalstaates. Positivismus kann als philosophischer Ansatz umschrieben werden, der sich strikt auf die Erscheinungsform von Dingen beschränkt und sie mit der Realität gleichsetzt. Er ähnelt in gewisser Weise der Götzenverehrung vergangener Zeiten, als das Götzenbild das Abbild der Realität darstellte.

Eine weitere ideologische Stütze des Nationalstaates ist der Sexismus. Viele zivilisierte Systeme erzwangen die Ausbeutung der Frauen und gebrauchten sie als

ein wertvolles Reservoir an billiger Arbeitskraft. Frauen werden auch insofern als eine wertvolle Ressource gesehen, als sie Nachkommen produzieren und für die menschliche Reproduktion sorgen. Demnach ist eine Frau sowohl ein Sexualobjekt als auch ein Gebrauchsgegenstand. Sie ist ein Werkzeug zum Erhalt von Männermacht und kann im besten Fall zu einem Accessoire der patriarchalen Männergesellschaft werden.

Einerseits stärkt der gesellschaftliche Sexismus des Nationalstaates die Macht der Männer; andererseits verwandelt der Nationalstaat seine Gesellschaft durch die Ausbeutung von Frauen in eine Kolonie. Gesellschaftlich verankerter Sexismus ist genau wie Nationalismus ein ideologisches Produkt von Macht und Nationalstaat. Gesellschaftlich verankerter Sexismus ist nicht weniger gefährlich als Kapitalismus.

Die Versklavung der Frau stellt einen im höchsten Maße verborgenen und verschleierten gesellschaftlichen Bereich dar, in dem alle Formen von Sklaverei, Unterdrückung und Kolonisierung realisiert sind. Kapitalismus und Nationalstaat agieren im vollsten Bewusstsein dessen. Ohne Versklavung der Frau kann keine der anderen Formen von Sklaverei bestehen geschweige denn sich entfalten. Kapitalismus und Nationalstaat kennzeichnen den weitest institutionalisierten dominanten Mann. Deutlicher gesagt: Kapitalismus und Nationalstaat sind der Monopolismus des despotischen und ausbeuterischen Mannes.

Selbst wenn der Nationalstaat dem Anschein nach wie ein säkularer Staat handelt, scheut er sich nicht, für seine Zwecke eine Mischung aus Nationalismus und Religion zu nutzen. Dennoch spielt die Religion im Zeitalter der Moderne nicht länger ihre traditionelle Rolle. Sie darf lediglich tun, was der Nationalstaat erlaubt.

Was ist der "Demokratische Konföderalismus"?

Dank der geostrategischen Lage des kurdischen Siedlungsgebietes versprechen erfolgreiche kurdische demokratische Projekte, die Demokratisierung des Mittleren Ostens im Allgemeinen zu beschleunigen. Wir wollen dieses demokratische Projekt "Demokratischer Konföderalismus" nennen.

Diese Administrationsform kann als eine nichtstaatliche politische Administration oder als eine Demokratie ohne Staat bezeichnet werden. Staaten verwalten nur, indes Demokratien anleiten. Staaten gründen sich auf Macht; Demokratien basieren auf kollektivem Konsens. Der Staat benutzt Zwang als ein legitimes Mittel. Demokratien beruhen auf freiwilliger Teilnahme.

Demokratischer Konföderalismus ist offen gegenüber anderen politischen Gruppen und Fraktionen. Er ist flexibel, multikulturell, antimonopolistisch und konsensorientiert. Ökologie und Feminismus sind zentrale Pfeiler. Im Rahmen dieser Art von Selbstverwaltung wird ein alternatives Wirtschaftssystem erforderlich, das die Ressourcen der Gesellschaft vermehrt, anstatt sie auszubeuten, und so den mannigfaltigen Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht wird.

Die widersprüchliche Zusammensetzung der Gesellschaft erfordert politische Gruppen mit vertikalen wie auch horizontalen Formationen. Zentrale, regionale und lokale Gruppen sind auf diese Weise auszubalancieren. Nur sie sind, jede für sich selbst, in der Lage, sich mit ihrer besonderen konkreten Situation zu befassen und angemessene Lösungen für schwerwiegende gesellschaftliche Probleme zu entwickeln. Es ist ein natürliches Recht, die eigene kulturelle, ethnische oder nationale Identität mit Hilfe politischer Vereinigungen zum Ausdruck zu bringen.

Der Staat tendiert kontinuierlich zum Zentralismus, um die Interessen der Machtmonopole zu verfolgen. Genau das Gegenteil trifft auf den Konföderalismus zu. Nicht die Monopole stehen im politischen Fokus, sondern die Gesellschaft. Die heterogene Gesellschaftsstruktur steht im Widerspruch zu allen Formen des Zentralismus. Ausgeprägter Zentralismus führt nur zu sozialen Eruptionen.

Seit jeher haben Menschen immer wieder lockere Gruppen von Klans, Stämme oder andere Gemeinschaften mit föderativen Eigenschaften gebildet. Auf diese Weise gelang es ihnen, ihre innere Autonomie zu bewahren. Selbst Imperien regierten nach innen mithilfe verschiedener Methoden der Selbstverwaltung für ihre einzelnen Teile, darunter religiöse Autoritäten, Stammesräte, Königreiche und sogar Republiken. Deshalb ist es wichtig zu verstehen, dass selbst zentralistisch scheinende Imperien einer konföderalen Organisationsstruktur folgen. Das

zentralistische Modell ist kein von der Gesellschaft gewolltes Administrationsmodell. Es hat seinen Ursprung stattdessen im Machterhalt der kapitalistischen Monopole.

Wirtschaftliche, politische, ideologische und militärische Monopole sind der Natur der Gesellschaft widersprechende Gebilde, da sie bloß nach Gewinnakkumulation streben. Sie schaffen keine Werte. Ebenso wenig kann eine Revolution eine neue Gesellschaft schaffen. Sie kann nur das ethische und politische Gesellschaftsgeflecht beeinflussen. Alles andere liegt bei der auf Moralität begründeten politischen Gesellschaft.

Unser Projekt der "demokratischen Moderne" soll ein Gegenentwurf sein zur Moderne, wie wir sie kennen. Es baut auf dem Demokratischen Konföderalismus als einem grundlegenden politischen Paradigma auf. Die demokratische Moderne bildet das Dach einer auf Moralität basierenden politischen Gesellschaft. Solange wir den Fehler machen zu glauben, dass Gesellschaften homogene monolithische Einheiten zu sein haben, wird es schwierig sein, den Konföderalismus zu verstehen. Die Geschichte der Moderne ist ebenso eine Geschichte von vier Jahrhunderten kulturellen und physischen Genozids im Namen einer imaginären einheitlichen Gesellschaft.

Im Gegensatz zu einem zentralistisch-bürokratischen Verständnis von Verwaltung und der Ausübung von Macht stellt der Konföderalismus eine Art der politischen Selbstverwaltung dar, bei der sich alle Gruppen der Gesellschaft und alle kulturellen Identitäten auf regionalen Treffen, allgemeinen Versammlungen und in Räten äußern können.

Der kollektive Umgang mit gesellschaftlichen Angelegenheiten erfordert Verständnis, Respekt vor abweichenden Meinungen und demokratische Wege der Entscheidungsfindung. Das widerspricht dem Verständnis von Führung in der kapitalistischen Moderne, wo willkürliche Entscheidungen nationalstaatlichen Charakters der demokratisch-konföderalen Leitung im Einklang mit moralischen Grundlagen diametral entgegenstehen. Im Demokratischen Konföderalismus brauchen Leitungsinstitutionen keine ideologische Legitimation. Daher müssen sie

auch nicht nach Hegemonie streben.

Die Schaffung einer funktionsfähigen Ebene, auf der alle Arten gesellschaftlicher und politischer Gruppen, Religionsgemeinschaften oder geistiger Strömungen sich direkt in allen regionalen Entscheidungsprozessen ausdrücken können, lassen sich auch als partizipative Demokratie bezeichnen.

Die gesellschaftlichen Akteure, jeder für sich selbst eine föderative Einheit, sind die Keimzellen partizipativer Demokratie. Sie können situationsbedingt neue Gruppen und Konföderationen bilden. Jede der an der partizipativen Demokratie beteiligten politischen Einheiten ist im Grunde demokratisch. Somit isst dann das, was wir Demokratie nennen, die Anwendung demokratischer Entscheidungsprozesse von der lokalen bis zur globalen Ebene im Rahmen eines kontinuierlichen politischen Prozesses. Dieser Prozess wird die Struktur des Gesellschaftsgeflechts in einer Weise beeinflussen, welche im Gegensatz zum Homogenitätsstreben des Nationalstaats steht.

Der Nationalstaat ist ein im Kern militärisch strukturiertes Gebilde. Nationalstaaten sind letztlich Produkte jeglicher Art der Kriegsführung nach innen und nach außen. Liberale Demokratien streichen ihre militärischen Strukturen in demokratischen und liberalen Farben. Das hält sie jedoch nicht davon ab, auf dem Höhepunkt einer vom System selbst verursachten Krise nach autoritären Lösungen zu suchen. Faschistische Machtausübung liegt in der Natur des Nationalstaates. Der Faschismus ist die reinste Form des Nationalstaates.

Diese Militarisierung kann nur mithilfe von Selbstverteidigung zurückgedrängt werden. Das soziale Paradigma des Konföderalismus sieht keine militärische Monopolstellung für die Streitkräfte vor, denen nur die Aufgabe zukommt, für die Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit zu sorgen. Sie stehen unter direkter Kontrolle der demokratischen Institutionen.

Der Demokratische Konföderalismus kann als eine Art Selbstverwaltung beschrieben werden im Gegensatz zur Administration des Nationalstaats. Dennoch ist unter gewissen Umständen eine friedliche Koexistenz möglich, solange der

Nationalstaat nicht mit zentralen Fragen der Selbstverwaltung kollidiert. Jede derartige Einmischung würde die Selbstverteidigung der Zivilgesellschaft hervorrufen.

Ein revolutionärer Umsturz oder die Gründung eines neuen Nationalstaats schaffen keine tragfähige Veränderung. Auf lange Sicht können Freiheit und Gerechtigkeit nur innerhalb eines dynamischen demokratisch-konföderalen Prozesses erreicht werden.

Obwohl der Schwerpunkt im Demokratischen Konföderalismus auf der regionalen Ebene liegt, schließt das eine globale Organisierung des Konföderalismus nicht aus. Im Gegenteil, wir müssen als Alternative zu den Vereinten Nationen, die einen Zusammenschluss von Nationalstaaten unter der Führung der Supermächte darstellen, eine Plattform nationaler Zivilgesellschaften in Form einer konföderalen Versammlung errichten.

Weder totale Ablehnung noch vollständige Anerkennung des Staates dient den demokratischen Bestrebungen der Zivilgesellschaft. Die Überwindung des Staates, insbesondere des Nationalstaats, ist ein langfristiger Prozess. Der Staat wird überwunden werden, wenn der Demokratische Konföderalismus seine Fähigkeiten zur Lösung gesellschaftlicher Probleme unter Beweis gestellt hat.

(Der hier veröffentlichte Test ist eine Zusammenfassung von: Abdullah Öcalan: Demokratischer Konföderalismus. ISBN: 978-3-941012-48-6. Übersetzung: Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan". Erscheint in der International Initiative Edition im Mesopotamien-Verlag, Neuss Internationale Initiative "Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan", Postfach 100511, 50445 Köln.)

Elke Dangeleit

Das Modell Rojava

Die Erprobung einer direkten kommunalen Demokratie mit emanzipatorischen Zügen stellt die Systemfrage an die Staaten im Nahen Osten, daher rührt die Gegnerschaft

Rojava, bestehend aus den drei autonomen selbstverwalteten Kantonen Afrîn, Kobanê und Cizîrê, ist bedroht. Nicht nur durch den IS, sondern auch durch die Türkei. Auch die USA und die europäischen Staaten ignorieren dieses demokratische Experiment, bzw. überlassen die kurdischen und christlichen Selbstverteidigungseinheiten Rojavas sich selbst.

Es stellt sich die Frage, wieso dies so ist. Warum wenden die USA mit ihren Luftschlägen um Kobanê eine zurückhaltende Taktik an, obwohl die IS-Panzer und -Artillerie dort quasi auf dem Präsentierteller stehen? Warum nennt Erdogan die Selbstverteidigungseinheiten YPG und YPJ Terroristen, die die Türkei nicht unterstützt? Die Antwort lautet:

» *Die Türkei nutzt die jetzige Lage in Kobane dazu, um einen Sicherheitspuffer auf syrischem Boden durchzusetzen, geschützt von türkischen Soldaten, was faktisch der Übernahme der Kontrolle von kurdischen Gebieten in Syrien gleichkommt. Staatspräsident Recep Tayip Erdogan erklärte selbst, er sehe keinen Unterschied zwischen PKK und IS.* «

Oder, wie der türkische Präsident betonte (Türkei stellt Bedingungen für Teilnahme am Krieg gegen den IS):

» *Wir werden niemals irgendeine Terrororganisation in unserem Land, in unserer*

Region oder in der Welt tolerieren. Wir sind offen und bereit für jede Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus. Aber es sollte jeder Verstehen, dass die Türkei kein Land ist, das temporäre Lösungen verfolgt, noch wird die Türkei es dulden, dass andere davon profitieren! «

Das ist eindeutig gegen die PKK gerichtet. Dabei retteten die YPG und vor allem die türkische PKK Zehntausende von Jesiden in den Shengal-Bergen. Erdogans Äußerung ist eine Verdrehung der Tatsachen, eine falsche Kausalität.

Rojava hat viele Gegner

- Die Türkei: Das Modell Rojava passt Erdogan nicht, weil es ein Beispiel für eine föderale Türkei mit kurdischer Autonomie sein kann und somit die zentralstaatliche Türkei in Frage stellt.
- USA: Weil sich Rojava nicht gegen Assad funktionalisieren lässt, ist auch die USA nicht daran interessiert, dieses Modell zu unterstützen.
- Syrien: Assad ist auch ein Gegner, weil Rojava mit seinem demokratischen, föderalen System sein Regime in Frage stellt.
- Nordirak: Die autonome Provinz in Nordirak unter der Herrschaft von Stammesführer Barzani boykottiert ebenfalls die Region in Nordsyrien, weil der Barzani-Clan mit seiner konservativen Ausrichtung kein Interesse an einem demokratischen Modell in seiner Nachbarschaft hat.

Alle zusammen sind gegen Rojava, weil alle Staaten in dieser Region ein patriarchales System haben und emanzipatorische Bewegungen unerwünscht sind, bzw. als Bedrohung erfahren werden.

Im Folgenden soll das Modell Rojava mit seinen politischen Strukturen und Zielen erklärt werden. Nur so wird verständlich, warum Demokratie in Syrien wie im

ganzen Mittleren und Nahen Osten nicht erwünscht ist.

Das Modell Rojava

"Rojava" heißt auf kurdisch "Westen" und steht für Westkurdistan. Es besitzt eine einzigartige kulturelle, ethnische und religiöse Vielfalt: Kurden, Araber, Turkmenen, Armenier und Tschetschen leben hier friedlich zusammen. Aramäer/ Assyrer, Chaldäer, Eziden und Moslems praktizieren ihren Glauben, ohne die jeweils anderen zu diskriminieren.

2,5 Mio. Menschen bewohnen diese Region, hinzu kommen noch über 1,2 Mio. Flüchtlinge: Binnenflüchtlinge aus Syrien und Eziden aus dem Irak, wo im August 2014 in der Region Shengal große Massaker und Vertreibungen durch den IS stattfanden.

In Rojava wird das Experiment einer direkten kommunalen Demokratie erprobt. Es soll versucht werden, die alte, von Überwachen und Strafen geprägte Kultur der Gewalt durch basisdemokratische Strukturen unter Einbeziehung aller ethnischen und religiösen Minderheiten zu ersetzen.

Die patriarchatsdominierte Clanstruktur soll u.a. aufgebrochen werden durch die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen in allen politischen und sozialen Organen.

Ein neues Gesundheitssystem mit Gesundheitszentren wurde aufgebaut und ein Bildungssystem ist im Entstehen, wo neben Arabisch auch Kurdisch und Aramäisch gelehrt wird. Die 1. Kurdische Universität wurde im August 2014 in Qamisli eröffnet. Ökologischer Landbau und ein basisdemokratisches Rechtssystem wurde etabliert.

Zentrale Punkte des "Demokratischen Konförderalismus"

Rojava besteht seit 2012. Sein Gesellschaftsmodell orientiert sich an Abdullah Öcalans Vorstellungen des "Demokratischen Konförderalismus". Seit 1999 auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer inhaftiert, wandte sich Öcalan dort ab vom marxistisch-leninistischen Revolutionsgedanken, der auf Umsturz und

Machtübernahme abzielte, hin zu einem Modell einer demokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft . Inspiriert wurde er vor allem von dem libertären amerikanischen Theoretiker Murray Bookchin.

Einige Auszüge aus Öcalans "Demokratischer Konföderalismus" [2] erläutern, was gemeint ist:

» *Diese Administrationsform kann als eine nichtstaatliche politische Administration oder als eine Demokratie ohne Staat bezeichnet werden. Demokratische Entscheidungsprozesse sind nicht zu verwechseln mit den von der öffentlichen Verwaltung bekannten Prozessen. Staaten verwalten nur, indes Demokratien regieren. Staaten gründen sich auf Macht; Demokratien basieren auf kollektivem Konsens. Ämter werden im Staat durch Ernennung bestimmt, selbst wenn sie teilweise durch Wahlen legitimiert sein sollten. Demokratien bedienen sich direkter Wahlen. Der Staat benutzt Zwang als ein legitimes Mittel. Demokratien beruhen auf freiwilliger Teilnahme.*

Demokratischer Konföderalismus ist offen gegenüber anderen politischen Gruppen und Fraktionen. Er ist flexibel, multikulturell, antimonopolistisch und konsensorientiert. Ökologie und Feminismus sind zentrale Pfeiler. Im Rahmen dieser Art von Selbstverwaltung wird ein alternatives Wirtschaftssystem erforderlich, das die Ressourcen der Gesellschaft vermehrt, anstatt sie auszubeuten, und so den mannigfaltigen Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht wird. «

Abdullah Öcalan

Demokratischer Konföderalismus und ein demokratisches politisches System

» *Im Gegensatz zu einem zentralistisch-bürokratischen Verständnis von Verwaltung und der Ausübung von Macht stellt der Konföderalismus eine Art der politischen Selbstverwaltung dar, bei der sich alle Gruppen der Gesellschaft und alle kulturellen Identitäten auf regionalen Treffen, allgemeinen Versammlungen und in Räten äußern können. Dieses Demokratieverständnis eröffnet den politischen Raum für alle Gesellschaftsschichten und berücksichtigt die Bildung verschiedener und*

vielfältiger politischer Gruppen. Auf diese Weise fördert es auch die politische Integration der Gesellschaft als Ganzer. Politik wird so zum Bestandteil des alltäglichen Lebens....

Die Schaffung einer funktionsfähigen Ebene, auf der alle Arten gesellschaftlicher und politischer Gruppen, Religionsgemeinschaften oder geistiger Strömungen sich direkt in allen regionalen Entscheidungsprozessen ausdrücken können, lassen sich auch als partizipative Demokratie bezeichnen. Je stärker die Beteiligung, desto stärker ist diese Art von Demokratie. «

Abdullah Öcalan

Fazit

» *Der Demokratische Konföderalismus kann als eine Art Selbstverwaltung beschrieben werden im Gegensatz zur Administration des Nationalstaats. Dennoch ist unter gewissen Umständen eine friedliche Koexistenz möglich, solange der Nationalstaat nicht mit zentralen Fragen der Selbstverwaltung kollidiert. Jede derartige Einmischung würde die Selbstverteidigung der Zivilgesellschaft hervorrufen.*

Der Demokratische Konföderalismus befindet sich nicht im Krieg mit irgendeinem Nationalstaat, aber er wird Assimilationsbestrebungen nicht untätig zusehen. Ein revolutionärer Umsturz oder die Gründung eines neuen Nationalstaats schaffen keine tragfähige Veränderung. Auf lange Sicht können Freiheit und Gerechtigkeit nur innerhalb eines dynamischen demokratisch-konföderalen Prozesses erreicht werden. ...

Der Demokratische Konföderalismus in Kurdistan ist gleichzeitig eine anti-nationalistische Bewegung. Sie beabsichtigt die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch die Ausweitung der Demokratie in allen Teilen Kurdistans, ohne die bestehenden politischen Grenzen infrage zu stellen. Ihr Ziel ist nicht die Gründung eines kurdischen Nationalstaates. Die Bewegung beabsichtigt die Etablierung föderaler, allen Kurden offenstehender Strukturen im Iran, in der Türkei, in Syrien und im Irak und gleichzeitig die Bildung einer übergreifenden Konföderation für alle vier Teile Kurdistans. «

Abdullah Öcalan

In einer Erklärung von Cemil Bayik, einem wichtigen PKK-Führer, in der türkischen Tageszeitung "Radikal" vom 1.10.2014 wird deutlich, dass es den Kurden im Rahmen ihrer Autonomieforderungen im Prinzip darum geht, formal den gleichen Status zu erhalten, wie es z.B. Südtirol innerhalb Italiens hat: "...Es muss verstanden werden, dass die PKK nicht hinter einem Stück Erde oder einem Staat her ist. Wir wollen auch nicht die Kurden von allen anderen Völkern der Region separieren. Uns geht es um die Erschaffung einer demokratischen Gesellschaft, in welchem die Geschwisterlichkeit der Völker maßgeblich ist und in welchem jede Gruppe sich mit ihren Eigenheiten, ihrer Sprache und ihrer Kultur frei organisieren und Teil des Ganzen sein kann."

Am 19. Juli 2012 wurde der Grundstein für den Aufstand der Bevölkerung Rojavas gelegt. Sie "besetzte zunächst einige staatlichen Institutionen. Als die Militärkräfte des Regimes ausrücken wollten, um den Aufstand zu zerschlagen, merkten sie, dass ihr Vorhaben hoffnungslos war. Denn die Bevölkerung hatte sie bereits umstellt und weitere Verwaltungsgebäude des Staates eingenommen. So beschlossen die Männer des Regimes, die Stadt zu verlassen oder ihren Posten niederzulegen und als Zivilisten in der Stadt ihr Leben fortzuführen."

Am 6. Januar 2014 wurde ein Gesellschaftsvertrag für Rojava in Qamislo verabschiedet und am 18. Januar 2014 die demokratische autonome Selbstverwaltung ausgerufen. Im Mittelpunkt des Gesellschaftssystems steht die Kommune, analog zum Schweizer kantonalen Modell [3] :

» *Die Beschlüsse der Kommunen sind quotiert, das bedeutet, dass zur Entscheidungsfähigkeit, wie in allen Räten in Rojava mindestens 40% Frauen an der Diskussion beteiligt sein müssen. Hier werden die aktuellen Notwendigkeiten der Verwaltung, Strom- und Lebensmittelversorgung, aber auch gesellschaftliche Probleme, wie patriarchale Gewalt, Familienstreits...diskutiert und wenn möglich gelöst. Die Kommunen haben Kommissionen, die sich mit allen gesellschaftlichen Fragen befassen. Dabei geht es von der Organisierung der Verteidigung, der Justiz bis hin zur Ökonomie und dem Aufbau von eigenen Kooperativen, die von der*

Kommune getragen werden. Das können Bäckereien, Nähereien oder aber auch landwirtschaftliche Projekte sein. Ökologiekommissionen kümmern sich um die Sauberkeit der Stadt und ökologische Problematik. «

"Die Quelle der Macht ist die Bevölkerung" - Die Gesellschaftsordnung

Der Gesellschaftsvertrag

Hier sind die wichtigsten Artikel des Gesellschaftsvertrages [4] :

Artikel 2:

a) Die Quelle der Macht ist die Bevölkerung, der Bevölkerung gehört die Macht. Durch ihre Wahl wird die Verwaltung mittels Institutionen und Wahlen gewährleistet. Alle Leitungen, die gegen den Gesellschaftsvertrag der demokratisch-autonomen Verwaltung gerichtet sind, sind illegitim.

b) Die Quelle der demokratisch beschaffenen Räte und Exekutivorgane ist die Bevölkerung. Es wird nicht geduldet, dass diese durch die Hand einer Schicht/ Klasse monopolisiert wird

Artikel 4:

Die Leitung der demokratisch-autonomen Verwaltung in den Kantonen besteht aus:

a) dem Gesetzgebenden Rat,

b) dem Exekutivrat,

c) dem Hohen Wahlausschuss,

d) dem Hohen Verfassungsgericht,

e) den Regionalräten

Artikel 8:

Alle Kantone der demokratisch-autonomen Verwaltung verfügen über das Recht zu jeglicher regionalen Tätigkeit sowie zur Gründung ihrer eigenen Verwaltung und Räte, solange diese den Gesellschaftsvertrag nicht verletzen.

Hier wird deutlich, dass Rojava kein eigener Staat sein will, so wie es die kurdische Autonomieregierung unter Barzani im Nordirak anstrebt, sondern Teil eines föderalen Systems für ganz Syrien sein will:

Artikel 12:

Die demokratisch-autonome Verwaltung ist Teil eines nicht zentralistisch organisierten zukünftigen Syriens und dessen Vorbild. Ein föderales System ist das passendste Modell für Syrien, und das Verhältnis zwischen den autonomen Verwaltungen und der Zentralregierung Syriens wird auf dieser Grundlage strukturiert.

Artikel 15:

1) Die Volksverteidigungseinheiten (YPG) sind als eine nationale Institution für die Sicherheit aller drei Kantone verantwortlich. Sie leisten ihren Dienst für die Interessen und die Sicherheit der Bevölkerung. Die YPG agieren gemäß dem Prinzip der Selbstverteidigung. Ihr Verhältnis zur Armee der Zentralregierung wird durch die Gesetze des Gesetzgebenden Rates bestimmt.

2) Die Asayiş-Kräfte sind an die Kommission für innere Sicherheit gebunden.

Artikel 23:

a) Jede(r) verfügt über das Recht, die ethnische, sprachliche, geschlechtliche, religiöse und kulturelle Identität zu leben.

b) Jede(r) hat das Recht, nach den Prinzipien der ökologischen Gesellschaft zu leben.

Artikel 25:

a) Die Freiheit des Individuums ist gesichert. Niemand darf außergesetzlich festgenommen werden.

b) Die Würde des Menschen ist unantastbar und muss geschützt werden. Niemand darf körperlicher oder psychischer Folter ausgesetzt werden. Wer Folter ausübt, wird bestraft.

c) Für Festgenommene und Inhaftierte werden Bedingungen für ein menschliches Leben geschaffen. Gefängnisse dürfen kein Ort der Bestrafung, sondern müssen als Bildungs- und Rehabilitationszentrum beschaffen sein.

Artikel 26:

a) Der Gesellschaftsvertrag garantiert das Recht auf politisches Leben und verbietet die Todesstrafe.

Artikel 27:

a) Frauen verfügen über alle politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen Rechte und das Recht auf Leben. Diese Rechte sind zu schützen.

Artikel 28:

a) Frauen haben das Recht zur Selbstverteidigung und das Recht, jegliche Geschlechterdiskriminierung aufzuheben und sich ihr zu widersetzen.

Artikel 29:

a) Der Gesellschaftsvertrag garantiert die Kinderrechte und verbietet Kinderarbeit, physische und psychische Folter an Kindern und Kinderheiraten

Artikel 31:

a) Das Recht, die Religion zu praktizieren, steht unter Schutz. Die Religion für politische Zwecke zu missbrauchen, wegen Religion Auseinandersetzungen zu entfachen und Menschen zu diskriminieren, wird nicht geduldet.

Darüber hinaus werden im Gesellschaftsvertrag die Presse- und Meinungsfreiheit, sowie Chancengleichheit garantiert:

Artikel 39:

Alle Bodenschätze und natürlichen Ressourcen gehören der gesamten Gesellschaft. Ihre Nutzung, Verarbeitung und Gebrauch wird durch Gesetze geregelt.

Artikel 40:

In den demokratisch-autonomen Verwaltungen gehört jeglicher Grundbesitz und Boden der Bevölkerung. Nutzung und Aufteilung werden durch Gesetze geregelt.

Die Legislative ist geregelt im **Artikel 45**:

Der Gesetzgebende Rat ist der Hohe Rat der demokratisch-autonomen Verwaltungen. Seine Mitglieder werden alle vier Jahre von der Bevölkerung gewählt.

Der Gesellschaftsaufbau und Parteien

Die wichtigsten Institutionen

Wie man den Artikeln des Gesellschaftsvertrages entnehmen kann, handelt es sich nicht um eine repräsentative Demokratie wie bei uns, wo die Abgeordneten ein freies Mandat haben, sondern um ein basisdemokratisches Modell mit imperativem Mandat. D.h., die Beschlüsse werden von unten nach oben dekliniert und nicht wie bei uns von oben nach unten.

Die politischen Strukturen mit ihren Räten sind unter einer Kriegssituation

entstanden und befinden sich noch im Aufbau. Daher gibt es auch noch Ungereimtheiten im System: Einerseits soll ein Parlament gewählt werden, andererseits existiert parallel dazu das Rätesystem als eine Art Parallelparlament. Hier die wichtigsten Institutionen:

- In den Stadtteilen gibt es die Kommunen, die für ca. 1000 Bewohner zuständig sind. Daraus bilden sich die Stadtteilräte, die wiederum aus ihren Reihen den Stadtrat, die regionale Räteverwaltung wählen, ergänzt um Sitze der Parteien u.a. relevanten Organisationen.
- Die regionalen Räteverwaltungen sind eigene Exekutivräte und haben den Kantonsvorsitz inne.
- Der Hohe Rat / Gesetzgebender Rat ist das oberste Gremium und verfasst die Gesetze.
- Der Exekutivrat hat Leitungs- und Exekutivfunktion. Er ist dem Gesetzgebenden Rat gegenüber rechenschaftspflichtig und besteht aus gewählten Mitgliedern der regionalen Räteverwaltungen.

Parteien in Rojava:

- PYD - Partei der demokratischen Union (Partiya Yekitîya Demokrat)
- KDP - Demokratische Partei Kurdistans (Barzanis Partei)
- SUP - Einheitspartei der Assyrer (Suryoye)
- sowie weitere Kleinparteien

Militär und Polizei

1. YPG - Selbstverteidigungseinheiten (Yekîneyên Parastina Gel)

2. YPJ - Frauenselbstverteidigungseinheiten (Yekîne-yên Parastina Jinê)

3. Asayîs - Polizei

4. Sutoro - assyrische Polizei

Das Verhältnis der umliegenden Staaten zu Rojava

Türkei: Unterstützung des IS versus basisdemokratische Lokalstrukturen auch in der Südosttürkei

Auch in der Südosttürkei/Nordkurdistan orientiert man sich am "Demokratischen Konföderalismus", bzw. am Beispiel Rojava. Über die Parteien HDP (Demokratische Partei der Völker) und BDP (Partei für Frieden und Demokratie), die in Nordkurdistan fast alle Kommunalwahlen in 2013 gewonnen haben, wurde in allen wichtigen Ämtern eine Doppelspitze eingeführt. Bürgermeisterposten wurden mit einer Frau und einem Mann besetzt wie z.B. in Cizre Leyla Imret, eine junge Kurdin aus Bremen, oder Gültan Kisanak in Diyarbakir, der heimlichen Hauptstadt Nordkurdistans.

Ein Teil der in den Provinzen erhobenen Steuern gesteht Ankara mittlerweile den Provinzen zu. Somit wurden die kurdischen Provinzen in die Lage versetzt, Geld in Infrastrukturmaßnahmen zu investieren, wie z.B. in den sozialen Wohnungsbau.

Die kurdische Sprache ist nicht mehr verboten. Zur Zeit versuchen die kurdischen Provinzen, die kurdische Sprache auch an Schulen zu etablieren, was Ankara immer noch unterbindet. So wurden z.B. im September 2014 kurdische Grundschulen, die in Eigenregie gebaut und eingerichtet wurden, von türkischem Militär zerstört.

Kurdische PolitikerInnen mischen sich öffentlich in die Debatte um Rojava ein, z.B. die Bürgermeisterin von Diyarbakir (kurdisch: Amed), die an der syrischen Grenze versuchte, das türkische Militär an der Zerstörung von Flüchtlingszelten, die die kurdische Bevölkerung aufgestellt hatte, zu hindern.

Dass die türkische Regierung ein demokratisches Modell in ihrer Nachbarschaft

verhindern will, zeigt sich spätestens jetzt, wo einer der Kantone Rojavas, Kobanê, kurz vor der Einnahme durch den IS steht: Sie fordert die syrischen Kurden auf, als Gegenleistung für Hilfe ihre Autonomie aufzugeben, das Selbstverwaltungsmodell aufzulösen und der Einrichtung einer türkischen "Sicherheitszone" in Nordsyrien zuzustimmen.

Darüber hinaus habe der Ministerpräsident Ahmet Davutoglu, wie die Welt berichtete, "schon in seinen frühen Schriften betont, dass die Türkei "Lebensraum" im Osten braucht - ein Begriff, den er vom deutschen Geopolitiker Karl Haushofer übernahm, der auch Hitler inspirierte. Davutoglu möchte in jenen Gebieten, die früher zum Osmanischen Reich gehörten, den türkischen Einfluss möglichst wiederherstellen, der dort einst herrschte. Zerfallende Nachbarstaaten, deren kurdische und sunnitische Teile unter türkischer Protektion ein Eigenleben entwickeln, wären ein ideales Ergebnis - wenn sich diese Gebiete denn indirekt und berechenbar von Ankara führen lassen".

In einem internen Papier der USA, welches dem türkischen Journalisten Baskin Oran zugespielt wurde, heißt es u.a.:

» *Die Türkei habe die Grenzen für sämtliche militante Islamisten bewusst geöffnet, um ihre Stellung in der Region zu stärken. Sie habe sich als sicherer Hafen für den islamischen Kampf positionieren wollen...Erdogan habe über den türkischen Geheimdienst MIT die Islamisten bewaffnet. Sämtliche Waffen der Islamisten trügen das Label des türkischen Waffenlieferanten MKE. Die Türkei versorge verwundete ISIS-Terroristen in speziellen Krankenhäusern medizinisch und verbringe sie nach ihrer Genesung in die türkischen Trainingscamps der ISIS.* «

Irak: Das Verhältnis von Rojava zum kurdischen Autonomiegebiet im Irak

Regierungssitz des Autonomiegebiets ist Erbil. Dorthin wurden auch die deutschen Waffen für die Peschmergas geliefert. Allerdings wurden diese an die KDP-Peschmergas geliefert, also diejenigen, welche Anfang August vor dem IS

geflohen sind und die Jesiden im irakischen Shengal-Gebirge alleine gelassen haben. Bis heute boykottiert Barzani die humanitäre Hilfe nach Rojava. Und stellt den jesidischen Selbstverteidigungseinheiten im Shengal-Gebirge keine Waffen zur Verfügung (mittlerweile hat Barzani Waffen und Kämpfer nach Kobane geschickt, d. Red.).

Der Stammesfürst Barzani steht der USA und der Türkei wesentlich näher als den Kurden in Rojava. Seine autonome Region ist zu über 90% von Importen aus der Türkei abhängig, da es im Nordirak kaum Landwirtschaft und produzierendes Gewerbe gibt. Es wird praktisch nichts fürs tägliche Leben produziert, sondern das Geld aus den Öl-Dollars und der Kontrolle der Importe füllt die Taschen des Barzani-Clans, der auch alle wichtigen politischen Ämter innehat. Dazu merkte die Zeitung Neues Deutschland im Juli an:

» *Mit dem als Gründungsdokument der Republik Türkei geltenden Nationalpakt (Misak-i Milli) von 1920 wird der türkische Anspruch auf die kurdischen Siedlungsgebiete Iraks als ehemals osmanischer Provinz Mosul festgeschrieben. Nun könnte Erdogan dieses Vermächtnis von Republikgründer Mustafa Kemal mit Hilfe seines Vasallen Barzani einerseits und der über die türkisch-syrische Grenze laufenden logistischen Unterstützung des türkischen Geheimdienstes für die Gotteskrieger des IS andererseits erfüllen. Denn ein von Bagdad unabhängiges Kurdistan wird umso abhängiger von der Türkei sein.*

Seit den 90er Jahren besitzt die Türkei einige Militärstützpunkte auf irakisch-kurdischem Territorium. Als die türkische Luftwaffe in den letzten Jahren mehrfach Angriffe auf Camps der Arbeiterpartei Kurdistans PKK in den Kandilbergen flog, gab es aus Erbil keine größeren Proteste gegen diese Verletzung seines Territoriums. Ein türkisches Protektorat ist der von Barzani in feudaler Manier geführte Mafiastaat, in dem soziale Proteste und kritischer Journalismus mit harter Hand unterdrückt werden, heute bereits. Auch wenn vielleicht bald die kurdische Fahne über Kerkuk als Hauptstadt eines unabhängigen Kurdistan wehen sollte, wird dies noch lange kein freies Kurdistan sein. «

Von daher ist der erz-konservativen, feudalistisch strukturierten Regierung ein demokratisches Modell in der Nachbarschaft ebenfalls ein Dorn im Auge. Denn auch im Nordirak ist das Quasi-Fürstentum Barzanis ein korruptes, hierarchisches Männersystem.

Warum die USA Rojava nicht unterstützen

Betrachtet man die verhaltenen Luftschläge der USA um Kobanê, so liegt nahe, dass es sich um ein ambivalentes Taktieren handelt. Dies wird auch aus einer Pressekonferenz des US-Regierungssprechers deutlich, wo er auf diesbezügliche Fragen nur ausweichende Antworten gab.

In manchen Medien wird darauf hingewiesen, dass die USA durch den Irakkrieg 2003 maßgeblich zur Entstehung des IS beigetragen haben:

» *Die Entwicklungen in Ägypten, Libyen, Tunesien, Irak und in Syrien entsprechen nicht oder nur im geringen Maß den Vorstellungen der US-Regierung. Durch ihre Politik hat die USA allerdings die gesamte Region ins Chaos gestürzt... hat die USA die Kontrolle verloren Auf dieser Basis hat sich auch die Revolution in Rojava entwickelt. Eine basisdemokratische Selbstverwaltung, die in der Region zum positiven Modell werden könnte, stellt die Vormachtstellung der USA in Frage. Als Instrument dagegen wurde IS genutzt.* «

Aus Saudi-Arabien kommt bis heute Unterstützung für den IS und der Türkei wird vorgeworfen, dass sie den IS materiell mit Waffen und Munition unterstützt und verletzte IS-Kämpfer in türkischen Krankenhäusern behandelt, weil die Regierung gegen das Assad-Regime ist - und vor allem gegen die Schiiten im Irak und im Iran.

Auch Katar soll mit im Boot sein, von dort kommt finanziellen Unterstützung für den IS, obwohl ein Großteil der katarischen Bevölkerung ebenfalls Schiiten sind, die aber dort von politischen Entscheidungen weitgehend ausgeschlossen sind.

Die USA können nicht gegen die grundlegenden Interessen ihrer Verbündeten

angehen. Deshalb wird das Verhalten der Türkei als Mitglied der Nato auch bis heute gebilligt bzw. nur sehr verhalten kritisiert. So mächtig die USA auch sind, diese Interessenvielfalt ihrer Verbündeten im Nahen Osten kann sie nicht vollständig ignorieren.

Hierarchische, antidemokratische Männergesellschaften

Die große Gemeinsamkeit aller Staaten im Nahen Osten

Die große Gemeinsamkeit aller Staaten im Nahen Osten ist gekennzeichnet durch hierarchische, antidemokratische Männergesellschaften. Dies ist ein wesentliches Element, warum keine demokratischen Staaten dort entstehen können. Der Hang zur Diktatur, zu narzistischem Machoverhalten, zu Klientelismus und Korruption ist groß.

Frauen sind vom politischen und gesellschaftlichen Leben in diesen Ländern praktisch ausgeschlossen, wie auch vielfach die ethnischen und religiösen Minderheiten. Demokratie bedeutet aber, dass alle gleichberechtigt an der Macht und allen gesellschaftlichen Organen beteiligt sind.

Nach der anfänglichen stalinistischen Ausrichtung der PKK haben sich die Kurden - sicherlich beeinflusst durch die Frauenbewegungen weltweit - dazu durchgerungen der Frauenfrage eine große Bedeutung zuzumessen. Dies hat auch Öcalan schon in den 1990er Jahren erkennen müssen, als immer mehr Frauen in den Organen der PKK Posten belegten.

So war z.B. die am 9. Januar 2013 in Paris ermordete Sakine Cansiz eine der ersten Kommandantinnen der PKK und das erste Mitglied der Frauenpartei, die 1995 nach dem ersten kurdischen Frauenkongress gegründet wurde.

Seit seiner Gefängniszeit befasst sich Öcalan mit verschiedenen Theoretikern und ist deutlich vom Stalinismus abgerückt. Er verfasste verschiedene Schriften, unter anderem auch zur Frauenfrage:

» *Für eine demokratische Nation ist die Freiheit der Frau von großer Bedeutung, da die freie Frau die befreite Gesellschaft konstituiert...Darüber hinaus ist es von revolutionärer Bedeutung, die Rolle des Mannes umzukehren. [5]* «

Ob ein Königshaus in Saudi-Arabien oder Diktatoren wie einst Saddam Hussein oder Gaddafi oder wie jetzt ein kurdischer Stammesfürst Barzani - ihre Ökonomie wird grundlegend bestimmt durch die Öldollars und Frauen sind aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossen.

Es wird nichts produziert, es fehlt an Bildungsinstitutionen für die Bevölkerung und damit wird Emanzipation verhindert. Nur so kann es sein, dass Frauen bei den politischen Kontrahenten Saudi Arabien und Iran derartig gesellschaftlich ausgegrenzt sind, die Genitalverstümmelung entgegen der gängigen Meinung sich nicht nur auf Afrika beschränkt, sondern auch im Nordirak verbreitet ist.

Rojava stellt die Systemfrage, daher die Gegnerschaft

Alle Staaten im Nahen Osten haben kein Interesse am Gelingen des Experiments Rojava, weil es die Systemfrage stellt. Emanzipationsbewegungen werden weltweit nicht zugelassen und schon immer bekämpft oder diffamiert, weil sie den Kapitalismus in Frage stellen - momentan den Neoliberalismus. Der Neoliberalismus braucht möglichst abhängige Regierungen. Rojava steht dem entgegen, weil es kaum Schnittstellen zum Kapitalismus herstellt und gleichzeitig die reinen Männergesellschaften in Frage stellt.

Rojava ist als Gegenentwurf zu ihrem eigenen Gesellschaftsmodell von allen Regimen im Nahen Osten nicht gewollt. Es ist für den Nahen Osten eine Revolution, die keiner will. Die westliche Wertegemeinschaft setzt auf Demokratie, Menschenrechte, Frauenemanzipation, Rechtsstaatlichkeit und Glaubensfreiheit - aber gerade im Fall Rojavas verstößt sie wieder einmal gegen ihre eigenen Werte, indem sie dieses Experiment verhindert statt unterstützt. Ähnelt die westliche Welt damit ungewollt den diktatorischen Staaten des Orients?

Obama proklamiert in seiner letzten Rede demokratische Werte, aber werden sie

dann einmal wie in Rojava eingehalten, zählen sie wegen geopolitischer Interessen plötzlich nicht mehr.

Der Westen hat sich davon verabschiedet, diese Werte als Grundlage des eigenen Handelns zu beachten. Anscheinend werden Werte wie Demokratie und Menschenrechte nur noch instrumentell gebraucht. Damit sind sie allerdings kein Wert mehr, sondern nur noch Mittel zum Zweck und leere Hülle.

Erschienen in Telepolis am 12.10.2014

Ludger Eversmann

Total Eclipse

Dämmerung des Kapitalismus, atomare Katastrophe oder Morgendämmerung einer Neuen Zeit?

In Marxscher Sichtweise werden im Laufe einer geschichtlichen Epoche von dieser neue Arbeitsmittel hervorgebracht, die dann am Ende der Entwicklungsmöglichkeiten der bestehenden Epoche den Übergang in eine neue ökonomische Epoche ermöglichen. Diese neuen Arbeitsmittel bringt der sterbende Kapitalismus gerade hervor, und es wäre hilfreich, dass sie also solche erkannt werden, bevor der sterbende Kapitalismus die Welt in einer letzten kriegerischen Explosion womöglich in den Abgrund reißt.

Zero Marginal Cost Society - 3D-Printer for Peace

Der amerikanische Publizist und Trendforscher Jemery Rifkin hat kürzlich eine Studie vorgelegt, der zufolge digitale hochproduktive Fertigungstechnologien in Zukunft die Herstellung von Gebrauchsgütern zu "almost zero marginal costs" ermöglichen werden, woraus wegen offensichtlich dann schwindender Renditemöglichkeiten und Umsatzeinbußen der kapitalistischen Produktion schließlich auch eine "Dämmerung des Kapitalismus" resultieren werde.

Der amerikanische Materialwissenschaftler Joshua Pierce, der die von Rifkin unter anderen ebenfalls als Schlüsseltechnologie verstandene 3D-Druck-Technologie an der Universität von Michigan entwickelt, startete im letzten Jahr einen Wettbewerb mit dem Titel "3D Printers for Peace", um durch Einsatz von 3D-Druckern u. a. die Herstellung von Objekten mit dem Ziel zu erreichen, "die Energieeffizienz oder erneuerbare Energien zur Reduktion der Kriege ums Öl zu verbessern" oder "Mittel zu schaffen, die militärische Konflikte und Rüstungsausgaben reduzieren und uns

alle sicherer und geschützter zu machen". An den Konflikt in der Ukraine wird er zur Zeit der Entstehung dieser Initiative noch nicht gedacht haben.

NATO-Strategie und globale Stagnation

Wie nun in der Studie "Neue Verantwortung Neue Macht" der Stiftung Wissenschaft und Politik und des German Marshall Fund zu lesen ist, geht es in der darin beschriebenen Neuausrichtung von NATO und deutscher und europäischer Außenpolitik u. a. exakt um den Zugang zu der "...Nachfrage aus anderen Märkten sowie den Zugang zu internationalen Handelswegen und Rohstoffen". Ganz offensichtlich werden nun genau diese Ziele mit der auf dramatische Weise den Frieden nicht nur in der betroffenen Region gefährdenden Ukraine-Politik der EU und der USA verfolgt.

Das Hervorbringen dieser neuen NATO-Strategie ist an verschiedenen Stellen mit einer anderen Art von Dämmerung des Kapitalismus in Verbindung gebracht worden, nämlich mit einer Entwicklungsphase des Kapitalismus, die die westlichen Staaten wegen der erschöpften Wachstumspotentiale und der Aussicht auf "Jahrzehnte anhaltende Stagnation" zum Rückfall in aggressive militärische Strategien und Konzepte zwinge. Auf diese Weise sollen mindestens über den Zwang der Nato-Mitglieder zu erhöhten Rüstungsaufwendungen Wachstum generiert werden, möglicherweise aber auch durch die Reparation von Zerstörungen durch militärische Auseinandersetzungen oder durch eben einen militärisch erzwungenen Zugang zu neuen Absatzmärkten und billigen Rohstoffen. In dieser Sicht droht ein Ende des Kapitalismus also aus Gründen einer inneren Entwicklungslogik und nicht, wie von Rifkin beschrieben, als Folge der Entstehung neuer "Produktionsmittel". Handelt es sich hier lediglich um die zwei Seiten einer Medaille?

Neue Epoche

Wenn nun in den vergangenen Jahren viel vom "Ende des Kapitalismus" die Rede war, entweder eher feuilletonistisch oder eher wissenschaftlich, so erstaunlich wenig von dem bekannt, was diesem Kapitalismus denn möglicherweise einmal

nachfolgen könnte. Immanuel Wallerstein etwa nimmt an, dass sich in 30 oder 40 Jahren etwas Neues herausgebildet haben wird, ohne aber hierfür normative oder konkrete politische Orientierungen formulieren oder setzen zu wollen.

Bekanntlich ist von marxistisch inspirierter Seite ebenfalls ein Ende des Kapitalismus angenommen und vorausgesagt worden, wobei nach erfolgreichem Durchschreiten des "transitorisch notwendigen" Kapitalismus dann der Übergang in die nächste sozialistische Phase der Geschichte erfolgen könne. Nach den jahrzehntelangen Erfahrungen mit dem "Real-Sozialismus" der ehemaligen Ostblock-Staaten hat diese Prophezeiung allerdings viel von ihrer Attraktivität eingebüßt.

Wie wäre denn in diesem Zusammenhang die von Rifkin vorgeschlagene "Zero Marginal Cost Society" einzuschätzen? In welchem Zusammenhang stünde sie mit den inneren Entwicklungszwängen des Kapitalismus, und wäre sie tatsächlich ein Template, eine strukturelle Vorlage einer gesellschaftlichen und ökonomischen Architektur, in der ein Nachfolgekandidat des untergehenden Kapitalismus gesehen werden könnte?

Arbeitsmittel zur Bearbeitung des Naturstoffes

Gut marxistisch sind es ja in der Tat die "Arbeitsmittel, mit denen der Naturstoff bearbeitet wird", nach denen die geschichtlichen Epochen sich unterscheiden. Der Ablauf der geschichtlichen Epochen vollzieht sich im Hervorbringen neuer Arbeitsmittel während einer bestehenden Epoche, welche dann das Eintreten in eine neue geschichtliche Epoche ermöglichen, wie Karl Marx im Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie sagt:

» *Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft ausgebrütet sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet, wird sich stets finden, dass die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden*

oder wenigstens im Prozess ihres Werdens begriffen sind. «

Die "neuen Arbeitsmittel", die Rifkin nun nennt, und von denen im Verlauf der vergangenen Dekade ja nicht nur bei Rifkin die Rede war, sind unter anderen eben auch diese additiven Fabrikationsmittel, vulgo 3D-Druck, denen bei deren gegenwärtigem Entwicklungsstand aber noch kaum zugetraut werden kann, einen nennenswerten Teil durchschnittlicher Haushaltsbedarfe zu decken. Wie ist aber das Interesse an dieser additiven Fertigung entstanden? Und welches Potenzial entsteht hier tatsächlich?

Prosumation

Die genannten stagnativen Tendenzen wurden bereits vor rund zwei Jahrzehnten allmählich in der betriebswirtschaftlichen Praxis, und hier vor allem im Marketing, spürbar. Der Absatz in den Massenmärkten stockte, in vielen Marktsegmenten zeigten sich Sättigungserscheinungen.

Als eine wichtige und ökonomisch sinnvolle Möglichkeit, bei schrumpfenden Märkten und Absatzvolumina und gleichzeitig rapide fortschreitender Fertigungstechnologie noch Gewinne zu erzielen, erwies sich die Minimierung der Distanz zwischen Konsument und Produzent, also die Überwindung und Ersetzung der ursprünglich vollständigen Verbindungslosigkeit von Konsument und Produzent - die nur durch transparente Märkte und die hier geschaffene Information über Angebot und Preis hergestellt wurde - durch eine immer engere informationelle Kopplung und letztlich durch eine reale Bindung des Konsumenten an den Produzenten, die bis hin zur Überschneidung der Rollen und Interessen von Konsument und Produzent in der Zwitter-Rolle des "Prosumenten" reicht.

Die Weiterentwicklung der Produktionsmittel vollzog sich gleichzeitig immer mehr in Richtung Flexibilität, weil hochflexible Produktionssysteme die Unsicherheit des Anbieters in einem stark gesättigten und gleichzeitig stark von Mitbewerbern umworbenen Markt vermindern: Eine am Markt nicht mehr absetzbares Produktreihe kann dann schnell gegen eine andere Produktreihe ausgetauscht

werden. Mit diesen Zielsetzungen ist etwa die vieldiskutierte "Industrie 4.0" entwickelt worden.

Ein optimales Produktionsmittel in diesem Sinne und einen integrativen Bestandteil des umfassenderen Konzepts der "Digitalen Fabrikation" stellt eben die additive Fertigung dar. Hierdurch ist es möglich, durch ein und dieselbe Fertigungsanlage sehr viele verschiedene Produkte herstellen zu lassen, und dies am Ende sogar direkt auf Anforderung und in Zusammenarbeit mit dem Kunden, "on demand".

3D-Printers for Peace

Die so entstehenden Produktionsmittel umfassen ein wesentlich größeres Spektrum als nur 3D-Drucker. Insgesamt ist es so letzten Endes möglich, auf die Allokation von Gütern über Märkte zu verzichten, ohne aber hierdurch Effizienzverluste erleiden zu müssen. Mit anderen Worten: Derartig hochproduktive und hochflexible Produktionsmittel können letzten Endes Produkte (fast) umsonst, zu sehr geringen Kosten, herstellen, da sie fast komplett maschinell, mit marginalem Arbeitsaufwand und fast nur zu Energie- und Rohstoffkosten hergestellt werden können. Diese Produktionsmittel können also mit ökonomischem Gewinn am Ort des Konsums und im Auftrag und auf Rechnung und in Regie des Konsumenten betrieben werden, der entweder eine Privatperson oder ein öffentliches, überprivates Subjekt sein kann - und der diese Produktionsmittel als private oder öffentliche Person besitzt.

So können nachhaltige, lokale, berechenbare und nicht gewinngetriebene Produktions- und Konsumationsstrukturen entstehen. Und diese besitzen eben diese - wie die gegenwärtige Krise zeigt - unschätzbare Eigenschaft, mit lokal verfügbaren Energie-, Rohstoff- und Absatzkanälen operieren zu können. Und sie müssen nicht auf fremde, irgendwo auf der Welt vorhandene Ressourcen zugreifen - unter Umständen eben auch unter Einsatz von militärischen Mitteln. Insofern also ganz buchstäblich: 3D-Drucker for Peace.

Das Interesse der Linken im Dornröschenschlaf

Ohne auf dem hier notwendigerweise beschränktem Raum diese Argumentation umfassend führen zu können, sind in diesen neuen Technologien, die die Distanz zwischen Konsument und Produzent bis auf null reduzieren können, und damit letztlich auch die "antagonistischen" Gegensätze von Kapital und Arbeit und Arbeitgeber und Arbeitnehmer, tatsächlich die neuen Arbeitsmittel zu sehen, die den Eintritt in eine neue geschichtliche Epoche ermöglichen können. Sie ist vor allem dadurch gekennzeichnet, dass in ihr die gegenwärtig bestehende Dominanz des Kapitals gebrochen werden kann. Es müssen nicht das Kapital und die kapitalgestützte Produktion vollständig verschwinden, das wird unmöglich und auch unnötig sein. Aber die Dominanz des Kapitals und damit seine Macht, die politische Agenda zu setzen, werden verschwinden, und dies wird, wie die Gegenwart zeigt, bitter nötig sein.

Insofern erscheint es enorm wichtig, möglicherweise überlebenswichtig, wenn sich eine breite gesellschaftliche Mehrheit und eine breite gesellschaftliche Debatte in vereinten Kräften mit der traditionsreichen politischen Kultur der Linken bildete, um diese gesellschaftlichen, ökonomischen, politischen und technischen Zusammenhänge zu erkennen und in eine wirkungsvolle politische und gesellschaftliche Debatte und Willensbildung zu übersetzen. So lange die Zeit dazu noch bleibt. Oder aber eben dann, so weit möglich, nachher.

Erschienen in Telepolis am 30.05.2014

Tomasz Konicz

Die wunderbare Welt des Jeremy Rifkin

Wie der Mainstream den Postkapitalismus diskutiert, ohne auch nur eine Ahnung vom Begriff des Kapitals zu haben

Der Bann scheint gebrochen. Angestoßen durch das neue Buch des Starökonomen Jermey Rifkin "Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft" diskutiert nun alle Welt das sich immer deutlicher abzeichnende Ende des Kapitalismus. Ein öffentliches Tabu scheint gebrochen, an dem zuvor nur marginalisierte und hartnäckig ignorierte wertkritische Theoretiker wie Robert Kurz jahrzehntelang gerüttelt haben.

Es seien "längst nicht mehr nur ein paar schweißfüßige Couchsurfer", die an die Vision einer "Sharing Economy", einer Ökonomie des Teilens und des Tauschens glaubten, bemerkte etwa die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) in einem "Das Ende des Kapitalismus" betitelten Beitrag, der sich mit den Thesen Rifkins auseinandersetzte. Das kapitalistische Wirtschaftssystem befinde sich Rifkin zufolge auf dem Rückzug, es werde "spätestens in ein paar Jahrzehnten nur noch in einigen Nischen stattfinden". Die FAZ fasste Rifkins Prognose bündig zusammen: Die neue postkapitalistische Wirtschaftsweise, die "kollaborativen Commons", stellten ein neues Paradigma dar, "und zwar eines im Sinne des Philosophen Thomas S. Kuhn, eines also, das alles verändern wird: die Wirtschaft, die Gesellschaft, unsere Art zu leben und zu denken". Unter kollaborativen Commons versteht Rifkin die Renaissance gemeinschaftlich genutzter Güter, die sich nicht mehr im Privatbesitz befinden.

Talking About A Revolution

Beim Handelsblatt ist man noch nicht gänzlich vom revolutionären Elan der Frankfurter Genossen angesteckt worden. Die "Kostenlos-Kultur im Internet und der Siegeszug von Robotern in der Produktion" würden das kapitalistische System nur "neu definieren", schrieb das wichtigste deutsche Wirtschaftsblatt, das wohl erstmals die gegenwärtige Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft thematisiert: Eine Welt, in der "Produkte immer weniger kosten", berge für "Millionen Arbeiter große Risiken".

Die vertikale Organisationsstruktur der von Großkonzernen geprägten kapitalistischen Produktionsweise, die auf uferlose Kapitalakkumulation abzielt, werde netzwerkartigen Strukturen weichen. Das durch technologische Fortschritte bei 3D-Druckern und die durchgehende Vernetzung von "Industrie 4.0 und Haushalt sich abzeichnende "Internet der Dinge", in dem ein immer größerer Teil der Waren von den Konsumenten selbst hergestellt werden wird, dürfte die kapitalistische Arbeitsgesellschaft vollends obsolet machen. Das fällt auch dem Handelsblatt auf:

» *Die Infrastruktur für das Internet der Dinge muss gebaut werden, und dies wird in der ganzen Welt Millionen Menschen Lohn und Arbeit bringen. Doch was passiert, wenn es fertig ist? Wenn all die Server mit erneuerbaren Energien laufen – selbst Energie praktisch kostenlos zur Verfügung steht? Wofür braucht es dann noch Milliarden Menschen in den Werkshallen, wenn die Maschinen nur noch sehr wenige von uns brauchen, um zu extrem geringen Preisen das herzustellen, was wir zum Leben brauchen? Angefangen hat dieser Prozess schon längst, aber sein Ende in 30 bis 50 Jahren wollen sich viele noch nicht vorstellen. Zum Zweiten kann sich durch die moderne Robotik auch der letzte Arbeiter so ganz allmählich darauf einstellen, das Licht auszumachen. Selbst in China wurden zuletzt 16 Millionen Fabrikmitarbeiter nicht mehr gebraucht, weil immer intelligentere Roboter die Arbeit von Menschen übernehmen."* «

Auch 3sat setzte sich mit den Thesen Rifkins auseinander, denen zufolge die durch Produktivitätsfortschritte beständig fallenden Grenzkosten die "Produktion von Gütern immer günstiger" machten und "ihr Besitz immer unwichtiger" werde, was

den "Traum von einer Welt ohne Geld" aufkommen ließe. Da die Kosten der Produktherstellung "gegen Null" tendierten, schrumpften damit auch die Gewinnmöglichkeiten. Der Kapitalismus würde somit sich selbst abschaffen. An die Stelle der zentralistischen Massenproduktion durch Konzerne würde die netzwerkartig organisierte Masse der Produzenten treten. Der von Rifkin prognostizierte Neue Mensch sei "Konsument und Produzent in einem", so der Kultursender, der die zentrale These des Autors zitierte:

» *Seit dem Aufkommen von Kapitalismus und Sozialismus im 19. Jahrhundert ist es das erste Mal, dass ein neues Wirtschaftssystem entsteht. Es ist deshalb ein ganz besonderes Ereignis. Das System des Teilens wird erblühen neben dem kapitalistischen Markt, der auf den Kapitalfluss aufbaut. Mal werden beide Systeme miteinander kooperieren, mal werden sie miteinander im Wettstreit liegen.* «

Rifkin ist der Meinung, dass die Konzerne und Unternehmen, die die technologischen Voraussetzungen dieser sich abzeichnenden Systemtransformation geschaffen haben und die Infrastruktur des Internets aufbauten, langfristig den daraus resultierenden Transformationsprozess nicht kontrollieren und beherrschen können. Die zu Produzenten sich wandelnden Konsumenten seien stärker als die Konzerne, so Rifkin:

» *Diese Technologie ist einfach zu cool, um in der Hand einiger weniger Gesellschaften zu bleiben. ... Die Plattenfirmen haben die Technologie nicht kontrollieren können, die Zeitungen und Verlage schaffen es nicht, und auch nicht die Wissensindustrie der Universitäten. Denn sobald sie die Infrastruktur einmal eingeführt haben, werden die Werte und Gegenstände, die man untereinander verteilt, ihr eigenes Leben führen. Keiner kann das mehr aufhalten. Sobald die Gemeinschaft entstanden ist, braucht sie diejenigen nicht mehr, die diesen Markt entworfen haben.* «

Diese Thesen Rifkins fanden in der deutschen Öffentlichkeit eine sehr breite Rezeption. Rifkin konnte sie zur besten Sendezeit bei Maybrit Illner darlegen und

war Stargast eines Arte-Themenabends. Die konservative Tageszeitung Die Welt, nicht gerade als ein Hort subversiver Umtriebe bekannt, erklärte ihrer Leserschaft, warum "unser Überfluss den Kapitalismus killt". Auch die die Süddeutsche Zeitung, die Zeit und die Deutsche Welle berichteten von Rifkins "Vision vom modernen Schlaraffia". Selbst der Harvard Business Manager musste über den Spiegel-Bestseller schreiben: "Sollten sich die Prognosen von Jeremy Rifkin bewahrheiten, dürfte so manchem Manager angst und bange werden."

Dieser Diskurs erweckt den Anschein, als ob etliche theoretische Erkenntnisse der Wertkritik, die seit Jahrzehnten diese inneren Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise – und die hieraus resultierende innere Schranke des Kapitals – thematisiert, nun zu einem Allgemeingut geworden seien. Fast ist mensch da glatt versucht, die Arme ganz weit auszubreiten und all den noch etwas unbeholfen agierenden Nachwuchsrevolutionären aus Wissenschaftsbetrieb, Wirtschaftsredaktion und Feuilleton ein recht herzliches "Willkommen im Klub" zuzurufen. Doch der Schein trügt. Denn leider wissen nahezu alle Diskussionsteilnehmer einfach nicht, wovon sie sprechen, wenn sie sich über den Spätkapitalismus und sein offensichtliches Ende auslassen. Dem ganzen öffentlichen Diskurs fehlt ein adäquater Begriff des Kapitals, was auch seine mitunter haarsträubenden Prognosen und Schlussfolgerungen erklärt. Deswegen gilt es, den revolutionären Eifer dieser frisch konvertierten Genossen – der sich vor allem in einem ausufernden Utopismus manifestiert – etwas zu erden und mit den betrüblichen Gegebenheiten spätkapitalistischer Realität zu konfrontieren.

Expansion oder Kollaps

Als schlichter Unsinn muss die These vom langsamen, friedvollen Absterben des Spätkapitalismus bezeichnet werden. Das Kapitalverhältnis als gesellschaftliche Totalität kann nicht einfach einen historischen Rückzug antreten, parallel neben einem "System des Teilens" existieren, mit diesem wechselweise konkurrieren oder kooperieren, um in einigen Jahrzehnten nur noch in einigen "Nischen" der Gesellschaft präsent zu sein.

Diese Idee eines allmählichen, langfristigen "Abschmelzens" der vom

Kapitalverhältnis okkupierten Gesellschaftsbereiche projiziert die historische Entstehungsgeschichte des kapitalistischen Weltsystems einfach auf dessen Endphase. Die Durchsetzung des Kapitalismus innerhalb der spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Gesellschaften vollzog sich ja tatsächlich in einem langfristigen, jahrhundertelangen Prozess, bei dem immer neue Bereiche gesellschaftlicher Reproduktion von der kapitalistischen Wirtschaftsweise erfasst wurden oder innerhalb dieser historischen Expansionsbewegung des Kapitals überhaupt erst neu entstanden: von der Finanzsphäre über den Fernhandel und die Landwirtschaft (Einhegungen) bis zur industriellen Revolution. Die mittelalterlich-feudale Wirtschaftsweise erfuhr somit tatsächlich einen Prozess der langsamen, graduellen Verdrängung, der in den damaligen Zentren Europas eigentlich schon im 15. Jahrhundert einsetzte, um erst im späten 19. Jahrhundert größtenteils abgeschlossen zu werden. Hiernach existierte der Feudalismus nur noch in einigen "Nischen" in der Peripherie Europas.

Es liegt auf der Hand, wieso dieser langsame, graduelle Übergang im Fall des kapitalistischen Weltsystems nicht möglich ist. Die feudale, auf direkten Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen beruhende Gesellschaftsformation war im Vergleich zum Kapitalismus statisch, Veränderungen setzten sich langsam, über sehr lange Zeiträume hinweg durch. Der Kapitalismus stellt hingegen eine dynamische, von einem blinden, unkontrollierbaren Expansionsdrang gekennzeichnete Wirtschaftsweise dar. Dieser destruktive Wachstumszwang verweist selbstverständlich nur auf das innere Wesen des Kapitalverhältnisses. Als Kapital fungiert Geld, das in einem uferlosen Verwertungskreislauf durch Investitionen (Fabriken, Maschinen, Rohstoffe etc.) und vor allem die Verwertung von Arbeitskraft vermehrt, also akkumuliert werden muss. Das durch diesen Verwertungskreislauf vergrößerte Kapital wird gerade nicht verprasst, sondern in vergrößertem Umfang reinvestiert, um neue Maschinen, Arbeitskräfte oder Produktionsanlagen aufzubauen oder neue Märkte zu erobern. Das Kapital muss also expandieren – oder es kollabiert. Kein Kapitalist würde Geld investieren, um innerhalb eines Verwertungskreislaufs gleichviel oder gar weniger Geld zu erhalten.

Die Geschichte des Kapitalismus stellt folglich die Geschichte einer zerstörerischen,

Mensch und Natur verheerenden Expansionsbewegung dar, die sich in drei Dimensionen, auf drei "Ebenen", vollzog: Es ist erstens eine innere Expansion, in deren Verlauf alle Gesellschaftsbereiche dem Diktat des Verwertungszwanges des Kapitals unterworfen wurden. Abgeschlossen wurde diese innere Expansion eigentlich erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als sie sich zu einer Totalität verdichtete. Zweitens ist es die äußere Expansion, die von den Zentren des kapitalistischen Weltsystems ausging und in deren Verlauf – durch gewaltsame, militärische Unterwerfung der Peripherie – der kapitalistische Weltmarkt sich etablierte. Drittens bringt der Verwertungszwang des Kapitals eine "qualitative" Expansionsbewegung hervor, bei der aufgrund wissenschaftlich-technischer Fortschritte neue Fertigungsmethoden und somit Märkte erschlossen werden.

Die menschliche Arbeitskraft stellt dabei innerhalb dieser Expansionsbewegung des Kapitals die einzige Ware dar, die mehr Wert schaffen kann, als sie selbst wert ist. Alle anderen Waren (Rohstoffe, Maschinen etc.) übertragen innerhalb des Produktionsprozesses ihren Wert – der ebenfalls aus dem zu ihrer Herstellung aufgewendeten Arbeitsquantum besteht – einfach auf die neu produzierte Ware. Das Kapital häuft letztendlich innerhalb seiner Verwertungsbewegung immer größere Quanta im Produktionsprozess geleisteter, toter Arbeit auf. Folglich bestand die Expansionsbewegung des Kapitals letztendlich darin, immer mehr Lohnarbeit in den Verwertungsprozess des Kapitals hineinzusaugen. Der bürgerliche Wirtschaftsjournalismus hat diesen Marxschen Wertbegriff immer abgelehnt, doch wird er nun innerhalb der oben dargelegten Debatte implizit bestätigt – wenn etwa über Millionen von Arbeitslosen, fallende Warenpreise und schrumpfende "Gewinnmöglichkeiten" lamentiert wird. Das Schrumpfen der Preise und Profite resultiert ja gerade daraus, dass die einzige Profitquelle – die menschliche Arbeitskraft – aus der kapitalistischen Warenproduktion aufgrund technologischer Fortschritte sukzessive verdrängt wird.

Die qualitative Expansionsbewegung des Kapitals, das Streben nach Innovationen und neuen Märkten, lässt das Kapital seine eigene Substanz – die wertbildende Arbeit – untergraben. Dieser dem Kapitalverhältnis schon immer innewohnende "prozessierende Widerspruch" (Marx), der das Kapital durch

Produktivitätsfortschritte die wertbildende Arbeitskraft aus der Warenproduktion verdrängen lässt, musste historisch immer durch Expansion, durch die Erschließung neuer Märkte oder Produkte kompensiert werden – was sich in dem industriellen Strukturwandel der letzten zwei Jahrhunderte manifestierte, der nun aufgrund der ungeheuren Produktivitätsschübe der mikroelektronischen Revolution in eine Sackgasse geraten ist und das Kapital an die innere Schranke (Robert Kurz) seiner Reproduktionsfähigkeit stoßen lässt.

Dies ist keine Prognose, sondern für immer mehr Menschen bittere Realität. Der nun auch in die Zentren vordringende Krisenprozess, der die historische Expansionsbewegung des Kapitals in eine katastrophale Kontraktionsbewegung umzukehren droht, hat sein volles soziales Destruktionspotenzial in Teilen der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems bereits offenbart. In immer größeren Zusammenbruchsgebieten, die von den Ruinen "gescheiterter Staaten" gesäumt sind, sammelt sich eine ökonomisch "überflüssige" Menschheit an, die der mörderischen Absurdität der kapitalistischen Systemkrise voll ausgesetzt ist. Diese "überflüssigen" Menschen sind ausgeschlossen, obwohl sie weiterhin den Verwertungszwängen des Kapitals unterworfen sind: Sie müssen ihre Arbeitskraft verkaufen, um überleben zu können, doch gleichzeitig gibt es kaum noch Möglichkeiten, dies zu tun.

Dass der Krise des Kapitals kein "Schlaraffia" folgt, sondern der sozioökonomische Kollaps, kann somit anhand des Zusammenbruchs der Peripherie des kapitalistischen Weltsystems belegt werden. Wenn wir in die Zukunft der Krise schauen wollen, dann müssen wir nur gen Süden oder Osten blicken: gen Kongo, Somalia, aber inzwischen auch gen Syrien, Ukraine, Griechenland. Die These vom friedlichen, quasi natürlich verlaufenden "Hinüberwachsen" des Spätkapitalismus in den Postkapitalismus blamiert sich an der Krisenrealität. Eine graduelle Transformation des massenmörderischen kapitalistischen Systems, das nur die Zustände uferloser Expansion oder des Zusammenbruchs einnehmen kann, ist schlichtweg nicht möglich. Seiner eigenen Krisendynamik überlassen, kann die Selbstzerstörung des Kapitals nur in der Barbarei münden.

Fetisch Eigendynamik

Dabei sind die utopisch anmutenden Ideen einer postkapitalistischen Gesellschaft, wie sie von Rifkin formuliert wurden, keineswegs irreal. Die technologischen Voraussetzungen hierfür sind ja längst gegeben. Eine solche Transformation der kapitalistischen Dauerkrise in eine humane, lebenswerte Zukunft ist aber nur durch einen bewussten emanzipatorischen Prozess möglich, der von einer breiten antikapitalistischen Bewegung getragen würde, die das Kapitalverhältnis in seiner gewärtigen Form gesellschaftlicher Totalität in Geschichte überführt. Die gesamtgesellschaftliche Emanzipation von den beständig zunehmenden kapitalistischen Sachzwängen, die durch die Krise ins Absurde gesteigert werden, wird sich nicht durch irgendeine "unsichtbare Hand" hinter den Rücken der Produzenten vollführen. Sie muss gewollt, diskutiert und erkämpft werden.

Doch genau von solch einem bewussten transformatorischen Akt will der massenmedial betriebene postkapitalistische Diskurs nichts wissen. Vorherrschend ist das Bestreben, durch viele kleine Projekte eine Ökonomie des Tauschens und Teilens zu etablieren, die irgendwann eine Art "Eigenleben" entwickeln solle. Gerade Jeremy Rifkin hat dieses Vorstellung einer Verselbstständigung der Share-Economy, die von einem bestimmten Schwellenwert an erreicht werden soll, explizit zum Ausdruck gebracht, wenn er davon schreibt, dass "die Werte und Gegenstände, die man untereinander verteilt, ihr eigenes Leben führen" werden, was von einem solchen Zeitpunkt an dann "niemand mehr aufhalten" könne. Die Share-Economy Rifkins würde dann eine Eigendynamik entwickeln, die von niemandem mehr kontrolliert oder gesteuert würde, sondern den einzelnen Teilnehmern am großen Tauschen und Teilen in der Form verselbstständigter Sachzwänge gegenüberträte, obwohl sie von diesen ja selber hervorgebracht würde.

Kommt uns das bekannt vor? Rifkin beschreibt hier den Fetischismus, der die kapitalistische Gesellschaft prägt, um ihn als ein zentrales Charakteristikum einer postkapitalistischen Gesellschaftsformation auszugeben. Selbst beim Ausblick auf eine Gesellschaft jenseits des Kapitals landet der Berufsvisionär wieder im alten kapitalistischen Gedankengefängnis. Das von der Eigendynamik uferloser Akkumulation beseelte Kapital tritt den Insassen der kapitalistischen Tretmühle in allen seinen Aggregatzuständen – ob als Ware, Geldkapital oder Lohnarbeit – als

eine fremde, quasi objektiv-natürliche Macht gegenüber, obwohl es ja alltäglich von den Marktteilnehmern buchstäblich erarbeitet wird. Das Kapital tritt somit auf gesamtgesellschaftlicher Ebene allen Marktakteuren, die es alltäglich reproduzieren, als eine Art "Automatisches Subjekt" (Marx) gegenüber, als eine subjektartig agierende und somit verselbstständigte Dynamik, die den Automatismus der Kapitalakkumulation ohne Rücksicht auf Mensch und Natur zu maximieren und perpetuieren trachtet.

Und es ist dieser Fetischismus, der den schizophrenen bürgerlichen Charakter, der zwischen Allmachtsfantasien und dumpfer Schicksalsergebenheit pendelt, erst ausformt: Das Gefühl einerseits angesichts des unaufhörlichen technischen Fortschritts omnipotent zu sein, während andererseits jede Krise und jedes Weltmarktbeben wie eine Naturkatastrophe in Demut hingenommen wird. Die Waren nehmen ja auf den Märkten tatsächlich eine Eigenbewegung an, sie sind von einem "eigenen Leben" beseelt, da sie nicht planvoll der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen – sonst gebe es ja angesichts des materiellen Überflusses nirgends Hunger oder Mangel –, sondern von der Verwertungsbewegung angetrieben werden. Die Menschen werden so zu Gefangenen der fetischistischen Gesellschaft, die sie selber alltäglich durch Lohnarbeit reproduzieren. Sie sind den absurdesten Zwängen unterworfen, die sie auch noch als "natürlich" oder selbstverständlich hinnehmen (Arbeitshetze bei Massenarbeitslosigkeit, Mangel im Überfluss, perverse Ressourcenverschwendung und Naturzerstörung).

Die emanzipatorische Überwindung des Spätkapitalismus muss letztendlich auf die Überwindung eben dieses Fetischismus abzielen. Die Menschheit würde somit erstmals in ihrer Geschichte in die Lage versetzt, ihre Gesellschaft bewusst zu gestalten, anstatt dass die einzelnen Menschen von den verselbstständigten fetischistischen Kategorien oder Dynamiken – seien sie nun durch das Kapitalverhältnis oder, wie im Mittelalter, durch religiöse Systeme konstituiert – unterdrückt würden. Ein solcher revolutionärer Prozess würde erst die (fetischistische) "Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft" abschließen, wie es Marx formulierte. Eine solcherart emanzipierte postkapitalistische Gesellschaft wäre nicht mehr ohnmächtig der fetischistischen Verwertungsbewegung des

Kapitals unterworfen, sie wäre nicht mehr unbewusst durch die verselbstständigte und letztendlich autodestruktive kapitalistische Vergesellschaftungsform getrieben. Stattdessen könnte die gesellschaftliche Reproduktion planvoll, bewusst gestaltet werden.

Ein solch bewusster Verständigungsprozess der Gesellschaft über ihre Reproduktion müsste selbstverständlich jenseits der vom Kapitalverhältnis hervorgebrachten Vergesellschaftungsformen und Institutionen konstituiert sein – und somit jenseits von Markt und Staat ablaufen. Wohin eine zentralistische, von dem Staat kontrollierte und von dessen ausartender Bürokratie organisierte Planwirtschaft führt, kann an der Geschichte des real existierenden Staatssozialismus osteuropäischer Prägung studiert werden. Letztendlich führten diese Staaten eine brutale nachholende staatskapitalistische Modernisierung der von ihnen beherrschten Gesellschaften durch, wobei die Staatsbürokratie, die sogenannte Nomenklatura, sich zu einer neuen herrschenden Klasse entwickelte. Es reicht, sich hier in Erinnerung zu rufen, dass die meisten Oligarchen des postsowjetischen Raumes gerade aus den Reihen dieser Nomenklatura entstammen.

Lokal oder Global?

Die breite Diskussion, die im Rahmen einer emanzipatorischen Bewegung über eine postkapitalistische Gesellschaft geführt werden müsste, würde hingegen auch als Keimform der Wirtschaftsweise fungieren, die den Kapitalismus ablöste. Alle Gesellschaftsmitglieder müssten in einem solchen allgemeinen Verständigungsprozess sich darüber klar werden, was produziert werden soll, welche Bedürfnisse befriedigt werden müssen (Porsche für jedermann oder reichen ÖPNV und Ecar-Sharing?), welche Ressourcen hierfür aufgewendet werden sollen oder wo größere Produktionseinheiten und Spezialisierungen zu entstehen hätten. Während der Zeitaufwand für die Produktion aufgrund fortschreitender Rationalisierung immer geringer würde, müsste ein Teil der so gewonnenen Mußezeit für die bewusste Gestaltung der gesellschaftlichen Reproduktion aufgewendet werden – und dies auch auf globaler Ebene.

Ein Großteil der Initiativen und Aktivisten aus dem Spektrum der Share-Economy agiert aber gerade so, als ob es keinen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gäbe, der bewusst gestaltet werden müsste. Während barbarische Kräfte wie der Islamische Staat längst in globalen Kategorien denken und agieren, können viele sich als emanzipatorisch begreifende Aktivisten kaum noch über die Grenzen des eigenen Szeneviertels hinausblicken. Die meisten Projekte der Share-Economy agieren wie Marktsubjekte ohne Markt, die sich auf ihren beschränkten Tätigkeitsbereich konzentrieren, ohne auch nur einen Gedanken auf eine Koordination oder gar Planung der einzelnen Aktivitäten der aus den Boden sprießenden Initiativen zu verschwenden. Damit droht das gesamte Spektrum der neu aufkommenden alternativen Wirtschaftsansätze in eine systemstabilisierende Rolle innerhalb des kapitalistischen Krisenprozesses gedrängt zu werden. Die Share-Economy droht sich in einer Vielzahl von isolierten Projekten zu verlieren, die letztendlich eine alternative Form der Krisenverwaltung darstellen werden.

Ökonomisch überflüssige oder marginalisierte Lohnabhängige aus der "Szene" können hier noch einige ihrer Bedürfnisse befriedigen, die der Markt ihnen bereits versagt, und sich im alternativ verbrämten Gürtel-Enger-Schnallen üben. Viele der kommerziellen Akteure aus der Share-Economy sind ohnehin dabei, die Ausbeutung der prekarisierten Lohnabhängigen auf eine neue Stufe zu heben, wie es etwa die Auseinandersetzungen um den Taxidienst Uber an den Tag legen. Die kommerzialisierte Share-Economy schafft es in der gegenwärtigen Krise, eine totale Deregulierung der Arbeitsverhältnisse mitsamt der Unterbietung jeglicher Lohnstandards durchzusetzen – und dies auch noch als einen Befreiungsakt auszugeben.

Das soll selbstverständlich nicht heißen, dass lokale Projekte alternativer Wirtschaftsansätze generell abzulehnen seien. Irgendwie und irgendwo muss ja der erste Schritt in eine postkapitalistische Zukunft erfolgen. Dies ist aber nur dann sinnvoll, wenn die lokalen Aktivitäten von dem Bemühen um die Herstellung eines globalen alternativen Vergesellschaftungszusammenhanges geleitet werden. Das lokale Projekt der Share-Economy würde dann als Baustein einer alternativen Vergesellschaftungsform fungieren, die eben auf der aktiven, bewussten

Herstellung eines Vergesellschaftungszusammenhangs, eines bewusst vollführten Verständigungsprozesses über die gesellschaftliche Reproduktion beruhen müsste. Ansonsten läuft die Schöne Neue Welt der Share-Economy Gefahr, zu einem "Rebranding" des Kapitalismus beizutragen, und somit zu einem bloßen Etikettenschwindel zu verkommen. Nicht nur die mittelalterliche Allmende scheint in der alternativen Sharing-Economy auf, sondern auch der berüchtigte Zehnte, der nun nicht mehr der Kirche, sondern den "Dienstleistern" der Sharing-Economy zu entrichten wäre.

Transformationskampf statt Klassenkampf

Dass eine solche Systemtransformation nicht ohne Konflikte und Widersprüche ablaufen kann, ist auch Jeremy Rifkin durchaus klar. Der Wirtschaftsvisionär sieht die zu Produzenten sich wandelnden Konsumenten als die großen Gegenspieler der kapitalistischen Konzerne bei diesem gigantischen gesellschaftlichen Umbruch. Rifkin sieht die neue Ökonomie des Tauschens in Kooperation, aber auch in Konkurrenz mit dem kapitalistischen Marktsystem geraten, bevor dieses in die "Nischen" der Gesellschaft abgedrängt würde.

Dieser konfliktgeladene Prozess, der die Systemtransformation prägen wird, könnte als Transformationskampf bezeichnet werden. Verschiedene Gruppen der spätkapitalistischen Gesellschaft kämpfen hierbei – zumeist unbewusst – um die Ausgestaltung des – zumeist unverstandenen –über sie hereinbrechenden Transformationsprozesses, wobei sie im Verlauf dieser Auseinandersetzung selber einen tief gehenden Wandel durchlaufen. Dieser Kampf ist ergebnisoffen, sowohl barbarische, wie emanzipatorische Kräfte könnten sich durchsetzen, wie der Sozialwissenschaftler Immanuel Wallerstein ausführte:

» *Wir leben in einer Phase des Übergangs von unserem existierenden Weltsystem, der kapitalistischen Wirtschaft, zu einem anderen System oder anderen Systemen. Wir wissen nicht, ob dies zum Besseren oder zum Schlechteren sein wird. Wir werden dies erst wissen, wenn wir dorthin gelangt sind, was möglicherweise noch weitere 50 Jahre dauern kann. Wir wissen allerdings, dass die Periode des Übergangs für alle, die in ihr leben, sehr schwierig sein wird. ... Es wird eine Zeit der Konflikte oder*

erheblicher Störungen ... sein. Es wird auch, was nicht paradox ist, eine Zeit sein, in der der Faktor des freien Willens zum Maximum gesteigert wird, was bedeutet, dass jede individuelle und kollektive Handlung eine größere Wirkung beim Neuaufbau der Zukunft haben wird als in normalen Zeiten, also während der Fortdauer eines historischen Systems. «

Immanuel Wallerstein, Utopistik, Wien, 2002

Mit zunehmender Krisenintensität werden sich diese Widersprüche verschärfen. Der Ausgang dieses chaotischen Transformationsprozesses ist – wie von Wallerstein konstatiert – völlig unklar, da er von den unendlich komplex verwobenen Handlungen der daran beteiligten Menschen und gesellschaftlichen Kräfte abhängig ist. Das kommende Weltsystem kann viel schlimmer (hierachischer und diktatorischer) als das gegenwärtige werden – oder auch besser, egalitärer und demokratischer.

Dabei besteht die Gefahr, dass die gegenwärtigen, subjektlosen und vermittelten Machtstrukturen sich diesem Transformationsprozess anpassen. Die vermittelte Macht der kapitalistischen Märkte, der stumme Zwang der Verhältnisse, die Herrschaft im Kapitalismus kennzeichnen, könnten sich im Transformationsverlauf in direkte, persönliche Herrschaftsverhältnisse wandeln. Ansätze hierzu sind bereits in den Sklavenmärkten des Islamischen Staates, auf denen schon jetzt "erbeutete" Frauen und Mädchen gehandelt werden, oder in dem deutschen Hartz-IV-Arbeitsgesetzen, die letztendlich eine Klasse von staatseigenen Zwangsarbeitern geschaffen haben, vorhanden.

Nichts wäre somit verfehlter, als die überall um sich greifenden Auseinandersetzungen, Spannungen und Bürgerkriege, die sich auf globaler Ebene zu einem Weltbürgerkrieg (Robert Kurz) zu verdichten drohen, unter der altbekannten Parole des "Klassenkampfes" subsumieren zu wollen. Die Klassen, das Proletariat wie die Kapitalisten, befinden sich gerade in ihrer krisenbedingten Auflösung. Dies wird gerade in den Gesellschaften der Peripherie des kapitalistischen Systems deutlich, die bereits voll von der Krise erfasst worden sind. Es gibt keine nennenswerte Kapitalistenklasse in weiten Teilen Afrikas, im Irak,

Libyen oder Mittelamerika, genauso wie es dort keine beständig anwachsenden Heere der Arbeiterklasse gibt. Stattdessen schwillt das Heer der ökonomisch Überflüssigen immer weiter an. Die Kapitalisten werden durch die eskalierenden inneren Widersprüche des Kapitalverhältnisses besiegt, genauso wie das "Proletariat" im Gefolge der Krise verschwindet. Die Frontstellungen des Klassenkampfes lösen sich auf, dieses orthodox-kommunistische Ideologem verliert jeglichen Realitätsbezug. Die ideologische Frontstellung zwischen Proletariat und Kapital ist genauso anachronistisch, wie es künftig diejenige zwischen Konzernen und Konsumenten sein wird, die ja Rifkin prognostiziert.

Die Akteure des gegenwärtigen Weltbürgerkriegs, die sich in den unzähligen hoffnungslosen Milizen und Rackets von Somalia, über Syrien, bis zur Ukraine sammeln, sind ja gerade aus dem kapitalistischen Verwertungszusammenhang herausgefallen – es sind die Überflüssigen, die nichts mehr zu verlieren haben und in blinder Wut um sich schlagend sich das zu nehmen versuchen, was ihnen der absterbende Kapitalismus als Statussymbol eintrichtert und zugleich verweigert. Gen Süden blickend können wir somit das Endstadium eines molekularen Krieges Aller gegen Alle erblicken, das auch die Zentren des kapitalistischen Systems ergreifen wird, falls hier die Transformation nicht in zivilisierten Bahnen vollzogen werden sollte.

Arno Klönne

Der Kapitalismus auf dem Rückzug?

Teilen und Kollaborieren statt Profitieren

"Kollaborateur" - politik- und militärhistorisch hat dieser Verhaltenstyp sich einen schlechten Ruf zugezogen. Zusammenarbeit mit dem kriegerischen Feind oder einer Besatzungsmacht wird ihm vorgeworfen, Verrat an den Interessen des eigenen Landes. Anders das Bild, das sich spätestens seit dem neuesten Erfolgsbuch des US-amerikanischen Trendökonomen Jeremy Rifkin mit dem "Kollaboratisten" verbindet: Dieser - inzwischen immer mehr sich ausbreitend - rüste sich nun "zur Schlacht", gegen eine von Gewinnsucht beherrschte Ökonomie. Gesellschaftsgeschichtlich bahne sich damit ein neues Zeitalter an - allgemeiner, durch Empathie geprägter "Wohlstand durch Teilen". Die Netzwelt mache das möglich.

Utopismus? Keineswegs, sagen die Fans der Share-Economy. Und sie haben lebenspraktische Beispiele vorzuweisen, in rasch wachsendem Ausmaß: Fahrgelegenheiten werden umverteilt, Wohnungen "verliehen", Urlaubsquartiere zur Nutzung weitergereicht (Artur Schmidt: Ökonomie des Teilens). Diese Verfahrensweisen sind kostengünstig für die Nutzer, und in den urbanen Zentren wird von ihnen eine bessere Ökobilanz erhofft (Raúl Rojas: Die Mobilität der Zukunft). Zudem organisieren sich Verbraucher von Energie kollaborativ. Und dann die riesigen Chancen im digitalen Raum: Informationen und Erkenntnisse sind abgreifbar für Jedermann (das weibliche Geschlecht eingeschlossen)...

Wir sind, meinen die Optimisten, auf dem Weg zur "Zugangsgesellschaft"; auf die allgemeine Verfügbarkeit von Gebrauchsgegenständen und Wissensbeständen komme es nun an, nicht mehr auf den individuellen Besitz derselben. Und deshalb werde das System des Profitmachens aus privatem Eigentum in Auflösung

kommen.

Die kapitalistische Gesellschaftsform - ein Auslaufmodell?

Ein bisschen Skepsis kann da nicht schädlich sein, und zu empfehlen ist ein sorgsamer Umgang mit Begriffen. Die "Ökonomie des Teilens", wie sie sich derzeit entwickelt, stellt sich bei näherer Betrachtung zu weiten Teilen als eine Wirtschaftsweise des Verleihens gegen Entgelt heraus. "Eigentum" und "Besitz" sind, ein Blick in das Bürgerliche Gesetzbuch kann da Aufklärung bringen, zwei unterschiedliche Kategorien. "Herrschaft über das Recht an der Sache" und bloße (befristete) "Sachherrschaft", so heißt in der Juristensprache die materiell höchst bedeutsame Differenz. Der Eigentümer kann etwas aus seinem Hab und Gut einem anderen Menschen in zeitweiligen Besitz übergeben und damit Gewinn machen oder wenigstens eigene Kosten mindern. Das ist eine altbewährte Methode im kommerziellen Leben. Ein "homo empathicus" (Rifkin), den die Lust am Teilen motiviert, tritt damit nicht auf.

Wenn ein Autoeigentümer sein Fahrzeug für einige Stunden gegen Entgelt verleiht oder der Eigentümer einer Wohnung diese für ein paar Wochen, handelt es sich um ein noch nicht formalisiertes Kleinstgewerbe. Da wird die Finanzverwaltung aufmerksam, sie möchte das steuerlich in ihren Griff nehmen. Und versicherungsrechtliche Probleme melden sich an. Beides treibt dazu an, das "Sharing" beim Kleineigentum wirtschaftsrechtlich in "Ordnung" zu bringen und sich einer regelrechten Firma unterzuordnen. Die sorgt dann für das Rechnungswesen und auch für die Anwerbung und Administration von Kundschaft. Selbstverständlich möchte sie daraus profitieren. Man muss kein Marxist sein, um auch in diesem Geschäftsfeld eine Tendenz zur Konzentration zu vermuten - nicht unbedingt des Eigentums, aber der gewinnträchtigen Vermarktung und Verwaltung desselben. Rustikal ausgedrückt: Auch Kleinvieh macht Mist, vor allem wenn viele kleine Viecher sich betätigen.

"Sharing" gegen Entgelt als Alltagsphänomen wirkt, wenn man es so nennen will, erzieherisch. Den Lernprozess hat dann erfolgreich ein Jugendlicher vollzogen, der seine schicke Uhr für einen Abend dem Kumpel leiht, für ein paar Euros, als

Vorzeigeobjekt zum individuellen Statusgewinn. Evgeny Morozov hat diese Form des "Teilens" als neue Fähigkeit des Kapitalismus beschrieben, "eine Ware, die gekauft und damit dem Markt entzogen wurde, in einen mietbaren Gegenstand zu verwandeln, der den Markt erst gar nicht verlässt".

Geteiltes Eigentum oder genauer gesagt: "Gemeineigentum" ist ein anderes Ding, es hat eine lange Geschichte, in vorkapitalistischen Ausformungen (zum Beispiel der agrarischen Almende) und in Bemühungen, zum Kapitalismus wirtschaftliche Alternativen zu entwickeln, etwa genossenschaftliche Strukturen von Produktion, Konsum und Wohnen. Was die zweitgenannte Form angeht, so ist aufschlussreich, wie anfällig sie wurde für die Verwandlung in kapitalistische Eigentumsverhältnisse.

Noch einmal zu Jeremy Rifkin: Seiner Hoffnung auf die "kollaborative" Zukunft liegt eine ökonomische Hypothese zugrunde, die nämlich, dass im Zuge der Digitalisierung eine "Null Grenzkosten Gesellschaft" sich herausbilde. So auch der Obertitel seines neuen Buches. Gemeint ist, dass nach der Entwicklung und Erstherstellung eines Produktes die Kosten für dessen weitere Verbreitung sich minimieren, die Inbesitznahme durch eine Masse von Nutzern dadurch spottbillig wird und kaum noch Profit bringt. Dann würde sich kapitalistische Ökonomie nicht mehr lohnen.

Wirtschaftswissenschaftliche Einwände gegen diese Prognose liegen nahe. Profit großen Stils können Konzerne und Investoren auch aus der Beherrschung und Verwertung einer Masse von "Eigenprodukten" machen. In der Netzwelt ist jetzt dieser Prozess der kapitalorientierten Aneignung voll im Gange. Zudem verschwindet die Industrie nicht, "Hardware" bleibt weiter in Gebrauch, auch wenn ihre Fertigung viel weniger Arbeitskräfte braucht. Dieser Markt bringt weiterhin Profit. Das gilt auch für das Großeigentum an Ressourcen, zunehmend z.B. an Boden und an Wasser. Personenbezogene Dienstleistungen sind nicht insgesamt zu ersetzen durch digitale Hilfen; auch hier dringen Großbetreiber nach vorn. Die kapitalistische Wirtschaftsweise hat seit jeher die Gewohnheit, alte Märkte zu verlassen und Neuland für sich zu gewinnen.

Aber davon abgesehen: So richtig sicher ist der Autor sich seines Optimismus nicht.

Im Untertitel der deutschen Ausgabe seines Werkes wird "der Rückzug des Kapitalismus" angekündigt. In der US-amerikanischen Originalausgabe aber steht dort: "The Eclipse of Capitalism". Astronomisch bedeutet Eklipse: Zeitweilige Verdunkelung eines Himmelskörpers, von der Erde aus betrachtet.

Erschienen in Telepolis am 20.10.2014

Christian Siefkes

Peer Produktion

Wie im Internet eine neue Produktionsweise entsteht

"Kreativ zu sein, ist eine inhärente Eigenschaft des menschlichen Geistes ... Warum singt Figaro, warum schreibt Mozart Musik, die Figaro singt, warum erfinden wir alle neue Worte? Weil wir es können. Homo ludens trifft Homo faber. Die soziale Bedingung globaler Verbundenheit, die wir das Internet nennen, ermöglicht uns allen, kreativ zu sein auf eine neue und nie erträumte Weise. Wenn wir nur nicht das 'Eigentum' dazwischenfunken lassen."

So beschreibt der US-amerikanische Rechtsprofessor Eben Moglen (1999) das bemerkenswerte Phänomen, das Peer-Produktion genannt wird. Es hat die Art und Weise der Produktion von Software und Kulturgütern in den letzten Jahrzehnten kräftig durcheinander gewirbelt. Was ist das Geheimnis der Peer-Produktion, und wie weit reicht ihr Potential? Warum und unter welchen Umständen kommt es zur spontanen und ungezwungenen Kooperation gleichberechtigter "Peers"? Welche Bereiche der gesellschaftlichen Produktion wurden dadurch schon verändert, und wo stehen Veränderungen ähnlicher Reichweite bevor? Darum soll es im Folgenden gehen.

Die Grundlagen der Peer-Produktion

Gemeingüter und freiwillige Kooperation: Eines der ältesten und bekanntesten Beispiele ist die Freie Software. Zu den verbreitetsten Projekten gehört das Betriebssystem Linux, das nach Microsoft Windows und Apple Mac OS auf Platz 3 der am häufigsten benutzten Betriebssysteme steht. Vielen Endnutzer/innen vergleichsweise unbekannt, wird es auf vielen Webservern und Rechnern, die zuverlässig laufen müssen, verwendet. Linux basiert seinerseits auf dem GNU-

Projekt - einem Projekt, das die Bezeichnung "Freie Software" erfunden und definiert und das Selbstverständnis der Community stark geprägt hat.

Hinzu kommt eine Vielzahl freier Anwendungsprogramme, die auf den unterschiedlichsten Betriebssystemen laufen. Zwei der bekanntesten sind der Webbrowser Firefox, der in Deutschland ähnlich erfolgreich ist wie sein großer Konkurrent, der Microsoft Internet Explorer, und das E-Mail-Programm Thunderbird - beide werden vom Mozilla-Projekt entwickelt. Doch auch zur Bearbeitung von Grafiken, Audioaufnahmen oder Videos, für Programmiersprachen oder auch Spiele - wo sich genügend Leute finden, entstehen freie Programme.

Freie Software ist ein Gemeingut, das alle nicht nur nutzen, sondern an dessen Weiterentwicklung sich auch alle beteiligen dürfen. Dabei sind Gemeingüter - anders als Software - durchaus alte Phänomene. In früheren Gesellschaften galten Wasser, Luft, Wälder und Land als Gemeingüter (Allmenden oder engl. Commons). Sie wurden von größeren oder kleineren Gruppen genutzt, konnten aber niemals Privateigentum im modernen Sinne mit umfangreichen Exklusivrechten der Privateigentümer/innen werden (vgl. Tomales Bay Institute 2006).

Alle Gemeingüter, materielle wie immaterielle, haben gemeinsam, dass sie von einer Gemeinschaft produziert und gepflegt werden und dass sie für die Nutzer/innen nach gemeinsam festgelegten Regeln verfügbar sind. Wer das Gemeingut nutzen kann, wird von der Gemeinschaft festgelegt, die sich darum kümmert - mindestens die Mitglieder dieser Community, im Falle von Freier Software oder anderen Formen Freien Wissens sogar die ganze Welt. Gemeingüter sind also niemals einfach nur da, sondern müssen entwickelt und gepflegt werden.

Um diese gemeinschaftliche und offene Produktionsweise zu bezeichnen, die in den letzten Jahrzehnten die Entwicklung des Internets geprägt hat, hat der amerikanische Jurist Yochai Benkler (2006) den Begriff der commonsbasierten Peer-Produktion geprägt. Commons, die Gemeingüter, sind die Grundlage, während Peer-Produktion den Modus der Zusammenarbeit bezeichnet. Mit ihr ist die

freiwillige Kooperation von Gleichberechtigten (engl.: Peers) gemeint, die zum gemeinsamen Ziel beitragen. Man kooperiert mit anderen also nicht, um Geld zu verdienen oder aus Zwang, sondern weil man mit ihnen dasselbe Ziel (oder ein ähnliches Ziel) teilt. Die Kooperation macht deshalb Sinn, ohne externen Anreiz wie Geld oder Zwang. Freie Software fällt nicht vom Himmel, sondern wird von Leuten geschaffen, die als Peers zusammenarbeiten.

Beispiele der Peer-Produktion

Was in den 1980er Jahren mit der Freien Software begann, hat um die Jahrtausendwende auf andere Inhalte übergegriffen. Das bekannteste und größte Projekt für Freie Inhalte ist die Wikipedia, eine Enzyklopädie, die nicht nur eine der zehn beliebtesten Websites ist, sondern auch von Hunderttausenden Nutzern/innen weiterentwickelt wird. Sie hat herkömmlichen Enzyklopädien wie dem "Brockhaus", der "Encyclopaedia Britannica" oder proprietären (nichtfreien) digitalen Lexika wie der "Microsoft Encarta" inzwischen weitgehend das Wasser abgegraben.

Für solche Freien Inhalte werden meist Creative-Commons-Lizenzen verwendet. Die Idee des Creative-Commons-Projekts war es, das Lizenzmodell, das für Freie Software funktionierte, anderen Werken wie Texten, Musik oder Filmen anzupassen. Im Rahmen dieses Projekts bietet sich eine ganze Familie von Lizenzen zur Auswahl an, aus der sich Autor/innen aussuchen können, welche Rechte sie freigeben und welche nicht. Einer dieser Bausteine ist das Copyleft, das später noch Thema sein wird; ein anderer ist die Entscheidung der Autor/innen, ob sie kommerzielle Nutzungen zulassen oder nicht (bei Freier Software sind sie immer erlaubt). Ein weiterer Baustein ist, ob das Werk von anderen nur in unveränderter Fassung genutzt und weitergegeben werden kann, oder ob auch Änderungen erlaubt sind. (Von "Peer-Produktion" kann man nur reden, wo Änderungen zulässig sind, da andernfalls keine Beiträge anderer möglich wären.)

Ein weiteres großes Projekt ist OpenStreetMap, in dem frei nutzbare Karten der ganzen Welt erstellt werden, in die all das eingetragen werden kann, was interessiert. Über die reine Informationsproduktion hinaus gehen die Freien Funknetze. Deren

Idee ist die Öffnung der drahtlosen Internetzugänge (WLAN) der Beteiligten, so dass andere in der Nähe online gehen können. Diese Freien Funknetze können auch kleine autonome Netzwerke bilden, in denen die zusammengeschalteten Rechner miteinander kommunizieren (wobei andere Rechner im Netzwerk die Daten weiterleiten, wenn zwischen Start- und Zielrechner keine direkte WLAN-Verbindung besteht). In Entwicklungsländern, wo es mancherorts kein Internet gibt, kann man über solche autonomen Funk-Netzwerke ohne Internetzugang telefonieren oder Mails austauschen.

Auch Gemeinschaftsgärten (community gardens) sind eine Form der Peer-Produktion, die freilich mit der digitalen Welt nichts zu tun hat. Gemeinsam werden Freiflächen gesucht, oft ungenutzte, verwilderte Grundstücke in der Stadt, und dort ein Garten angelegt. So entstehen städtische Allmenden, die allen offen stehen und von Freiwilligen gestaltet und gepflegt werden.

Wie und warum funktioniert Peer-Produktion?

Was die Beteiligten motiviert: Wie kommt es, dass die Peer-Produktion in so vielen Bereichen gut funktioniert? Dies hat insbesondere in der Anfangszeit einige Verwirrung ausgelöst, da sie augenfällig dem gängigen Modell des Homo oeconomicus widerspricht (vgl. z.B. Kirchgässner 2008). Ihm liegt die Annahme zugrunde, man tue Dinge, um Geld zu verdienen oder auf andere Weise den Eigennutzen zu maximieren, wobei der Nutzen des einen oft genug als Schaden der anderen gesehen wird.

Manche der an Peer-Projekten Beteiligten passen gut in dieses Schema: Es gibt Firmen, die mit Freier Software Geld verdienen, indem sie z.B. Dienstleistungen rund um die Software verkaufen und sich deshalb an der Entwicklung der Software beteiligen. Andere Firmen nutzen eine bestimmte Freie Software selbst und beauftragen deswegen Mitarbeiter/innen, sie anzupassen und weiterzuentwickeln. Aber damit lassen sich keineswegs alle Beteiligten erfassen: bei vielen Freien Softwareprojekten engagiert sich der Großteil der Beteiligten unentgeltlich [6] ; bei der Wikipedia wird praktisch niemand für die Teilnahme bezahlt.

Studien über die Beteiligung an Freien Softwareprojekten oder anderen Formen der Peer-Produktion (z.B. Lakhani und Wolf 2005, Lehmann 2004) ergeben verschiedene Motivationen, die man in drei Gruppen zusammenfassen kann:

Erstens gibt es pragmatische Gründe: man beteiligt sich an der Produktion eines Gutes (z.B. einer Software), weil man es haben möchte. Wird diese Software im Internet freigegeben, so schadet dies der Einzelnen nicht; im besten Fall nutzt es ihr, weil andere sich finden, die sich an ihrer Entwicklung beteiligen: gemeinsam kommt man schneller ans Ziel. Noch besser ist es, wenn eine Freie Software schon ungefähr das tut, was man braucht. Dann lässt sich auf der Arbeit anderer aufbauen, um sie so abzuändern, dass sie den eigenen Bedürfnissen entspricht. Es macht also aus ganz pragmatischen Gründen Sinn, sich an der Weiterentwicklung der Software zu beteiligen.

Ein zweiter Grund ist Spaß oder Befriedigung: Man macht es, weil man es gerne macht. Linus Torvalds, der Gründer des Linux-Projekts, hat seine Autobiografie "Just for Fun" genannt (Torvalds und Diamond 2001). Mittlerweile verdient er mit Linux Geld; aber dies war nicht seine anfängliche Motivation. Er hatte das Projekt gestartet, weil er Spaß daran hatte. Viele, die zur Wikipedia beitragen oder Freie Software schreiben, tun es, weil sie es genießen.

Eine dritte Art von Gründen ist ethischer Natur. Richard Stallman, dem Gründer des GNU-Projekts, ging es darum, "seinen Nachbarn helfen" zu können (vgl. Stallman 2002, insb. Kap. 1). Er fand es inakzeptabel, dass man z.B. mit Windows oder Microsoft Office auf dem Rechner seinen Nachbar/innen offiziell nicht helfen darf. Ethisch richtig wäre, die Software an den Nachbarn weiterzugeben, wenn er sie auch gerne hätte; mit proprietärer Software aber macht man sich dabei strafbar. Um dieses Dilemma aufzulösen, beschloss er, nur solche Software zu schreiben und zu unterstützen, die den ethischen Wunsch nicht erschwert oder kriminalisiert. Ein anderes häufig genanntes ethisches Motiv für die Beteiligung an Freien Projekten ist: "Ich möchte der Community etwas zurückgeben". Da andere mir Gutes getan haben, möchte ich selbst anderen Gutes tun.

Die Spielregeln der Kooperation

Peer-Projekte unterscheiden sich grundsätzlich von anderen Formen der Zusammenarbeit. In Firmen oder beim Militär sind es Vorgesetzte, die den Untergebenen sagen, was zu tun ist. In Schulen sind es die Lehrer/innen, die den Schüler/innen vorschreiben. Als Selbständige/r geht man Verträge ein, die verpflichten.

Bei Peer-Projekten gibt es nichts dergleichen. Hier steht stattdessen ein gemeinsames Ziel am Anfang. Eric Raymond, einer der ersten, der Freie Software nicht nur selbst entwickelt, sondern auch analysiert hat, schrieb: "Jede gute Software setzt an einer Stelle an, wo's ihre Entwickler/in juckt" (Raymond 2001, eigene Übersetzung). Am Anfang steht ein Bedürfnis, das man sich erfüllen, oder eine Idee, die man umsetzen möchte; man sucht dann andere, die ein ähnliches Ziel verfolgen, da man es durch die Zusammenarbeit besser und schneller erreichen kann. Peer-Produktion basiert also auf dem Bedürfnisprinzip: die konkreten Bedürfnisse, Wünsche und Ziele der Beteiligten bestimmen, was geschieht.

Da alle Beteiligten freiwillig mitarbeiten, brauchen die Gründer oder Koordinatoren des Projekts ("Maintainer/in" genannt) Takt und Fingerspitzengefühl, um niemand zu verprellen. Die anderen können nicht als bloße Zuarbeiter/innen behandelt werden wie in Firmen, sondern sind "Peers", Ebenbürtige, die nur kommen und bleiben, wenn der/die Maintainer/in dies anerkennt. Projektgründer/innen behandeln daher andere nicht deswegen als ebenbürtig, weil sie gute Menschen sind, sondern weil sie keine Alternative haben, wenn ihr Projekt nicht scheitern soll.

Wichtig ist für jedes Projekt, weitere Mitarbeiter zu gewinnen; denn je kleiner die Gruppe ist, desto langsamer geht das Projekt voran und desto größer ist das Risiko, dass es einschläft. Da die meisten Beitragenden aus dem Kreis der Nutzer/innen kommen, sind Peer-Projekte freigiebig im Umgang mit ihren Resultaten und teilen, was sie können. Denn je mehr Leute die Ergebnisse des Projekts nutzen, desto mehr potenzielle Beitragende hat es.

"Teilen, was man kann", bedeutet bei digitaler Peer-Produktion, dass die Software bzw. die entwickelten Inhalte als Gemeingüter freigegeben werden, so dass sie von

allen genutzt werden können. Bei Gemeinschaftsgärten heißt es, dass der Garten frei zugänglich ist; bei Freien Funknetzen, dass das Funknetz ohne Hürden von allen genutzt werden kann, die in Reichweite sind.

Festzustellen ist, dass der Übergang von Nutzer/innen zu aktiv Beitragenden im Allgemeinen fließend ist. Ein Großteil nutzt die Produkte nur; einige tragen gelegentlich bei, wenn ihnen etwas auffällt; nur ein kleiner Teil engagiert sich regelmäßig und intensiv. Da jede/r selbst entscheidet, ob und wie intensiv er/sie sich beteiligt, ist es für Projekte wichtig, offen zu sein und niedrige Einstiegshürden zu haben. Soll ein Projekt florieren, muss es sowohl die Nutzung der Projektergebnisse als auch die aktive Beteiligung leicht machen.

Da die Mitarbeit bei Peer-Projekten freiwillig ist, ist niemand gezwungen, bestimmte Aufgaben zu übernehmen. Die Aufgabenverteilung erfolgt stattdessen in einem offenen Prozess, für den sich in Anlehnung an das griechische Wort "stigma" (dt.: "Zeichen", "Hinweis") der Begriff Stigmergie etabliert hat (vgl. Heylighen 2007). Die Beteiligten hinterlassen Hinweise, was sie sich wünschen oder was verbessert werden sollte. In der Wikipedia oder anderen Wikis [7] gehören zu solchen Hinweisen "rote Links" auf Seiten, die es noch nicht gibt. Bei Freien Softwareprojekten werden Hinweise in To-Do-Listen und Bugreports (Fehlerberichten) gesammelt. Viele der Neueinsteiger/innen orientieren sich an diesen Hinweisen, ebenso jene, die eine bestimmte Arbeit abgeschlossen haben und neue Aufgaben suchen. Je mehr Beteiligten eine Sache am Herzen liegt, desto sichtbarer werden die Hinweise und desto größer die Chance ihrer Bearbeitung.

Peer-Produktion basiert auf vielfältigen flexiblen Projektstrukturen, die sich den Bedürfnissen der Beteiligten gemäß entwickeln (vgl. z.B. Bruns 2008, Lehmann 2004, O'Neil 2009). Kleine Projekte kommen weitgehend ohne formale Strukturen aus. Hier gibt es typischerweise eine Person, die "Maintainer/in", an die sich diejenigen wenden, die etwas beitragen möchten. Bei großen Projekten wird es komplexer: Neben den Hauptmaintainern gibt es oft eine Reihe von Bereichsmaintainer/innen, die sich um bestimmte Teilbereiche oder Aufgabengebiete kümmern. Das Linux-Projekt etwa hat ca. 100 Bereichsmaintainer/innen, die dem Projektgründer, Linus Torvalds, die meisten

Entscheidungen abnehmen. Bei anderen Projekten, z.B. der Linux-Distribution Debian und der Programmiersprache Perl, steht nicht ein€ langfristig aktive Maintainer/in im Zentrum, sondern eine Person oder eine Gruppe, die regelmäßig neu gewählt wird. Ähnlich bei der Wikipedia, die mittlerweile eine sehr komplexe Struktur hat.

Für die Entscheidungsfindung in Freien Projekten hat sich das Prinzip des groben Konsenses etabliert: auch wenn es eine(n) Maintainer/in oder Koordinator/in gibt, kann sie nicht allein entscheiden, sondern muss sich um die Einigung zumindest mit dem Großteil der Beteiligten bemühen. Nicht alle müssen der Entscheidung begeistert zustimmen, aber zumindest sollte kaum jemand vehement widersprechen.

Der Begriff des groben Konsenses geht auf David Clark zurück [8] , einen der Hauptakteure der Internet Engineering Task Force, die die wichtigsten technischen Standards für das Internet entwickelt:

» Wir lehnen ab: Könige, Präsidenten und Abstimmungen. Wir glauben an: groben Konsens und lauffähigen Code.«

"Lauffähiger Code" meint, dass die getroffenen Entscheidungen gut umsetzbar, d.h. technisch und sozial sinnvoll, sein sollen. Es geht um das Finden einer guten Lösung, nicht darum, den eigenen Willen durchzusetzen. Die Ablehnung von "Präsidenten und Abstimmungen" soll klarmachen, dass auch dort, wo gewählt wird, die Gewählten nicht Repräsentant/innen sind, die nur ihrem Gewissen verpflichtet sind. Unabhängig davon, wer entscheidet, soll es vor allem darum gehen, dass die Projektbeteiligten mit der Entscheidung zufrieden sind. Knappe Mehrheitsentscheidungen oder ohne Rücksprache mit der Community getroffene Entscheidungen führen häufig dazu, dass ein Großteil der Beteiligten mit der Entscheidung unzufrieden ist und dem Projekt den Rücken kehrt. Da dies das Projekt schwächt, wird es nach Möglichkeit vermieden.

Für Fälle, in denen in einem wesentlichen Punkt tatsächlich keine Einigung erzielt werden kann, gibt ein etabliertes und akzeptiertes Muster: alle, die sich fehl am

Platz fühlen, können das Projekt verlassen und ein eigenes aufmachen. Man nennt dies forken [9] : Das Projekt wird in zwei separate Projekte aufgeteilt. So lassen sich Konflikte ohne endlose Streitereien lösen.

Drei Freiheiten, die ein Gemeingut definieren: Freie Software und andere Freie Werke sind, wie gesagt, Gemeingüter, die alle nicht nur nutzen, sondern bei Interesse auch selber anpassen und weiterentwickeln können. Freie Werke werden dabei durch drei Freiheiten definiert:

- Jede/r darf das Werk verwenden, wie sie oder er es möchte. Dies klingt selbstverständlich; aber bei proprietärer Software gibt es oft viele Klauseln, die genau regulieren, was man machen darf und was nicht. Freie Software erlaubt dies nicht.

- Jede/r darf das Werk verändern und den eigenen Bedürfnissen und Vorstellungen anpassen. Dazu ist notwendig, zunächst untersuchen zu können, wie es funktioniert. Für Software benötigt man dazu den Zugang zum Quellcode, also zu der Version der Software, die Menschen erstellt haben und verändern können. Deshalb wird Freie Software auch Open Source genannt. Der Quellcode (Sourcecode) muss zugänglich sein, damit andere nicht nur das theoretische Recht, sondern auch die praktische Möglichkeit zur Änderung haben.

- Jede/r darf das Werk kopieren und verbreiten. Man darf es weitergeben und mit anderen teilen, ohne dafür um Erlaubnis zu fragen.

Damit ein Werk frei ist, müssen diese drei Freiheiten nicht nur einzeln gelten, sondern auch in Kombination. So muss es möglich sein, ein Werk zu verändern und die geänderte Fassung anderen weiterzugeben. Bei Freier Software wird daher meist von "vier Freiheiten" gesprochen, wobei die vierte die Kombination der zweiten und dritten ist: das Recht, veränderte Versionen zu verbreiten.

Durch diese beiden Freiheiten - das Recht zum Kopieren und zum Erschaffen neuer, abgewandelter und verbesserter Werke - entsteht die Fülle, der Reichtum der digitalen Welt. Wer ein bestimmtes Bedürfnis hat oder ein bestimmtes Ziel verfolgt, muss sich weder mit dem begnügen, was da ist, noch muss er oder sie bei Null anfangen. Stattdessen kann man auf Vorhandenem aufbauen, es erweitern und verbessern.

Die drei Freiheiten sind dabei keine bloßen Versprechen, die man zurücknehmen oder einschränken könnte. Sie sind vielmehr unwiderrufliche Rechte, die allen für alle Zeiten eingeräumt werden, wenn ein Werk einmal unter diesen drei Freiheiten veröffentlicht wurde.

Doch was ist mit veränderten Fassungen? Ändere ich ein Werk, entsteht ein neues, über das ich als Urheber verfügen kann. Ich könnte also sagen: "Es wird nicht freigegeben; ihr müsst es bei mir kaufen." Manche der Autor/innen Freier Software haben damit kein Problem. [10] Anderen, wie dem GNU-Projekt, ist es wichtig, dass nicht nur die eigenen Versionen, sondern alle Versionen der Software frei bleiben. Dafür gibt es das Copyleft-Prinzip: Es schreibt fest, dass alle abgeleiteten Werke unter derselben oder einer sehr ähnlichen Lizenz stehen müssen wie das Original. Somit gelten die drei Freiheiten auch für alle Nutzer/innen veränderter Fassungen, und die Freiheit von unter Copyleft stehenden Werken ist nicht nur für das Original, sondern auch für alle Weiterentwicklungen gesichert.

Von Freiem Wissen zu Freien Dingen?

Spielarten des Teilens: Funktioniert Peer-Produktion nur in der immateriellen Welt des Wissens, das so leicht zu kopieren und zu vervielfältigen ist und nicht schlechter wird, wenn andere es nutzen? Ist Ähnliches auch in der materiellen Welt denkbar, oder greift der gern geäußerte Einwand (z.B. Davey 2010), dass Peer-Produktion uns zwar einen virtuellen Überfluss an leicht kopierbaren Informationsgütern beschert, aber bei materiellen Gütern nicht greifen kann, da diese nicht einfach kopiert werden können?

Dieser Einwand tangiert insbesondere die dritte der oben genannten Freiheiten -

das Recht, Werke weiterzugeben und mit anderen zu teilen. Er wirft die Frage nach der Vervielfältigung materieller Dinge auf, um die es im nächsten Abschnitt gehen soll. Zunächst ist jedoch zu beachten, dass es noch andere Möglichkeiten zum Verbreiten und Teilen von Dingen gibt.

Manche Dinge lassen sich gut gemeinsam nutzen. Ein Beispiel sind öffentliche Verkehrsmittel: Je mehr Leute eine bestimmte Buslinie benutzen, desto höher wird die sinnvolle Taktfrequenz, desto häufiger können die Busse also fahren. Für die Nutzer/innen ist das von Vorteil, weil sie schneller zum Ziel kommen. Dadurch steigt zwar der Ressourcenverbrauch, aber viel langsamer als beim Individualverkehr. Bei Netzwerken und ähnlichen Systemen wird dieser Effekt als Netzwerkeffekt bezeichnet: Je mehr Menschen am Internet oder am Telefonnetz beteiligt sind, mit desto mehr Leuten kann man kommunizieren und interagieren. Je größer das Netzwerk, desto besser für alle. Zwar steigt mit steigender Teilnehmerzahl auch der Ressourcenverbrauch, aber im Allgemeinen weniger als die Zahl der Teilnehmer.

Zudem können bestimmte Dinge oft nicht nur von einer Person, sondern von mehreren gleichzeitig benutzt werden. Das ist die Idee der Freien Funknetze: Ich kann meinen Zugangspunkt zum Internet problemlos mit anderen teilen, da ich nur selten die gesamte Bandbreite ausnutze. Dadurch dass zwei oder drei andere meinen Zugang mitbenutzen, wird er im Allgemeinen nicht spürbar langsamer.

Eine andere Möglichkeit ist die abwechselnde Nutzung. Wer ein Fahrrad oder Auto benötigt, braucht es nicht die ganze Zeit - bei schlechtem Wetter oder für lange Strecken nimmt man Bus oder Bahn anstelle des Fahrrads, und wer zuhause ist, braucht es auch nicht. Die Einrichtung von Pools ermöglicht es, Ressourcen und Aufwand zu sparen. Sie enthalten Dinge wie Fahrräder, Autos, Werkzeuge oder Waschmaschinen, die von einer Gruppe von Leuten abgewechselt genutzt werden.

Eine weitere Spielart des Teilens von Dingen ist ihre Weitergabe an andere, wenn man sie nicht mehr braucht. So ist das BookCrossing-Projekt ein weltweit erfolgreiches Peer-Projekt, das sich zum Ziel gesetzt hat, gelesene Bücher freizugeben und "wandern" zu lassen in der Hoffnung, neue interessierte Leser/

innen zu finden.

Bei der Peer-Produktion materieller Dinge dürfte die Weitergabe zur allgemeinen Gepflogenheit werden, da sie immer bedarfsorientiert erfolgt: Dinge werden produziert, um verwendet zu werden, nicht um ungenutzt zu verstauben. Dies ist anders bei der Produktion für den Markt, auf dem den Verkäufer nicht interessiert, was nach dem Verkauf mit dem Produkt passiert. Als materielles Gegenstück zum oben erwähnten Copyleft wäre für Peer-produzierte Dinge eine "Nutze-oder-teile"-Klausel denkbar, die festlegt: "Du darfst das Gut nutzen, wie und wie lange du willst; aber wenn du es nicht mehr nutzen willst und es noch brauchbar ist, gib es an andere weiter, damit es in Verwendung bleibt."

Ein Gegenstück zum Copyleft wäre eine solche Regelung insbesondere dann, wenn sie transitiv gilt, wenn also die Produzent/innen von Produktionsmaschinen und anderen Werkzeugen sagen: "Dieses Werkzeug fällt unter die Nutze-oder-teile-Klausel, und alle damit hergestellten Dinge tun das ebenfalls." Damit würden alle mit Hilfe solcher Werkzeuge hergestellten Dinge - ob Fahrräder, Häuser oder Computer - unter diese Regelung fallen; sie könnten genutzt oder anderen zur Nutzung übergeben werden, dürften aber nicht verkauft oder vermietet werden.

Die Peer-Produktion materieller Dinge

Es gibt also verschiedene Möglichkeiten, Dinge mit anderen zu teilen und gemeinsam zu nutzen. Dies ändert jedoch nichts daran, dass sie erstmal produziert werden müssen. Wir kommen also um die Frage der Vervielfältigung materieller Güter nicht herum.

Tatsächlich ist der Unterschied zwischen der Vervielfältigung von Informationen und materiellen Dingen nicht so fundamental, wie gerne behauptet wird, sondern eher graduell. Dass Informationen heute nahezu kostenlos weitergegeben und vervielfältigt werden können, liegt an der beinahe universellen Verfügbarkeit [11] einer Infrastruktur, die dies ermöglicht: dem Internet als dezentralem und kostengünstig zugänglichen Netzwerk und den unzähligen Computern, die es verbindet. Grundsätzlich lassen sich auch materielle Güter vervielfältigen -

tatsächlich ist moderne Massenproduktion nichts anderes als die sehr effiziente Vervielfältigung materieller Güter.

Aber, so der Einwand, gibt es Informationsgüter nicht im Überfluss, während materielle Güter notwendigerweise knapp sind? Knappheit bedeutet, dass "ein materielles oder ideelles Gut in geringerer Menge vorhanden ist, als man seiner bedarf". Möchten zwei Personen gleichzeitig Rad fahren, haben aber insgesamt nur ein Fahrrad zur Verfügung, ist das Fahrrad knapp. Stellen sie ein zweites Fahrrad her oder gibt es ihnen jemand, ist die Knappheit überwunden.

Auch bei materiellen Dingen ist Knappheit also keine "natürliche" und unvermeidliche Eigenschaft, sondern eine gesellschaftliche: Ob ein Gut knapp ist, hängt davon ab, in wie großer Stückzahl es produziert und wie es verteilt wird. Je nach Anzahl der Interessent/innen braucht man vielleicht nicht nur zwei, sondern drei oder fünf oder (für alle heute lebenden Menschen) ca. sieben Milliarden Fahrräder; das heißt aber nicht, dass die Produktion dieser Fahrräder unmöglich wäre.

In gewissen Fällen wird sie allerdings durch die Endlichkeit der natürlichen Ressourcen und die begrenzte Aufnahmekapazität der Erde verhindert. Es wäre kaum möglich, sieben Milliarden Autos herzustellen und zu verwenden, da allein das benötigte Benzin die vorhandenen Ölvorräte in kurzer Zeit aufbrauchen und die freigesetzten CO2-Emissionen die Erderwärmung katastrophal beschleunigen würden (vgl. Exner et al. 2008). Hingegen sollte es ohne Weiteres möglich sein, Fahrräder für alle zu produzieren, ohne dass die Grenzen der verfügbaren Biokapazität gesprengt werden. Auch für andere nicht allzu ressourcenintensive Dinge sollte es möglich sein, sie in ausreichender Zahl zu produzieren, um die entsprechenden Bedürfnisse zu befriedigen.

Zweifellos ist das Vervielfältigen materieller Dinge nicht so einfach wie das Kopieren von Informationen. Unter gewissen Umständen sind aber auch materielle Produkte kopierbar, nämlich dann, wenn man über die gesamten Baupläne sowie über die benötigten Produktionsmittel und Ressourcen verfügt.

Was die erste dieser drei Voraussetzungen betrifft, gibt es heute schon viele Peer-Projekte, die Baupläne und Konstruktionsbeschreibungen gemeinsam entwickeln und gemäß den drei Freiheiten mit der ganzen Welt teilen - dies wird Freies Design oder Open Hardware genannt. Dieser Bereich der Peer-Produktion ist zwar noch vergleichsweise klein, wächst aber stark. [12]

Von besonderem Interesse sind Open-Hardware-Projekte, die sich der zweiten Voraussetzung, nämlich der Produktion von Produktionsmitteln widmen. Dazu gehören der Contraptor, eine Plattform für den experimentellen Bau von CNC- und anderen Maschinen, sowie sogenannte 3D-Drucker wie RepRap und Fab@Home. [13] Gleichzeitig entstehen selbstorganisierte Räume - beispielsweise Hackerspaces und Fab Labs -, in denen solche Tools genutzt werden können. Diese Projekte sind noch in einem frühen Stadium; es ist jedoch denkbar, dass eine frei zugängliche Infrastruktur für die Produktion nützlicher Dinge entsteht. Dies wird insbesondere dann spannend, wenn die freien Produktionsmaschinen so vielseitig und leistungsfähig werden, dass mit ihrer Hilfe weitere ähnlich leistungsfähige Maschinen hergestellt werden können. Dies würde es ermöglichen, weitere offene Werkstätten aufzubauen, ohne die benötigte Ausstattung kaufen zu müssen.

Perspektivisch könnte dieses Modell einer gemeinschaftlichen, selbstorganisierten Produktion den Markt in immer weiteren Bereichen überflüssig machen. Dinge, die ohne viel Aufwand gemeinsam selber hergestellt werden können, müssen nicht mehr mit Geld gekauft werden. Dies reduziert die Abhängigkeit von Lohnarbeit oder staatlichen Almosen und eröffnet neue Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben.

Damit die Peer-Produktion auch jenseits des virtuellen Raums um sich greifen kann, ist allerdings auch die dritte genannte Voraussetzung von Bedeutung: die Frage nach den materiellen Ressourcen, und wer sie kontrolliert. Das Modell der Gemeingüter kann dafür Antworten bieten; denn die gemeinsame Verwaltung und Nutzung natürlicher Ressourcen als Gemeingüter war und ist an vielen Orten und auf vielfältige Weise gängige Praxis. Hier sind die Erkenntnisse von Commons-Forscher/innen wie der Wirtschaftsnobelpreisträgerin Elinor Ostrom (1999, 2009) und Historiker/innen wie Peter Linebaugh (2008) relevant, die klarmachen, dass

Gemeingüter keineswegs nur im virtuellen Raum des Internets von Bedeutung sind. Wenn sich die Menschen das Wissen und die natürlichen Ressourcen wieder als Gemeingüter aneignen, und wenn die Produktion in immer weiteren Bereichen bedarfsorientiert gemäß den Interessen und Vorstellungen der Beteiligten erfolgen kann, dürfte das kaum einen Bereich der menschlichen Gesellschaft unverändert lassen.

(Der Text Artikel ist zuerst im WIDERSPRUCH - Münchner Zeitschrift für Philosophie, Heft 52 (2010) erschienen.)

Literatur:

- Benkler, Yochai (2006): The Wealth of Networks: How Social Production Transforms Markets and Freedom. Yale University Press, New Haven. * Bruns, Axel (2008): Blogs, Wikipedia, Second Life, and Beyond: From Production to Produsage. Peter Lang, New York.
- Davey, Brian (2010): The Abundance of Food vs the Abundance of Recipes.. * Exner, Andreas; Christian Lauk; Konstantin Kulterer (2008): Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern. Ueberreuter, Wien. * Heylighen, Francis (2007): Warum ist Open-Access-Entwicklung so erfolgreich? In: Bernd Lutterbeck, Matthias Bärwolff, Robert A. Gehring (Hg.), Open Source Jahrbuch 2007. Lehmanns Media, Berlin.
- Kirchgässner, Gebhard (2008): Homo oeconomicus. Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Mohr, Tübingen, 3. Aufl. * Lakhani, Karim R.; Robert G. Wolf (2005): Why Hackers Do What They Do: Understanding Motivation and Effort in Free/Open Source Software Projects. In: Joseph Feller; Brian Fitzgerald; Scott A. Hissam; Karim R. Lakhani (Hg.), Perspectives on Free and

Open Source Software. MIT Press, Cambridge, MA.

- Lehmann, Frauke (2004): FLOSS Developers as a Social Formation. In: First Monday, 9(11).
- Linebaugh, Peter (2008): The Magna Carta Manifesto. University of California Press, Berkeley. Make (2009): Open Source Hardware 2009.
- Mikkonen, Teemu; Tere Vadén; Niklas Vainio (2007): The Protestant Ethic Strikes Back: Open Source Developers and the Ethic of Capitalism. In: First Monday, 12(2).
- Moglen, Eben (1999): Anarchism Triumphant: Free Software and the Death of Copyright. In: First Monday, 4(8). Deutsche Übersetzung.
- O'Neil, Mathieu (2009): Cyberchiefs: Autonomy and Authority in Online Tribes. Pluto, London.
- Ostrom, Elinor (1999): Die Verfassung der Allmende. Mohr, Tübingen.
- Ostrom, Elinor (2009): Gemeingütermanagement - eine Perspektive für bürgerschaftliches Engagement. In: Silke Helfrich und Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Wem gehört die Welt? Oekom, München, S. 218-228.
- Raymond, Eric S. (2001): The Cathedral and the Bazaar. In: The Cathedral and the Bazaar: Musings on Linux and Open Source by an Accidental Revolutionary. O'Reilly, Sebastopol, CA, 2. Aufl. Deutsche Übersetzung.
- Stallman, Richard M. (2002): Free Software, Free Society. GNU Press, Boston, MA.
- Tomales Bay Institute (2006): State of the Commons.

- Torvalds, Linus; David Diamond (2001): Just for Fun: The Story of an Accidental Revolutionary. HarperCollins, New York. Deutsche Ausgabe: Just for Fun. Wie ein Freak die Computerwelt revolutionierte. dtv, München 2002.

Robert Kurz

Marxsche Theorie, Krise und Überwindung des Kapitalismus

Fragen und Antworten zur historischen Situation radikaler Gesellschaftskritik

►Was unterscheidet diese Krise von allen vorangegangenen?

Robert Kurz: Der Kapitalismus ist nicht die ewige zyklische Wiederkehr des Gleichen, sondern ein dynamischer historischer Prozess. Jede große Krise findet auf einem höheren Niveau der Akkumulation und Produktivität statt als in der Vergangenheit. Deshalb stellt sich die Frage der Bewältigbarkeit oder Unbewältigbarkeit der Krise jedes Mal neu. Frühere Mechanismen der Lösung verlieren ihre Gültigkeit.

Die Krisen des 19. Jahrhunderts wurden überwunden, weil der Kapitalismus noch nicht die gesamte gesellschaftliche Reproduktion erfasst hatte. Es gab noch einen inneren Raum der industriellen Entwicklung. Die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre war ein struktureller Bruch auf einem viel höheren Niveau der Industrialisierung. Sie wurde bewältigt durch die neuen fordistischen Industrien und die keynesianische Regulation, deren Prototyp die Kriegswirtschaften des 2. Weltkriegs waren. Als die fordistische Akkumulation in den 1970er Jahren an ihre Grenzen stieß, mündete der Keynesianismus in eine Inflationspolitik auf der Grundlage des Staatskredits. Die sogenannte neoliberale Revolution verlagerte das Problem aber nur vom Staatskredit auf die Finanzmärkte.

Den Hintergrund bildete ein neuer struktureller Bruch der kapitalistischen Entwicklung, markiert durch die 3. industrielle Revolution der Mikroelektronik. Auf diesem qualitativ veränderten Niveau der Produktivität konnte kein Terrain

realer Akkumulation mehr erschlossen werden. Deshalb entwickelte sich auf der Basis von Verschuldung und substanzlosen Finanzblasen über mehr als zwei Jahrzehnte eine globale Defizitkonjunktur, die nicht dauerhaft tragfähig sein konnte. Die gesamte neoliberale Ära der Deregulation war begleitet von einer historisch beispiellosen Kette der Finanz- und Schuldenkrisen. Solange diese Krisen weltregional oder sektoral begrenzt waren, konnten sie durch eine Geldflut der Notenbanken eingedämmt werden. Damit wurden aber nur die Grundlagen für eine Kulmination des Krisenprozesses geschaffen.

Seit Herbst 2008 hat die Krise der 3. industriellen Revolution eine globale Dimension angenommen. Das Platzen der Finanzblasen bringt nun die mangelnde reale Akkumulation zum Vorschein. Der neue Krisen-Keynesianismus verlagert aber das Problem nur von den Finanzmärkten zurück auf den Staatskredit, allerdings auf viel höherem Niveau als in den 1970er Jahren. Der Staat hat so wenig wie damals die Kompetenz, dauerhaft die mangelnde reale Akkumulation zu subventionieren. Die Krise der Finanzmärkte wird abgelöst durch die Krise der Staatsfinanzen; Griechenland als aktueller Fall ist nur die Spitze des Eisbergs. Die notgedrungen einfallslose Rückverlagerung des Problems auf den Staat zeigt, dass derzeit keine neuen Mechanismen einer Lösung der Krise auf der erreichten Höhe der Produktivität in Sicht sind.

► Ihnen zufolge geht es mit dem Kapitalismus zu Ende. Stehen wir zum ersten Mal in der Geschichte vor der Möglichkeit, den Kapitalismus zu überwinden? Musste der Kapitalismus seine inneren Widersprüche bis zu diesem Punkt entwickeln, damit dies möglich wurde? War es zuvor unmöglich?

Robert Kurz: Die blinde Dynamik des Kapitalismus entfaltet sich nach ihren eigenen inneren Gesetzen. "Notwendig" und bis zu einem gewissen Grad determiniert ist dieser Prozess aber nur, solange die basalen Kategorien und Kriterien dieser historischen Produktions- und Lebensweise nicht praktisch in Frage gestellt werden. Bei einer entsprechenden Intervention hätte der Kapitalismus auf allen Stufen seiner Entwicklung gestoppt werden können. Dann hätte die Vergesellschaftung der Produktion einen anderen Verlauf genommen, über den wir nichts aussagen können, weil er real nicht stattgefunden hat.

Das ist keine Frage der objektiven Notwendigkeit, sondern eine Frage des kritischen Bewusstseins. Weder die Aufstände des 18. und frühen 19. Jahrhunderts noch die alte Arbeiterbewegung oder die neuen sozialen Bewegungen der letzten Jahrzehnte waren in der Lage, ein solches Bewusstsein hervorzubringen. Im Gegenteil wurden die kapitalistischen Formen von abstrakter Arbeit, Verwertung des Werts und moderner Staatlichkeit immer mehr verinnerlicht. Das ist aber nur faktisch so. Deshalb "musste" der Kapitalismus seine inneren Widersprüche nicht bis zu dem heute erreichten Punkt entwickeln, aber er hat es eben getan. Jetzt stehen wir vor der Aufgabe, auf dem erreichten Stand der Widersprüche die Kritik der kapitalistischen Formen und das Programm ihrer Überwindung neu zu formulieren. Das ist einfach unsere historische Situation, und es ist müßig, den verlorenen Schlachten der Vergangenheit nachzutrauern.

Auch wenn der Kapitalismus objektiv an absolute historische Grenzen stößt, kann die Emanzipation dennoch mangels eines ausreichenden kritischen Bewusstseins auch heute misslingen. Das Resultat wäre dann aber kein neuer Frühling der Akkumulation mehr, sondern, wie Marx gesagt hat, der mögliche gemeinsame Untergang in der Barbarei.

► Der Wertkritik (der Marxschen Theorie) zufolge durchläuft die Preis-Wert-Verbindung eine unendliche Anzahl von Vermittlungen. Dieses Band ist äußerst flexibel. Wie lässt sich dann behaupten, dass das Kapital seine innere Grenze erreicht hat?

Robert Kurz: Die Formen der Vermittlung von Wert und Preis sind nicht unendlich viele, sondern bilden eine allgemein bestimmbare Stufenfolge, deren Regulator die Konkurrenz ist. Als nahezu unendlich kann man dagegen die Anzahl der einzelnen Transaktionen bezeichnen. Das ist aber etwas anderes. Aufgrund der Vielzahl von empirischen Transaktionen auf allen Ebenen des Warenkapitals, des Geldkapitals und des Kredits, die zudem von der bürgerlichen Statistik nur unzureichend erfasst werden, lässt sich die Situation der realen Verwertung niemals exakt angeben. Es existiert immer eine gewisse Spannung von Theorie und Empirie. Dennoch kann die Theorie die beobachtbaren Erscheinungen in Beziehung zum wesentlichen inneren Prozess der Verwertung setzen. Denn das Band der

Vermittlungen von Wert und Preis ist zwar komplex, aber keineswegs unendlich flexibel.

Die Bewegung der Konkurrenz in den milliardenfachen einzelnen Transaktionen bezieht sich auf die gesamtgesellschaftliche reale Wertmasse, die nicht unmittelbar empirisch bestimmt werden kann. Diese reale Wertmasse ist aber laut Marx an die Substanz der abstrakten Arbeit gebunden, also an die Masse verausgabter abstrakt-menschlicher Energie im Funktionsraum des Kapitals. Das Kapital kann andererseits nicht beliebig viel menschliche Arbeitskraft anwenden, sondern nur nach Maßgabe des jeweiligen Standards der Produktivität, der wiederum von der Konkurrenz erzwungen wird. Die vermittelnden Formen zwischen Wert und Preis sind daher nicht beliebig dehnbar; ihre Flexibilität findet eine Grenze an der realen Quantität der gesellschaftlichen Substanz, die ihnen zugrunde liegt.

Allerdings stellt sich empirisch immer erst ex post heraus, ob die gesellschaftlichen Wert-Preis-Relationen substantiell ausgeglichen sind oder ob sie nur noch heiße Luft darstellen. Das erleben wir doch in der aktuellen Krise. Damit wird praktisch bewiesen, dass die Vorstellung einer unendlichen Flexibilität der Preise im Verhältnis zur Wertsubstanz eine grandiose Illusion war.

► Sie lesen die Marxsche Krisentheorie als Zusammenbruchstheorie, eine Theorie, die auf der Idee einer Unterproduktion von Kapital beruht. Andere Marxisten (Grossmann, Mattick) haben dies vor Ihnen getan, doch war eine solche Kritik stets ultraminoritär. Die Marxisten – gleich worin sie sich unterscheiden – haben die Marxsche Theorie als eine der ungleichen Verteilung von Reichtum gelesen und tun dies auch heute noch. Diese ungleiche Verteilung habe ihren Ursprung in der Spekulation, in der Deregulierung, in der Jagd nach Superprofiten auf den Finanzmärkten. Sie lehnen die Zusammenbruchstheorie ab. Sind beide Lesarten von Marx selbst gerechtfertigt? Gibt es einen doppelten Marx?

Robert Kurz: Der Begriff "Zusammenbruch" ist metaphorisch und suggestiv. Er wurde von Eduard Bernstein ohne jede theoretische Reflexion benutzt, um die Marxsche Krisentheorie unter dem Eindruck der empirischen kapitalistischen Entwicklung Ende des 19. Jahrhunderts pauschal abzuqualifizieren. Der Ausdruck

taucht im sogenannten Maschinenfragment der "Grundrisse" auf, die weder Bernstein noch seine Kontrahenten kannten, weil sie erst viel später publiziert wurden. Im 3. Band des "Kapital" spricht Marx exakter von einer "inneren Schranke des Kapitals", die schließlich zu einer absoluten wird.

Die früheren minoritären "Zusammenbruchstheorien" von Rosa Luxemburg und Henryk Grossmann argumentierten mit einer mangelnden "Realisierung" des Mehrwerts (Luxemburg) bzw. mit einer "Überakkumulation" von Kapital (Grossmann), das nicht mehr ausreichend reinvestiert werden kann. Paul Mattick distanzierte sich frühzeitig von der Theorie einer objektiven inneren Schranke des Kapitals; er identifizierte wie die Leninisten den "Zusammenbruch" mit der politischen Aktion des Proletariats.

Bei Marx selbst finden sich zwei verschiedene Ebenen der Krisentheorie, die theoretisch nicht vereinheitlicht sind. Die erste Ebene bezieht sich auf die Widersprüche der Zirkulation des Kapitals: auf das Auseinanderfallen von Käufen und Verkäufen sowie auf die damit zusammenhängende Disproportionalität der Produktionszweige. Die zweite Ebene in den "Grundrissen" und im 3. Band des "Kapital" bezieht sich viel grundsätzlicher auf das Verhältnis von Produktivität und Bedingungen der Verwertung, also auf eine mangelnde Produktion des Mehrwerts selbst, indem zu viel Arbeitskraft überflüssig gemacht wird.

Nur die Widersprüche der Zirkulation spielten in den marxistischen Krisentheorien eine Rolle; die Frage einer mangelnden realen Arbeitssubstanz stand überhaupt nicht zur Debatte. In der 3. industriellen Revolution wird aber gerade die zweite, tiefer gehende Ebene der Marxschen Krisentheorie relevant. Die reale "Entsubstantialisierung" des Kapitals ist so weit fortgeschritten, dass nur noch eine substanzlose Scheinakkumulation durch Finanzblasen und Staatskredit möglich ist, die aktuell an Grenzen stößt. Es geht nicht mehr um die ungleiche Verteilung des "abstrakten Reichtums" (Marx), sondern um die Befreiung des konkreten Reichtums vom Fetischismus des Kapitals und seiner abstrakten Formen.

Die meisten zeitgenössischen Marxisten sind aber sogar hinter die früheren

Krisentheorien zurückgefallen; sie nehmen nur noch den klassisch kleinbürgerlichen Standpunkt einer Kritik des "Finanzkapitals" ein. Dabei verwechseln sie Ursache und Wirkung: Sie führen die Krise nicht auf die objektiv mangelnde reale Produktion von Mehrwert zurück, sondern auf die subjektive Profitgier von Spekulanten. Die kapitalistische Produktionsweise wird gar nicht mehr grundsätzlich kritisiert; man will nur zurück zur fordistischen Konfiguration der abstrakten Arbeit. Diese Option ist nicht nur illusionär, sondern reaktionär. Sie hat eine strukturelle Ähnlichkeit mit der ökonomischen Ideologie des Antisemitismus.

► Sie, Robert Kurz, und Moishe Postone, dessen "Zeit, Arbeit und soziale Herrschaft" auf Französisch vorliegt, entwickeln zwei Arten von Wertkritik, die in einem zentralen Punkt auseinandergehen. Für Sie verliert das Kapital bedingt durch die Produktivitätsgewinne an Substanz (abstrakte Arbeit) und mit der 3. industriellen Revolution der Mikroelektronik gehe dem Kapital diese Substanz absolut verloren. Für Postone dagegen steigern die Produktivitätsgewinne den Wert – vorläufig. Sobald der Produktivitätsgewinn sich verallgemeinert hat, wird die Wertsteigerung annulliert, wobei die Grundeinheit der abstrakten Arbeit (die Arbeitsstunde) auf ihr anfängliches Niveau zurückfällt. Für Sie bricht der Wert zusammen, während er sich für Postone unaufhörlich erweitert, um dann wieder zu seinem Ausgangspunkt zurückzukehren. Deshalb die Frage: Beeinträchtigt dies nicht die Plausibilität der Wertkritik? Oder ist darin ein vorläufiges Moment zu sehen?

Robert Kurz: Die Gemeinsamkeit mit Postone besteht in der Kritik am Arbeitsbegriff des traditionellen Marxismus. Das traditionelle Verständnis hat den rein negativen, kritischen und historischen Begriff der abstrakten Arbeit bei Marx in eine positivistische Definition verwandelt und zur ewigen Bedingung der Menschheit umgedeutet. Bei Postone fehlt jedoch die krisentheoretische Dimension in der Kritik der abstrakten Arbeit; er bleibt in dieser Hinsicht selber traditionell. Steigende Produktivität bedeutet, dass weniger menschliche Energie mehr stoffliche Produkte erzeugt. Deshalb steigert die Produktivität niemals den Wert, sondern vermindert ihn stets, wie Marx schon im 1. Band des "Kapital" zeigt. Wer das Gegenteil behauptet, verwechselt die gesellschaftliche Ebene mit der

betriebswirtschaftlichen oder das Gesamtkapital mit dem Einzelkapital.

Das einzelne Kapital, das zunächst isoliert seine eigene Produktivität steigert, erlangt einen Vorteil in der Konkurrenz. Es bietet die einzelne Ware billiger an, kann auf diese Weise mehr Waren absetzen und gerade dadurch einen größeren Teil der gesellschaftlichen Wertmasse für sich realisieren. Was betriebswirtschaftlich als steigender Profit und damit als steigende "Wertschöpfung" erscheint, trägt jedoch gesellschaftlich zur Verminderung des Werts bei, und zwar auf Kosten anderer Einzelkapitale. Wenn sich die höhere Produktivität verallgemeinert, verliert das innovative Einzelkapital seinen Vorteil in der Konkurrenz. Das ist aber keineswegs die Rückkehr zu einem Nullpunkt oder einem früheren Ausgangspunkt. Vielmehr wird die gesteigerte Produktivität nun zum neuen allgemeinen Standard.

Die Arbeitsstunde als Grundeinheit der abstrakten Arbeit ist immer dieselbe, sie kann als solche überhaupt nicht verschiedene "Niveaus" haben. Der neue, höhere Standard der Produktivität erzwingt aber, dass weniger dieser immergleichen Stunden abstrakter Arbeit für eine wachsende Masse von Produkten benötigt werden. Wenn in der Krise Kapital entwertet und vernichtet wird, bleibt trotzdem der einmal erreichte Standard der Produktivität erhalten, weil dieser in das Aggregat des Wissens und des Know-how eingeschrieben ist. Um es deutlich zu sagen: Der Kapitalismus kann nicht vom Niveau der Mikroelektronik zum Niveau der Dampfmaschine zurückkehren. Eine neue Steigerung des Werts wird immer schwieriger, wenn sie auf immer höherem Niveau der Produktivität und damit der verminderten Substanz abstrakter Arbeit stattfinden muss.

In der Vergangenheit war diese stetige Verminderung des Werts nur relativ. Bei steigendem Standard der Produktivität konnte das einzelne Produkt zwar immer weniger abstrakte Arbeit und damit Wert repräsentieren. Durch die entsprechende Verbilligung gingen jedoch immer mehr frühere Luxuswaren in den Massenkonsum ein, Produktion und Märkte erweiterten sich. Die relative Verminderung der gesellschaftlichen Wertsubstanz pro einzelnem Produkt konnte daher trotzdem zu einer absoluten Vergrößerung der gesamtgesellschaftlichen Wertmasse führen, weil die erweiterte gesellschaftliche Produktion insgesamt mehr abstrakte Arbeit mobilisierte, als bei der Herstellung der einzelnen Produkte

überflüssig gemacht wurde.

Damit verbunden ist der Mechanismus, den Marx als Produktion des "relativen Mehrwerts" bezeichnet hat. Derselbe Prozess, der den relativen Anteil der allein Wert produzierenden Arbeitskraft am Gesamtkapital stetig vermindert, senkt zusammen mit dem Wert der Lebensmittel für die Reproduktion dieser Arbeitskraft auch deren eigenen Wert und erhöht damit den relativen Anteil des Mehrwerts an der gesamten Produktion von Wert. Das gilt jedoch nur pro einzelne Arbeitskraft. Für die gesellschaftliche Quantität von Wert und Mehrwert ist aber entscheidend, in welchem Verhältnis die Steigerung des relativen Mehrwerts pro einzelne Arbeitskraft zur Zahl der Arbeitskräfte steht, die gemäß dem Standard der Produktivität gesellschaftlich angewendet werden können. Im Maschinenfragment der "Grundrisse" und im 3. Band des "Kapital" deutet Marx an, dass die Steigerung der Produktivität logisch einen Punkt erreichen muss, an dem sie mehr abstrakte Arbeit überflüssig macht, als durch die Erweiterung der Märkte und der Produktion zusätzlich mobilisiert werden kann. Dann nützt auch die Erhöhung des relativen Mehrwerts pro einzelne Arbeitskraft nichts mehr, weil die Zahl der insgesamt anwendbaren Arbeitskräfte zu stark sinkt.

Es lässt sich zeigen, dass dieser von Marx abstrakt antizipierte Punkt mit der 3. industriellen Revolution konkret-historisch erreicht wird. Sonst hätte das Kapital auf seinen eigenen produktiven Grundlagen genügend abstrakte Arbeit mobilisieren und die reale Produktion von Wert steigern können, statt diese in einer beispiellosen Größenordnung durch Verschuldung, Finanzblasen und Staatskredit subventionieren zu müssen. Die Schocks der Entwertung auf allen Ebenen des Kapitals vollziehen sich unter unseren Augen. Aber es wird jetzt weniger denn je eine Rückkehr zu einem Nullpunkt geben, von dem aus das ganze Theater von neuem beginnen könnte. Vielmehr bleibt die Ursache des Desasters bestehen, nämlich der von der 3. industriellen Revolution gesetzte neue und irreversible Standard der Produktivität. Deshalb kann nur noch immer neues substanzloses Geldkapital von Staaten und Banken kreiert werden, das in immer kürzeren Abständen kollabieren wird.

► Der Wertkritik wird immer der folgende Einwand entgegengehalten: Wenn es

kein revolutionäres Klassensubjekt gibt, keine soziale Gruppe, die von ihrem Wesen her Bewusstseinsträger ist, welche Interessen sind es dann, die dazu treiben, eine von Grund auf menschliche und wirklich historische Gesellschaft zu wollen?

Robert Kurz: Der Begriff des Subjekts ist im Grunde paradox, ein Fetischbegriff. Einerseits wird das Subjekt als eine Instanz des autonomen Denkens und Handelns verstanden. Andererseits soll dieses selbe Subjekt aber gerade in seiner unterstellten Eigenschaft als revolutionäres Klassensubjekt rein objektiv bedingt sein. Es soll "objektiv" einen "historischen Beruf" haben, egal ob seine empirischen Träger davon etwas wissen oder nicht. Die angebliche Autonomie des Denkens und Handelns dementiert sich aber selbst, wenn sie auf einer bewusstlosen Vorbestimmung beruht. Es erscheint dann so, als wäre die radikale Kritik keine freie, nicht-determinierte Leistung des Bewusstseins, sondern ein kausal bedingter Mechanismus wie das Wetter oder die Verdauung. Die Leistung des Bewusstseins bestünde dann nur noch darin, die eigene Kausalität bewusst zu vollziehen. Genau das ist aber die fetischistische Bestimmung des Denkens und Handelns im Raum des Kapitals. Wenn die Emanzipation qua Subjekt zwar bewusst, aber dennoch genauso in Gang kommen soll wie ein natürlicher oder maschineller Prozess, dann wäre sie das Gegenteil ihrer selbst.

Man kann die blinden Mechanismen des Kapitals objektiv bestimmen, aber nicht die Befreiung von dieser falschen Objektivität, die nicht selber wieder objektiv sein kann. Die Befreiung ist historische Tat und deshalb nicht theoretisch "abzuleiten" wie der tendenzielle Fall der Profitrate. Das famose "objektive Subjekt" des traditionellen Marxismus ist nichts als eine Kategorie des Kapitals selbst, oder eine Funktion des "automatischen Subjekts" (Marx) von abstrakter Arbeit und Wert. Es gibt keine soziale Gruppe im Kapitalismus, die eine transzendente ontologische Vorbestimmung hätte. Alle sozialen Gruppen sind durch den Wert präformiert und deshalb kapitalistisch konstituiert.

Wenn man von "Interessen" spricht, muss man dabei einen Unterschied machen. Es gibt einerseits die inhaltlichen, materiellen, sozialen und kulturellen Lebensinteressen der Menschen, die identisch sind mit ihren historischen Bedürfnissen. Dieser Inhalt ist jedoch andererseits gebunden an die kapitalistische

Form. Der wirkliche Inhalt der Bedürfnisse erscheint daher als sekundär; unmittelbar wahrgenommen wird allein das kapitalistisch konstituierte Interesse in der Form des Geldes (Lohn und Profit). Natürlich ist es unvermeidlich, dass die wirklichen Bedürfnisse oder Lebensinteressen zunächst in der herrschenden kapitalistischen Form geltend gemacht werden.

Wenn jedoch die Differenz zwischen Inhalt und Form nicht mehr gesehen wird, schlägt dieses Interesse gegen seine Träger zurück: Sie machen dann ihre Bedürfnisse auf Gedeih und Verderb davon abhängig, dass die Verwertung des Kapitals funktioniert. Sie reduzieren sich so selbst auf ein "objektives Subjekt", das sein Leben den Gesetzen des Kapitals ausliefert und diese Unterwerfung für normal hält. Dagegen kommt es darauf an, den wirklichen Inhalt der Bedürfnisse als absolut unverhandelbar zu erklären. Nur dann besteht die Möglichkeit, die Spannung zwischen der kapitalistischen Form und diesem Inhalt bis zur transzendierenden Kritik über das Kapital hinaus zu steigern. Das ist nicht die Tat eines "objektiven Subjekts", sondern von Menschen, die gerade keines mehr sein wollen. Eine emanzipatorische Bewegung hat keine vorbewusste ontologische Grundlage, sondern sie muss sich bewusst selbst konstituieren "ohne Netz und doppelten Boden".

► Ein Betrieb, ein Krankenhaus oder eine Schule streiken. Gekämpft wird für den Erhalt von Arbeitsplätzen, gegen die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen und gegen Lohnkürzungen...Oder Arbeiter kämpfen nicht mehr für den Erhalt von Arbeitsplätzen, sondern drohen damit, "alles in die Luft zu jagen", um eine anständige Entlassungsprämie zu bekommen (dies ist bereits mehrere Male in Frankreich vorgekommen). Wie sollte jemand darauf reagieren, der sich positiv auf die Wertkritik bezieht? Welche Haltung wäre gegenüber Gewerkschaften und Medien zu beziehen?

Robert Kurz: Die Wertkritik wendet sich nicht gegen kapitalistisch immanente soziale Kämpfe schlechthin. Diese sind ein notwendiger Ausgangspunkt. Es kommt aber darauf an, in welche Richtung sich solche Kämpfe entwickeln. Dabei spielt die Begründung eine große Rolle. Die Gewerkschaften haben sich daran gewöhnt, ihre Forderungen nicht aus den Bedürfnissen ihrer Mitglieder

herzuleiten, sondern als Beitrag zum besseren Funktionieren des Systems anzubieten. So wird gesagt, höhere Löhne seien notwendig, um die Konjunktur zu stärken, und sie seien möglich, weil das Kapital hohe Gewinne macht. Sobald aber die Verwertung des Kapitals offensichtlich ins Stocken gerät, führt diese Haltung zum freiwilligen Verzicht und zur Mitverwaltung der Krise im "höheren Interesse" der Betriebswirtschaft, der Gesetze des Marktes, der Nation etc.

Dieses falsche Bewusstsein existiert nicht nur bei den Funktionären, sondern auch an der sogenannten Basis. Wenn sich LohnarbeiterInnen mit ihrer eigenen Funktion im Kapitalismus identifizieren und nur im Namen dieser Funktion ihre Bedürfnisse einklagen, werden sie selber zu "Charaktermasken" (Marx) eines bestimmten Kapitalbestandteils, nämlich der Arbeitskraft. Sie erkennen damit an, dass sie nur ein Recht zu leben haben, wenn sie Mehrwert produzieren können. Daraus entstehen eine gnadenlose Konkurrenz unter den verschiedenen Kategorien von LohnarbeiterInnen und eine Ideologie der sozialdarwinistischen Ausgrenzung. Das zeigt sich besonders beim defensiven Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen, der keine Perspektive darüber hinaus hat. Hier konkurrieren oft sogar die Belegschaften verschiedene Betriebe eines einzigen Konzerns gegeneinander ums Überleben.

Deshalb ist es wesentlich sympathischer und übrigens auch realistischer, dass französische Belegschaften mit der Sprengung ihrer Fabriken gedroht haben, um eine anständige Entlassungsprämie zu erzwingen. Solche neuen Kampfformen sind nicht defensiv und affirmativ, sondern sie könnten mit anderen Forderungen verbunden werden, etwa für verbesserte Einkommen von Arbeitslosen. In dem Maße, wie aus solchen Kämpfen eine gesellschaftliche soziale Bewegung entsteht, wird sie auch in der Erfahrung ihrer praktischen Grenzen auf die Fragen einer neuartigen "kategorialen Kritik" am fetischistischen Selbstzweck des Kapitals und seiner gesellschaftlichen Formen gestoßen. Die Konkretisierung dieser weitergehenden Perspektive ist Aufgabe unserer Theoriebildung, die nicht in einem abstrakten Jenseits existiert, sondern sich als Moment der sozialen Auseinandersetzung versteht.

- Für die Anti-Industrialisten ist die Emanzipation vom Kapitalismus

gleichbedeutend mit der Rückkehr zur Agrargesellschaft (Kaczynski, Encycopédie des nuisances etc.). Für die Wachstumsgegner (Décroissants) bedeutet Emanzipation den Austritt aus dem Kapitalismus – aber da sie den Zusammenhang zwischen Produktion und Wert ausblenden, bleibt ihre Kritik nur reine Moral der Entsagung für Krisenzeiten. Worin besteht für Sie eine postkapitalistische Gesellschaft?

Robert Kurz: Schon Marx hat mit Recht gesagt, dass ein abstrakter Anti-Industrialismus reaktionär ist, weil er das Potential der Vergesellschaftung wegwirft und sich wie die Apologeten des Kapitalismus einen allseitigen Zusammenhang der gesellschaftlichen Reproduktion nur in den Formen des Kapitals vorstellen kann. Er zieht daraus die Schlussfolgerung, dass menschliche Selbstbestimmung nur um den Preis einer "Entgesellschaftung" in kleinen Netzen auf der Basis von Subsistenzwirtschaft zu haben sei (small is beautiful). Die postulierte Rückkehr zur agrarischen Reproduktion bildet nur die stoffliche Seite dieser Ideologie. An die Stelle einer weit gefächerten, ineinander greifenden Teilung von Funktionen soll das unmittelbare "Selbermachen" treten.

Das ist als ökonomische Phantasie ein Aspekt dessen, was Adorno als "falsche Unmittelbarkeit" bezeichnet hat. Würden solche Bedingungen realisiert, müsste ein großer Teil der heutigen Menschheit verhungern. Nicht besser ist die modisch gewordene, ebenso abstrakte Wachstumskritik, die auf eine "einfache Warenproduktion" ohne Wachstumszwang oder auf Surrogate bürgerlicher Vertragsverhältnisse in kleinen genossenschaftlichen Zusammenhängen hinaus will. Was dabei im deutschsprachigen Raum als "solidarische Ökonomie" firmiert, ist nichts als ein Sammelsurium kleinbürgerlicher Vorstellungen, die historisch längst gescheitert sind und unter den neuen Krisenbedingungen keinerlei Perspektive bieten. Solche Ideen sind eine bloße Ausflucht. Sie wollen sich nicht dem Konflikt mit der Krisenverwaltung stellen, sondern "neben" der wirklichen gesellschaftlichen Synthesis durch das Kapital ihre eigene vermeintliche Idylle pflegen.

Praktisch sind diese Projekte völlig irrelevant. Sie stellen nur eine "Wohlfühl"-Ideologie von desorientierten Linken dar, die sich am Krisenkapitalismus

vorbeimogeln wollen und selber zu einer Ressource der Krisenverwaltung zu werden drohen. Es kommt im Gegenteil darauf an, die vergesellschaftete Reproduktion vom Fetisch des Kapitals und seiner basalen Formen zu befreien. Die Potenzen der Vergesellschaftung sind im Kapitalismus rein negativ bestimmt, als Unterwerfung der Menschen unter den Selbstzweck der Verwertung. Auch die stoffliche Seite der industriellen Produktion unterliegt diesem Imperativ des "automatischen Subjekts" (Marx). Deshalb kann der materielle Inhalt der industriellen Vergesellschaftung nicht positiv aufgehoben werden, sondern ist zusammen mit den fetischistischen Formen des Kapitals zu überwinden. Das betrifft nicht nur die sozialen Beziehungen in der Produktion, sondern auch das Naturverhältnis.

Es geht also nicht darum, die kapitalistische Industrie und den darin eingeschriebenen abstrakten "Produktivismus" bruchlos zu übernehmen. Ein ebenso abstrakter "Anti-Produktivismus" oder eine Regression in subsistenzökonomische idyllische Armut und in den sozialen Mief von überschaubaren "Gemeinschaften" ist aber keine Alternative, sondern nur die Kehrseite derselben Medaille. Die Aufgabe besteht darin, die materiellen Produktionsbedingungen selbst auf gesamtgesellschaftlicher Ebene umzuwälzen und die Bedürfnisse ebenso wie die Erhaltung der Naturgrundlagen zum Zweck zu machen. Das bedeutet, dass es keine unkontrollierte Entwicklung nach dem abstrakt-allgemeinen Kriterium der sogenannten betriebswirtschaftlichen Rationalität mehr geben kann. Die verschiedenen Momente der gesellschaftlichen Reproduktion sind in ihrer inhaltlichen Eigenlogik zu berücksichtigen. Beispielsweise kann die medizinische Versorgung ebensowenig wie das Bildungswesen nach demselben Muster organisiert werden wie die Produktion von Bohrmaschinen oder Kugellagern. Überhaupt sind die gesellschaftlichen Infrastrukturen als Konsequenz der "Verwissenschaftlichung" über die Form des Werts hinausgewachsen.

Auch innerhalb der Industrie selbst muss diese Logik des Werts überwunden werden, die Produktivkräfte in Destruktivkräfte verwandelt und gleichzeitig lebensnotwendige Bereiche mangels "Rentabilität" ausdünnt. So ist die Mobilität

nicht ersatzlos zu streichen oder auf das Niveau von Eselskarren zu reduzieren, sondern aus der destruktiven Form des automobilen Individualverkehrs in ein qualitativ neues Netz öffentlicher Verkehrsmittel zu überführen. Die "Exkremente der Produktion" (Marx) können nicht länger in die Natur ausgeschüttet werden, statt sie in einen industriellen Kreislauf zu integrieren. Und die kapitalistische "Verbrennungskultur" kann nicht beibehalten werden, sondern ein anderer Umgang mit den fossilen Energiestoffen ist erforderlich.

Schließlich wird es notwendig, die von Wert und abstrakter Arbeit nicht erfassbaren Momente der Reproduktion, die von der offiziellen Gesellschaft abgespalten und historisch an die Frauen delegiert wurden (Haushaltstätigkeit, Betreuung, Fürsorge etc.), bewusst gesellschaftlich zu organisieren und von ihrer geschlechtlichen Fixierung abzulösen. Eine solche umfassende Diversifizierung von industrieller Produktion und Dienstleistungen nach rein inhaltlichen Kriterien ist etwas anderes als ein abstrakter Anti-Industrialismus; aber sie verlangt die Abschaffung der kapitalistischen Vernunft, der Synthesis durch den Wert und des daraus resultierenden betriebswirtschaftlichen Kalküls. Das geht nur als gesellschaftlicher Prozess durch eine gesellschaftliche soziale Gegenbewegung; nicht durch pseudo-utopische "Modelle", die sich bloß verallgemeinern müssten.

Eine postkapitalistische Gesellschaft kann gar nicht als positives "Modell" ausgemalt werden, das fix und fertig zu präsentieren wäre. Das wäre keine Konkretisierung, sondern selber eine armselige Abstraktion und wieder eine Vorwegnahme falscher Objektivität, die ja gerade überwunden werden soll. Was die Theorie als Kritik des kapitalistischen Ökonomismus entwickeln kann, sind Kriterien einer anderen Vergesellschaftung. Dazu gehört vor allem eine bewusste gesellschaftliche Planung der Ressourcen, die an die Stelle der blinden Dynamik durch die "Zwangsgesetze der Konkurrenz" (Marx) treten muss. Auch bei den Linken ist die gesellschaftliche Planung in Verruf geraten, weil deren Begriff nie über das Verständnis des untergegangenen bürokratischen Staatssozialismus hinaus gegangen ist. Das war aber keine Alternative zum Kapitalismus, sondern im Wesentlichen eine "nachholende Modernisierung" in der Peripherie des Weltmarkts, die sich staatskapitalistischer Mechanismen bediente. Die Logik des

Werts wurde nicht überwunden, sondern bloß verstaatlicht. Weiter reichte das kritische Bewusstsein nicht unter den Bedingungen einer noch unausgeschöpften Entwicklung des Weltkapitals. Das war nicht zwangsläufig so, ist aber ein historisches Faktum. Es ging nur um die gleichberechtigte Teilnahme der peripheren Regionen am Weltmarkt, an dem sie schließlich gescheitert sind. Deshalb blieb diese Formation in der Aporie einer "Planung des Werts" befangen, der seinem Wesen nach nicht planbar ist, sondern die universelle Konkurrenz unter dem Diktat des abstrakten Produktivismus impliziert.

Wenn heute die negative Vergesellschaftung durch den Wert im Weltmaßstab an historische Grenzen stößt, steht ein neues Paradigma gesellschaftlicher Planung jenseits von Markt und Staat, jenseits von Wert und Geld auf der Tagesordnung.

► Traditionsgemäß erfolgte die Kritik des Kapitalismus vom Standpunkt der Arbeit. Sie stellen Kapital und Arbeit nicht zueinander in Widerspruch. Für Sie ist der Kapitalismus eine Arbeitsgesellschaft. Warum lehnen Sie die Arbeit ab?

Robert Kurz: Der eindeutig kritische, negative Begriff der abstrakten Arbeit bei Marx kann als Synonym der modernen Kategorie der "Arbeit" bestimmt werden. In vormodernen Verhältnissen gab es diese universelle Abstraktion teilweise gar nicht, teilweise war sie in anderer Weise negativ bestimmt, nämlich als die Tätigkeit der Abhängigen und Unterworfenen (Sklaven).

"Arbeit" ist nicht identisch mit Produktion schlechthin oder dem "Stoffwechselprozess mit der Natur" (Marx), auch wenn die Marxsche Terminologie dabei schwankend bleibt. Der Kapitalismus hat die negative Kategorie der "Arbeit" zum ersten Mal verallgemeinert, positiv ideologisiert und auf diese Weise zu einer Inflation des Arbeitsbegriffs geführt. Den Kern dieser Verallgemeinerung und falschen Ontologisierung von "Arbeit" bildet die historisch neuartige Reduktion des Produktionsprozesses auf eine dem Inhalt gegenüber völlig gleichgültige Verausgabung abstrakt menschlicher Energie oder von "Nerv, Muskel, Hirn" (Marx) schlechthin. Gesellschaftlich "gelten" die Produkte nicht als Gebrauchsgüter, sondern als Repräsentanz vergangener abstrakter Arbeit. Deren allgemeiner Ausdruck ist das Geld. In diesem Sinne bildet bei Marx abstrakte

Arbeit oder abstrakt menschliche Energie die "Substanz" des Kapitals.

Dem fetischistischen Selbstzweck der Verwertung, aus einem Euro zwei zu machen, liegt der Selbstzweck zugrunde, die Verausgabung abstrakter Arbeit ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse bis ins Unendliche zu steigern. Dieser absurde Imperativ steht aber in Widerspruch zur permanenten Steigerung der Produktivität, die von der Konkurrenz erzwungen wird. Eine Kritik des Kapitalismus vom Standpunkt der Arbeit ist eine logische Unmöglichkeit, denn man kann das Kapital nicht vom Standpunkt seiner eigenen Substanz kritisieren. Eine Kritik des Kapitalismus muss sich gegen diese Substanz selbst richten, also die Menschheit von der Unterwerfung unter den Zwang der abstrakten Arbeit befreien. Erst dann kann die Gleichgültigkeit gegenüber dem Inhalt der Reproduktion überwunden und dieser Inhalt selber ernst genommen werden.

Wenn das Kapital im engen Sinne als Geldkapital und Sachkapital ("konstantes Kapital" bei Marx) verstanden wird, gibt es zwar einen funktionalen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Es handelt sich um verschiedene kapitalistische Interessen in einem gemeinsamen Bezugssystem. Wenn man aber das Kapital im weiteren Sinne von Marx versteht, ist die Arbeit nur sein anderer Bestandteil. Geldkapital und Sachkapital repräsentieren "tote Arbeit", die Arbeitskraft ("variables Kapital" bei Marx) repräsentiert "lebendige Arbeit". Es sind nur verschiedene "Aggregatzustände" der abstrakten Arbeit und damit des Kapitals. In diesem Verständnis ist der Widerspruch ein "innerer" des Gesamtkapitals oder des "automatischen Subjekts" selbst, kein über den Kapitalismus hinausweisender.

Indem die alte Arbeiterbewegung nicht den Standpunkt einer Befreiung von der abstrakten Arbeit eingenommen hat, sondern den Standpunkt einer Befreiung eben dieser Arbeit, hat sie sich selber darauf vergattert, jener bloße Bestandteil des Kapitals zu sein und nur in diesem Sinne eine zweifelhafte "Anerkennung" zu finden. Folgerichtig wurde im östlichen Sozialismus alias Staatskapitalismus die abstrakte Arbeit nicht kritisiert und überwunden, sondern von der Bürokratie als Grundkategorie für den (gescheiterten) Versuch einer technokratischen Berechnung benutzt.

Heute hat der Kapitalismus in der 3. industriellen Revolution seine eigene Substanz der Arbeit weitgehend ausgehöhlt. In den Bilanzen der Konzerne spielt die Arbeitskraft als Bestandteil des Kapitals keine entscheidende Rolle mehr. Nicht nur die industrielle Produktion wird mehr vom Einsatz der Wissenschaft und Technik geprägt als von unmittelbarer menschlicher Produktionstätigkeit. Die blinde Dynamik des Kapitalismus hat die theoretisch schon immer falsche Idee eines Sozialismus auf der Grundlage einer Berechnung in "Arbeitszeit" praktisch überholt und ad absurdum geführt. Was in einer postkapitalistischen Gesellschaft geplant werden muss, ist nicht die Menge an körperlicher menschlicher Energie, sondern der sinnvolle und sachlich diversifizierte Einsatz von natürlichen, technischen und intellektuellen Ressourcen.

W. Paul Cockshott, Allin Cottrell

Planungskonzepte für eine sozialistische Ökonomie

Grundzüge eines Systems, das Konsumentenwünsche erfüllen kann und gleichzeitig die Ökonomie zu sozialer Gerechtigkeit und Umweltverträglichkeit führt

Der Gedanke einer gesamtökonomischen Planung ist nicht gerade in Mode. Wenn man sich den gegenwärtigen Zustand der Welt ansieht, gewinnt man den Eindruck, dass die Zeiten ökonomischer Planung vorbei sind. Das ökonomische Wachstum in den USA nach Reagan und in Großbritannien nach Thatcher verlangsamte sich und die Anwälte eines ungezügelten Marktes haben weniger Grund zur Selbstzufriedenheit, als es in den achtziger Jahren schien; aber auf der anderen Seite des "Eisernen Vorhangs" sind die im sowjetischen Stil geplanten Ökonomien so gut wie zusammengebrochen. Selbst wenn der Kapitalismus sichtbare Risse zeigt, scheint Planung keine Alternative zu sein. Das Selbstbewusstsein von Sozialisten ist an einem historischen Tiefpunkt angelangt.

Wir schwimmen gegen den Strom, wie wir meinen, mit guten Gründen. Der "Misserfolg" der ökonomischen Planung in traditionell sowjetischer Weise war keine Sinnestäuschung, wir haben jedoch zwei Gegenargumente vorzubringen. Erstens war das in der Sowjetunion aufgegebene System eine spezifische Art von Planung. Es war ein System, das sich auf Grund der Bedürfnisse der Militärproduktion eines in ein Wettrüsten hineingezogenen Staates herausbildete, der von einem ökonomischen Entwicklungsniveau startete, das weit unter dem seiner Feinde – zunächst Deutschland, dann die USA – lag. Das Wettrüsten und das damit zusammenhängende Handelsembargo waren Teil einer offenen und wohl überlegten US-Politik, die die UdSSR zum Bankrott führen sollte. Die militarisierte

Struktur der sowjetischen Ökonomie ist so wenig wesentlicher Bestandteil einer sozialistischen Ökonomie, wie die Militarisierung der Ökonomie Israels ein wesentlicher Bestandteil des Kapitalismus ist. Andere Modelle sind möglich, und wir wollen die Grundzüge eines Systems darlegen, das in effizienter Weise Konsumentenwünsche erfüllen kann und gleichzeitig die Ökonomie zu Gleichheit, sozialer Gerechtigkeit und zu einem umweltverträglichen Platz auf dem Planeten Erde führt.

Zweitens betrachten wir die Kosten des gegenwärtigen Kapitalismus als gesellschaftlich inakzeptabel und wir erwarten, dass mehr und mehr Menschen diese Ansicht teilen werden. Die Tendenz zu immer größerer Ungleichheit in Einkommen, Vermögen und ökonomischer Sicherheit, die Vernachlässigung der sozialen Versorgung und der öffentlichen Güter, die kopflose Ausbeutung der natürlichen Umwelt – all diese negativen Altlasten der Reagans und Thatchers müssen beseitigt werden. Wir meinen, dass ein neues sozialistisches Planungssystem die vielversprechendste Form ist, mit diesen tief liegenden Problemen umzugehen.

Dies Kapitel führt in die Konzeption eines solchen neuen Planungssystems ein. Wir behandeln die wesentlichen Merkmale ökonomischer Planung im Allgemeinen und inwiefern sie sich von einer kapitalistischen Ökonomie unterscheiden. ... Wir unterscheiden diese von der traditionellen "bürokratischen Planung" in der UdSSR und zeigen, wie die von uns vorgeschlagene Alternative durch Dienstbarmachung der bemerkenswerten Leistung von Computern der letzten Generationen in Gang gesetzt werden kann.

Planung und Steuerung

Planung kann als ein Zweig der Steuerungstheorie, der Untersuchung von Systemregulierungen aufgefasst werden. Steuerungstheorie beschäftigt sich normalerweise mit der Steuerung automatischer Industriebetriebe. Ein automatischer Steuerungsprozess wird auf herkömmliche Weise durch eine Rückkopplungsschleife dargestellt; ein Zentralheizungsregler ist ein Beispiel für ein solches Rückkopplungssystem. Ziel sei es, den Arbeitsplatz warm zu halten, solange er besetzt ist, sagen wir von 9 – 18 Uhr. Dieses Ziel oder die gewünschte

Temperatur könnte als Planziel gedacht werden. Die aktuelle Temperatur des Gebäudes ist der Output des Betriebes (in diesem Fall das Zentralheizungssystem). Die fortlaufend sich verändernde Temperatur wird mit dem Ziel verglichen und eine Regeldifferenz (die Differenz zwischen der gerade vorhandenen und der gewünschten Temperatur) wird in den Regler eingespeist. Dieser steuert dann die Brennstoffzufuhr in den zentralen Heizungskessel, um die Temperatur zu regeln.

Ein grober Zentralheizungsregler würde die Brennstoffzufuhr an oder abstellen, je nachdem, ob die Temperatur unterhalb oder oberhalb der Zieltemperatur liegt. Dies würde in eine unbeständige Bewegung der Temperatur einmünden. ... Im Beispiel wird die Heizung um 9 Uhr angeschaltet, aber richtig warm wird der Arbeitsplatz erst um 10 Uhr. Dann steigt die Hitze über die gewünschte Temperatur hinaus eine Weile an, bis die Heizung abgestellt wird. Dann kühlt das Gebäude ab, bis um 11:30 Uhr die Heizung wieder einsetzt und zur Überhitzung bis 12:30 Uhr führt. Mit diesen Schwankungen geht es bis zum Rest des Tages weiter. Wir alle kennen solche Heizungssysteme am Arbeitsplatz!

Das Problem bei diesem Steuerungstyp ist, dass es ihm an Voraussicht mangelt und er nicht in Rechnung stellt, wie der Betrieb reagieren wird. Ein intelligenteres Steuerungssystem würde etwas über die Betriebsparameter wissen. Es würde den Hitzeausstoß des Heizungskessels kennen; es würde wissen, wie schnell Hitze, in Abhängigkeit von der Temperatur, durch die Wände und Fenster verloren geht und es würde die genaue Temperatur im Gebäude kennen.

Wenn es einen Zeitplan für die Heizung gibt, könnte dieses Steuerungssystem vorhersagen, wann die Heizung anzustellen ist, damit der Platz um 9 Uhr warm genug ist. Es könnte außerdem berechnen, wie durch allmähliches Herunterfahren des Kessels bei Annäherung an die Zieltemperatur einer Überhitzung des Raumes zuvorgekommen werden kann. ... In diesem Fall wird der Regler zu einem Gerät, das komplexer ist als eine einfache Uhr oder eine Thermostatkombination, wie sie in Zentralheizungssystemen üblich ist. Er würde ein inneres Modell des Systems, das geregelt werden und nach einem Zeitplan von Zielen ablaufen soll, erfordern. Der Regler stellt gemäß dem, was er über das zu steuernde System weiß, einen Plan auf, um diesen Zeitplan zu erfüllen. Er stellt die Heizung ein paar Stunden früher

an, um sicher zu gehen, dass der Raum warm genug ist, und fährt sie rechtzeitig herunter, um einer Überhitzung vorzubeugen. Er kann dies, weil er sein internes Modell benutzen kann, um das Verhalten des realen Systems bei unterschiedlichen Inputs zu simulieren. Diese Fähigkeit, das Verhalten und die Eigenschaften des gesteuerten Systems zu simulieren, bedeutet, dass der Prozess nicht nach dem Trial-and-Error-Prinzip abläuft wie der erste Regler.

Hier gibt es eine Analogie zur Marktwirtschaft. Kapitalistische Firmen reagieren auf Marktsignale wie z.B. das Verhältnis von Preis und Produktionskosten. Sie passen ihre Produktion an, indem sie auf solche Signale mit dem Ziel der Profitmaximierung reagieren. Das Steuerungsmodell ist hier dasselbe wie beim dummen Zentralheizungsregler: Es ist reaktiv und vermag nichts vorherzusehen. So gibt es die Gebundenheit an ökonomische Schwankungen und Instabilitäten. Eigentlich ist die Situation schlimmer, da es keinen Grund gibt anzunehmen, dass eine große Anzahl von Firmen, von denen jede auf verschiedene Rückkopplungssignale reagiert, irgendeine Art kohärentes zielgerichtetes Verhalten an den Tag legt. In einer Marktwirtschaft gibt es kein solches Gesamtziel.

Insbesondere können Konsumentenwünsche nicht als Ziel oder Steuerungsinput dienen, da sie nur effektiv sind, wenn sie auch durch das nötige Geld zum Kaufen abgesichert sind. Aber die Konsumentenkaufkraft ist eine interne Variable der Ökonomie, die selbst Schwankungen unterliegt, die aus Arbeitslosigkeit, Bedingungen auf dem Kreditmarkt usw. resultieren. Das ist so, als wenn die Einstellung des Thermostaten vom Brennstoffverbrauch des Kessels bestimmt würde.

Von Adam Smith stammt die machtvolle Metapher von der "unsichtbaren Hand" der Marktkräfte. Danach könnte man annehmen, dass das Verfolgen privaten Profits durch einzelne Firmen und privater Vorteile durch Konsumenten zu einem Ergebnis führen würde, "als wenn" das System für die Maximierung des Gemeinwohls vorgesehen wäre. Aber moderne Analysen zum allgemeinen Gleichgewicht haben eine nützliche theoretische Funktion vorgeführt, die zeigt, wie restriktiv die Bedingungen sein müssen, um das Smithsche Resultat sicher zu stellen. ... Die Wirtschaftsgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts – mit seinen

Episoden von Massenarbeitslosigkeit, ungezügelter Inflation und Umweltzerstörung – hat auf praktische Weise gezeigt, dass das Spiel der Marktkräfte kein Vertrauen rechtfertigt, gesellschaftlich wünschenswerte Ergebnisse zu zeitigen.

Kapitalistische Ziele zweiter Ordnung

Wenn Konsumentenwünsche nicht als ein externer Steuerungsinput dienen, kann dann Regierungspolitik diese Rolle übernehmen? Nur in sehr geringem Maße, denn die typischen ökonomischen Ziele, die kapitalistische Regierungen sich selbst setzen, sind zweitrangig. Sie befassen sich nicht mit der direkten Befriedigung der Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung, sondern beziehen sich stattdessen auf Eigenschaften und Unzulänglichkeiten des ökonomischen Systems selbst. Beispielsweise betreffen Inflation und Zahlungsbilanz, zwei Schwerpunkte von Regierungspolitik, nicht direkt menschliche Bedürfnisse. Bei der Inflation geht es darum, welche Zahl wir Gütern zuordnen; sie ist ein Messproblem. Inflation kann unter Bedingungen großen Materialmangels wie in China während der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts oder in Zeiten relativer Materialfülle wie in Großbritannien der siebziger Jahre auftreten. Die Inflationsrate als solche sagt nichts aus über den Grad, bis zu dem menschliche Bedürfnisse befriedigt werden. Die Zahlungsbilanz ist ebenfalls ein zweitrangiges Problem; sie gibt an, bis zu welchem Grad Bürger und Regierung eines Landes Schuldner oder Gläubiger gegenüber dem Rest der Welt werden. Dies ist eine Anhäufung von Vertragsbeziehungen, die wiederum nichts darüber aussagen, bis zu welchem Grad sie mit den Bedürfnissen der Bevölkerung übereinstimmen. Damit soll nicht gesagt werden, dass Inflation und Handelsbilanz unwichtig sind, nur sind sie eben Probleme zweiter Ordnung, die mit der Funktion des ökonomischen Mechanismus selbst zu tun haben. Bei der Arbeitslosigkeit ist es genauso.

Arbeitslosigkeit beeinflusst indirekt die Bedürfnisbefriedigung. Die Arbeitslosen erleiden einen Abstieg in ihrem Lebensstandard, aber auch, was weniger klar ist, die Bevölkerung insgesamt, da sie ja die Güter verliert, die der Arbeitslose in produktiver Arbeit hätte produzieren können. Aber dies ist wieder ein Problem, das sich wegen der institutionellen Struktur einer kapitalistischen Ökonomie stellt.

Leute können arbeitslos sein, während Bedürfnisse nicht befriedigt sind und während Maschinen und Ausrüstung, die man für die Bedürfnisbefriedigung bräuchte, nutzlos herumstehen, weil es nach dem Firmenkalkül nicht profitabel ist, diese Bedürfnisse zu erfüllen.

Das einzige erstrangige Ziel, das sich kapitalistische Regierungen setzen, ist die Wachstumsrate. Dies betrifft die angehäufte Fähigkeit der Wirtschaft, Bedürfnisse zu erfüllen, aber im Prozess der Anhäufung kann allerlei versteckt sein. Was bedeutet eine Wachstumsrate? Als "reales Wachstum" wird gewöhnlich das Wachstum des Gesamtgeldwerts des Produktionsausstoßes minus Inflationsrate angesehen. Was das wirklich bedeutet, ist eine andere Sache. Kann man sagen, dass, wenn die Wirtschaft um 5 % wächst, das menschliche Glück um 5 % wächst? Was ist, wenn das Wachstum auf Kosten der Lebensqualität oder der sozialen Gleichheit geht? Was ist, wenn der Preis dieses Wachstums die Verschmutzung von Luft und Gewässern ist? Und auf wessen Kosten steuert der gemessene Output der Wirtschaft einen wirklichen Anteil zum Glück bei? Führt Wachstum in der Werbung oder im Geldverleih wirklich zu einem Anwachsen der Befriedigung irgendeines anderen Menschen als desjenigen, der direkt davon profitiert?

Was wären Ziele erster Ordnung?

Eine sozialistische Planwirtschaft sollte sich auf die Fähigkeit des Planungssystems konzentrieren, dem weiteren ökonomischen Entwicklungsweg Ziele aufzuerlegen, über die demokratisch entschieden wurde.

Betrachten wir die Ziele, über die politisch zu entscheiden ist und die eine Planwirtschaft erreichen sollte. Historisch war das erste Planungsziel in sozialistischen Ökonomien das Vorantreiben eines Programms zur intensiven Industrialisierung, die selbst wiederum ein Mittel zum Erreichen von sozialer Sicherheit und einer Infrastruktur war, die ein steigendes Niveau sozialer Versorgung und individuellen Konsums gewährleisten kann. Nach Paul Gregorys sorgfältigen Forschungen ... kann es kaum Zweifel daran geben, dass bei vergleichbarem Entwicklungsstadium Planwirtschaften zu einer schnelleren Industrialisierung in der Lage sind als Marktwirtschaften.

Für eine bereits industrialisierte Wirtschaft schließen ökonomische Ziele, auf die eine sozialistische Planung gerichtet ist, indes die folgenden ein:

1. Ein allgemeiner Anstieg des kulturellen Niveaus und des Lebensstandards vor allem der Arbeiterklasse, solange eine ausgeprägte Arbeiterklasse noch existiert. Dies schließt die Ausdehnung, die Verbesserung der Qualität sozialer Versorgung ein (gesellschaftliche Konsumtion), die Entwicklung der Auswahl und Qualität von Konsumgütern, eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit und Verlängerung der Freizeit und das Bestreben, die Arbeit selbst angenehmer und persönlich lohnend zu machen.

2. Das Einschlagen eines langfristigen ressourcenschonenden Entwicklungsweges, d.h. eines ökonomischen Entwicklungsweges, der ökologische Zwänge berücksichtigt und lösbare Zukunftsprobleme, die den erschöpften Ressourcen oder der Umweltzerstörung geschuldet sind, nicht aufstaut.

3. Eine Änderung der ökonomischen Struktur dahingehend, dass wirkliche ökonomische Geschlechtergleichheit durch fortschreitende Eliminierung patriarchalischer Formen der Ökonomie gesichert ist.

4. Reduzierung von Klassen- und regionalen Unterschieden (und in weniger entwickelten Ökonomien die Unterschiede zwischen Stadt und Land).

Dies sind natürlich sehr allgemeine Ziele (obgleich sie spezifischer als typische ökonomische Ziele kapitalistischer Regierungen sind). Sie müssen im Laufe der Aufstellung des operativen Plans weiter spezifiziert werden. Der nächste Abschnitt untersucht verschiedene Aspekte dieses Prozesses.

Planungsebenen

Planentscheidungen können in drei Ebenen aufgeteilt werden: makroökonomische

Planung, strategische Planung und detaillierte Produktionsplanung. Der Zusammenhang zwischen diesen Ebenen besteht in Folgendem.

Erstens setzt ein makroökonomischer Plan gewisse Parameter, die für die ökonomische Entwicklung im Zeitablauf bestimmend sind. Insbesondere betrifft dies die Aufgliederung der Gesamtproduktion (oder, wie wir es lieber ausdrücken würden, die Aufgliederung der Gesamtarbeitszeit) zwischen verschiedenen, hoch aggregierten Kategorien des Endverbrauchs. Wie viel der gesellschaftlichen Arbeit sollte der Produktion von Konsumgütern gewidmet sein? Wie viel der Versorgung mit gesellschaftlichen Gütern wie Gesundheit, Erziehung oder sozialisierte Kinderbetreuung? Wie viel der Akkumulation von Produktionsmitteln für die Erweiterung der zukünftigen Produktionskapazität? Und wie viel (wenn überhaupt) der Rückzahlung ausländischer Schulden oder dem Erwerb ausländischer Aktivposten?

Ein makroökonomischer Plan muss diese Fragen beantworten. Er muss ebenso die Frage stellen, wie intensiv das vorgegebene Produktionspotenzial der Wirtschaft ausgenutzt werden soll. Die Antwort ist nicht notwendig: "maximal", wenngleich dies in Kriegszeiten der Fall sein wird. Eine kapitalistische Regierung könnte z.B. entscheiden, zur Reduzierung der Inflationsrate die Nachfrage zu reduzieren und Arbeitslosigkeit zu erzeugen – dies ist makroökonomische Planung der einen Art. Eine sozialistische Planungsbehörde wird kein Interesse an der Erzeugung von Arbeitslosigkeit haben, aber gleichzeitig will sie auch nicht die Bevölkerung so hart wie möglich arbeiten lassen. Es gibt einen Zielkonflikt zwischen produktiver Arbeit und Freizeit, und die makroökonomischen Planer werden in dieser Hinsicht die Präferenzen der Leute in Rechnung stellen müssen, wenn sie berechnen, wie viel Arbeitszeit für die verschiedenen Verwendungen zur Verfügung steht.

Zweitens betrifft der strategische Plan die sich verändernde industrielle Struktur der Wirtschaft. Wenn so-und-so-viel an verfügbarer Arbeitszeit der öffentlichen Versorgung, so-und-so-viel den Konsumgütern und so-und-so-viel der Produktionsmittelproduktion gewidmet sind, welche bestimmten Sektoren mit welchen Technologien sollten dann entwickelt werden? Welche Arten von Gütern sollten importiert werden, weil sie anderswo billiger produziert werden können?

Welche Industrien sollten auf lange Sicht eingestellt werden? Im Kontext einer strategischen Planung müssen Fragen wie die umweltmäßige Auswirkung verschiedener Industrien und Technologien und nach geeigneten Kriterien für die Bewertung möglicher Investitionsvorhaben gestellt werden.

Drittens betrifft die – sich innerhalb des durch den makroökonomischen und strategischen Plan bestimmten Rahmens bewegende – detaillierte Produktionsplanung die genaue Ressourcenverteilung: Welche spezifischen Arten von Gütern müssen in welcher Menge mit wie viel Arbeit und an welchen Orten produziert werden? Welche Produktionseinheiten müssen Inputs von welchen anderen erhalten? Und so weiter.

Kapitalistische Regierungen sind bis zu einem gewissen Grad zu einer makroökonomischen und strategischen Industrieplanung in der Lage (von Kriegszeiten abgesehen nehmen sie eine detaillierte Produktionsplanung natürlich gar nicht erst in Angriff). Da diese aber keine Eigentumsrechte an den meisten Produktionsmitteln haben, ist ihre Möglichkeit zu planen begrenzt und hängt von der Kooperation der kapitalistischen Unternehmen und anderer privater Akteure ab.

Betrachten wir die makroökonomische Planung. Die Regierungen mögen z.B. das Geldvolumen erweitern und einen niedrigeren Zinsfuß veranlassen, um Investitionen zu stimulieren, was eine Neuverteilung der Ressourcen zugunsten der Akkumulation von Produktionsmitteln zur Folge hätte. Aber wenn kapitalistische Unternehmen Investitionen als nicht genügend profitabel ansehen, kann es sein, dass ein niedriger Zinsfuß keine große Änderung bewirkt. Oder: Eine Regierung könnte, in der Hoffnung, den Gesamtoutput und die Beschäftigungsrate zu erhöhen, die Steuern senken; aber wenn die Konsumenten, die davon profitieren, ihre Gewinne für importierte Güter ausgeben, würde daraus eher ein Handelsdefizit als eine heimische Expansion resultieren.

Was strategische Planung im Kapitalismus betrifft, repräsentiert das japanische Ministerium für internationalen Handel und Industrie (MITI) die bemerkenswerteste Erfolgsgeschichte. Das MITI war in der Lage, eine weitsichtige

Abstimmung der Struktur der japanischen Industrie angesichts von Strukturveränderungen in der Weltproduktion und bei Wettbewerbsvorteilen zu fördern. Jene Industrien, die in den Überlegungen des MITI die besten Aussichten auf langfristige Wettbewerbsfähigkeit boten, wurden mit Hilfe staatlich finanzierter Forschung und Entwicklung aufgebaut. Eine der besseren Beschreibungen dieses Prozesses ist in Keith Smith (Smith, 1986) enthalten. Der Erfolg des MITI ist schwer nachzuahmen; er hängt von der Bereitschaft der kapitalistischen Unternehmen in Japan ab, mit dem Ministerium zu kooperieren, und ein kooperatives Klima in der Beziehung zwischen Industrie und Regierung kann nicht durch Gesetze herbeigeführt werden.

Im Prinzip sollte sich eine sozialistische Regierung, die über Eigentumsrechte an den Produktionsmitteln verfügt, in einer viel besseren Position befinden, um eine kohärente und effektive makroökonomische und strategische Industrieplanung durchzuführen. Die Tatsache, dass solch eine Regierung die Macht hat, diese Aspekte der Ökonomie zu gestalten, garantiert natürlich noch nicht, dass von dieser Macht auch ein weiser Gebrauch gemacht wird. Aber wenn der Planungsprozess offen debattiert wird, demokratisch, wenn immer es möglich ist, und wenn er systematisch die besten Leistungen der wissenschaftlichen Gemeinschaft in Anspruch nimmt, gibt es einen guten Grund für die Hoffnung, dass die Resultate denen des kapitalistischen Marktes überlegen sind.

Wir danken dem Verlag PapyRossa für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck dieses leicht gekürzten Kapitels aus dem Buch: "Alternativen aus dem Rechner. Für sozialistische Planung und direkte Demokratie" (2006, 2. Auflage 2012).

Reinhard Jellen

"Do-It-Yourself-Urbanismus"

Hanno Rauterberg über neue Tendenzen des Stadtlebens

Neuen Phänomenen und ihren Widersprüchen städtischen Zusammenlebens widmet sich Hanno Rauterberg in seinem Buch Wir sind die Stadt! Zwar wird die Okkupation des öffentlichen urbanen Raums momentan noch vorrangig in Gestalt von Gentrifizierung und Privatisierungspolitik betrieben, aber der Journalist und Architekturkritiker sieht in vielen sozialen Techniken und Interessensplattformen der Stadtbürger die Saat des Subversiven aufgehen.

► Herr Rauterberg, wie haben sich die Städte in den letzten 20 Jahren verändert? Mein Eindruck aus München: Sie sind vor allen Dingen teurer, aber nicht schöner geworden, und die Anzahl reicher Idioten hat sich auch nicht gerade verringert ...

Hanno Rauterberg: Was Sie beschreiben, entspricht ziemlich genau der Diagnose vieler Stadtforscher und zwar schon seit Jahrzehnten: Alles wird immer hässlicher, schlechter, schlimmer, im Grunde ist die Stadt längst tot. Als das Internet groß wurde, vor gut zwanzig Jahren, waren nicht wenige davon überzeugt, dass man die Stadt und ihre Räume nicht mehr brauchen würde. Wozu auch, wo doch alles frei Haus geliefert wird und man mit allen ständig in Kontakt stehen kann, ohne vor die Haustür zu gehen?

Doch bei meinen Recherchen für das Buch bin ich zum gegenteiligen Ergebnis gelangt: Nichts bestätigt die kulturpessimistische Annahme, dass der öffentliche Raum überflüssig geworden ist. Vielmehr wächst gerade in der digitalen Moderne das Verlangen nach körperlichen Erfahrungen, nach gelebter Kollektivität, nach städtischen Räumen, die alle Sinne ansprechen. Obwohl äußerlich alles so zu sein scheint wie ehedem, verändert sich doch das Bewusstsein: Die Stadt mit ihren Räumen wird zum Ort der Projektionen, aber auch der Aktionen, im sportlichen,

spielerischen, auch im politischen Sinne.

"Was überreguliert war, wird entregelt"

► Inwieweit wurden die Veränderungen durch den Computer beeinflusst?

Hanno Rauterberg: Vor allem seit der Einführung des Smartphones - Internet für die Hosentasche - verändert sich für viele Menschen das räumliche Empfinden. Man sieht das zum Beispiel daran, dass gerade bei den Jüngeren die Zulassungszahlen für Autos rapide einbrechen. Der eigene Pkw ist nicht mehr das Statussymbol, das es mal war, nicht länger das Zeichen für Unabhängigkeit, Beweglichkeit, Freiheit. Das ist heute das Smartphone. Zudem wird im Internet vieles zur Selbstverständlichkeit, das dann auch den urbanen Alltag, unser Verhältnis zur Stadt bestimmt - das Mitreden, Mitwirken, der Austausch der Ideen, die sich dann unversehens weltweit verbreiten.

Aber auch auf einer tieferen Ebene scheint es erstaunliche Parallelen zu geben. So ist der *Shared Space* neuerdings zum Leitbild vieler Stadtplaner geworden: eine Stadt ohne Beschilderungen, ohne Warn- und Vorsichtszeichen, ohne Bordsteinkanten. Die Radwege und Bürgersteige, sämtliche Schraffierungen, Markierungen, Schwellen, Planken und Drängelgitter, selbst die Ampeln sollen verschwinden. Was überreguliert war, wird entregelt: Im *Shared Space*, in diesem ungeteilten Raum, soll nichts mehr vorherbestimmt sein. Niemand hat mehr Vorfahrt oder genauer: Alle haben Vorfahrt.

Auch das Internet lässt sich ja als eine Art *Shared Space* begreifen, dort sind sogenannte *Open Spaces* populär, in denen beliebige Themen von beliebig vielen Menschen diskutiert werden können, selbst organisiert und selbst verantwortlich.

Die dafür nötige Technik wurde um 1985 in den USA von Harrison Owen entwickelt, genau zur selben Zeit, in der ein gewisser Hans Monderman in dem Dorf Oudekaste im niederländischen Friesland seine ersten Experimente mit schilderlosen Straßen unternahm, die ihn später zum Urvater der *Shared-Space*-Bewegung machen sollten. Owen wie Monderman wurden früh mit ähnlichen Vorbehalten konfrontiert: Das liberalisierende Moment des *Open* und des *Shared*

Space, die anarchische Kraft, die hier zutage tritt, scheint bis heute viele Menschen zu schrecken. Hier verkörpert sich ein gewandeltes Weltverständnis und verlangt ein neues Bewusstsein: Das lineare weicht dem komplexen Denken, alles Getaktete verflüssigt sich, die strengen Grenzen eines genormten Daseins lösen sich auf.

Urbanismus von unten

Möglichkeiten, der Gentrifizierung entgegenzutreten

► Wie schätzen Sie die Möglichkeiten ein, der Gentrifizierung entgegenzutreten?

Hanno Rauterberg: Es haben sich ja viele gewitzte, manchmal auch dadaeske Formen entwickelt, um dem Aufwertungswahn in Städten wie München, Berlin oder Hamburg etwas entgegenzusetzen. Es gib sogenannte Wohnungsbesichtigungsrallyes, bei denen die Demonstranten gut gelaunt, luftschlangenwerfend und nackt immer dann auftauchen, wenn Makler ihre (nicht selten überteuerten) Objekte an den Kunden bringen wollen. Andere versuchen das eigene Quartier möglichst marode erscheinen zu lassen, indem sie überfüllte Wäscheständer auf den Balkon stellen, zerschlagene Fensterscheiben simulieren oder Zettel an Laternenpfähle kleben, auf denen vor wachsender Gewalt gewarnt oder über angeblich auf dem Kinderspielplatz gefundenes Spritzbesteck informiert wird.

Anleitungen für solche Angstkampagnen werden als "Abwertungskit" im Internet verbreitet. Daraus spricht aber, so wie aus den anderen Aktionen auch, vor allem Verunsicherung; auf politischem Wege und schon gar nicht auf dem Wege des pragmatischen Handelns im öffentlichen Raum scheint für diese Stadtbewohner eine Lösung des Mietproblems unmöglich. Und in manchen Fällen mag es auch so sein, dass sich mit Interventionen etwas in der öffentlichen Wahrnehmung wandelt und mehr Menschen verstehen, dass eine Wohnung eben keine Ware wie jede andere ist. Am Ende bleibt Gentrifizierung aber aus meiner Sicht ein Problem, das nicht auf der Straße, sondern in den Parlamenten gelöst werden muss, mit einer anderen Wohnungsbaupolitik.

► Wie kann sich die Stadtbevölkerung gegen Privatisierung wehren? Hat es hier

einen Sinn, seine Hoffnungen auf die politischen Parteien zu setzen, die bislang allesamt diesen Tendenzen hilflos bis wohlwollend gegenüberstanden?

Hanno Rauterberg: Es gibt eine um sich greifenden Privatisierung des öffentlichen Raums, das stimmt. Und in manchen Fällen, wie etwa bei den *Business Improvement Districts*, werden genuin öffentliche Aufgaben an Unternehmer delegiert. Doch gibt es auch eine Gegenbewegung, eine wachsende Lust vieler Bürger am Offenen und Öffentlichen. Die freien, unbestimmten Räume der Stadt gewinnen eine andere, gewichtige Bedeutung. Mein Buch erzählt von diesem Urbanismus von unten, der die Stadt wiedererweckt. Es schildert, wie sich viele Bürger den öffentlichen Raum auf mannigfache Weise aneignen und wie sie ihn verändern. In Zeiten des Hyperindividualismus wird er zu einem Raum geteilter Erfahrungen, zu einem Forum, in dem sich die kollektiven Interessen bündeln und ein neues Gewicht erlangen.

Bei vielen Menschen wächst die Bereitschaft, sich auf ungewohnte Spielformen des Öffentlichen einzulassen. Manche begeistern sich für *Flash-* und *Smartmobs*, andere verlegen sich auf das *Guerilla-Knitting*, wieder andere statten den öffentlichen Raum mit selbst gebauten Bänken und Stühlen aus, eine Unternehmung, die in den USA unter dem Namen *Chair-Bombing* bekannt ist. Eine stille Anarchie scheint viele Menschen zu erfassen, vor allem die jüngeren:

Sie begreifen noch die hässlichsten Parkhäuser als Übungsplätze für athletische Kunststücke (*Parkouring*), verwandeln betonierte Straßenränder in kleine Blumenbeete (*Guerilla-Gardening*), machen aus Stromkästen Kunstwerke (*Street-Art*) oder erklären verwaiste Stadtplätze zur neuen Partyzone (*Outdoor-Clubbing*). Und wiederum ist das Internet, sind Facebook und Twitter oft Katalysatoren. Ähnlich wie die Gesellschaft sich pluralisiert hat, bilden auch die Straßen und Plätze höchst diverse Formen und Funktionen von Gemeinschaft aus. Und wohl gerade deshalb zieht es viele Menschen in die Stadt: Sie erweist sich als Möglichkeitsraum, offen für widerstreitende Interessen.

► Welche Rolle kommt der städtischen Bevölkerung in Zukunft beim Prozess der politischen Willensbildung zu?

Hanno Rauterberg: Vermutlich ist es noch ein wenig früh, um das wirklich sagen zu können. Ob die Stadt der Digitalmoderne tatsächlich einen Strukturwandel durchläuft, der auch die diskursive, argumentierende und also politisch handelnde Öffentlichkeit wiederbelebt, das muss man abwarten. Heute träumt ja kaum noch jemand von dem alten Idealbild einer Gesellschaft, in der alle mit allen permanent im Gespräch sind, um sich über ihre Werte und Regeln in offener Aushandlung zu verständigen.

Längst hat man sich daran gewöhnt, dass es die eine Öffentlichkeit so wenig gibt wie den einen Raum. Es gibt eine Marktplatz- und eine Sportplatzöffentlichkeit, eine Fernseh- und eine Facebook-Öffentlichkeit, und ebenso formen die neuen urbanen Bewegungen eine eigene, temporäre Ausprägung kollektiven Seins. Darin mögen manche einmal mehr die segmentierte, konfettibunt zerstobene Gesellschaft erblicken, die keinen Begriff mehr von sich selber hat. Gleichwohl fällt auf, dass zumindest einige dieser Bewegungen gerade deshalb in die Stadt drängen, weil sie dort Räume für ihre geteilten, kollektiven Interessen finden. Und sie bilden Gemeinschaften, die frei sind von den üblichen Gewinnabsichten. Nicht um Konsum, nicht um materielle Vorteile geht es ihnen, sondern um ideelle Werte.

Mal teilen sie eine politische Überzeugung, mal die Freude am gemeinsamen Gärtnern und Spielen, mal fühlen sie sich durch ein öffentliches Essen, den Augenblick geteilten Genusses, verbunden oder durch die kollektive Erfahrung der künstlerisch-kreativen Gestaltung einer Straßenkreuzung. Es sind auch dieses keine starken Formen von Öffentlichkeit, hier geht es anders als in Parlamentsausschüssen nicht um komplexe Entscheidungsfindung, nicht um Argument und Gegenargument. Doch immerhin ist das gesellschaftliche Wir, das in den meisten urbanen Bewegungen zusammenfindet, nicht auf Ab- und Ausgrenzung bedacht. Es schließt nicht aus, es schließt auf. Und das ist gerade im "Age of Access" (Jeremy Rifkin), in dem Zugang und Zugriff wichtiger werden als Besitz, nicht gering zu schätzen.

Es unterscheidet dieses urbane Wir von den kommerziellen Sonderzonen des Öffentlichen, von den Lounges und Spaß und Erlebnisparks, die den Zutritt nicht selten an Wohlstand, Besitz oder Status koppeln. Ob *Flashmob*, *Geocaching* oder

Urban Gaming - immer sind es einladende, gestaltungsoffene Öffentlichkeiten, jeder ist willkommen, der sich auf die kollektiven Regeln einlassen oder sie in der Auseinandersetzung mit anderen verändern mag.

► In welche Metropolen sehen Sie bereits die urbanen Lebensideale in wahrnehmbaren Ansätzen vorhanden?

Hanno Rauterberg: Nicht nur in den Metropolen, auch in kleinen Städten gibt es diese Ansätze, den eigenen Lebensraum neu wahrzunehmen und für sich selbst und andere zu reklamieren. Selbst in einer Kleinstadt wie Andernach, wo nun auf den städtischen Beeten keine Eisbegonien mehr wachsen, sondern Tomaten und Johannisbeeren - und jeder darf ernten.

Vor allem in den USA ist der Do-It-Yourself-Urbanismus oder "DIY Urbanism" schon weit verbreitet. Und man hofft, dass durch kleine Interventionen langfristige Verbesserungen möglich werden. So wie der Guerilla-Zebrastreifen in Baltimore, Maryland, der von den städtischen Behörden rasch wieder entfernt wurde - und doch dazu führte, dass öffentlich so lange über das Für und Wider diskutiert wurde, bis schließlich ein offizieller Fußgängerüberweg entstand.

Erschienen in Telepolis am 01.06.2014

Lars Lange

Die Energiewende ist vollbracht

Jetzt brauchen wir die Entwicklung einer Postwachstumsstrategie

Einer der lautesten und wahrnehmungsstärksten Diskurse der letzten Jahre heißt "Energiewende". Dieser Diskurs leidet in zwei Kernbereichen an einer bemerkenswerten Kurzsichtigkeit. Zum einen hinterfragen die Akteure in keiner Weise den verbrauchspolitischen Status Quo, der Jahresstromverbrauch in Deutschland wird nicht ansatzweise in seiner Monstrosität in Frage gestellt - im Gegenteil. Oft wird die Diskussion um die Energiewende mit der irrwitzigen Forderung aufgeladen, den hiesigen Stromverbrauch massiv auszuweiten, etwa durch die Idee, in Zukunft auf die individuelle Elektromobilität zu setzen.

Der Diskurs bleibt völlig in den engen und gefährlichen Grenzen einer Technikgläubigkeit, durch die unser überkommenes, nationales Wohlstandsmodell erhalten werden soll. Die konsumbasierte Selbstinszenierung durch rituelle Inbesitzbringung von Waren und Dienstleistungen wird einfach als unumstößliches Axiom des menschlichen Lebens beibehalten.

Zum anderen leidet der Energiewende-Diskurs grundsätzlich an einem performativen Widerspruch: Es wird behauptet, dass jede neu errichtete Erneuerbare-Energie-Anlage, sei es Wind, Biomasse oder Photovoltaik, ein Gewinn für die Umwelt sei. Dem ist nicht so. Schön dargelegt hat dies der Oldenburger VWL-Professor Niko Paech in seinem Buch "Die Befreiung vom Überfluss - Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie". Ohne die Thesen im Einzelnen wiedergeben zu wollen, möchte ich drei Punkte herausstellen:

1. Additiver Charakter jeder Neuanlage

Jede Zubau-Strategie bedeutet zuallererst einen zusätzlichen Ressourcenverbrauch. Auch eine Windturbine verbraucht Stahl und Seltene Erden, die Herstellung von Photovoltaik-Modulen verschlingt Energie, die Rohstoffe für eine Biomasseanlage müssen nach Deutschland transportiert werden. Die behauptete Amortisierung der bei der Produktion eingesetzten Energie tritt vermutlich nie ein. Denn die vermeintlichen Öko-Fabriken produzieren erneuerbare Kraftwerke noch größtenteils mit fossilen Energieträgern. Jede Neuanlage trägt so stofflich durch das bei ihrer Produktion freigesetzte CO2 zum Klimawandel bei.

Die Menge Strom, die eine Neuanlage im Laufe ihrer operationellen Verfügbarkeit ins Netz einspeist, kann nicht mit derjenigen Energie in Zusammenhang gebracht werden, die zu ihrer Produktion verwendet wurde: Dieses einmal emittierte CO2 wird nicht wieder dadurch aus der Atmosphäre verschwinden, dass eine Neuanlage in Betrieb geht. Stattdessen kommt es zunächst lediglich zu einer Ausweitung des Stromangebotes, ohne dass fossile Kraftwerke in gleichem Maße vom Netz gehen.

2. Ausdehnung des Stromangebotes

Durch den Zubau erneuerbarer Stromerzeuger verzeichnen wir in Deutschland seit Jahren an der Börse einen sinkenden Strompreis, der sich langsam auch auf den Haushalts-Strompreis niederschlägt. Dadurch werden weitere Anreize geschaffen, sich mit stromfressenden Symbol-Konsumgegenständen und Energiesklaven zu umgeben, die durch niedrige Strompreise in der Produktion ebenfalls günstiger werden.

3. Einkommenseffekt

> Diese Energiewende schafft Arbeitsplätze, steigert die verfügbaren Einkommen. Das bedeutet: mehr Konsum! Mehr Konsum bedeutet einen höheren Ressourcenverbrauch, bedeutet ein Anheizen des Wirtschaftswachstums. Jeder Euro, der als Einkommen verfügbar ist, verursacht zwischen einem und mehreren Kilogramm CO2.

Zudem müssen wir immer die planetarische Perspektive mit wahrnehmen: Jeder in Deutschland lebende Mensch verbraucht jährlich im Durchschnitt um die 8.000 kWh Strom pro Kopf. Selbst wenn wir nur in Deutschland auf 100% Ökostrom kommen wollen, so halte ich diese "Energiewende" für ökologisch schlicht nicht verantwortbar. Zu groß wäre der Ressourcenverbrauch, um die benötigten Anlagen herzustellen - vom Landschaftsverbrauch ganz zu schweigen.

Doch was ist mit den Ländern des Globalen Südens? Diesen müssten wir gerechterweise zubilligen, einen mit Deutschland vergleichbaren quantitativen Lebensstandard zu erreichen, ihnen also einen ebenso hohen Stromverbrauch zugestehen. Ist das weltweit durch den Neubau von Erneuerbaren-Energie-Erzeugern klimaneutral zu stemmen? In Indien beträgt der durchschnittliche Stromverbrauch knapp 650 kWh, in China 3.300 kWh, Stand 2011. Rechenaufgabe: Wie viele erneuerbare Energieerzeuger müssen wir bauen, um jedem Menschen dieser Welt 8.000 kWh Strom pro Jahr bereit zu stellen? Wie viele Ressourcen werden dafür benötigt und wo kommen diese her?

Die Ideologie der deutschen Energiewende, die den Stromverbrauch und unser Konsumniveau nicht in Frage stellt, bedeutet wahrscheinlich in der Konsequenz die Schaffung gewaltsam abgeschotteter Wohlstandsinseln. Einen Weg, den Europa und die USA mit ihren hermetisch abgesicherten Außengrenzen bereits eingeschlagen haben.

Wollen wir das?

Wie also weiter? Wir brauchen eine Abkehr von jeder Zubau-Strategie. Die Energiewende ist vollbracht! Wir haben jetzt knapp 28% Ökostrom in Deutschland im Netz, das reicht, um die Sphäre der Ökonomie an uns Menschen anzupassen, und nicht - so wie bisher - den Menschen an eine Ökonomie anzupassen. An eine Ökonomie, die wenige immer reicher und viele immer ärmer macht.

Wir brauchen die Entwicklung einer Postwachstumsstrategie. Tragen wir unserer Erfahrung Rechnung, dass mit der Zunahme der wirtschaftlichen Stärke eines Landes der Verbrauch von Antidepressiva wächst, nicht aber das subjektive Glücksempfinden. Suffizienz heißt das Zauberwort, materielle Genügsamkeit. Wir brauchen eine Deindustrialisierung Deutschlands, eine Abkehr von der Arbeitsplatz-Ideologie. Rechnen wir mit einer reduktiven Anpassung des Verbrauches um 75%.

Wer will einen Standort? Ich will eine Heimat!

Blühende Landschaften, die hatte mir Helmut Kohl einst versprochen, da war ich 17 Jahre alt. Doch Kohl hatte statt farbenfrohen Blüten und duftenden Auen nur graue Gewerbegebiete und rauchende Industrieschlote in seinem Kopf. Aber ich fanatisch CDU-treu poche auf das Kohl-Versprechen, weigere mich, den Kohlschen Blüten-Sarkasmus, des Exkanzlers Neusprech, zu verstehen, beharre auf blühende Wiesen, auf saubere Luft, auf himmlische Ruhe, auf klares Wasser, auf eine Überlebenschance für so viele Menschen auf unserem gemeinsamen Planeten. Ein Recht haben wir darauf.

Und blühende Landschaften heißt blühende Landschaften. Nicht beleuchtete Parkplätze. Nicht Straßen. Keine Industrieanlagen. Keine Flughäfen. Keine Gewerbeparkwucherungen. Und erst recht keine Kraftwerke.

Wie kann das gelingen? Strukturell durch die Abkehr von großen Zwangs-Körperschaften, durch Raum für kleinteilige Labore, durch den Aufbau horizontaler Netze. Das Recht auf Allmende ersetzt den Arbeitsplatzzwang. Doch die entscheidende Grundfrage ist, wie wir das Primat der Ökonomie in unseren Köpfen überwinden und andere Sinnzusammenhänge für uns entdecken. Den

Wachstumsgedanken wenden. Inneres, geistiges, kulturelles Wachstum erspüren.

Lasst uns das Projekt "Energiewende" für abgeschlossen erklären. Und das Projekt Wachstumswende beginnen.

Elisabeth Voß

Die schöne neue Shareconomy und ihre Schattenseiten

Auf der Degrowth-Konferenz in Leipzig wurde Anfang September 2014 über Strategien und Wege anderen Wirtschaftens angesichts von Ressourcenknappheit und Klimakatastrophe diskutiert. Die Heinrich Böll Stiftung hatte zur Konferenz ein Themenheft "Seitenwechsel. Die Ökonomien des Gemeinsamen" herausgebracht. Es "erzählt Geschichten eines anderen, bürgergetragenen Wirtschaftens, einer Wirtschaft der Solidarität und Selbstbestimmung", schreibt Barbara Unmüßig im Editorial.

Dabei wird deutlich, dass immer mehr Menschen wenigstens im Kleinen versuchen, Elemente einer Postwachstumsökonomie umzusetzen. Urbane Gärten, Offene Werkstätten, alternative Bildungseinrichtungen und viele andere selbstorganisierte Projekte entwickeln immer mehr soziale und technologische Innovationen. [14] In diesen Zusammenhängen ist oft von "Sharing" (Teilen) und auch "Glück" die Rede. Annette Jensen und Ute Scheub bezeichnen dieses neue Wirtschaften im Titel ihres neuen Buchs als "Glücksökonomie. Wer teilt, hat mehr vom Leben".

Es geht um einen Wertewandel, weg vom Materiellen, hin zu Fragen von Gemeinschaftlichkeit und Lebensglück. Schon der Heilige Sankt Martin teilte seinen Mantel mit einem Bettler. Der neue Trend zum Teilen oder "Sharing" hat mit Wohltätigkeit nichts zu tun. Geteilt wird untereinander, unter Gleichen, Peer to Peer: Digitale Inhalte werden weitergeben, materielle Dinge getauscht und gemeinsam genutzt und Projekte werden gemeinsam finanziert (Crowdfunding). Die Zusammenarbeit in der Sharing-Welt wird häufig als "Kollaboration" bezeichnet. [15]

Digitale Inhalte teilen

Das Teilen steht in der Bedienungsanleitung vieler Websites ganz oben. Wer sich im Internet bewegt, teilt Meldungen, Bilder, Fotos (oft lustig retuschiert) und vieles andere in digitalem Format mit anderen. Auch Wissen und Erfahrungen werden gerne geteilt: Amazon-NutzerInnen verfassen Kundenrezensionen über Produkte jeder Art, Reisende berichten über ihre Urlaubsziele, beschreiben und bewerten Hotels und Touristikanbieter. Es gibt wohl keine Produkte oder Leistungen, die nicht in irgendwelchen Internetportalen beurteilt und miteinander verglichen werden. Jede und jeder kann sich einbringen, kann – mehr oder weniger anonym und ohne dafür bezahlt zu werden – das eigene Urteil abgeben. Bewertet werden nicht nur Autos, Haushaltsgeräte, Bücher, Reisen, ÄrztInnen und ProfessorInnen, sondern ebenso diese Bewertungen selbst. [16] So fragt zum Beispiel Amazon: "War diese Rezension für sie hilfreich?" Wer in diesem Spiel aktiv ist und gute Bewertungen einheimst, kann sich nach und nach Reputation erwerben.

Die freie Online-Enzyklopädie Wikipedia hat gedruckte Lexika wie den Brockhaus überflüssig gemacht. Zum Wissen der Welt tragen unzählige AutorInnen bei, die engagiert und unentgeltlich dafür sorgen, dass dieses Wissen stetig wächst und aktuell bleibt. An Schulen und Universitäten gilt Wikipedia mittlerweile als zuverlässige und zitierfähige Quelle, JournalistInnen dient es zum schnellen Faktencheck. Bei allem Respekt vor den Leistungen derjenigen, die zu diesem gemeinschaftlichen Projekt beitragen, ist bei genauerem Hinsehen jedoch Skepsis angesagt. So dokumentiert der Bonner Journalist Marvin Oppong in einer Studie der Otto Brenner Stiftung (OBS), wie bewusst in Wikipedia-Beiträge eingefügte Fehler anstandslos das interne Qualitätscontrolling passierten, und anschließend ungeprüft selbst von renommierten Medien wiedergegeben wurden. [17]

Aber nicht nur Falschmeldungen, sondern auch gezielte Eingriffe von Lobbyisten trüben das Bild der angeblich so neutralen Informationen in Wikipedia. Die genannte OBS-Studie belegt, wie kritische Berichte über Unternehmen wie IG Farben, RWE, BASF und andere geschönt, gleich ganze Passagen gelöscht oder PR-Inhalte eingefügt wurden. In Wikipedia-internen Diskussionen um Änderungen an Artikeln setzen sich oft diejenigen mit dem längeren Atem durch, die so viel Zeit in

ihr Engagement stecken können, dass sich die Frage geradezu aufdrängt, auf wessen Gehaltsliste sie stehen. Für einige Editoren lässt sich anhand ihrer IP-Adresse nachvollziehen, für welche Stiftung oder welches Unternehmen sie agieren. Zweifellos ist Wikipedia zu einem Machtfaktor geworden. Der Kölner Publizist Werner Rügemer bezweifelt deren Objektivität, denn: "Die 'freie Enzyklopädie' liegt in den Händen des Privatkapitals."

Gegenstände teilen

Carsharing ist schon lange ein lukratives Geschäft. Daneben entstehen Peer-to-Peer-Modelle wie zum Beispiel Nachbarschaftsauto, in denen Menschen sich gegenseitig ihre Autos leihen. Dieses Prinzip, NutzerInnen eine internetbasierte Möglichkeit des Austauschs untereinander anzubieten, ist auch das Geschäftsmodell von AirBnB, das eine Plattform zur Zimmer- und Wohnungsvermittlung gegen Servicegebühren zur Verfügung stellt. Auch das ursprünglich nichtkommerzielle, weltweite Gastfreundschaftsnetzwerk Couchsurfing ist mittlerweile ein gewinnorientiertes Unternehmen geworden, das mit den Daten der NutzerInnen handelt. [18]

Das Teilen oder die gemeinschaftliche Nutzung von Dingen wird auch als "Kollaborativer Konsum" (Kurzform: KoKonsum) bezeichnet. Vermittelt über digitale Plattformen können Gegenstände des Alltags wie Haushaltsgeräte, Werkzeuge, Fotoapparate, Bücher, DVDs und vieles mehr verliehen, verschenkt, getauscht oder gegen Entgelt abgegeben werden. Das Portal frents – ein Wortspiel aus friends (Freunde) und rent (mieten) – wirbt mit dem Slogan "Leihen und Verleihen unter Freunden und Nachbarn". Es ist ein Referenzprojekt der Internetagentur Sherpatec, die laut eigener Website Standorte in München, Berlin, Zürich und demnächst auch in Hongkong hat. Ihr Geschäftsführer Carl Raphael Mahir ist ebenfalls Geschäftsführer der frents GmbH.

Sharing-Dienste machen Gewinne, auch wenn sie für NutzerInnen kostenlos sind, indem sie sogenannte "Leads" generieren, Datenspuren, die von den Usern selbst gelegt werden und für Marketingzwecke verwendet werden. Bei der Registrierung oder beim Eintrag in einen Newsletter geben Menschen oft mehr über sich preis,

als sie denken. Wer hat sich nicht schon gewundert, dass beim Surfen im Internet oft Werbung angezeigt wird, die genau das anbietet, was man selbst gerade gesucht oder eingekauft hat? Jede Bewegung im Internet wird beobachtet, gespeichert, ausgewertet. Mit ihren Datenschutzvereinbarungen sichern sich Online-Anbieter meist umfangreiche Rechte.

In der taz-Beilage zur "Sharing City Berlin Week" im Juni 2014 antwortet der US-amerikanische Kulturwissenschaftler Charles Eisenstein auf die Frage, was es bedeutet, "wenn Großkonzerne Millionen in die Share Economy investieren", entlarvend: "Man kann Geld machen in der Share-Economy. Google hat dadurch viel Geld verdient, aber die traditionellen Medien haben noch mehr verloren. Sie ist Teil des Degrowth". Dazu passt die Einschätzung der Unternehmensberatung Accenture, dass "'Shareconomy' immer mehr die Strategie erfolgreicher Konzerne (prägt). ... Wer 'Shareconomy' für eine kurzlebige Modeerscheinung hält, liegt völlig falsch."

Gemeinsam finanzieren

Beim Crowdfunding wird ein Vorhaben durch viele GeldgeberInnen finanziert. Auf Betterplace sammeln soziale Projekte Spenden in Form von Geld oder auch Zeit. Bei Startnext, VisionBakery und anderen werben vor allem künstlerische Projekte um Sponsoren. Diese bekommen ein kleines oder größeres Dankeschön, je nach Höhe ihres Geldgeschenks.

Auch Kredite können online in der Crowd gesammelt werden, von Privatpersonen zum Beispiel bei auxmoney, von mittelständischen Unternehmen bei finmar. Die KreditgeberInnen erhalten Zinsen und bekommen ihr Geld nach der vereinbarten Laufzeit zurück, wenn alles gut geht. Risikokapital können Startups zum Beispiel bei Seedmatch einwerben. Das gesammelte Geld wird bei den meisten Crowdfundingorganisationen nur dann ausgezahlt, wenn es eine vorher festgelegte Marge erreicht. Kommt nicht genug zusammen, erhalten die Sponsoren ihr Geld zurück. Es kommt also sehr darauf an, sich möglichst gut zu verkaufen und das eigene Vorhaben breit zu bewerben, um in der Konkurrenz zu gewinnen.

Zusammenarbeiten?

In vielen kleinen, selbstverwalteten Projekten arbeiten die Beteiligten meist auf gleicher Augenhöhe zusammen und treffen gemeinsame Entscheidungen. Daraus entstanden die ersten online-betriebenen Tauschbörsen. Ganz anders bei heutigen Shareconomy-Firmen, in denen eine machtvolle Zentrale das Geschäft steuert.

Aktuell drängt das US-amerikanische Unternehmen Uber auf den deutschen Markt und bietet Personenbeförderungsdienste an. Per Smartphone-App bringt Uber Menschen mit und ohne Auto zusammen. Die Mitfahrenden bezahlen, die Fahrenden haben keinerlei Rechte, nicht einmal einen vertraglichen Anspruch auf Bezahlung. Zudem riskieren sie ihre KFZ-Versicherung, wenn diese nur für die private Autonutzung abgeschlossen wurde. Finanziert von institutionellen Anlegern, Google, Goldman Sachs und anderen stellt Uber einen Angriff globaler Konzerne auf lokale Taxiunternehmen dar.

Wie digitale Plattformen zur Vermittlung billiger Arbeitskräfte eingesetzt werden können, ist bei CleanAgents, Helpling und Book A Tiger zu beobachten. Diese bieten professionelle Reinigungskräfte zu Dumpingpreisen zwischen 12 und 15 Euro an. Wer die Aufträge annimmt, muss selbstständig und auf eigenes Risiko arbeiten, ein Gewerbe anmelden und von dem Arbeitsentgelt auf eigene Kosten für die soziale Absicherung aufkommen. Mit Teilen unter Gleichen hat das nichts mehr zu tun, eher erinnert es an eine prekarisierte Form der Zeitarbeit.

Wer teilt mit wem?

Das Teilen in der Shareconomy funktioniert über Apps, die jederzeit mit dem Smartphone abrufbar sind. Statt ressourcenintensives Wachstum zu verhindern, verursacht diese Praxis einen hohen Energieverbrauch. Die Überwachung durch Konzerne und Geheimdienste gibt den vielen Kontakten und Informationsmöglichkeiten einen bitteren Beigeschmack. Dinge gemeinsam zu nutzen, ändert nichts daran, dass es sich um Produkte handelt, die unter umweltschädigenden und ausbeuterischen Bedingungen hergestellt wurden. Das Teilen bleibt auf die Ebene der Konsumption, des Ge- oder Verbrauchs beschränkt.

Ob und in welchem Maße eine Veränderung des Konsumverhaltens überhaupt Einfluss auf die Produktion nehmen kann, ist umstritten. Der sogenannte Rebound-Effekt kann Einsparungen schnell zunichtemachen, wenn Produkte durch Teilen stärker genutzt und die freiwerdenden finanziellen Mittel zum Erwerb anderer Konsumgüter verwendet werden.

Ähnlich wie die VertreterInnen eines gesundheits- und umweltbewussten Lifestyle (Lohas) [19] sind auch die idealistisch motivierten PropagandistInnen des Sharing überwiegend in der Mittelschicht anzutreffen. Viele von ihnen verstehen sich ausdrücklich als unpolitisch, wollen einfach machen, aktiv sein, die Welt zum Besseren verändern, ohne Missstände und Ungerechtigkeiten zu kritisieren. So bleiben diese Innovativen und Kreativen unter sich, gefangen in digitalen Scheinwelten, deren schöne Begriffe längst zum Marketingsprech von Konzernen geworden sind.

Digitale Unternehmen der Shareconomy sind Businessmodelle der Zukunft, die sich immer mehr Lebensbereiche einverleiben. Selbst Nachbarschaften werden online organisiert, in den USA von Nextdoor, in Berlin Friedrichshain und Prenzlauer Berg durch Polly & Bob: "Wir wollen die Nachbarschaften dieser Welt vertrauender, teilender und verbundener machen." Es ist sicher nichts dagegen einzuwenden, dass sich NachbarInnen bei Spieleabenden oder Kulturveranstaltungen kennen lernen. Jedoch unterscheiden sich solche Sozialunternehmen grundlegend von Bürgerinitiativen, die gemeinsame politische Anliegen vertreten. Soziale Ungleichheit oder gar Fragen nach der politischen Macht kommen in der schönen Welt des Teilens nicht vor, auch wenn oft von einer Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft die Rede ist.

Was aussieht wie ein soziales Netzwerk und behauptet, der Erfüllung von Bedürfnissen zu dienen, entpuppt sich oft als Geschäftsmodell, bei dem diejenigen, denen die digitalen Infrastrukturen gehören und die Angebot und Nachfrage zusammenführen, bei jeder Transaktion profitieren. Die Risiken tragen allein die NutzerInnen dieser Dienste. Sie haben weder Arbeitnehmer- noch Verbraucherrechte, ihre Daten werden in unkontrollierbarem Umfang verwertet. Den Global Players ist schon jetzt mit nationalen Gesetzen und Regulierungen

kaum beizukommen. Wenn das TTIP eingeführt wird, können sie noch schrankenloser agieren.

Microsoft-Gründer Bill Gates startete 2010 gemeinsam mit dem Investor Warren Buffet die Kampagne "The Giving Pledge", das Versprechen, zu geben: Milliardäre verpflichten sich – moralisch, nicht rechtlich bindend – mindestens die Hälfte ihres Vermögens für einen guten Zweck herzugeben. Wohin dieses Geld fließt und wann, das entscheidet jedes Giving Pledge-Mitglied für sich. Solche Philanthropie ändert nichts an den Ungerechtigkeiten der globalen Weltwirtschaft, sondern stabilisiert vielmehr die herrschenden Verhältnisse.

Statt dem Hype des Teilens zu erliegen, kommt es darauf an genau hinzuschauen und die Akteure und ihre Interessen kritisch zu hinterfragen. Zwischen Teilen und Umverteilen liegen Welten.

Der Text ist zuerst am 10. September 2014 im Magazin Gegenblende erschienen.

Norbert Rost

Postwachstumsökonomie

Vom "Negativzins" in der Haben-Gesellschaft

Seit Sommer 2014 ist im europäischen Währungssystem ein Novum installiert: Die EZB verlangt für Einlagen Gebühren, statt Zinsen dafür zu zahlen. Als "Negativzins" bezeichnet löst dieses Durchbrechen der Nulllinie bei manchem Angstzustände aus. Ein Pfeiler der Haben-Gesellschaft wird infrage gestellt: Angesammeltes Geld vermehrt sich nicht mehr, ja es droht sogar durch einen bewussten Akt der Geldpolitik zerkleinert zu werden. Der Fluchtreflex wird es in Grund, Boden und Unternehmensanteile jagen, um dort neue Blasen zu nähren bis sie platzen oder die Gesellschaft sich der Frage neu widmet: Wie sehen sie aus, die Grundlagen einer Gesellschaft jenseits der Wachstums-Ideologie?

Zinsniveau taucht unter Null

Nachdem die EZB im Juni 2014 historisch erstmalig den Einlagezinssatz unter die Null-Prozent-Marke gesenkt hat und in der Folge die Banken untereinander für Übernacht-Einlagen gegenseitig Einlage-Gebühren erheben (Der Euro auf dem Weg zur Geldhaltegebühr), setzt sich der neue geldpolitische Mechanismus in die tieferen Schichten des Finanzsystems fort. Der Fall der Thüringischen Skatbank rief aufgeregte Pressereaktionen nach sich: Erstmals hatte ein Bankinstitut es gewagt, Geldhaltegebühren auf Tagesgeld zu erheben. Auch wenn die Bank nur Kunden mit Einlagen ab 3 Millionen Euro für den übersteigenden Betrag mit "Negativzinsen" belegt, sah so mancher Kommentator bereits den Untergang der "deutschen Sparkultur" vor sich. Die mediale Diskussionen spart den Lesern regelmäßig die Zusammenhänge aus: Woher soll das Wachstum von Geldvermögen kommen, wenn eine Volkswirtschaft nicht mehr wächst? Wie sollen 3% Verzinsung für alle erreichbar sein, wenn das Wirtschaftsoutputwachstum nahe Null liegt?

Jahrzehntelange jährliche Wachstumsraten von über 0% haben eine Gewöhnung geschaffen, die nun mit dem Erreichen eines Wachstumsplateaus aufgebrochen wird. Die nun von der EZB umgesetzte und über die Etagen des fraktionierten Banksystems durchgereichte Geldpolitik schafft ein Neuland, das erstmal einfach nur "marktkonform" ist. Nach einzelnen Großkunden der Skatbank müssen nun auch Investmentfonds erstmals mit der Frage umgehen, wie in einer Postwachstumsökonomie Geldvermögen sinnvoll angelegt werden - denn auch sie werden von ihren Banken zunehmend mit der EZB-Geldpolitik konfrontiert. Auch die Commerzbank senkt laut WSJ ab Dezember den Zinssatz für Großkunden unter die Nulllinie und behält sich vor, eine "Guthabengebühr" zu berechnen, die zudem individuell ausgehandelt werden soll.

Die Reaktion der Marktteilnehmer ist vorhersehbar und wird auch in jedem Ratgeberartikel dem Kleinkunden vor Augen geführt: Die Bank wechseln oder andere Anlageformen suchen. Allerdings fällt ein Bankwechsel zunehmend aus, weil die im System vagabundierenden Geldvolumen jede Bank zunehmend unter Druck setzt. Die Zahl und Qualität erfolgversprechender Geldanlagen schrumpft in alternden Volkswirtschaften, so dass auch die Zahl der Banken schrumpft, die ihren Einlagekunden mehr Rendite versprechen kann, als der Gesamtmarkt hergibt. Allerdings werden sich Einleger und Bank vermutlich rund um die Nulllinie näherkommen.

Im Sinne der Banken dürfte es sein, wenn die Geldvolumen in langfristige, mit 0% verzinste Geldanlagen umgeschichtet werden. Dann können die Banken langfristig mit dem Geld arbeiten statt es - wie eben in der Tagesgeldkultur - einerseits täglich bereithalten zu müssen, andererseits noch verzinsen zu müssen. Der Gesamtmarkt wird daher dahin tendieren, die Laufzeit von Einlagen der Großvermögenden zu verlängern. Dabei ist es allerdings illusorisch, dass auf Dauer "Privatkunden sowie Geschäfts- und mittelständische Firmenkunden nicht betroffen" seien, wie die Commerzbank derzeit noch verspricht. Finden sich für die 5,2 Billionen Euro deutscher Geldvermögen eben keine Anlagen mit positiver Rendite mehr, wird ein Wettbewerb um die beste negative Rendite entbrennen. Zunehmend rechnen sich dann auch Investitionen in volkswirtschaftliche Sektoren, die keine Rendite

abwerfen: Bildung und Umwelt könnten dazugehören.

Sozialer Sprengstoff

Allerdings treibt die menschliche Gier nach leistungslosen Einkommen auch eine Spekulationsblase an. Schon seit Ausbruch der "Finanzkrise" 2007/2008 sind die Aktienmärkte weltweit und vor allem auch die Landpreise massiv gestiegen. Großvermögende holen ihre Renditen zunehmend aus bilanziellen Aktienkurssteigerungen sowie aus Miete und Pacht auf Grund und Boden.

Der entstehende soziale Sprengstoff wird zunehmend Diskussionen befeuern, inwieweit unvermehrbarer Boden als privates Anlagekapital geduldet werden kann. Dirk Löhr, Professor für Steuerlehre und Ökologische Ökonomik an der Hochschule Trier, argumentiert deshalb, eine Reform der Eigentumsordnung an Land und Ressourcen sei notwendig und erhofft sich von der EZB eine Diskussion um "die Entkapitalisierung von Land und Natur".

Die Diskussion um eine Grundsteuerreform, die das Bundesverfassungsgericht schon mehrfach angemahnt hat, hat mit einem Vorstoß von Bund und Ländern in diesem Herbst eine neue Dynamik bekommen. Nach der von der EZB in Gang gesetzten Geldreform steht also das nächste Reformvorhaben schon vor der Tür. Diskussionen darüber sind unumgänglich, denn in weiser Voraussicht sollten die gesellschaftlichen Regeln so angepasst werden, dass sie auch in ausgewachsenen Volkswirtschaften funktionieren.

Haben oder Sein?

» Die Existenzweise des Habens leitet sich vom Privateigentum ab. In dieser Existenzweise zählt einzig und allein die Aneignung und das uneingeschränkte Recht, das Erworbene zu behalten. Die Habenorientierung schließt andere aus und verlangt mir keine weiteren Anstrengungen ab, um meinen Besitz zu behalten bzw. produktiven Gebrauch davon zu machen. Es ist die Haltung, die im Buddhismus als Gier, in der jüdischen und der christlichen Religion als Habsucht bezeichnet wird. Sie verwandelt alle und alles in tote, meiner Macht unterworfene Objekte. «

Was Erich Fromm in "Haben oder Sein" 1976 formulierte, trifft bei jenen auf besondere Empörung, von denen die Existenzweise des Habens intensiv verinnerlicht wurde. "Da wir in einer Gesellschaft leben, die auf den drei Säulen Privateigentum, Profit und Macht ruht, ist unser Urteil äußerst voreingenommen", schreibt Fromm. Allerdings lohnt es sich zu vergegenwärtigen, dass nahezu alle modernen gesellschaftlichen Errungenschaften, von der Rente bis zum Bildungswesen, von der Automobil- bis zur Shoppingkultur, in einer Zeit andauernden Wirtschaftswachstums entstanden sind. Wir wissen gar nicht, ob diese Errungenschaften mit einer nicht mehr wachsenden Wirtschaftsordnung überhaupt "kompatibel" sind. Wenn sie nicht funktionieren, weil ihre Form an das Wachstumsfluidum angepasst ist, würden wir sie verlieren, wenn wir sie für eine Postwachstumsökonomie nicht neu denken und umformen. Ein unbedingtes Festhalten am Althergebrachten kann sonst den Verlust genau dessen bedeuten, woran wir uns klammern. In diesem Sinne ist der EZB-Entscheid, Gebühren auf Geld zuzulassen, der Versuch des Bewahrens durch Veränderung.

"Erwerben, Besitzen und Gewinnmachen sind die geheiligten und unveräußerlichen Rechte des Individuums in der Industriegesellschaft", meint Fromm - und genau in diese "geheiligten Rechte" greift die Europäische Zentralbank derzeit ein, wenn sie das Währungssystem derart ummodelt, dass einmal erworbenes Geldvermögen keineswegs Ewigkeitsbestand hat. Wer sich mit dem Geld- und Finanzsystem beschäftigt, erfährt, dass 90% der Nutzer des Systems beim Einkaufen mehr Kapitalzinsen bezahlen, als ihnen durch die vergleichsweise überschaubaren Geldvermögen zufließt. Insofern könnte ein "Negativzins" eher zum ökonomischen Vorteil großer Bevölkerungsteile werden. Und doch greift dieser Mechanismus das als "uneingeschränkt und absolut" verstandene Recht des Eigentum-Habens an. Ähnliches gilt für die Idee, die Verteilung von Grund und Boden in einer Postwachstumsgesellschaft nochmal zu überdenken und zu verhandeln.

Fromms Büchlein mit dem Untertitel "Die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft" arbeitet mit der Frage, was die Haben-Kultur mit dem Einzelnen macht und welchen Gesellschaftscharakter die Masse der Individuen hervorbringt.

"Wer bin ich, wenn ich bin, was ich habe, und dann verliere, was ich habe?", fragt er. Zu den Wesensmerkmalen einer neuen Gesellschaft, die sich statt von Verlustangst von der Bereitschaft leiten lässt, alle Formen des Habens aufzugeben, gehört für Fromm auch, das Ziel des unbegrenzten wirtschaftlichen Wachstums aufzugeben. Ginge es nach dem Soziologen, der im Jahr 1900 in der Bankenstadt Frankfurt geboren wurde, sollte die Menschheit "das gleiche Maß an Energie, Intelligenz und Begeisterung" für *menschliche* Utopien aufbringen, wie wir dies bislang für *technische* Utopien tun.

Fußnoten

[1] Commons bestehen im allgemeinen Sinn aus einer Ressource, einer Gruppe von Nutzenden und aus kollektiven Nutzungsformen bzw. -regeln, die diese entwickeln.
< zurück

[2] Abdullah Öcalan: Demokratischer Konföderalismus, 1. Auflage 2012, Übersetzung: Internationale Initiative, erscheint in der International Initiative Edition im Mesopotamien-Verlag, Neuss
< zurück

[3] Michael Knapp, Kurdistan Report 174, S. 33
< zurück

[4] Aus: März 2014, Civaka Azad - Infoblätter, Ausgabe 7, http://civaka-azad.org/wp-content/uploads/2014/03/info7.pdf
< zurück

[5] Abdullah Öcalan, Die Revolution der Frau, International Initiative Edition, 2014, S. 63
< zurück

[6] Mikkonen et al. (2007) haben feststellt, dass die Frage, ob die an Freien Softwareprojekten Beteiligten bezahlt werden, stark vom Charakter des Projekts abhängt. Bei ursprünglich von Firmen entwickelten Programmen wie der Entwicklungsplattform Eclipse und dem Datenbanksystem MySQL werden über 90 % der Entwickler/innen bezahlt, bei Community-orientierten Projekten wie der Linux-Distribution Debian und der Desktop-Oberfläche Gnome dagegen nur etwa 10 bis 20 %. Lakhani und Wolf (2005) fanden heraus, dass im Durchschnitt etwa 40 % der an Freien Softwareprojekten Beteiligten dafür bezahlt werden, und zitieren andere Studien, die zu ähnlichen Ergebnissen kamen.
< zurück

[7] Wikis sind Webseiten, die alle editieren können.
< zurück

[8] vgl. Wikiquote
< zurück

[9] von engl. fork = Gabel.
< zurück

[10] Beispielsweise das Apache-Projekt, das u.a. den weltweit erfolgreichsten Webserver herstellt.
< zurück

[11] Zumindest in den hochindustrialisierten Ländern - in Entwicklungsländern sieht es anders aus.
< zurück

[12] Das US-Magazin Make veröffentlicht jährlich einen großen Report über Freie Hardware, dessen neueste Version vom Winter 2009 schon über 125 Projekte und damit mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr enthält (Make 2009).
< zurück

[13] Typische CNC-Maschinen stellen Objekte aus Holz oder Metall her, indem sie die nicht benötigten Teile eines Materialblocks absägen oder wegfräsen. 3D-Drucker produzieren Gegenstände aus Plastik oder Metalllegierungen, indem sie das in Pulverform gebrachte Material Schicht für Schicht auftragen, wobei die einzelnen Schichten ähnlich wie bei einem Tintenstrahldrucker quasi "ausgedruckt" werden.
< zurück

[14] Viele Projektbeispiele und kritische Reflektionen finden sich in der Broschüre: Nachhaltigkeit erleben! Eine Reise durch eine andere Welt. Herausgeber: Projekthaus Potsdam, 2014.
< zurück

[15] "Kollaboration" definiert der Duden als eine "gegen die Interessen des eigenen Landes gerichtete Zusammenarbeit mit dem Kriegsgegner, mit der Besatzungsmacht". Die Verwendung des Begriffs in Sharing-Zusammenhängen orientiert sich an der englischen Bedeutung des Begriffs "collaboration" = "Zusammenarbeit".
< zurück

[16] Diese kulturelle Verankerung des Bewertens und Vergleichens wird von der Bertelsmann-Stiftung seit Jahren mit fast religiösem Eifer propagiert.
< zurück

[17] So bekam Karl-Theodor zu Guttenberg zu seinen vielen Vornamen auch noch einen Wilhelm dazu, der Berliner Karl-Marx-Allee wurde der Spitzname "Stalins Badezimmer" angedichtet, siehe Marvin Oppong: Verdeckte PR in Wikipedia. Das Weltwissen im Visier von Unternehmen. OBS Arbeitsheft 76, Neufassung 2014, Seite 34ff.
< zurück

[18] Couchsurfing bietet seine Dienste unentgeltlich an, sichert sich jedoch mit seinen Nutzungsbedingungen das Recht zur uneingeschränkten Verfügung über die Daten seiner KundInnen. Dies verstößt gegen das deutsches Datenschutzrecht, allerdings sitzt die Firma in den USA.
< zurück

[19] LOHAS = Lifestyle Of Health And Sustainability. Zur Kritk daran vgl. Kathrin Hartmann: Ende der Märchenstunde. Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt, Karl Blessing Verlag, München, 2. Aufl. 2009.
< zurück

Autoren

Michael Albert
Der Ökonom, Publizist und Aktivist Michael Albert gilt als einer der bekanntesten Vertreter der libertären US-amerikanischen Linken. Albert, Mitbegründer der linken Mediengruppe Z Communications, hat gemeinsam mit Robin Hahnel die Vision einer Partizipativen Ökonomie entworfen. Auf Deutsch erschien: "Parecon: Leben nach dem Kapitalismus."

Paul Cockshott
Der Computerwissenschaftler und Politische Ökonom lehrt an der University of Glasgow. Im Bereich der Politischen Ökonomie arbeitet er über Werttheorie, Planungstheorie und ökophysikalische Modelle der Produktion und des Geldes. Letzte Bücher sind "Computation and its Limits" und "Classical Econophysics".

Allin Cottrell
Allin Cottrell ist Professor für Wirtschaft an der US-amerikanischen Wake Forest University. Zusammen mit Paul Cockshott verfasste er das Buch "Alternativen aus dem Rechner. Für sozialistische Planung und direkte Demokratie" (Towards a new socialism), das 1993 erschienen ist. Er arbeitet über Ökonometrie, Makroökonomie und die Theorie wirtschaftlicher Planung.

Elke Dangeleit, Studium der Ethnologie an der FU Berlin, berichtete in etlichen Beiträgen für Telepolis über die Lage in den kurdischen Gebieten Nordsyriens. Zuletzt besuchte sie im April/Mai 2014 den Nordirak und die Südosttürkei.

Ludger Eversmann
Der Wirtschaftsinformatiker Ludger Eversmann publizierte in der Telepolis Ebook-Reihe bereits das Buch "Projekt Postkapitalismus. Blueprint für die nächste Gesellschaft."

Andreas Exner, österreichischer Ökologe, Publizist und Gewerkschaftler in der Arbeiterkammer Kärnten, wirkte an zahlreichen Büchern und Texten mit, die sich

mit den Grenzen des Kapitalismus und der Suche nach Systemalternativen beschäftigten. Unter anderem: "Die Grenzen des Kapitalismus: Wie wir am Wachstum scheitern".

Arno Klönne

Der Soziologe und Politikwissenschaftler Arno Klönne, der als Urgestein der linken Sozialdemokratie bezeichnet werden kann, hatte schon kurzfristige Parteiaustritte heftige Auseinandersetzungen mit wechselnden Führungsreigen der SPD überstanden, bis er 2004 die Sozialdemokratie endgültig verließ. Buchveröffentlichungen u.a. über die Sozialstruktur der Bundesrepublik, das "Dritte Reich" und die Geschichte der Arbeiterbewegung. Mitherausgeber der Zweiwochenschrift "Ossietzky".

Tomasz Konicz studierte Geschichte, Soziologie, Philosophie in Hannover sowie Wirtschaftsgeschichte in Poznan. Arbeitet als freier Journalist mit Schwerpunkt Krisenanalyse. Bei Telepolis sind erschienen: "Krisenideologie: Wahn und Wirklichkeit spätkapitalistischer Krisenverarbeitung" (2013) und "Politik in der Krisenfalle: Kapitalismus am Scheideweg" (2012).

Robert Kurz

Der 2012 verstorbene wertkritische Philosoph und Publizist Robert Kurz gilt als einer der ersten linken Theoretiker, die die gegenwärtige Systemkrise des Kapitalismus prognostizierten und deren tiefer liegende Ursachen benennen konnten. Umfassende Veröffentlichungen zur Krise des Kapitals. Unter anderem: "Schwarzbuch Kapitalismus", "Weltordnungskrieg" und "Das Weltkapital".

Lars Lange arbeitet bei Jack in the Box e.V. in Ehrenfeld (Verein für Beschäftigungsförderung) und hat dort das Open-Source-Architekturprojekt RACHEL zur Entwicklung kostengünstiger (unter 25.000 Euro), modularer und nachhaltiger Wohnkörper. ins Leben gerufen. Sein Hauptziel ist es, das bestehende vertikale System nichtkonfrontativ durch frei vernetzte, horizontale Strukturen zu ersetzen.

Stefan Meretz

Der Diplom-Ingenieur und Informatiker Stefan Meretz beschäftigt sich mit Kritischer Psychologie und Commons-Theorie. Meretz ist Mitglied des Oekonux-Netzwerks (Ökonomie & GNU/Linux) und Mitbegründer des Blogs keimform.de, auf dem er Beiträge zu Peer-to-Peer-Produktion und zu Systemalternativen jenseits von Staat und Markt publiziert.

Abdullah Öcalan ist Gründungsmitglied der Kurdischen Arbeiterpartei PKK. Nach seiner Verhaftung 1999 und der lebenslänglichen Inhaftierung auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali wandte sich Öcalan von autoritären und orthodox-marxistischen Politikvorstellungen ab, um die Konzeption einer basisdemokratischen Transformation Kurdistans und des Nahen und Mittleren Ostens zu entwerfen. Auf Deutsch erschien 2012: "Demokratischer Konföderalismus".

Hanno Rautenberg
Der Kunstgeschichtler ist Redakteur bei der Zeit, wo er vor allem über Architektur schreibt. Letzte Buchveröffentlichung: "Wir sind die Stadt! Urbanes Leben in der Digitalmoderne" (2013).

Norbert Rost
Der Wirtschaftsinformatiker betreibt das Dresdner Büro für postfossile Regionalentwicklung (Regionalentwicklung.de). Er arbeitete zwei Jahre im Vorstand des Regiogeld-Verbandes und ist Mitglied des Postfossil Institut/ Hamburg. Sein Büro berät Unternehmen, Kommunen und Verbände zu Anpassungstrategien hinsichtlich Peak Oil und der damit zusammenhängenden Transformation des Wirtschaftssystems.

Christian Siefkes
Der Informatiker und Autor Christian Siefkes ist Mitarbeiter des Liquid Democracy e.V. und beschäftigt sich mit Konzepten der Peer-Production. Siefkes schrieb unter anderem das Buch "Beitragen statt tauschen. Materielle Produktion nach dem Modell Freier Software."

Elisabeth Voß

Die freiberufliche Betriebswirtin und Publizistin Elisabeth Voß arbeitet zu den Themen solidarische Ökonomie, genossenschaftliche Unternehmungen, Hausprojekte, Selbstorganisation, Finanzierung und Kommunikation. Zuletzt erschien: "Wegweiser Solidarische Ökonomie: Anders Wirtschaften ist möglich!"

Richard Wolff gilt laut New York Times als der "wahrscheinlich prominenteste marxistische Ökonom Amerikas". Umfassende Forschungsarbeiten zu Klassenfrage als Professor an der University of Massachusetts Amherst. Nach Ausbruch der Weltwirtschaftskrise rege Vortrags- und Publikationstätigkeit, die Krisenanalyse mit der Suche nach demokratischen Systemalternativen verbindet. Zuletzt erschien: "Democracy at Work: A Cure for Capitalism."

Florian Zollmann
Der Medienwissenschaftler arbeitet an der Liverpool Hope University und schreibt für das Magazin Publik-Forum und teleSUR.

Impressum

Hg.: Tomasz Konicz, Florian Rötzer
Aufbruch ins Ungewisse
Auf der Suche nach Alternativen zur kapitalistischen Dauerkrise

Umschlaggestaltung & Herstellung: Michael Schuberthan

ISBN 978-3-95788-026-0 (V1)

Copyright © 2014 Heise Zeitschriften Verlag GmbH & Co KG, Hannover

Die vorliegende Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.
Die Verwendung der Texte und Abbildungen, auch auszugsweise, ist ohne die schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und daher strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.
Alle Informationen in diesem Buch wurden mit größter Sorgfalt kontrolliert. Weder Herausgeber, Autor noch Verlag können jedoch für Schäden haftbar gemacht werden, die in Zusammenhang mit der Verwendung dieses Buches stehen.

Heise Zeitschriften Verlag GmbH & Co KG
Karl-Wiechert-Allee 10
30625 Hannover

Weitere Telepolis-eBooks

Ludger Eversmann

Projekt Post-Kapitalismus

Blueprint für die nächste Gesellschaft

mehr ►



Ludger Eversmann

PROJEKT POST-KAPITALISMUS

BLUEPRINT FÜR DIE NÄCHSTE GESELLSCHAFT

TELEPOLIS



Tomasz Konicz

Krisenideologie

Wahn und Wirklichkeit spätkapitalistischer Krisenverarbeitung

mehr ►

Thomasz Konicz

KRISENIDEOLOGIE

WAHN UND WIRKLICHKEIT SPÄTKAPITALISTISCHER KRISENVERARBEITUNG

TELEPOLIS



Tomasz Konicz

Politik in der Krisenfalle

Kapitalismus am Scheideweg

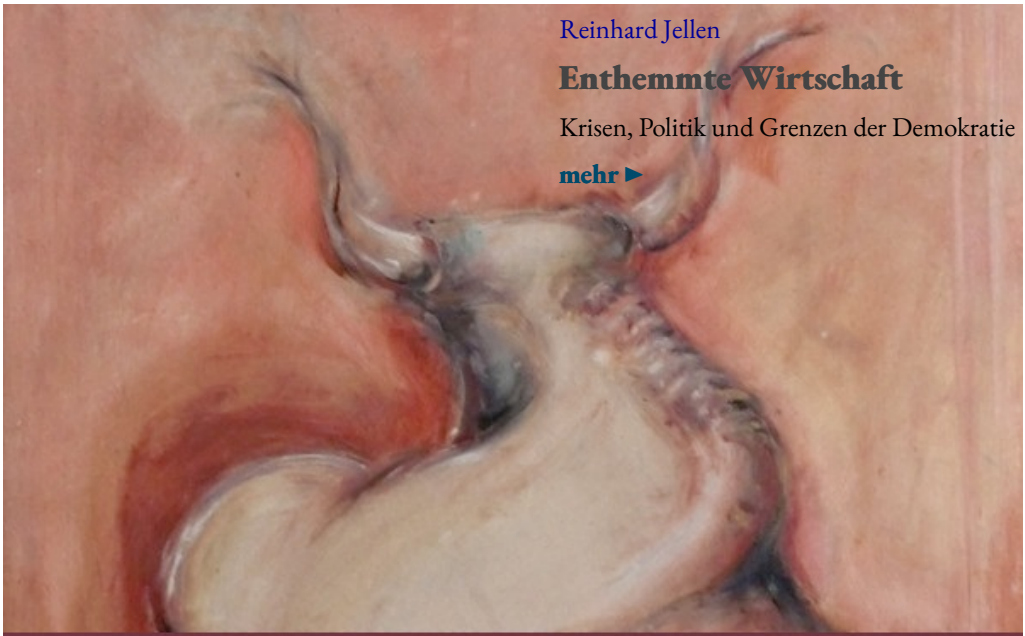
mehr ►

Thomasz Konicz

POLITIK IN DER KRISENFALLE

KAPITALISMUS AM SCHEIDEWEG

TELEPOLIS



Reinhard Jellen

Enthemmte Wirtschaft

Krisen, Politik und Grenzen der Demokratie

mehr ►

Reinhard Jellen

ENTHEMMTE WIRTSCHAFT

KRISEN, POLITIK UND GRENZEN DER DEMOKRATIE

TELEPOLIS



Hg.: Florian Rötzer

Medien im Krieg

Krise zwischen Leitmedien und ihren Rezipienten

mehr ►

Hg. Florian Rötzer

MEDIEN IM KRIEG

KRISE ZWISCHEN LEITMEDIEN

UND IHREN REZIPIENTEN

TELEPOLIS